



## **SPD - PDS**

**Stagnation statt Aufbruch  
Das Jahr 1995**

**SPD - PDS. Stagnation statt Aufbruch - das Jahr 1995**

Mit einem Anhang: Über SPD, PDS und linke Mehrheiten von Roland Claus. Hrsg. im Auftrag des Politikwissenschaftlichen Arbeitskreises des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V. und der Leipziger Gesellschaft für Politik und Zeitgeschichte e.V.

Rosa-Luxemburg-Verein e.V.  
Sternwartenstraße 31  
D-04103 Leipzig  
Telefon und Fax: (0341) 9 60 85 31

Zusammenstellung der Chronologie und der Dokumente: Michael Franzke  
unter Mitarbeit von Kurt Schneider  
Satz: Beate Roch

# Inhalt

Vorbemerkung .....	1
Dokumentenverzeichnis .....	3
Chronologie .....	7
Dokumente .....	28
<b>Anhang:</b>	
<b>Roland Claus: Über SPD, PDS und linke Mehrheiten .....</b>	<b>140</b>

## Vorbemerkung

Das Jahr 1995 war hinsichtlich des Verhältnisses zwischen SPD und PDS ein Jahr der Stagnation.

Aus ihrer 1994 herauskristallisierten Frontstellung hat sich nichts wesentliches geändert. Abgrenzung dominiert. Dies wäre nicht weiter dramatisch, wenn nicht gerade deshalb die „große“ Koalition aus CDU, CSU und FDP in Bonn nach wie vor schalten und walten kann wie bisher. Ihren Sozialabbau konnte sie nahezu ungestört fortsetzen, den ökologischen Umbau weiter vertagen. Zwar hat sich die Stimmung der Unzufriedenheit mit diesem politischen Kurs zugenommen, eine entsprechende Formierung einer politischen Gegenmacht blieb hingegen zurück.

Auch die Herausgeber der vorliegenden Dokumentation haben dies zu spüren bekommen. Nach der Dokumentation zum Jahre 1994 war angedacht, nunmehr Politiker aus beiden Parteien selbst zu Worte kommen zu lassen, um die Vorstellungen über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen SPD und PDS weiter auszuleuchten. Dabei ging es uns nicht darum, die bestehenden Spannungen und Gegensätze kleinzureden. Diese sollten vielmehr auf den Tisch kommen. Nur eine offen ausgetragene Kontroverse bringt beide Parteien näher. Daß die politische Kultur in Deutschland einer grundlegenden Wandlung bedarf, bezweifelte keiner der von uns angesprochenen Politiker. Auch nicht die Dringlichkeit einer weiteren Annäherung beider Parteien hinsichtlich der Durchsetzung eines linken Reformprogramms zur Lösung der angestauten sozialen, ökologischen und anderer globaler Probleme. Was aber fehlte war die Courage, der Mut diese Einsicht angesichts der vorherrschenden Gegenmeinung öffentlich zu machen. Separate, parteizentrierte Machtinteressen konnten sich wieder gegen Einsichten der Vernunft durchsetzen. Einzig Roland Claus stellte uns seine aktuellen Überlegungen zum Verhältnis von SPD und PDS zur Verfügung. Wenn er einen Hoffnungsschimmer auf ein linkes Reformbündnis fallen sieht, so auf die Gewerkschaften. Ob sich diese Hoffnung erfüllt, wird die Zukunft zeigen. Wir meinen, daß es aber keine vernünftige Alternative zu einer - zumindest partiellen - Zusammenarbeit auch auf Bundesebene gibt. Die Auseinandersetzung über das Verhältnis von SPD und PDS ist nicht schlechthin ein Streit zweier Parteien über politische Fragen, Entwicklungslinien und Konzepte. Es geht unseres Erachtens hierbei

letztlich um das „Schicksal“ des demokratischen Sozialismus als Projekt der Zukunft. Eine uneinige sozialistische Bewegung hat in der Geschichte nicht nur einmal versagt. Es geht um die Frage, ob beide Parteien den Willen, die Kraft und die Fähigkeit aufbringen werden, aus ihrer Geschichte zu lernen und soweit zusammenzurücken, wie es ihre gemeinsamen Interessen zulassen. Dabei geht es weder um eine Vereinigung noch um eine Einheitsfront. Vielmehr steht die simple Frage, ob gemeinsame Initiativen und Aktionen möglich sind, um die sich überschneidenden Interessen ihrer jeweiligen Wähler durchzusetzen.

Leipzig im November 1996

Michael Franzke, Kurt Schneider

# Dokumentenverzeichnis

- 1 Ist die Macht wirklich das Allererste? Opponieren, tolerieren, koalieren  
– Gedanken von Petra Pau und Peter-Rudolf-Zotl zur Rolle und  
zum Selbstverständnis der PDS  
(»Neues Deutschland« vom 4. Januar 1995)..... 29
- 2 Thomas Wischnewski: Opposition, Tolerierung  
und Quarantäne mit Freigang. Beobachtungen, wie die PDS  
mit der rot-grünen Regierung in Sachsen-Anhalt umgeht  
(»Neues Deutschland« vom 25. Januar 1995).....31
- 3 Redlichen Kommunisten neue Wege ermöglichen.  
Interview mit Reinhard Höppner  
(»Leipziger Volkszeitung« vom 28./29. Januar 1995).....33
- 4 Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel.  
Zu den fünf wichtigsten Diskussionspunkten der gegenwärtigen  
Debatte in der PDS. Beschluß der 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS  
(»Disput« vom 1./2. Februar 1995).....34
- 5 Links von der SPD bleiben nicht mehr als fünf Prozent.  
Interview mit Joschka Fischer  
(»Neues Deutschland« vom 9. Februar 1995).....37
- 6 Kein Typ für Bonn. Ein Gespräch mit der brandenburgischen  
Sozialministerin Regine Hildebrandt über PDS und SPD,  
bockige Ortsvereine und den Horror am Rhein  
(»Wochenpost« vom 9. Februar 1995. Auszug).....39
- 7 Bernhard Tschernig/Kurt Libera: Nicht kontra, sondern alternativ zur SPD  
(»Pressedienst PDS« vom 24. März 1995).....41
- 8 Gerhard Branstner: Der falsche Gegner, die falschen Methoden, das falsche Ziel.  
Nachträgliche Randglossen zur 1. Tagung des 4. Parteitages  
der demokratischen Sozialisten  
(»Neues Deutschland« vom 25./26. März 1995).....42
- 9 Kalten Krieg mit PDS zu den Akten legen.  
Prominente Berliner SPD-Linke: Diskurs forcieren, zu normaler  
Zusammenarbeit bereit sein«. Interview mit Peter Strieder  
(»Neues Deutschland« vom 25./26. März 1995).....45
- 10 »Offene Partei«, ja – Beliebigkeit, nein. Referat von Peter Porsch  
auf der 4. Tagung des 3. Landesparteitages der PDS Sachsen  
(»Linksblick« Sonderausgabe 1/1995, Auszug).....47
- 11 »Projekt PDS« – die Suche nach Möglichkeiten.  
Referat von Ingrid Mattern auf der 4. Tagung des 3. Landesparteitages  
der PDS Sachsen  
(»Linksblick« Sonderausgabe 1/1995, Auszug).....48

12	Tolerierung oder Subversion der PDS? Gespräch mit Thomas Krüger (»Die neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte« Nr. 5/1995).....	49
13	Marian Krüger: Ein anderes Berlin wählen? (»Disput« vom 2. Mai 1995. Auszug).....	52
14	Runde Tische sind hilfreich, aber Entscheidungsträger sind sie nicht. Interview mit Manfred Stolpe (»Neues Deutschland« vom 1. August 1995).....	53
15	Peter Liebers: DGB-Landeschef: Reformen nur mit PDS (»Neues Deutschland« vom 22. August 1995).....	55
16	Keine Nachhilfestunden für PDS-Wähler. Interview mit Bernhard Vogel (»Leipziger Volkszeitung« vom 31. August 1995).....	56
17	Peter Richter: Die »schlechteste Variante« – im Zweifel gut genug (»Neues Deutschland« vom 4. September 1995).....	57
18	Referat des Landesvorsitzenden Roland Claus auf dem 4. Landesparteitag der PDS Sachsen-Anhalt. (»Beschlüsse des 4. Landesparteitages der Partei des Demokratischen Sozialismus. Landesverband Sachsen-Anhalt am 16. und 17. September 1995 in Magdeburg«. Auszüge).....	58
19	Revolution im Herzen, Traufhöhe im Blick. Interview mit Hans-Christian Ströbele (»Neues Deutschland« vom 19. September 1995).....	60
20	Heiner Halberstadt: Was ist an der SPD eigentlich noch sozialdemokratisch? (»Neues Deutschland« vom 20. September 1995).....	63
21	Wechsel in Gefahr. Interview mit Gregor Gysi (»Neues Deutschland« vom 21. September 1995).....	64
22	Für uns ist die PDS Partner im linken Lager. Interview mit Rudolf Borchert (»Neues Deutschland« vom 25. September 1995).....	65
23	»Zur Schlammschlacht lasse ich mich nicht provozieren« Interview mit Ingrid Stahmer (»Neues Deutschland« vom 5. Oktober 1995).....	67
24	»Wo lag Kohl denn vor zwei Jahren?«. Interview mit Rudolf Dressler (»Neues Deutschland« vom 7./8. Oktober 1995).....	69
25	Günter Benser: Bemerkenswerte Einseitigkeit. Warum die SPD ihr Jubiläum verlegte (»Neues Deutschland« vom 9. Oktober 1995).....	71
26	SPD-Vorstand billigt Zweckbündnis mit der CDU. Interview mit Robert Thürmer. (»Leipziger Volkszeitung« vom 12. Oktober 1995).....	72
27	Peter von Oertzen: SPD – ein wandelndes Mißverständnis? (»Leipziger Volkszeitung« vom 14./15. Oktober 1995).....	73
28	»Wenn Wende, dann nur mit uns«. Interview mit Petra Pau und Peter Rudolf Zotl (»Neues Deutschland« vom 14./15. Oktober 1995).....	74

29	Heinz Niemann: Wenn die eigene Geschichte hinderlich wird Beredtes Schweigen der SPD zum 50. Jahrestag ihrer Wiedergründung. (»Neues Deutschland« vom 16. Oktober 1995).....	77
30	Für eine souveräne SPD. Thesenpapier Thüringer Bundestagsabgeordneter wertet Große Koalition als »Ende der Demokratie« (»Neues Deutschland« vom 20. Oktober 1995).....	78
31	Lothar Bisky: Schütteln wir schon mal die Betten auf (»Neues Deutschland« vom 21./22. Oktober 1995).....	79
32	Jetzt Optionen in Richtung PDS? Interview mit Gerd Schuchardt (»Neues Deutschland« vom 23. Oktober 1995).....	80
33	Michael Müller: Der Preis des Beharrens. Alte Krise der SPD und künftige Stärke der PDS. »Neue Optionen« im Gespräch (»Neues Deutschland« vom 24. Oktober 1995).....	81
34	Das Ergebnis in der Spreemotropole: Eigenheit der Bundeshauptstadt oder Brennglas für die Deutschlandpolitik? 12 Fragen nach der Berlin-Wahl, den Gründen und den Folgen (»Leipziger Volkszeitung« vom 24. Oktober 1995).....	83
35	Elmar Pieroth: PDS-Anhänger heute, CDU-Wähler morgen. Die Union muß auf die Menschen, die für die SED-Nachfolger stimmen, versöhnend zugehen (»Tagesspiegel« vom 20. Oktober 1995).....	86
36	Grüne suchen nach linker Mehrheit jenseits der CDU. Interview mit Michael J. Weichert (»Leipziger Volkszeitung« vom 4./5. November 1995).....	87
37	Angstgegner PDS? Fragen an Heiko Mau, Berliner Juso (»Neues Deutschland« vom 4./5. November 1995).....	88
38	Peter Richter: Berliner Menetekel fördert Umdenken. Von unten wächst langsam Dialog SPD-PDS (»Neues Deutschland« vom 6. November 1995).....	89
39	Michael Schumann: Der Wähler will eine Partei links der SPD (»Tagesspiegel« vom 9. November 1995).....	90
40	Streit in der SPD gefährdet Existenz der Partei im Osten Interview mit Karl-Heinz Kunckel (»Leipziger Volkszeitung« vom 11./12. November 1995).....	91
41	Marcel Braumann: Sachsen: Alternative zur CDU-Mehrheit Im neuen Kreis Meißen-Radebeul verbünden sich SPD und PDS zur Landratswahl (»Neues Deutschland« vom 13. November 1995).....	92
42	»Manchmal sind wir Sozialdemokraten sicher zu brav«. Interview mit Anke Fuchs (»Neues Deutschland« vom 13. November 1995).....	93
43	Claus Peter Müller: Wollen wir diese Menschen abseits stehen lassen? In Erfurt diskutieren Sozialdemokraten über das Verhältnis zur PDS (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 14. November 1995).....	96



44	Heinrich August Winkler: Die Mär von der linken Mehrheit. Ein Pakt der SPD mit der PDS könnte der Union zur Alleinregierung verhelfen (»Tagesspiegel« vom 14. November 1995).....	97
45	»Ich hoffe jetzt auf eine gute Sacharbeit«. Interview mit Heide Simonis (»Neues Deutschland« vom 17. November 1995).....	98
46	André Brie: Oskar! Aber was heißt das? (»Neues Deutschland« vom 18./19. November 1995).....	99
47	»Gespräch Lafontaine-Gysi sinnvoll«. Interview mit Reinhard Höppner (»Neues Deutschland« vom 18./19. November 1995).....	100
48	Heinz Vielain: Glos über Weisäcker: Irreführend und falsch (»Welt am Sonntag« vom 19. November 1995).....	101
49	In der Bredouille. Interview mit Gregor Gysi (»Die ZEIT« vom 24. November 1995).....	102
50	Grüße an Oskar (»Berliner Linke« vom 24. November 1995).....	103
51	SPD/PDS Umarmen, Erdrücken (»Focus«, Nr. 47/1995).....	104
52	Dieter Wonka: Bedenkzeit (»Leipziger Volkszeitung« vom 25./26. November 1995).....	106
53	Kurt Biedenkopf: Wir müssen uns mit den Defiziten befassen, die die PDS anspricht (»Leipziger Volkszeitung« vom 25./26. November 1995).....	107
54	Neue Sau. Die Wahl Lafontaines beflügelt die SPD-Oberen in Schwerin und Erfurt: Sie peilen bereits den Partnerwechsel an – von der CDU zur PDS (»DER SPIEGEL«, Nr. 48/1995).....	108
55	Wieso ist die PDS ein desperater Verein? Fragen an Friedrich Schorlemmer (»Neues Deutschland« vom 28. November 1995).....	110
56	»Kein Bedarf an Einheitsparteien«. PDS-Vorsitzender Lothar Bisky hofft auf eine Reformalternative, hält aber Unterschiede im linken Spektrum für nötig (»Neues Deutschland« vom 30. November 1995).....	111
57	Nach dem Gespräch zwischen Lafontaine und Gysi: Soll die SPD sich mit der PDS verbünden? Pro und Contra von Marion Gräfin Dönhoff und Robert Leicht (»DIE ZEIT« vom 1. Dezember 1995).....	113
58	Gysi: Druck auf die SPD ausüben. Landesparteitag der Thüringer PDS/»Profil entwickeln« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 4. Dezember 1995).....	116
59	»Das bekommt uns nicht«. Interview mit dem ostdeutschen Sozialdemokraten Richard Schröder über Lafontaine und die PDS (»DER SPIEGEL«, Nr. 49/1995).....	117

60	Marcel Braumann: Enttäuschendes Ergebnis für »Meißner Modell« (»Neues Deutschland« vom 5. Dezember 1995).....	120
61	Koalitionsbereit? Die Wähler der PDS wollen Regierungsbeteiligung, die Partei – noch? – nicht. Ein Gespräch mit dem Parteivorsitzenden Lothar Bisky (»Wochenpost«, Nr. 50 vom 7. Dezember 1995).....	121
62	Kein Persilschein. Werner Schulz, parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen, zu Koalitionen mit der PDS (»Wochenpost«, Nr. 50 vom 7. Dezember 1995).....	123
63	Keine Angst vor der PDS. Magdeburger Verhältnisse, Oskar Lafontaine und die Partner der SPD im Osten: Ein ZEIT-Gespräch mit Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reinhard Höppner (»Die ZEIT«, Nr. 50 vom 8. Dezember 1995).....	124
64	Professor Dr. Elisabeth Noelle-Neumann: Wo sind die Zeugnisse des Umlernens. Nach dem Ende der Ausgrenzung wollen die PDS-Anhänger mitregieren – ein Parteiporträt. (»Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 13. Dezember 1995).....	127
65	Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD. Erklärung der Historischen Kommission der PDS. (»Pressedienst PDS«, Nr. 50 vom 15. Dezember 1995).....	130
66	Feindbilder sind ausgesprochen klebrig. SPD und PDS – Mitglieder begleiten den Dialogkurs ihrer Parteien kritisch. Das hat auch mit ihrer Geschichte zu tun. Ein Gespräch mit Rolf Reissig. (»Freitag« vom 22. Dezember 1995).....	137

# **Chronologie**

## **Januar bis Dezember 1995**

# Chronik – 1995

## JANUAR

### 4. Januar

*Petra Pau*, Landesvorsitzende der Berliner PDS, und *Peter-Rudolf Zott*, Vorsitzender der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, legen ihre Gedanken zum Verhältnis der PDS zur SPD dar. Dieses Verhältnis dürfe nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Macht gesehen werden. Im Vordergrund stehen dabei vielmehr alternative Reformprojekte.

(»Neues Deutschland«, 4. Januar 1995, S. 3)  
[Dokument 1]

### 21. Januar

*Joschka Fischer*, Fraktionssprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, erklärt gegenüber der »Leipziger Volkszeitung«, daß, wenn sich die PDS als eine »ostdeutsche sozialdemokratische Variante« profiliert, sie niemand auf Dauer aus dem demokratischen Verfassungsbogen der Bundesrepublik Deutschland wird ausschließen können.

(»Leipziger Volkszeitung«, 21./22. Januar 1995, S. 1)

Der Landesvorsitzende der PDS in Mecklenburg-Vorpommern, *Helmut Holter*, bekundet in seiner Rede auf der 5. Tagung des 3. Landesparteitages, die Bündnisfähigkeit der PDS müsse weiter ausgebaut und der Dialog mit der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gezielt gesucht werden, damit Alternativen in den Bereichen Arbeit, Wirtschaft, Soziales und Kultur gegenüber der Großen Koalition in Mecklenburg-Vorpommern – bestehend aus CDU und SPD – durchgesetzt werden können.

(»Neues Deutschland«, 23. Januar 1995, S. 3)

### 25. Januar

»Neues Deutschland« veröffentlicht Beobachtungen, wie die PDS mit der rot-grünen Regierung in Sachsen-Anhalt umgeht. Die Auseinandersetzungen zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der PDS bleibt gerade die Minderheitskonstellation in Sachsen-Anhalt für die PDS eine gute parlamentarische Versuchsbühne für Reformexperimente.

(»Neues Deutschland«, 25. Januar 1995, S. 3)  
[Dokument 2]

### 26. Januar

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, *Gottfried Timm*, erklärt im Schweriner Landtag gegenüber der PDS, daß die gewollte Regierungskoalition mit der CDU nur eine Partnerschaft auf Zeit sei.

(»Neues Deutschland«, 26. Januar 1995, S. 5)

### 27. Januar

In den neuen Bundesländern sprechen sich zunehmend DGB-Landesvorsitzende für »streitbare Kontakte zur PDS« aus. Im Osten ist die SPD-Bindung des DGB nicht weniger stark als im Westen.

(»Neues Deutschland«, 27. Januar 1995, S. 5)

*Gregor Gysi* steht der Absicht des Bundes Westdeutscher Kommunisten ablehnend gegenüber, sich in der West-PDS als Arbeitsgemeinschaft zu etablieren. Er erwägt, dagegen notfalls bei der Bundesschiedsstelle der Partei Beschwerde einzulegen. Dieser Schritt würde potentielle PDS-Mitglieder im Westen abschrecken: linke Sozialdemokraten, linke Christen, linke Gewerkschaftler, unabhängige Linke.

(»Neues Deutschland«, 27. Januar 1995, S. 3)

### 28. Januar

*Reinhard Höppner*, SPD-Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, ist der Ansicht, daß, wenn die PDS als undemokratische Partei eingestuft werde, sie konsequenterweise auch von den Wahlen ausgeschlossen werden müßte. Da dies aber nicht erfolgte, ist es wiederum undemokratisch, den Willen ihrer Wähler nicht zur Kenntnis zu nehmen. »Wenn wir nicht mehr daran glauben, daß Menschen dazulernen können, ist ein vernünftiges Zusammenleben unmöglich. Ich würde auch einem redlichen Kommunisten zutrauen, daß er nach der Ära DDR wirklich dazulernen will und ehrlich einen engagierten neuen Weg geht. Das muß man ihnen aber auch ermöglichen.«

(»Leipziger Volkszeitung«, 28./29. Januar 1995, S. 3)

[Dokument 3]

### 28./29. Januar

Die 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS tagt in Berlin. Die Reformsozialisten *Lothar Bisky* und *Gregor Gysi* konnten sich in allen Programmpunkten durchsetzen. *Sahra Wagenknecht* von der »Kommunistischen Plattform« scheiterte mit ihrer Kandidatur für einen Sitz im PDS-Vorstand.

Die Reaktion auf den PDS-Parteitag fällt sehr unterschiedlich aus. Der Vizechef der Unionsfraktion im Bundestag, *Rudolf Seiters*, bezeichnet die PDS nach wie vor als eine antidemokratische Partei. Ihre Reform-Beteuerungen seien nichts als ein einziges Täuschungsmanöver. Für CDU-Generalsekretär *Peter Hinze* ist die PDS noch immer eine »SED-Fortsetzungspartei«. FDP-Chef *Klaus Kinkel* sieht keine Ansätze, daß sich das Parteivolk der PDS von der SED entferne. Aus der Sicht des sächsischen Umweltminister *Arnold Vaatz* (CDU) sei klar: Die Kommunistische Plattform der PDS ist gar keine Minderheit in der Partei, wie allgemein angenommen wird.

Die Sprecherin der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, *Kerstin Müller*, äußerte, daß eine Koalition mit der PDS auf Bundesebene derzeit nicht auf der Tagesordnung stehe, aber auf den Landesebenen in Berlin und Sachsen-Anhalt vor Ort geklärt werden müsse. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident *Reinhard Höppner* (SPD) schließt eine Koalition mit der PDS nicht für alle Zeiten aus.

(»Neues Deutschland«, 31. Januar 1995, S. 5)

## FEBRUAR

### 1. Februar

*Gregor Gysi*, Vorsitzender der PDS-Gruppe im Bundestag, äußert sich in einem Interview dahingehend, daß die Zuspitzung der innerparteilichen Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Plattform zu einer wachsenden Glaubwürdigkeit der PDS geführt hat. Auf die Frage, wie groß der Einfluß von SPD-Politikern auf seine Entscheidungen sei, antwortet er: »Mediale und gesellschaftliche Öffentlichkeit haben selbstverständlich auch Einfluß auf Entscheidungen innerhalb der PDS. Der Einfluß von Spitzenpolitiker der SPD auf die praktische Politik der PDS aber ist so groß, wie der Einfluß von führenden Politikern der PDS auf die praktische Politik der SPD, d.h. fast gleich Null.«

(»Neues Deutschland«, 1. Februar 1995, S. 2)

Die Vorstandssprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, *Krista Sager*, erklärt nach einer Klausurtagung, daß es keine Koalitionen mit PDS und CDU geben werde, aber auch keinen »Apartheidsbeschluß« zu ihrer Ausgrenzung. Auf den Ebenen der Kommunen und der Länder sei jedoch eine Zusammenarbeit denkbar. Der PDS sei ihre selbsterklärte Erneuerung nicht gelungen. Auch fehle es ihr an jeder Strategie. Wenn die PDS Regierungsverantwortung übernehmen würde, wäre sie schnell politisch entzaubert.

(»Leipziger Volkszeitung«, 2. Februar 1995, S. 2)

### 2. Februar

Zum Koalitionsangebot der PDS gegenüber SPD und Bündnis 90/Die Grünen äußern sich *Thomas Krüger* und *Walter Momper*, beide Spitzenpolitiker der SPD in Berlin, skeptisch bzw. ablehnend. Nach Ansicht von *Krüger* erfülle die PDS nicht die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit, weil sie keine Antworten auf Fragen der Zukunft habe. Der SPD-Verband Berlin-Lichtenberg hat hingegen beschlossen, mit der PDS Gespräche zu führen.

(»Neues Deutschland«, 2. Februar 1995, S. 1)

### 4. Februar

Der Historiker *Prof. Arnulf Baring* sieht im Wahljahr '94 einen wachsenden »Linkstrend«, der tendentiell auf eine Linksunion von SPD, Bündnis-Grüne und PDS zulaufe.

(»Neues Deutschland«, 4./5. Februar 1995, S. 5)

### 6. Februar

Zur Diskussion über das Verhältnis von SPD und PDS auf der konstituierenden Sitzung des neuen PDS-Vorstandes heißt es in einem Bericht von Wolfgang Hübner: »*Gregor Gysi* machte klar, daß er ohne Zeitverzug die PDS politikfähiger machen will. Wenn die Gesellschaft sich wirklich in eine gefährliche Richtung entwickle, dann sei es lächerlich, sich vor jedem Gespräch mit der SPD in die Hosen zu machen. [...] »Wenn wir uns nicht von der Angst befreien, als Sozialdemokraten oder Fundamentalisten verschrien zu werden, dann werden wir keine Reformalternative hinkriegen«, sagte *Gysi*.«

(»Neues Deutschland«, 7. Februar 1995, S. 5)

### 9. Februar

*Joschka Fischer*, Fraktionssprecher der Bündnis-Grünen im Bundestag, weist die Unterstellung zurück, er wolle mit Hilfe der PDS an die Macht kommen: »Völliger Blödsinn, das mit der Macht. Addieren Sie mal.« Links von der SPD seien nicht mehr als fünf Prozent Wählerstimmen zu holen. In der PDS sieht *Fischer* eine DDR-orthodoxe Mehrheit und eine reformerische Minderheit, die eine Sozialdemokratisierung der PDS anstrebe. Letztere Entwicklung findet er gut.

(»Neues Deutschland«, 9. Februar 1995, S. 3)

[Dokument 5]

»Die Wochenpost« veröffentlicht ein Interview mit *Regine Hildebrandt*, seit 1990 Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen in Brandenburg. Sie wirft der PDS vor, die linken Kräfte in Deutschland gespalten zu haben. Sie lehnt gleichzeitig alle Versuche ab, in die PDS einen Keil zu treiben. Die Rote-Socken-Diskussion sei überflüssig und lenke nur vom eigentlichen Problem ab: Wie sind linke Mehrheiten zu gewinnen.

(»Wochenpost«, Nr. 7/1995, S. 10-11)

[Dokument 6]

### 13. Februar

*Heide Rühle*, Bundesgeschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen, weist auf das breite Spektrum von PDS-Mitglieder hin. Im Westen seien vor allem Fundamentaloppositionelle tätig, im Osten Stalinisten und Reformkräfte. Mit den Reformern könne man vor Ort sehr wohl zusammenarbeiten.

(»Leipziger Volkszeitung«, 13. Februar 1995, S. 2)

**17. Februar**

Über ein linkes Reformbündnis diskutieren in Berlin *Gregor Gysi* (PDS) und *Jürgen Trittin* (Bündnis 90/Grüne). Trittin bezeichnet die PDS als Gegner, der Reformmehrheiten verhindere. Er kündigt an, daß sich seine Partei stärker im Osten entfalten wolle. Die PDS werde, so *Gysi*, keine rotgrüne Regierung zum Scheitern bringen.

Der Zeitung »Welt am Sonntag« sagt *Trittin* zum Streitgespräch: »Die PDS ist eine genauso verbrecherische oder nicht-verbrecherische Organisation wie die CDU.«

(»Neues Deutschland«, 20. Februar 1995, S. 4)

**27. Februar**

Nach Angaben des PDS-Bundesschatzmeisters *Dietmar Bartsch* ging die Mitgliederzahl der PDS von 1992 bis Ende 1994 um knapp 23000 auf 123751 Mitglieder zurück. Dennoch sei sie immer noch die stärkste Partei im Osten Deutschlands.

(»Leipziger Volkszeitung«, 27. Februar 1995, S. 1)

**28. Februar**

In der Führungsspitze von Bündnis 90/Die Grünen ist erneut ein heftiger Streit über den Umgang mit der PDS ausgebrochen. Anlaß ist die Äußerung von *Kerstin Müller*, mit *Joschka Fischer* gleichberechtigte Fraktionschefin im Bundestag, in der ARD-Sendung ZAK, daß die PDS zumindest in Sachsen-Anhalt und auch in Berlin koalitionsfähig sei. Wie *Kerstin Müller* sieht auch *Joschka Fischer* die PDS durch eine fortgesetzte Ausgrenzung in eine Märtyrerrolle gedrängt, durch die sie nur an Stärke gewinne. Für einen Konfrontationskurs gegen die PDS plädieren *Vera Lengsfeld* (Wollenberger) und *Gerd Poppe*, ehemals Bürgerrechtler der DDR. *Fischer* hingegen will der PDS alle demokratischen Rechte eingeräumt wissen und meint, eine Sozialdemokratisierung der PDS ausmachen zu können.

(»Neues Deutschland«, 28. Februar 1995, S. 3)

**MÄRZ****2. März**

Nach einem Gespräch des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, *Reinhard Höppner*, mit der PDS-Fraktionsvorsitzenden *Petra Sitte*, fordert der CDU-Generalsekretär *Peter Hinze* erneut Höppners Rücktritt. Dieser habe sich damit aus dem Kreis der Demokraten begeben.

(»Leipziger Volkszeitung«, 2. März 1995, S. 1)

**22. März**

In einem Papier fordern die Berliner Sozialdemokraten *Thomas Krüger* (Bundestagsabgeordneter) und *Peter Strieder* (Bezirksbürgermeister in Kreuzberg) einen

offenen Umgang mit der PDS. Die SPD-Spitzenkandidatin zu den Berliner Wahlen, *Ingrid Stahmer*, ruft daraufhin Krüger und Strieder zur Ordnung. Sie erinnert an einen Beschluß der Berliner SPD vom Dezember 1994, wonach es keine Zusammenarbeit mit der SED-Nachfolgepartei geben wird.

(»Leipziger Volkszeitung«, 22. März 1995, S. 2)

**22. März**

SPD-Chef *Rudolf Scharping* vertritt die Auffassung, daß auch ehemalige SED-Mitglieder in die SPD aufgenommen werden könnten. Gleichfalls lädt er PDS-Mitglieder zur Mitarbeit in der SPD ein. Einer politischen Zusammenarbeit mit der PDS erteilt er allerdings eine erneute Absage. *Scharping*: »Ich habe nichts gegen einzelne Personen, die Partei als Gesamtes ist aber nicht akzeptabel.«

(»Neues Deutschland«, 24. März 1995, S. 4)

**23. März**

*Lothar Bisky*, PDS-Vorsitzender, schätzt ein, daß eine erneute Kampagne zur Werbung ehemaliger SED-Mitglieder für die SPD keine großen politischen Folgen haben wird. Zum einen habe die SPD schon eine ganze Reihe ehemaliger SED-Mitglieder aufgenommen, zum anderen seien diese Kampagnen in der Vergangenheit nie von Erfolg gekrönt gewesen.

(»Neues Deutschland«, 23. März 1995, S. 2)

**24. März**

*Bernhard Tschernig*, Pressesprecher des PDS-Landesverbandes Brandenburg, und *Kurt Libera*, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Geschichte/Programm des PDS-Landesverbandes, veröffentlichen das Positionspapier »Nicht kontra, sondern alternativ zur SPD«. Darin heißt es: »Es ist notwendig für die PDS Brandenburg, selbstbewußt eine eigene Reformvariante, eine eigenständige mittelfristige Position zu formulieren. Sie muß als eine sozialistische Partei, die sich der radikalen Veränderung des Systems verpflichtet fühlt, dies auch in die Landespolitik einzubringen versuchen. Das ist im Vergleich zur SPD geradezu zwingend.«

Pressedienst der PDS, Nr. 12-1995, S. 2)

[Dokument 7]

**25. März**

*Gerhard Branstner* vom Marxistischen Forum in der PDS vermerkt, daß die historischen Wurzeln des Verhältnisses von SPD und PDS bis zur Bewilligung der Kriegskredite 1914 durch die deutsche Sozialdemokratie zurückreichen. Als Fazit bleibt trotz der Widersprüche in Vergangenheit und Gegenwart: »Ohne das Zusammengehen beider Parteien sind die deutschen Angelegenheiten nicht zu regeln.«

(»Neues Deutschland« vom 25./26. März 1995)

[Dokument 8]

Der Kreuzberger SPD-Bürgermeister *Peter Strieder* fordert dazu auf, den Kalten Krieg mit der PDS zu den Akten zu legen. Es müsse in der SPD ein Klima geschaffen werden, in dem jene, die zu PDS-Veranstaltungen gehen, nicht einer Kommunistenfreundlichkeit denunziert werden.

(»Neues Deutschland«, 25./26. März 1995, S. 3)  
[Dokument 9]

»Neues Deutschland« dokumentiert das Positionspapier von MdB *Thomas Krüger* und *Peter Strieder* »Die Herausforderung annehmen – Über den offenen Umgang der SPD mit der PDS«.

(»Neues Deutschland«, 25./26. März 1995, S. 3)  
[Dokument 10]

## APRIL

### 22./23. April

*Peter Porsch*, Vorsitzender der PDS in Sachsen, erklärt in seinem Referat auf der 4. Tagung des 3. Landesparteitages der PDS, daß auch in Sachsen Annäherungen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS vorstellbar sind, ohne die Unterschiede zu verwischen. (Linksblick, Sonderausgabe 1/1995, S. 10)

*Ingrid Matern*, Landesgeschäftsführerin der PDS in Sachsen, erklärt in ihrem Referat: »Die SPD führt den schärfsten Angriff aller Zeiten auf das WählerInnenpotential der PDS ...« Die PDS hat der SPD etwas an Neuem entgegenzusetzen. Dabei gehe es nicht um den »Versuch, der SPD ein paar Mitglieder abzutreiben oder ähnliche Dummheiten. Es geht uns um Opposition, nicht um die Macht, es geht um Veränderung der Gesellschaft, nicht um die Regierung. Es geht uns um die Menschen in diesem Land, nicht um Posten oder Pöstchen in den Amtsstuben.«

(Linksblick, Sonderausgabe 1/1995, S. 21)  
[Dokument 11]

### 26. April

Nach dem Urteil der SPD-Bundesschiedskommission werden *Michael Müller*, Leipzig, für drei Jahre die Mitgliedsrechte aberkannt. Er hatte sich im Sommer 1994 für ein Zusammengehen von PDS und SPD ausgesprochen. Danach hatten die Sozialdemokraten den Vorsitzenden ihres Ortsvereins Mitte als Bundestagskandidat abgewählt; der Landesvorstand beantragte seinen Ausschluß. Die Landesschiedskommission befand aber nur auf ein Jahr Ruhen der Mitgliedsrechte. *Müller* betonte, daß er weiter Gesprächspartner für die Frage suchen werde, »was zu tun wäre, damit hier eine glaubwürdige Linkskraft entsteht«.

(»Leipziger Volkszeitung«, 26. April 1995, S. 17)

## MAI

### 14. Mai

In Bremen finden Wahlen zur Bürgerschaft statt. Die PDS, die in Bremen 67 Mitglieder hat, erreicht 8 170 Stimmen. Im Vergleich zu den Bundestagswahlen 1994 sinkt ihr Stimmenanteil von 2,7 auf 2,37 Prozent. Ihr selbstgestecktes Ziel, die 5-Prozent-Hürde zu überspringen, verfehlt sie deutlich. Die PDS bleibt im Westen weiterhin eine Splittergruppe.

## JUNI

### 7. Juni

Der PDS-Fraktionschef im Brandenburgischen Landtag, *Lothar Bisky*, fordert den Ministerpräsidenten *Manfred Stolpe* (SPD) zu einer Regierungserklärung auf. *Bisky*: »Das Maß an Fehlentscheidungen ist voll.« Der Rücktritt *Stolpes* wird nicht gefordert.

(»Neues Deutschland«, 8. Juni 1995, S. 1)

### 17. Juni

Auf dem Berliner Landesparteitag der SPD führt der SPD-Vorsitzende *Rudolf Scharping* die Losung »PDS gleich CDU« ein, mit der die Berliner SPD in den Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus geht. Im Osten der Stadt schüre die PDS das Stimmungsbild »der Verlierer der Einheit, der Verfolgten und Benachteiligten«. Im Westen hingegen beginne die CDU »Besitzstände zu mobilisieren, den Westen gegen den Osten auszuspielen«. Dafür gebe es nur eine Feststellung, schlußfolgert *Scharping*: »Beide Parteien, CDU und PDS, gehören in den selben Topf.«

Im Wahlprogramm der SPD heißt es: »Mit der PDS wird die SPD kein Bündnis und keine Koalition eingehen. Einen sozialdemokratisch geführten Senat, der auf die Tolerierung durch die PDS im Abgeordnetenhaus angewiesen wäre, wird es nicht geben. Die PDS ist eine Partei voller ungeklärter Widersprüche zwischen ideologischer Bindung an ihre SED-Vergangenheit und mißglückten demokratischen Reformversuchen. Sie bewegt sich zwischen radikaler Ablehnung des marktwirtschaftlichen und demokratischen Systems und unbezahlbaren populistischen Versprechungen, zwischen Verantwortungsverweigerung und politischer Anbiederung.«

(»Neues Deutschland«, 19. Juni 1995, S. 6)

### 20. Juni

Der Landesvorsitzende der SPD in Sachsen-Anhalt, *Rüdiger Fikentscher*, schätzt zur Tolerierung der rot-grünen Minderheitsregierung durch die PDS ein: »Die PDS hat das, was wir als gute Politik bezeichnen, nicht verhindert.«

(»Neues Deutschland«, 21. Juni 1995, S. 4)

**23. Juni**

Der von der PDS-Gruppe im Bundestag eingebrachte Gesetzesentwurf gegen den Rassismus wird von der SPD-Abgeordneten *Cornelia Sonntag-Wolgast* als nicht tauglich bezeichnet.

(»Neues Deutschland«, 24./25. Juni 1995, S. 1)

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident *Reinhard Höppner* (SPD) hebt die konstruktive Politik der PDS hervor. Im Gegensatz zur CDU habe sie die Gesprächsangebote angenommen. Sie habe bewiesen, daß sie ihre politische Arbeit nicht populistisch ausrichte, sondern an Sachfragen orientiert mit der rot-grünen Koalition um Kompromisse ringt.

(»Neues Deutschland«, 24./25. Juni 1995, S. 4)

**24. Juni**

In einem Kommentar von Bernd Lähne, Leipziger Volkszeitung, zu 365 Tagen Amtszeit der rot-grünen Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt heißt es: »Landesvater *Höppner* und der Fraktionschef der Bündnisgrünen, *Hans-Jochen Tschiche*, können noch so sehr um den heißen Brei herumreden, Fakt ist: Ohne die PDS kommt kein Beschluß durch den Landtag. Aus den Reihen der Christdemokraten erfolgt die härteste Kritik an dieser »Art, neue ostdeutsche Politik zu betreiben«. Statt den demokratischen Weg zu gehen, werden Sonderlösungen gesucht, wird mehr und mehr im Hinterzimmer entschieden, verkommt das Parlament zum Abstimmungstheater, heißt es da. Und die Gegenrechnung geht weiter: Höchste Arbeitslosigkeit, 100 Tage verwaistes Wirtschaftsministerium, über 12 000 fehlende Lehrstellen und die zweithöchste Pro-Kopf-Verschuldung in der Bundesrepublik.«

(»Leipziger Volkszeitung«, 24./25. Juni 1995, S. 8)

**26. Juni**

In Bremen ist die Große Koalition aus SPD und CDU perfekt. Das kleinste Bundesland wird damit erstmals von einer Großen Koalition regiert.

(»Leipziger Volkszeitung«, 27. Juni 1995, S. 1)

**30. Juni**

Der Deutsche Bundestag beschließt den ersten Kriegseinsatz von Truppen der Bundeswehr. Geschlossen wendet sich die PDS-Gruppe gegen den Einsatz in Bosnien. 45 SPD-Abgeordnete und eine kleinere Gruppe der Bündnisgrünen stimmten ebenfalls dagegen. Sie widersetzen sich damit den Orientierungen ihrer Fraktionen.

Die CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt fordert, der PDS den Oppositionsstatus abzuerkennen. Die PDS erfülle mit ihrer Unterstützung der rot-grünen Minderheitsregierung in Magdeburg nicht die verfassungsrechtliche Definition, so der CDU-Fraktionsvorsitzende *Bergner*.

(»Leipziger Volkszeitung«, 30. Juni 1995)

**JULI****17. Juli**

In Dresden wird eine Emnid-Umfrage veröffentlicht. Gefragt wurde, wie die Bürger Sachsens wählen würden, wären morgen Wahlen. Die PDS käme hinter der CDU und vor der SPD auf Platz zwei. Die CDU könne derzeit 50 Prozent, die PDS 19 Prozent und die SPD 16 Prozent der Wählerstimmen auf sich ziehen. Bei den Wahlen im Vorjahr hatte die SPD mit 16,6 Prozent knapp vor der PDS mit 16,5 Prozent gelegen.

(»Leipziger Volkszeitung«, 18. Juli 1995, S. 3)

**AUGUST****1. August**

In einem Interview mit dem »Neuen Deutschland« erklärt *Manfred Stolpe* (SPD), Ministerpräsident in Brandenburg, daß die PDS auf dem parlamentarischen Feld nicht mehr mit der SED vergleichbar ist. »Dafür«, so Stolpe, »sind wir offen. Wir würdigen aus unseren Ost-Erfahrungen alle Bemühungen, die konstruktiv sind, und wir legen keine Schablone an diese Menschen.« Weiter heißt es heißt es: »Die Toleranz ist Teil einer demokratischen, humanistischen Kultur, die in Menschenrechten und Verfassungsgrundsätzen festgeschrieben und alltägliche Praxis ist.«

(»Neues Deutschland«, 1. August 1995, S. 12)

[Dokument 14]

**18. August**

Schleswig-Holsteins Regierungschefin *Heide Simonis* (SPD) spricht sich dafür aus, im Bundestag in bestimmten Fragen auch mit der PDS zusammenzugehen. »Wir müssen den Bundeskanzler richtig jagen. Mit seiner knappen Mehrheit muß er auch mal zittern um seine Macht. Von mir aus kann man für eine vernünftige Sache, zum Beispiel für das BAFöG, auch mal mit der PDS stimmen«, sagt sie. Die PDS sei zwar eine Kaderpartei von »oten Socken, aber wenn wir mal nicht nur mit den Grünen, sondern auch mit ihrer Hilfe dem Kohl eine schlaflose Nacht bereiten könnten, dann sollten wir das tun.«

(»Neues Deutschland«, 18. August 1995, S. 4)

**21. August**

Teile der in Sachsen-Anhalt regierenden SPD sprechen sich erstmals offen für ein eventuelles Bündnis mit der PDS aus. Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, *Jens Bullerjahn*, schließt nicht aus, daß unter bestimmten Voraussetzungen der PDS ein offizielles Angebot zur Regierungsmitarbeit unterbreitet werden könne.

(»Leipziger Volkszeitung«, 21. August 1995, S. 4)



**22. August**

Der DGB-Landeschef Thüringens *Frank Spieth* fordert: Reformen nur mit der PDS. Der SPD-Schmusekurs mit der CDU gehe nur auf Kosten der Reformziele. Die SPD in Thüringen könne nur 20 Prozent ihres Wahlprogramms durchsetzen, die CDU hingegen 80 Prozent.

(»Neues Deutschland«, 22. August 1995, S. 1)

[Dokument 15]

**23. August**

*Gerhard Schröder*, Ministerpräsident in Niedersachsen und einer der prominentesten SPD-Politiker, stimmt der Ansicht zu, daß die PDS nicht einfach links liegengelassen werden kann, wenn es darum gehe, eine erneute CDU-Mehrheit bei den Wahlen in Berlin zu verhindern.

(»Neues Deutschland«, 23. August 1995, S. 5)

**26. August**

Nach eingehender Prüfung lehnt der Landespräsident von Sachsen-Anhalt, *Klaus Keitel* (CDU), die Forderung seiner Fraktion ab, der PDS den Oppositionsstatus und die damit verbundenen Zuschläge in Höhe von mehr als 17 000 Mark monatlich abzuerkennen. Die Zustimmung zu SPD-Regierungsvorlagen durch PDS-Landtagsabgeordnete bewege sich nicht außerhalb des Rahmens der freien Wahrnehmung ihres Abgeordnetenmandates.

(»Neues Deutschland«, 26./27. August 1995, S. 5)

**31. August**

Thüringens Ministerpräsident und CDU-Chef *Bernhard Vogel* erklärt: »Wir bekämpfen die PDS, und zwar entschiedener und härter als demokratische Konkurrenz bekämpft wird.«

(»Leipziger Volkszeitung«, 31. August 1995, S. 3)

[Dokument 16]

**SEPTEMBER****4. September**

Peter Richter analysiert für das »Neue Deutschland« das Verhältnis der großen Parteien zueinander, wie es sich in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Baden-Württemberg und Bremen zur Zeit darstellt.

(»Neues Deutschland« vom 4. September 1995)

[Dokument 17]

**8. September**

Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen-Anhalt diskutieren über ihr Verhältnis zur PDS. Eine kleine Gruppe um den früheren Stadtrat von Magdeburg, *Gerhard Ruden*, und den Fraktionsvorsitzenden der Bündnisgrünen im Rathaus Halle, *Wolfgang Kupke*, fordern

eine strikte Abgrenzung ihrer Partei von der PDS auch auf parlamentarischer Ebene. Gerhard Ruden äußert die Befürchtung, daß die BündnisGrünen aus der politischen Landschaft abserviert werden, wenn sie sich nicht stärker von der PDS abgrenze. *Ruden*: »Wir müssen klarere Position gegen die PDS beziehen, ganz gleich, ob wir in dieser Koalition mit der SPD sind oder nicht.« Die PDS habe sich nicht weit genug von der SED entfernt und stelle nach wie vor die Grundlagen des gesellschaftlichen Systems der BRD in Frage. Damit stehe sie außerhalb des demokratischen Grundkonsenses. Landesfraktionschef *Hans-Jochen Tschiche* verteidigt die parlamentarische Zusammenarbeit mit der PDS und wird dabei von *Michael Rost*, Sprecher der Landesfraktion, unterstützt, der ebenfalls eine Koalition mit der PDS nicht mehr ausschließt.

(»Neues Deutschland«, 11. September 1995, S. 5)

**9. September**

*Peter Radunski*, Bundes- und Europasenator sowie Wahlkampfmanager der Berliner CDU, zu den Zielen der CDU im Wahlkampf: »Verhindern wollen wir Rot-Grün«. Für eine Regierungsbeteiligung der PDS sei Berlin noch nicht reif.

(»Neues Deutschland«, 9./10. September 1995, S. 3)

**16. September**

*Roland Claus*, Landesvorsitzender der PDS in Sachsen-Anhalt, referiert auf dem 4. Landesparteitag in Magdeburg am 16. und 17. September u.a. zur weiteren Gestaltung des Verhältnisses von SPD und PDS. Die PDS müßte trotz der tolerierten Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen für reformpolitische Veränderungen Millimeter für Millimeter streiten. Claus: »Wir bleiben auch bei unserem Grundsatz: Die PDS-Politik in Sachsen-Anhalt wird von unserem Programm und den Parteitag bestimmt und nicht vom Koalitionsvertrag.«

(»Beschlüsse des 4. Landesparteitages der Partei des Demokratischen Sozialismus. Landesverband Sachsen-Anhalt am 16. und 17. September 1995 in Magdeburg«. Auszüge)

[Dokument 18]

**18. September**

Mit *Christoph Zöpel* und *Karsten Voigt* kündigten zwei Mitglieder des Bundesvorstand der SPD an, diesem nicht mehr angehören zu wollen. *Hans-Ulrich Klose* zum Ruf der SPD-Wirtschaftspolitik: Die SPD werde im Augenblick nicht als »Modernisierer«, sondern eher denn als »stockkonservativ« eingeschätzt.

(»Leipziger Volkszeitung«, 18. September 1995,

S. 1)

## 19. September

*Hans-Christian Ströbele*, Bündnis 90/Die Grünen, schließt eine Koalition mit der PDS in Berlin aus. Auch das Magdeburger Modell sei für Berlin nicht tauglich. Mit der SPD wolle sich seine Partei nur einlassen, weil es keine andere Alternative gäbe. (»Neues Deutschland« vom 19. September 1995) [Dokument 19]

## 20. September

Der stellvertretende Vorsitzende des Gesamtpersonalrats der Stadt Frankfurt am Main, *Heiner Halberstadt*, äußert sich über die SPD: »Die SPD droht zu scheitern, weil sie grundsätzliche Gesellschaftskritik über Bord geworfen hat; weil sie sich in ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem integriert hat, das seinem Wesen nach eine gigantische, materialistisch orientierte Verwertungsmaschine ist, die droht, alle Ressourcen des Planeten und damit den Menschen selbst verschlingt.« Die SPD nenne sich zwar noch sozialdemokratisch, aber dies sei in ihr nur noch ein Name.

(»Neues Deutschland«, 20. September 1995, S. 5) [Dokument 20]

## 21. September

*Gregor Gysi*, Vorsitzender der PDS-Bundestagsgruppe, äußert sich optimistisch über die Verbesserung des Verhältnisses der SPD zur PDS. »Es gibt Ansätze dafür, und ich glaube, sie werden zunehmen. Das kann die SPD verändern. Ich denke an Leute wie Höppner, Stolpe und Ringstorff. Denen wird klar, daß durch die vielen großen Koalitionen auf Dauer das Profil der SPD zerstört wird.«

(»Neues Deutschland«, 21. September 1995, S. 3) [Dokument 21]

Die CDU führt in ihrem Berliner Wahlkampf die Losungen: »Wer rot/grün wählt, riskiert die Kommunisten«, »Eine Stimme für die SPD ist eine Stimme für die PDS«. In riesigen Plakaten warnt die CDU mit dem Bären: »Bloß keine rot-grüne Laus im Pelz«. (»Leipziger Volkszeitung«, 21. September 1995, S. 1)

## 24. September

In Bremerhaven finden Kommunalwahlen statt. Der Absturz der SPD ist hier noch tiefer als im Mai in Bremen. Nur 29,7 Prozent der Stimmen kann sie gewinnen, in einer Stadt, in der sie jahrzehntelang mit absoluter Mehrheit unangefochten regierte. Als ein Grund dieser Schlappe wird die momentane Führungskrise der SPD in Bonn angeführt.

(»Neues Deutschland«, 26. September 1995, S. 5)

## 25. September

*Rudolf Borchert*, Mitglied des SPD-Landesverbands in Mecklenburg-Vorpommern und Sprecher des »Ware-

ner Kreises«, sieht das Magdeburger Modell als Pilotprojekt auch für Mecklenburg-Vorpommern. Das Trennende zur PDS sieht er nicht so sehr in der Vergangenheit, sondern in ihrem noch nicht eindeutigen Bekenntnis zum Grundgesetz und zum Reformsozialismus. Auf ihre Stimmen für ein linkes Reformprojekt sollte aber nicht verzichtet werden.

(»Neues Deutschland«, 25. September 1995, S. 3) [Dokument 22]

Sachsens SPD-Chef *Karl-Heinz Kunkel* meint, die SPD könne sich – auch auf Bundesebene – nicht vor positiven Lösungsvorschlägen sozialer Probleme der PDS verschließen. Der SPD-Chef in Thüringen, *Gerd Schuchard*, lehnt eine Zusammenarbeit mit der PDS weiterhin strikt ab.

(»Leipziger Volkszeitung«, 25. September 1995, S. 1)

*Harald Ringstorff*, SPD-Chef in Mecklenburg-Vorpommern, bekräftigt, daß der Dialog mit der PDS fortgesetzt werde. *Steffen Reiche*, Landesvorsitzender der SPD in Brandenburg, verweist darauf, daß die SPD in diesem Bundesland die absolute Mehrheit habe und zum Regieren nicht auf die PDS angewiesen sei. Nach *Gregor Gysi* sind die gewollten Veränderungen der Links-Wähler nur möglich durch Kooperation oder Duldung von Grünen, SPD und PDS.

(»Neues Deutschland«, 25. September 1995, S. 1)

Die Berliner SPD-Spitzenkandidatin *Ingrid Stahmer* erklärt erneut vor der Presse, daß es mit ihr kein kooperatives Verhältnis zur PDS geben werde. Die Absage an die PDS betreffe Koalition, Duldung und Einzelstimmen.

(»Neues Deutschland«, 26. September 1995, S. 1)

## 26. September

In der Thüringer SPD mehren sich Stimmen gegen den harten Anti-PDS-Kurs von SPD Landeschef *Gerd Schuchardt*. Der DGB-Landesvorsitzende *Frank Spieth* hatte bereits auf dem Anfang September stattgefundenen SPD-Landesparteitag gefordert, die Politik der Unverrückbarkeit in Richtung PDS aufzugeben. Man müsse sich Gedanken machen, »wie man das Potential, was die PDS hier realisiert, mittelfristig in die politische Arbeit mit einbezieht«. Grenzen will er ausdrücklich nicht ziehen: »Durch Kooperation, Koalition oder Tolerierung.« Innenminister *Richard Dewes* geht nicht ganz so weit, aber hält die PDS als »potentiell koalitionsfähig«. Die PDS Landesvorsitzende in Thüringen, *Gabi Zimmermann*, bezeichnet die Auseinandersetzung der SPD gegen die CDU als Show. Eine Alternative zur CDU-Politik deute die ihre kaum an.

(»Neues Deutschland«, 26. September 1995, S. 5)

## 27. September

Zum 5. Jahrestag der Vereinigung von Ost- und West-SPD hat Parteichef *Rudolf Scharping* klargestellt, daß es »keinerlei Zusammenarbeit mit der PDS« gebe und geben werde. Gegenüber der »Leipziger Volkszeitung«

sagt er, »die PDS ist ein Hindernis auf dem Weg zur Einheit Deutschlands«. Jüngste Anstrengungen aus der SPD, Bündnisse mit der PDS zu suchen, seien »fahrlässige Äußerungen einzelner«, die sich dabei »auf keinerlei Stimmung in der Gesamtpartei stützen könnten und die nur dazu geeignet sind, die laufenden Wahlkämpfe, unter anderem in Berlin, zu belasten«.

(»Leipziger Volkszeitung«, 27. September 1995, S. 1)

### 30. September

*Günter Verheugen* gibt sein Amt als SPD-Geschäftsführer auf. Sein Rücktritt ist ein Zeichen für die Tiefe der SPD-Führungskrise, die sich hauptsächlich in den Streitigkeiten zwischen *Gerhard Schröder* und *Rudolf Scharping* zur Wirtschaftspolitik der SPD offenbart, als auch durch die sinkende Sympathie des SPD-Vorsitzenden Scharping in der Öffentlichkeit.

*Heidi Enss* kommentiert in der »Leipziger Volkszeitung«: »Ein entlastendes Ventil in der Bundesgeschäftsführung aufzudrehen, lag nahe - wenn man Stärke beweisen muß. Und das muß Scharping, dem von seinen Sozialdemokraten seit langem Führungsschwäche angelastet wird.«

Als Nachfolger Verheugens wird Anfang Oktober *Franz Müntefering* gewählt werden.

(»Leipziger Volkszeitung«, 30. September/1. Oktober 1995, S. 1, S. 3; 12. Oktober 1995, S. 2)

## OKTOBER

### 2. Oktober

Eine Mehrheit der Ostdeutschen (56 Prozent) wünschen nach einer Umfrage des Leipziger Instituts für Marktforschung eine Regierungsbeteiligung der PDS. In Brandenburg waren es sogar 72, in Sachsen-Anhalt hingegen nur 48 Prozent.

(»Leipziger Volkszeitung«, 2. Oktober 1995, S. 2)

### 5. Oktober

*Ingrid Stahmer*, Spitzenkandidatin der SPD für die bevorstehenden Berlin-Wahlen, gewährt dem »Neuen Deutschland« ein Interview. Sie lehnt darin jede Zusammenarbeit mit der PDS auch nach den Wahlen entschieden ab.

(»Neues Deutschland« vom 5. Oktober 1995)

[Dokument 23]

### 7. Oktober

Auf einer Regionalkonferenz der CDU in Schwerin beklagt die CDU-Landesvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern, *Angela Merkel*, die »breite Verflechtung« zwischen Sozialdemokraten und der PDS. Entgegen den Bekenntnissen von SPD-Chef *Rudolf Scharping* gebe es zwischen SPD und PDS Absprachen und

enge Kooperationen auf kommunaler Ebene. Vor allem in den Kreisen Ludwigslust und Parchim arbeiteten sie »ungehemmt« zusammen.

(»Neues Deutschland«, 9. Oktober 1995, S. 4)

*Rudolf Dressler*, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender, sieht nicht das Bündnis mit der PDS für den Weg zur Regierungsübernahme der SPD, sondern das Hervorheben der identitätsstiftenden Programme der SPD.

(»Neues Deutschland« vom 7./8. Oktober 1995)

[Dokument 24]

### 9. Oktober

Professor *Günter Benser* geht der Frage nach, warum die SPD heute ihre eigene Wiedergründung nicht mit dem Aufruf des Zentralaussschusses vom 15. Juni 1945 datiert, sondern vom Juni in den Oktober und von Berlin nach Hannover verlegt. Die Antwort: Die SPD in den östlichen Ländern sprach sich für ein Zusammengehen mit der KPD aus.

(»Neues Deutschland« vom 9. Oktober 1995)

[Dokument 25]

### 12. Oktober

Auf einer Veranstaltung der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung erhebt *Hans-Joachim Jentsch*, früherer Justizminister in Thüringen und nunmehr Verfassungsrichter in Erfurt, vier Vorwürfe gegen die PDS. Die Partei diffamiere das Grundgesetz und wolle es erschüttern, sie verniedliche das SED-System, sie propagiere einen neuen Separatismus und predige sozialistische Utopien.

(»Neues Deutschland«, 12. Oktober 1995, S. 5)

In Leipzig billigt die SPD das Zweckbündnis mit der CDU im Stadtparlament. Der Vorsitzende des Unterbezirksvorstandes der SPD, *Robert Thürmer*, ist dagegen, daß sich eine Koalition von SPD und Bündnis 90/Grüne in Leipzig von der SPD tolerieren lasse. Thürmer: »Wir würden doch dadurch nur die PDS salonfähig machen.«

(»Leipziger Volkszeitung« vom 14./15. Oktober 1995)

[Dokument 26]

### 14./15. Oktober

Die CDU richtet auf ihrem Karlsruher Parteitag scharfe Angriffe gegen die SPD. CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender *Wolfgang Schäuble* meint, eine rot-grüne Regierung in Berlin mit der PDS als »stille Teilhaber« wäre schädlich für die Stadt. Er wirft den Sozialdemokraten vor, sie seien bereit, den Grundkonsens der Demokraten, wonach es keine Zusammenarbeit mit Extremisten geben dürfe, »aufs schändlichste« zu verletzen.

SPD-Parteichef *Rudolf Scharping* spricht von einer Diffamierung. Der neue SPD-Bundesgeschäftsführer *Franz Müntefering* nennt Schäuble einen »Lügner und Brunnenvergifter«.

(»Leipziger Volkszeitung«, 18. Oktober 1995, S. 1)

## 19. September

*Hans-Christian Ströbele*, Bündnis 90/Die Grünen, schließt eine Koalition mit der PDS in Berlin aus. Auch das Magdeburger Modell sei für Berlin nicht tauglich. Mit der SPD wolle sich seine Partei nur einlassen, weil es keine andere Alternative gäbe. (»Neues Deutschland«, vom 19. September 1995) [Dokument 19]

## 20. September

Der stellvertretende Vorsitzende des Gesamtpersonalrats der Stadt Frankfurt am Main, *Heiner Halberstadt*, äußert sich über die SPD: »Die SPD droht zu scheitern, weil sie grundsätzliche Gesellschaftskritik über Bord geworfen hat; weil sie sich in ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem integriert hat, das seinem Wesen nach eine gigantische, materialistisch orientierte Verwertungsmaschine ist, die droht, alle Ressourcen des Planeten und damit den Menschen selbst verschlingt.« Die SPD nenne sich zwar noch sozialdemokratisch, aber dies sei in ihr nur noch ein Name.

(»Neues Deutschland«, 20. September 1995, S. 5) [Dokument 20]

## 21. September

*Gregor Gysi*, Vorsitzender der PDS-Bundestagsgruppe, äußert sich optimistisch über die Verbesserung des Verhältnisses der SPD zur PDS. »Es gibt Ansätze dafür, und ich glaube, sie werden zunehmen. Das kann die SPD verändern. Ich denke an Leute wie Höppner, Stolpe und Ringstorff. Denen wird klar, daß durch die vielen großen Koalitionen auf Dauer das Profil der SPD zerstört wird.«

(»Neues Deutschland«, 21. September 1995, S. 3) [Dokument 21]

Die CDU führt in ihrem Berliner Wahlkampf die Losungen: »Wer rot/grün wählt, riskiert die Kommunisten«, »Eine Stimme für die SPD ist eine Stimme für die PDS«. In riesigen Plakaten warnt die CDU mit dem Bären: »Bloß keine rot-grüne Laus im Pelz.« (»Leipziger Volkszeitung«, 21. September 1995, S. 1)

## 24. September

In Bremerhaven finden Kommunalwahlen statt. Der Absturz der SPD ist hier noch tiefer als im Mai in Bremen. Nur 29,7 Prozent der Stimmen kann sie gewinnen, in einer Stadt, in der sie jahrzehntelang mit absoluter Mehrheit unangefochten regierte. Als ein Grund dieser Schlappe wird die momentane Führungskrise der SPD in Bonn angeführt.

(»Neues Deutschland«, 26. September 1995, S. 5)

## 25. September

*Rudolf Borchert*, Mitglied des SPD-Landesverbands in Mecklenburg-Vorpommern und Sprecher des »Ware-

ner Kreises«, sieht das Magdeburger Modell als Pilotprojekt auch für Mecklenburg-Vorpommern. Das Trennende zur PDS sieht er nicht so sehr in der Vergangenheit, sondern in ihrem noch nicht eindeutigen Bekenntnis zum Grundgesetz und zum Reformsozialismus. Auf ihre Stimmen für ein linkes Reformprojekt sollte aber nicht verzichtet werden.

(»Neues Deutschland«, 25. September 1995, S. 3) [Dokument 22]

Sachsens SPD-Chef *Karl-Heinz Kunkel* meint, die SPD könne sich – auch auf Bundesebene – nicht vor positiven Lösungsvorschlägen sozialer Probleme der PDS verschließen. Der SPD-Chef in Thüringen, *Gerd Schuchardt*, lehnt eine Zusammenarbeit mit der PDS weiterhin strikt ab.

(»Leipziger Volkszeitung«, 25. September 1995, S. 1)

*Harald Ringstorff*, SPD-Chef in Mecklenburg-Vorpommern, bekräftigt, daß der Dialog mit der PDS fortgesetzt werde. *Steffen Reiche*, Landesvorsitzender der SPD in Brandenburg, verweist darauf, daß die SPD in diesem Bundesland die absolute Mehrheit habe und zum Regieren nicht auf die PDS angewiesen sei. Nach *Gregor Gysi* sind die gewollten Veränderungen der Links-Wähler nur möglich durch Kooperation oder Duldung von Grünen, SPD und PDS.

(»Neues Deutschland«, 25. September 1995, S. 1)

Die Berliner SPD-Spitzenkandidatin *Ingrid Stahmer* erklärt erneut vor der Presse, daß es mit ihr kein kooperatives Verhältnis zur PDS geben werde. Die Absage an die PDS betreffe Koalition, Duldung und Einzelstimmen.

(»Neues Deutschland«, 26. September 1995, S. 1)

## 26. September

In der Thüringer SPD mehren sich Stimmen gegen den harten Anti-PDS-Kurs von SPD Landeschef *Gerd Schuchardt*. Der DGB-Landesvorsitzende *Frank Spieth* hatte bereits auf dem Anfang September stattgefundenen SPD-Landesparteitag gefordert, die Politik der Unverrückbarkeit in Richtung PDS aufzugeben. Man müsse sich Gedanken machen, »wie man das Potential, was die PDS hier realisiert, mittelfristig in die politische Arbeit mit einbezieht«. Grenzen will er ausdrücklich nicht ziehen: »Durch Kooperation, Koalition oder Tolerierung.« Innenminister *Richard Dewes* geht nicht ganz so weit, aber hält die PDS als »potentiell koalitionsfähig«. Die PDS Landesvorsitzende in Thüringen, *Gabi Zimmermann*, bezeichnet die Auseinandersetzung der SPD gegen die CDU als Show. Eine Alternative zur CDU-Politik deute die ihre kaum an.

(»Neues Deutschland«, 26. September 1995, S. 5)

## 27. September

Zum 5. Jahrestag der Vereinigung von Ost- und West-SPD hat Parteichef *Rudolf Scharping* klargestellt, daß es »keinerlei Zusammenarbeit mit der PDS« gebe und geben werde. Gegenüber der »Leipziger Volkszeitung«

Die »junge Welt« veröffentlicht Auszüge aus einem Brief von *Udo Weinrich*, in dem er seine Gründe schildert, warum er seine Mitarbeit der PDS-Gruppe im Bundestag aufkündigt. Darin heißt es: »Ich habe erkennen müssen, daß die PDS bestenfalls eine sozialdemokratische Partei mit stalinistisch geprägter Führungsstruktur und -kultur ist. Das Scheitern der PDS, das mit vielen Enttäuschungen verbunden sein wird, wird den Wiederaufbau oder gar die Neuformierung der bundesdeutschen Linken mit einer weiteren politischen »Leiche« belasten und damit erschweren.« (»junge Welt«, 14./15. Oktober 1995, S. 11).

*Peter von Oertzen* stellt im »Neuen Deutschland« die Frage: »SPD – ein wandelndes Mißverständnis?«. Er sieht in der ungenügenden inhaltlichen Profilierung der SPD einen wichtigen Grund für ihre kritische Situation. Seine Fragen an die SPD sind Fragen der Sondierung.

(»Leipziger Volkszeitung« vom 14./15. Oktober 1995) [Dokument 27]

Eine Woche vor den Berliner Wahlen geben *Petra Pau* und *Peter-Rudolf Zottl*, beide Spitzenkandidaten der PDS, Auskunft über ihre Sicht auf die politischen Verhältnisse in Berlin. Daß die SPD sich im Wahlkampf realistischer gibt, sei eine Folge des Drucks, den die PDS durch ihre Politikangebote ausübt.

(»Neues Deutschland« vom 14./15. Oktober 1995) [Dokument 28]

## 16. Oktober

*Heinz Niemann*, Professor für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, beleuchtet in einem Artikel, warum die SPD zum 50. Jahrestag ihrer Wiedergründung schweigt. Er konstatiert einen Zusammenhang zwischen ihrem Geschichtsverständnis und ihrer gegenwärtigen Situation. »Zeigt sich die SPD immer mehr realitätsfern, so wird die nicht von ungefähr auf einem Auge geschichtsblind. Nicht zufällig auf dem linken.«

(»Neues Deutschland« vom 16. Oktober 1995) [Dokument 29]

## 18. Oktober 1995

Vertreter der Opposition innerhalb der Thüringischen SPD verfassen das Positionspapier »Für eine souveräne SPD«. Unter ihnen: *Christoph Matschie*, *Gisela Schröter* und *Edelbert Richter*. In diesem Papier wird das Schwinden der Souveränität der SPD beklagt, das in Thüringen durch die Koalition mit der CDU verstärkt wird. Ein Dialog mit der PDS wird nicht ausgeschlossen. Die Verantwortungsethik solle der Gesinnungsethik übergeordnet werden.

## 19. Oktober

Der SPD-Bundestagsabgeordnete *Edelbert Richter* kritisiert den Zustand seines Thüringer Landesverbandes und droht mit einem Schwenk zur PDS, wenn die

SPD keine klaren Alternativen zur CDU-Politik entwickelt. Mit der PDS gebe es wesentlich mehr Übereinstimmung als mit der CDU.

(»Leipziger Volkszeitung«, 19. Oktober 1995, S. 1)

## 20. Oktober

*Elmar Pieroth*, CDU-Senator für Finanzen in Berlin, empfiehlt seiner Partei ein einfaches Rezept, um die PDS-Wähler zu gewinnen. »Wir müssen auf die Menschen zugehen, mit ihnen reden und ihnen damit zeigen, daß die PDS sie täuscht: Daß »Wessis« gar nicht so feindlich sind. Und daß Wessis zuhören und die Gedanken und Gefühle der Ostberliner erkennen und respektieren. Und dann werden wir »Wessis« erkennen, daß viele PDS-Wähler gar keine Kommunisten sind, so gerne die PDS das auch hätte.«

(»Der Tagesspiegel«, 20. Oktober 1995, S. 8)

[Dokument 35]

»Neues Deutschland« dokumentiert das Thesenpapier der Thüringer Bundestagsabgeordneten *Iris Glicke* (Schleusingen), *Christoph Matschie* (Jena), *Gerhard Neumann* (Gotha), *Dr. Edelbert Richter* (Weimar) und *Gisela Schröter* (Sondershausen) »Für eine souveräne SPD«. Der Grundsatz des Papiers lautet: »Souveränität bedeutet Offenheit, nicht Abschottung.«

(»Neues Deutschland«, 20. Oktober 1995, S. 5)

[Dokument 30]

## 21. Oktober

Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag regt eine Wahlrechtsänderung an. Sie will die Direktmandate von drei auf sechs erhöhen oder diese Sonderregel ganz abschaffen. Über die Drei-Direktmandate-Klausel war die PDS in den Bundestag eingezogen. Für 1998 wollen dies CDU und CSU per Gesetzesänderung verhindern.

(»Neues Deutschland«, 21./22. Oktober 1995, S. 4)

*Lothar Bisky* äußert im »Neuen Deutschland« Überlegungen zur Entwicklung der großen Parteien in Deutschland, wie sie sich seiner Ansicht nach im Ergebnis der Berliner Wahlen widerspiegelt. Zur PDS: »Es nützt nichts, die PDS zu bespeien, zu dämonisieren, zu bepöbeln, zu stigmatisieren – das hebt das Selbstbewußtsein der Wählerinnen und Wähler nur an und verstärkt den ostdeutschen Nun-Gerade-Effekt.« Zur SPD: »Auf die Schwindsucht der SPD ist in jedem Fall Verlaß.«

(»Neues Deutschland« vom 21./22. Oktober 1995)

[Dokument 31]

## 22. Oktober

Bei den Berliner Wahlen zum Abgeordnetenhaus müssen CDU und SPD Stimmenverluste hinnehmen. Die CDU verliert 3 Prozent und erreicht nur noch 37,4 Prozent. Die SPD stürzt von 30,4 Prozent auf 23,6 Prozent. Die PDS legt um fast 5,4 Prozent zu und wird mit 14,6 Prozent drittstärkste Kraft. Bündnis 90/Die Grünen steigern sich von 9,5 Prozent auf

knapp 13,2 Prozent. Die FDP kann nur 2,5 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich ziehen und ist nicht mehr im Berliner Abgeordnetenhaus vertreten. Die FDP sitzt nur noch in vier der 16 Bundesländer in den Landtagen.

(»Leipziger Volkszeitung«, 24. Oktober 1995, S. 1)

### 23. Oktober

Gegen die Ausgrenzungspolitik des Thüringischen SPD-Chefs *Gerd Schuchardt* (»Die PDS zu überwinden und politisch gegenstandslos zu machen, ist mein strategisches Ziel.«) haben führende SPD-Politiker Thüringens ein Papier erarbeitet, in dem sie fordern, von diesem Kurs abzugehen.

(»Neues Deutschland«, 23. Oktober 1995, S. 5)

»Neues Deutschland« veröffentlicht ein Interview mit *Gerd Schuchardt*, Vorsitzender der SPD in Thüringen. Er respektiere die PDS als Oppositionspartei, bleibt aber dabei, daß »Optionen in Richtung PDS« falsch sind.

(»Neues Deutschland« vom 23. Oktober 1995)

[Dokument 32].

### 24. Oktober

Die PDS-Bundestagsgruppe lehnt einstimmig den vom Kabinett beschlossenen Einsatz von 4000 Soldaten der Bundeswehr im früheren Jugoslawien ab. *Rudolf Scharping*, SPD-Vorsitzender, erklärt demgegenüber die Zustimmung der SPD-Fraktion, da seine Partei auf einen außenpolitischen Konsens mit der Regierung hinarbeite.

(»Neues Deutschland«, 26. Oktober 1995, S. 1)

*Rudolf Scharping* wird in seinem Amt als Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion bestätigt. Bei seiner Neuwahl stimmen 81,2 Prozent für ihn gegenüber 98 Prozent vor einem Jahr. Nach einem Bericht des Magazins »Stern« ist die SPD bundesweit unter 30 Prozent gefallen.

(»Leipziger Volkszeitung«, 25. Oktober 1995, S. 1)

Bei den Berlin-Wahlen vom 22. Oktober sind von der PDS zur SPD 3 000 Wähler gewandert und von der SPD zur PDS 24 000. Von ehemaligen SPD-Wählern entschieden sich diesmal 35 000 für Bündnis 90/Die Grünen.

(»Neues Deutschland«, 24. Oktober 1995, S. 3)

»Neues Deutschland« veröffentlicht eine Betrachtung von *Wolfgang Rex* zum Verhältnis von SPD und PDS im Blickfeld der Berlin-Wahlen. In seinem Beitrag heißt es: »Aus dem Berliner Ergebnis kann auch geschlußfolgert werden, daß die Wähler eine rot-grüne Regierung wünschen. SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen besitzen dafür im Abgeordnetenhaus eine ausreichende Mehrheit. Trotzdem wiederholte *Scharping* gestern, was ihm CDU-Generalsekretär *Hintze* bereits am Wahlabend vorsagte: Mit der PDS werde es keine Zusammenarbeit geben.«

*Petra Pau*, Berliner PDS-Landesvorsitzende, erklärt, daß die PDS bereit sei, mit der SPD und den Bündnisgrünen inhaltliche Alternativen zur CDU-Politik auszuloten. Eine Tolerierung einer rot-grün Minderheitsregierung in Berlin könne es allerdings ohne vorherige inhaltliche Debatten nicht geben.

Fragen zum Verhältnis von SPD und PDS im Spiegel der Berlin-Wahlen beantworten in der »Leipziger Volkszeitung«: Forschungsgruppe Wahlen Mannheim, *infas* und *Michael Th. Greven* (Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft) sowie die Korrespondenten dieser Zeitung *Dieter Wonka* (Bonn) und *Reinhard Zweigler* (Berlin).

(»Leipziger Volkszeitung« vom 24. Oktober 1995)

[Dokument 34]

### 26. Oktober

Der Vorsitzende der PDS-Gruppe im Bundestag, *Gregor Gysi*, schließt eine Regierungsbeteiligung der PDS in Zukunft nicht mehr aus. Gegenwärtig stehe auf Landes- und Bundesebene allenfalls eine Tolerierung zur Diskussion. Er bietet der SPD und den Grünen in Berlin erneut die Duldung eines rot-grünen Minderheitsensats an.

Nach ihrem Erfolg in Berlin kann die PDS laut Umfragen nun auch erstmals bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde überspringen.

(»Leipziger Volkszeitung«, 26. Oktober 1995, S. 13)

Laut einer Forsa-Umfrage trauen mehr als zwei Drittel der Bundesbürger SPD-Chef *Rudolf Scharping* nicht zu, daß er die Sozialdemokraten aus der Krise führen kann.

(»Neues Deutschland«, 26. Oktober 1995, S. 5)

### 28. Oktober

Der Historiker *Hinrich August Winkler* bescheinigt der PDS, daß es ihr im Berliner Wahlkampf in »bemerkenswertem Umfang« gelungen ist, sich als linke, fortschrittliche Kraft zu präsentieren. Eine Ursache ihres Erfolges sei die Weigerung der SPD, sich offensiv mit der PDS auseinanderzusetzen. Eine zweite Ursache liegt darin, daß die PDS nicht mehr als kommunistische Partei angesehen werden könne. »Sie ist die Partei des organisierten antiwestlichen Ressentiments – des Ressentiments gegen die repräsentative Demokratie, gegen die Marktwirtschaft, gegen die Westbindung der Bundesrepublik und die internationalen Pflichten, die sich hieraus ergeben.«

(»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 28. Oktober 1995, S. 14)

**30. Oktober**

Der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel rät der Berliner SPD zu einer Großen Koalition mit der CDU. Die CDU drängt zu Entscheidung, sie will lieber Neuwahlen riskieren als sich von der SPD noch lange hinhalten zu lassen.

(»Leipziger Volkszeitung«, 30. Oktober 1995, S. 3)

**31. Oktober**

Im Streit um die Koalitionsfähigkeit der PDS vergleicht der CSU-Generalsekretär *Bernd Protzner* die Partei mit der NSDAP. Mit dem gleichen Argument, mit dem Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reinhard Höppner die PDS in die politische Verantwortung ziehen wolle, »ist auch die NSDAP am Ende der Weimarer Republik hoffähig gemacht worden«, äußert Protzner in einer Pressemitteilung.

PDS-Bundesgeschäftsführer *Martin Harnack* bezeichnete diese Äußerungen als »unsagbare Frechheit«. Sie sei Ausdruck »nicht enden wollender Arroganz gegenüber dem Osten Deutschlands«. »Die neuen Verfassungsfeinde sitzen offenbar in Bayern.«

(»Neues Deutschland«, 1. November 1995, S. 1)

Altbundespräsident *Richard von Weizsäcker* erklärt in seiner Rede anlässlich des Reformationstages, daß die PDS bei den Berlin-Wahlen davon profitieren konnte, von der CDU als »Wahlkampfkeule« benutzt worden zu sein. Er ruft dazu auf, die Richtungskämpfe in der PDS-Führung »als solche Prozesse des Lernens ernst zu nehmen und zu begrüßen, anstatt sie abzuleugnen«.

(»Der Tagesspiegel«, 5. November 1995, S. 2)

**NOVEMBER****1. November**

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident *Reinhard Höppner* rät nicht nur seiner eigenen Partei den Dialog mit der PDS zu suchen, sondern rät auch der CDU ihre Haltung zur PDS zu ändern und in Berlin mit ihr eine Koalition einzugehen.

Alt-Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* plädiert für einen anderen Umgang mit der PDS. In Brandenburg appellierte er an Politiker in Bund und Länder, »jedermann zur Mitarbeit in der Demokratie zu gewinnen und Prozesse des Umlernens zu fördern«.

(»Leipziger Volkszeitung«, 1. November 1995, S. 1)

**2. November**

Der Widerstand in der Berliner SPD gegen eine Fortsetzung der Großen Koalition aus CDU und SPD wächst. SPD-Landesschatzmeister *Klaus-Uwe Benneter* erklärt, daß die Große Koalition nicht von den Bürgern abgewählt wurde, um sie fortzusetzen. SPD-Landesvizechefin *Monika Buttgerit* und der Berliner Juso-Chef *Matthias Linnkugel* üben scharfe Kritik an

dem Appell führender SPD-Politiker für eine Große Koalition. In der SPD hat sich eine parteiübergreifende Initiative junger Mitglieder von SPD, Grünen und PDS gegen die Große Koalition gebildet. Hingegen sprechen sich SPD-Vizevorsitzende *Wolfgang Thierse* und DGB-Landeschefin *Christiane Bretz* für die Koalition aus.

**3. November**

Laut einer Studie der Freien Universität Berlin könne die PDS als eine Volkspartei bezeichnet werden – so wie die SPD sich versteht –, da sie ihre Wähler aus allen sozialen Schichten rekrutiert. Im Gegensatz zur PDS stellen die Wahlforscher bei der SPD eine geringe Bindung der Wähler fest. Die Nachwahl-Umfrage bei Forsa gibt an, 61 Prozent der SPD-Anhänger im Westen, 45 Prozent im Osten favorisieren jetzt die Fortführung der großen Koalition in Berlin, während 14 Prozent im Westen und 31 Prozent im Osten eine von der PDS tolerierte rot-grüne Regierung befürworten.

(»Der Tagesspiegel«, 4. November 1995, S. 6)

Nach Alt-Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* spricht sich mit Sachsens Ministerpräsident *Kurt Biedenkopf* ein zweiter prominenter CDU-Politiker für einen anderen Umgang mit der PDS aus. Es solle die Auseinandersetzung stärker zu inhaltlichen Fragen geführt werden.

(»Leipziger Volkszeitung«, 4./5. November 1995, S. 2)

**8. November**

Führende CDU-Politiker aus dem Osten Deutschlands, die sich auf Landesebene in der Opposition befinden, verstärken ihre Forderungen, den Kurs gegenüber der PDS zu überdenken. Die PDS sollte weder umarmen und noch ausgrenzt werden, mit ihr sei ein Ideenstreit zu führen. Nur so könne einer Annäherung von PDS und SPD wirksam begegnet werden.

(»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 8. November 1995, S. 4)

*Michael J. Weichert*, Sprecher des Leipziger Kreisverbandes von Bündnis 90/Die Grünen, hält für die Stadt Leipzig eine rot-grüne Stadtregierung mit Tolerierung der PDS für möglich.

(»Leipziger Volkszeitung« vom 24. Oktober 1995)

[Dokument 36]

*Heiko Mau*, Berliner Juso, erklärt in einem Interview gegenüber dem »Neuen Deutschland« auf die Frage, wie die SPD mit der PDS umgehen solle: »Man muß ausloten, wo gemeinsame Inhalte und Politikansätze sind. Aber ich befürchte, daß die SPD das erst dann versucht, wenn es machtpolitisch nicht mehr zu umgehen ist. Genau dem muß vorgebeugt werden.«

(»Neues Deutschland«, 4./5. November 1995, S. 2)

[Dokument 37]

## 6. November

Es zeichnet sich nach den Berliner Wahlen eine Trendwende im Umgang mit der PDS an. Berlins Bausenator *Nagel* erwartet noch in dieser Legislaturperiode eine Koalition zwischen PDS und SPD in Mecklenburg-Vorpommern. Er appelliert an seine Partei, »jetzt keinesfalls mit irgendwelchen politischen Tricks oder Mätzchen die Wahl von PDS-Bürgermeistern in den Ostbezirken zu verhindern«.

Für eine Versachlichung des Umgangs mit der PDS sprechen sich nun auch Berlins Finanzminister *Piroth* (CDU) und Verfassungsschutzchef *Geiger* (CDU) aus.

(»Leipziger Volkszeitung«, 6. November 1995, S. 4)

Die Berliner PDS bietet der SPD einen Tag vor ihrem Sonderparteitag die Tolerierung eines Minderheitssenats aus SPD und Grünen an.

(»Neues Deutschland«, 7. November 1995, S. 1)

*Peter Richter* kommentiert das Umdenken der SPD hinsichtlich ihres Verhältnisses zur PDS. Er meint: Von unten wächst langsam ein Dialog SPD – PDS.

(»Neues Deutschland« vom 6. November 1995)

[Dokument 38]

## 7. November

Im Bundestag stimmen Bündnis 90/Die Grünen und PDS gegen die Erhöhung der Diäten um 14 Prozent für 1996. Die SPD stimmt mit CDU, CSU und FDP dafür.

(»Neues Deutschland«, 8. November 1995, S. 1)

Der PDS-Vorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, *Helmut Holter*, fordert offizielle Gespräche zwischen den Landesvorständen von SPD und PDS. Nach den jüngsten Äußerungen von SPD-Politikern zu einer möglichen Koalition mit der PDS sei die Zeit reif dafür. Gemeinsam müsse man jetzt die Lage analysieren und Handlungsfelder abstecken. Wer künftig zusammenarbeiten wolle, müsse sich »erst kennenlernen«.

(»Neues Deutschland«, 7. November 1995, S. 4)

In einem Interview äußert der SPD-Landeschatzmeister Berlins, *Uwe Benneter*, eine neue Große Koalition mit der CDU würde den Untergang der Berliner SPD bedeuten. Gleichzeitig betonte er das Nein zu einer rot-grünen Regierung, die auf eine Unterstützung der PDS angewiesen wäre. Er wünscht die Berliner SPD in der Opposition. Dort wäre sie nicht so »fundamentalistisch« wie die PDS, nicht so »witzig-kreativ« wie die Grünen, sondern das, was sie ist, eine »sozialdemokratische Volkspartei«.

(»Neues Deutschland«, 7. November 1995, S. 3)

## 8. November

*Peter Richter* kommentiert das veränderte Verhalten von CDU-Politiker zur PDS: Zwischen Ostsee und Erzgebirge säuseln die Blockflöten, aber die Pauken stehen in Bonn.

Der neue stellvertretende Vorsitzende der CDU, *Christoph Bergner*, ruft zu einem Ideenstreit mit der PDS auf. Auch *Angela Merkel*, Landeschefin in Mecklenburg-Vorpommern, hält es für angebracht, vom Kurs der Isolation der PDS abzugehen. Sogar der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, *Berndt Seite*, der einmal den Flammenwerfer als das probate Mittel gegen die »roten Socken« empfahl, stellt fest, daß die Strategie des Überziehens mit Schlagworten und das Ignorieren von PDS-Forderungen seitens der CDU gescheitert ist. CDU-Generalsekretär *Peter Hinze* stellt allerdings klar: Die PDS ist so zu behandeln, wie die Republikaner zu behandeln sind.

(»Neues Deutschland«, 8. November 1995, S. 1)

## 9. November

*Michael Schumann*, Mitglied des PDS-Bundesvorstandes, sieht die PDS gerade deshalb für viele Wähler als wählbar, weil sich die SPD nicht als Alternative zu den Konservatisten darstellt. Die Wähler wollen eine Partei links von der SPD. »Wie soll man mit der PDS umgehen? Das Wählervotum besagt zuerst und vor allem: Eine demokratische politische Linke jenseits von Scharpings SPD soll auch in Deutschland zum unverzichtbaren und selbstverständlichen Bestandteil der demokratischen politischen Kultur werden, die sich an einem kreativen Umgang mit den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu bewähren hat.«

(»Der Tagesspiegel«, 9. November 1995, S. 8)

[Dokument 39]

Die SPD verliert weiter an Mitglieder. Ende September hat die SPD mit 829 000 Mitgliedern einen Stand von vor 1970 erreicht. Vom Ende 1994 bis September 1995 verzeichnete die Partei 20 000 Austritte. Zudem beklagt die Partei einen Überalterungsprozeß.

(»Leipziger Volkszeitung«, 9. November 1995, S. 2)

## 11. November

*Karl-Heinz Kunkel*, Sächsischer SPD-Vorsitzender, erklärt in einem Interview mit der »Leipziger Volkszeitung«: »Es ist ein Stück weit Normalität geworden mit der PDS umzugehen. Sie bleibt aber politischer Gegner und Konkurrent. Um die 20 Prozent der Wähler, die im Osten für die PDS stimmen, wollen wir werben, das sind linke Wähler, unser Klientel. Es wächst die Einsicht, daß diese Partei nicht allein mit dem Hinweis auf ihre Vergangenheit kleinzukriegen ist. Ich muß sie argumentativ zurückdrängen. Da halte ich Diskussionen über Bündnisse mit der PDS für wenig hilfreich.«

(»Leipziger Volkszeitung« vom 11./12. November 1995)

[Dokument 40]



### 13. November

*Peter Liebers* berichtet im »Neuen Deutschland« über die unerwartet große Resonanz der SPD-Basis auf das Papier »Für eine souveräne SPD«, in dem sich auch für eine Öffnung gegenüber der PDS ausgesprochen wurde. »Statt der Aufbruchsherrschaft herrscht heute Krisenstimmung. Die resultiere daraus, daß die enormen Erwartungen nicht erfüllt werden, die in die Partei gesetzt worden sind, sagte der Bundestagsabgeordnete *Edelbert Richter*, Mitautor des Thesenpapiers. Die SPD müsse sich endlich wieder als linke Volkspartei zu erkennen geben. Dabei könne man nicht den von der West-SPD vorgegebenen Mustern folgen, sich nicht einfach dem Diktat des Geldes beugen. Die Erneuerung könne nur aus den Ostverbänden kommen.« (»Neues Deutschland«, 13. November 1995, S. 3)

Im Vorfeld des am 14. November beginnenden SPD Parteitag in Mannheim fordern zahlreiche SPD-Vertreter einen unverkrampften Umgang mit der PDS. *Oskar Lafontaine*, stellvertretender Vorsitzender der SPD, kündigt an, mit *Gregor Gysi*, Vorsitzender der PDS-Gruppe im Bundestag, zusammenzutreffen zu wollen.

(»Leipziger Volkszeitung«, 13. November 1995, S. 2)

Die PDS Meißen hat beschlossen, den SPD-Landratskandidaten *Manfred Müntjes* zu unterstützen. Der gemeinsame Konsens besteht im Willen, eine Mehrheit links von der CDU zu gewinnen und eine alternative Politik zu ihr zu entwickeln.

(»Neues Deutschland« vom 13. November 1995)

[Dokument 41]

»Neues Deutschland« veröffentlicht ein Interview mit *Anke Fuchs*, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag. Auf die Feststellung, daß die PDS eine Konkurrenz zur SPD sei, erklärt sie: »Deswegen will ich sie ja auch austrocknen. Das Ziel ist, die PDS durch eine gute sozialdemokratische Politik überflüssig zu machen. Wir wollen keine Partei links neben uns. Aber auf dem Weg dahin muß demokratisch vernünftig miteinander umgegangen werden.«

(»Neues Deutschland« vom 13. November 1995)

[Dokument 42]

### 14. November

Der Historiker *Heinrich August Winkler* sieht in einem Bündnis zwischen SPD und PDS eine Begünstigung für künftige Wahlerfolge der CDU/CSU. »Eins aber sollte sich schon aus Gründen der politischen Vernunft verbieten: eine Partnerschaft zwischen SPD und PDS. Wenn SPD und Bündnisgrüne sich auf ein solches Experiment einließen, würde sich die »Mehrheit links von der Union« rasch als Trugbild erweisen. Die beiden demokratischen Linksparteien müßten in diesem Fall damit rechnen, einen beträchtlichen Teil ihrer Wähler und Mitglieder zu verlieren. Innerhalb der

»Linken« würden sich die Gewichte zugunsten der PDS verschieben, innerhalb der Wählerschaft zugunsten der Unionspartei.«

(»Der Tagesspiegel«, 14. November 1995, S. 6)

[Dokument 44]

### 16. November

Der Leipziger SPD-Bundestagsabgeordnete *Gunther Weißgerber* bezeichnet die Absicht des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden *Oskar Lafontaines*, sich mit *Gregor Gysi* zu treffen, als »geschmacklos«. *Weißgerber* erklärt: »Daß ausgerechnet Lafontaine sich jetzt mit dem PDS-Mann *Gysi* trifft, nachdem er die ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen 1990 wegen seiner Probleme mit der Einheit vergeigt hat, zeigt, daß der Mann aus seinen Fehlern aus der Vergangenheit nichts gelernt hat.«

(»Leipziger Volkszeitung«, 16. November 1995, S. 2)

### 17. November

*Heide Simonis*, Ministerpräsidentin Schleswig-Holsteins, erklärt nach dem Mannheimer Parteitag der SPD, daß die PDS weiterhin kein Koalitionspartner der SPD sei. Sie müsse aber von ihr wahrgenommen werden.

(»Neues Deutschland«, 17. November 1995, S. 3)

[Dokument 45]

*Lothar Bisky*, Vorsitzender der PDS, betrachtet die Wahl *Oskar Lafontaines* zum neuen SPD-Chef mit gedämpften Optimismus. Es zeigt sich gesprächsbereit.

PDS-Chef *Lothar Bisky* verbindet mit *Lafontaines* Wahl die Hoffnung, »daß die deutsche Sozialdemokratie den Mut zum Kurswechsel im Umgang mit der PDS hat«. Ob es eine Mehrheit links von der Mitte gebe, sei keine Frage, sondern eine Tatsache.

(»Neues Deutschland«, 17. November 1995, S. 1)

*Oskar Lafontaine* beschließt als neuer Vorsitzende der SPD den Mannheimer Parteitag mit den Worten: »Wir fangen neu an. Freunde, Mitsreiter im demokratischen Wettbewerb, zieht euch warm an: Wir kommen wieder!« Die Wahl *Lafontaines* ist ein Zeichen, daß sich die SPD wieder etwas nach links bewegen wird.

(»Leipziger Volkszeitung«, 18./19. November 1995, S. 1)

*Dieter Wonka* kommentiert die Wahl *Scharpings* u.a. so: »Nicht alle absoluten Erklärungen *Lafontaines* sollten also auf Dauer ernst genommen werden. Das kann für das strikte Nein zu deutschen Kampftornados wie für das Verhältnis zur PDS gelten. Diese Flexibilität macht den SPD-Chef für die eigene Partei wahrscheinlich unbequem, aber für den politischen Konkurrenten auch schwer berechenbar.«

(»Leipziger Volkszeitung«, 18./19. November 1995, S. 3)

Zum geplanten Treffen zwischen *Lafontaine* und *Gysi* äußerte CDU-Generalsekretär *Peter Hinze*: Es handelt sich dabei eindeutig um eine »Schamlosigkeit«. Er fordert, das Treffen abzusagen. Der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, *Andreas Schmidt*, wirft *Lafontaine* vor, er verrate die demokratischen Traditionen seiner Partei und verhöhne die Opfer der SED-Diktatur. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident *Reinhard Höppner* zu der Kritik: »Es kann nicht sein, daß die CDU deswegen die Keule gegen die SPD schwingt, und Bundeskanzler Kohl mit Kommunisten in Rußland oder Peking spazierengeht.« (»Leipziger Volkszeitung«, 18./19. November, 1995, S. 2)

## 18. November

*Georg Paul Hefty* rät der CDU und CSU in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« dazu, auf dem Mannheimer Parteitag der SPD mit einer noch schärferen Abgrenzung nach Links zu reagieren. Die neue Konstellation lege den Unionsparteien nahe, sich auf einen »Anti-Links-Kurs« festzulegen. »Stärke kann das bürgerliche Lager nur aus der geschlossenen Ablehnung linker Ziele gewinnen, die von SPD, den Grünen und der PDS gemeinsam vertreten werden.« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 18. November 1995, S. 1)

*André Brie*, Vorsitzender der Grundsatzkommission der PDS, sieht keine Anzeichen für einen Kurswechsel der SPD nach der Wahl *Oskar Lafontaines* zum SPD-Vorsitzenden. Er meint aber: »Gegenüber der PDS wird die Sprachlosigkeit seitens der SPD-Spitze überwunden werden.« (»Neues Deutschland« vom 18./29. Dezember 1995) [Dokument 46]

*Reinhard Höppner* (SPD), Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, hält ein Gespräch *Lafontaine-Gysi* für sinnvoll. (»Neues Deutschland« vom 18./19. November 1995) [Dokument 47]

## 19. November

Die CSU verlangt eine sorgfältige Beobachtung der PDS durch den Verfassungsschutz. Die »Welt am Sonntag« gibt die wichtigsten Begründungspunkte aus einem ihr vorliegenden Papier wieder. (»Welt am Sonntag«, 19. November 1995, S. 3) [Dokument 48]

SPD-Vitze *Wolfgang Thierse* im Hessischen Rundfunk: »Man muß die PDS mit demokratischem Anstand überziehen und dadurch niederringen.« (»Wochenpost« Nr. 50, 7. Dezember 1995, S. 11)

## 20. November

Nach den Worten des neuen SPD-Vorsitzenden *Oskar Lafontaines* gibt es »für das linke Lager eine Mehrheit«. Er peilt 1998 den rot-grünen Machtwechseln in

Bonn an. Der PDS will er eine Chance einräumen, »sich an unserer Demokratie zu beteiligen«. CSU-Chef *Theo Weigel* meint, daß *Lafontaine* mit Hilfe der Grünen und der PDS eine »andere Republik« wolle. Seiner Ansicht nach habe die Losung »Freiheit statt Sozialismus« wieder ihre volle Berechtigung.

(»Leipziger Volkszeitung«, 20. November 1995, S. 2)

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion *Peter Struck* warnt angesichts des geplanten Treffens zwischen *Oskar Lafontaine* und *Gregor Gysi* davor, daß vor allem die westdeutschen SPD-Mitglieder eine Öffnung zur PDS nicht verstehen werden.

Der Kanzleramtsminister *Friedrich Bohl* (CDU) meint, daß der SPD-Chef mit seinen »Flirts« die PDS nur hoffähig mache.

(»Neues Deutschland« 20. November 1995, S. 1)

Das Nachrichtenmagazin »Focus« veröffentlicht eine Betrachtung von *Olaf Opitz*, *Horst Ohligschläger* und *Rüdiger Pannenberg* zum Verhältnis von SPD und PDS. Ihr Fazit zur Strategie *Lafontaines*: »Populistisch könnte er die PDS ausstechen. Umarmen und erdrücken, heißt seine Devise.«

(»Focus«, Nr. 47, 20. November 1995, S. 29)

[Dokument 51]

*Stefan Reker* veröffentlicht im Magazin »Focus« eine Analyse zu Überlegungen innerhalb der CDU, ob die PDS durch eine Änderung des Wahlrechts politisch ausgeschaltet werden könnte. *Helmut Kohl* und *Wolfgang Stäuble* seien gegen eine Änderung des Wahlrechts. Der Grund: verfassungsrechtliche Bedenken. (»Focus«, Nr. 47, 20. November 1995, S. 78f)

*Rainer Eppelmann*, Bundesvorsitzender der CDA, plädiert für eine differenzierte Betrachtung der PDS und für eine ideologische Auseinandersetzung mit ihr. Es komme vor allem darauf an, die Wähler über die PDS aufzuklären. Sie wolle den Sozialismus. *Eppelmann*: »Der Sozialismus kann nicht verbessert werden. Das muß den PDS-Wählern von heute immer wieder erläutert werden.«

(»Focus«, Nr. 47, 20. November 1995, S. 85)

## 21. November

Unter der Überschrift »Hysterie und Historie« kommentiert *Reinhard Zweigler* das aktuelle Verhältnis von Sozialdemokraten zur PDS: »Was ist geschehen? Nicht mehr und nicht weniger, als daß der neue SPD-Chef machtpolitisch Klartext redet. Wenn ein politischer Wechsel geschaffen werden soll, dann könnte die *Gysi*-Truppe das Zünglein an der Waage spielen. Was schert da noch deren anrühige Vergangenheit. Und nachdem der Testballon einer PDS-tolerierten rot-grünen Minderheitsregierung in Magdeburg recht gräuschlos an Höhe gewinnt, kann der Schritt, die Linkssozialisten mitreden zu lassen, eigentlich nicht mehr überraschen.«

(»Leipziger Volkszeitung«, 21. November 1995, S. 3)

Der niedersächsische Ministerpräsident *Gerhard Schröder* (SPD) hält nunmehr das Modell einer rot-grünen Minderheitsregierung unter Duldung der PDS für »völlig richtig«. Auf Bundesebene stehe sie allerdings derzeit nicht an. Laut Politikbarometer hat das »linke Lager« in Deutschland einen Stimmenanteil von 48 Prozent. Das »konservative Lager« kommt auf 49 Prozent. Drei Prozent der Wähler sind unentschieden.

(»Leipziger Volkszeitung, 21. November 1995, S. 21)

### 23. November

SPD-Chef *Oskar Lafontaine* erklärt vor seinem Treffen mit ostdeutschen SPD-Landesvorsitzende, er werde für ein »völlig unverkrampftes Verhältnis mit der PDS« plädieren. Offizielle Koalitionen bleiben »Sache der Landesverbände«.

(»Leipziger Volkszeitung« 23. November 1995, S. 2)

*Lorenz Maroldt* sieht in seinem Tagesspiegel-Kommentar, daß dem PDS-Chef Bisky die Luft ausgeht, wenn Oskar Lafontaine wahrmacht, was er auf dem Mannheimer Parteitag versprochen hat, die SPD als linke Volkspartei weiter zu profilieren. Der Widerwille gegen eine »Sozialdemokratisierung« der PDS dürfte dann noch größer werden. Die PDS hätte zwar im Osten gegen eine Scharping-SPD konkurrieren können, ob sie es ebensogut gegen eine Lafontaine-SPD könne, bezweifelt Maroldt.

(»Der Tagesspiegel«, 23. November 1995, S. 8)

### 24. November

*Gerd Schuchardt*, Thüringer SPD-Landesvorsitzender, spricht sich gegenüber »Neues Deutschland« rigoros für das Dresdner Papier aus, in dem eine strikte Abgrenzung zur PDS niedergeschrieben wurde. Er lehnt damit die Anregung des SPD-Ministerpräsidenten *Reinhard Höppner*, Sachsen-Anhalt, ab, von diesem Positionspapier abzugehen.

(»Neues Deutschland«, 24. November 1995, S. 5)

*Gregor Gysi*, Chef der PDS-Bundestagsgruppe, sieht das Ziel seines bevorstehenden Gesprächs mit Oskar Lafontaine, Vorsitzende der SPD, in der Verständigung über den Umgang zwischen SPD und PDS. Um Koalitionen oder Bündnisse werde es nicht gehen.

(»Die Zeit«, 24. November 1995, S. 6)

[Dokument 49]

Der SPD-Vorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, *Harald Ringstorff*, erwägt ein Bündnis mit der PDS. Er könne »eine Zusammenarbeit nicht mehr für immer ausschließen«, sagte er in einem Interview.

Niedersachsens Innenminister *Glokowski* (SPD) erklärt, daß er die nachrichtendienstliche Beobachtung der PDS nicht mehr für notwendig hält.

(»Leipziger Volkszeitung, 24. November 1995, S. 2)

### 25. November

*Kurt Biedenkopf* sieht in der Haltung zum Sozialismus die Kernfrage in der Auseinandersetzung mit der PDS. Den Wählern werde das Grausen kommen, wenn sie wüßten, daß die PDS eine sozialistische Bundesrepublik wolle.

(»Leipziger Volkszeitung, 25./26. November 1995, S. 3)

[Dokument 53]

*Dieter Wonka* kommentiert für die »Leipziger Volkszeitung« die Verschiebung des geplanten Treffens zwischen SPD-Vorsitzenden *Oskar Lafontaine* und den Vorsitzenden der PDS-Gruppe im Bundestag, *Gregor Gysi*. Die »SPD-PDS-Strategie wirkt« noch immer reichlich dilettantisch. Lafontaine und Gysi hätten aber durch die Absage Zeit gewonnen, sich zu besinnen.

(»Leipziger Volkszeitung, 25./26. November 1995, S. 1)

[Dokument 52]

### 27. November

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion *Wolfgang Schäuble* schließt nicht mehr aus, daß die SPD Regierungsbündnisse mit den Grünen und der PDS eingeht. Dabei scheint ihm die Gefahr derartiger Bündnisse in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern am größten zu sein.

(»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 27. November 1995, S. 2)

»Der Spiegel« sieht mit der Wahl *Oskar Lafontaines* zum SPD-Vorsitzenden ein neues Zeitalter der SPD-PDS Bündnisse an- und die Koalitionen der SPD mit der CDU auf Landesebene zusammenbrechen.

(»Der Spiegel«, Nr. 48-1995, S. 32f.)

[Dokument 54]

### 28. November

Der Parlamentarische Geschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen, *Schulz*, fordert die SPD auf, die PDS mit einem Koalitionsangebot in Ostdeutschland auf die Probe zu stellen. Wenn die SPD die PDS nicht teste, werde Rot-Grün für 1998 - bei den nächsten Bundestagswahlen - gefährdet. Schulz sieht die Gefahr, daß die PDS die SPD im Osten überrundet. Die PDS habe wesentlich mehr Leute, die gute Sozialdemokraten wären und die besseren Fachleute.

(»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 29. November 1995, S. 6)

Der Pfarrer *Friedrich Schorlemmer*, SPD, schätzt die PDS als sehr differenziert ein. Er möchte Koalitionen mit der PDS dort, wo sie sich anbieten, nicht ausgeschlossen wissen. »Wir sitzen politisch in verschiedenen Booten; aber in unseren Booten gibt es vergleichbare Probleme.«

(»Neues Deutschland«, 28. November 1995, S. 2)

[Dokument 55]

Der SPD-Vorsitzende *Oskar Lafontaine* und der PDS-Politiker *Gregor Gysi* treffen überraschend in der Saarländischen Vertretung in Bonn zusammen.

**29. November**

Der parlamentarische Geschäftsführer der Bundestags-BündnisGrünen *Werner Schulz*, vormals ein aktiver Gegner der PDS, fordert die SPD auf, die Regierungsfähigkeit der PDS zu testen. *Schulz*: «Wer die PDS vorher nicht auf ihre Regierungsfähigkeit in einem Bundesland getestet hat, der gefährdet rot-grün auf Bundesebene.» Seiner Ansicht nach habe sich die PDS in den letzten Jahren gewandelt, sie befinde sich auf dem Wege zu SPD.

(«Leipziger Volkszeitung», 29. November 1995, S. 2)

*Oskar Lafontaine*, Vorsitzender der SPD, läßt durch eine Sprecherin mitteilen, bei den »durchaus kontroversen Gesprächen«, sei über »das Verhältnis der PDS zu ihrer SED-Vergangenheit und zu den Opfern der SED-Herrschaft, die Zwangsvereinigung von KPD und SPD vor 50 Jahren, die Geschichte des Verhältnisses von SED und Blockparteien, die innere Situation der PDS sowie die wirtschaftliche und soziale Situation in Ostdeutschland« gesprochen worden. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende *Wolfgang Thierse*, der an der Unterredung teilgenommen hatte, sagte, es sei auch über die Finanzierung von Vorschlägen der PDS gesprochen worden. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen SPD und PDS seien »sehr groß«.

(«Frankfurter Allgemeine Zeitung», 30. November 1995, S. 4)

**30. November**

Der PDS-Vorsitzende *Lothar Bisky* sieht keinen Bedarf an neuen Einheitsparteien. Auf die Frage, ob eine Situation eintreten könnte, wo sich das Verhältnis SPD-PDS ein bißchen wie das Verhältnis CDU-CSU realisiert, erklärt Bisky: »Die Gefahr sehe ich überhaupt nicht. Die PDS hat ihre Existenzberechtigung in dem Moment verspielt, wo sie eine Mini-Sozialdemokratie wird.« Natürlich sei die PDS nicht gegen Anpassung oder Anbiederung gefeit. »Für mich«, so Bisky weiter, »ist aber aber entscheidend, daß wir die demokratische Korrektive gegen solche Fehlentwicklung in der Hand haben.«

(«Neues Deutschland», 30. November 1995, S. 3)

[Dokument 56]

Der neue PDS-Landesvorsitzender Sachsens, *Rainhard Lauter*, sieht Hoffnung auf einen Linksruck in diesem Bundesland. Die Fragen der Koalition oder Tolerierung einer von der SPD geführten Minderheitsregierung stehen seiner Ansicht nach hier noch nicht. («Leipziger Volkszeitung», 30. November 1995, S. 3)

**DEZEMBER****Anfang Dezember**

Unter der Überschrift »Der Dolchstoß zu Mannheim« veröffentlicht die *CDU-Fraktion im Leipziger Rathaus* eine Meinungsäußerung zur Haltung des neuen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaines zur PDS. Darin heißt es: »Ist Lafontaine, der westlichste aller deutschen Sozialdemokraten, fähig und willens, die Abwehr der SPD gegenüber den Spaltungs- und Umarmungsversuchen der PDS zu stärken? Zweifel daran sind angebracht. Historische Aufgabe der SPD in den neuen Ländern wäre es doch, die PDS zu bedrängen, demokratiefähige Teile dieser Partei aufzusaugen und den kommunistisch dominierten Rest in die Ecke einer Splitterpartei abzudrängen.«

(Rathaus-Info der CDU-Fraktion, Leipzig, Dezember 1995, S. 1)

**1. Dezember**

*Wolfgang Thierse*, stellvertretender Vorsitzender der SPD, erklärt zum Gespräch zwischen dem PDS-Spitzenpolitiker Gregor Gysi und SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine, daß der Eindruck, beide Parteien wollen sich einander annähern, trüge. Es werde keine Koalitionen und Bündnisse geben.

(«Die Zeit», 1. Dezember 1995, S. 3)

»Die Zeit« veröffentlicht zwei Positionen zum Umgang der SPD mit der PDS. *Marion Gräfin Dönhoff* vertritt die Auffassung, daß den Wettbewerb und eine Koalition mit der PDS nicht zu scheuen brauche. *Robert Leicht* plädiert für eine strikte Abgrenzung von der PDS.

(«Die Zeit» 1. Dezember 1995, S. 3)

[Dokument 57]

Der Vorsitzende der PDS-Gruppe, *Gregor Gysi*, sieht nach seinem Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine konkrete Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten im Bundestag. Beide Parteien seien für eine Beibehaltung des Schlechtwettergeldes für Bauarbeiter, gegen die Kürzung der Arbeitslosenhilfe und für den Ausbau der Gesamtschulen. Bei den klassischen ostdeutschen Themen habe sich die SPD nach seinen Worten in den letzten Jahren bereits auf seine Partei zubewegt und einige Positionen übernommen.

(«Leipziger Volkszeitung», 1. Dezember 1995, S. 2)

**3. Dezember**

*Gregor Gysi*, Chef der PDS-Gruppe im Bundestag, sprach sich auf dem Thüringer Landesparteitag der PDS dafür aus, in der PDS ein Klima der Veränderung zu schaffen, daß auch vom politischen Gegner akzeptiert werden könne.

(«Frankfurter Allgemeine Zeitung», 4. Dezember 1995, S. 7)

[Dokument 58]

Dem »Meißner Modell«, den SPD-Landradskandidaten *Manfred Müntjes* mit Unterstützung der PDS durchzubringen, ist kein Erfolg beschieden. Es hat aber dazu beigetragen, das Verhältnis zwischen SPD und PDS vor Ort zu entspannen. Der neue PDS-Landesvorsitzende *Reinhard Lauter* drückt seine Hoffnung aus, daß dieses Bündnis nicht das letzte sei.

(»Neues Deutschland«, 5. Dezember 1995, S. 3)

[Dokument 60]

#### 4. Dezember

*Richard Schröder*, einer der Mitbegründer der SPD im Osten Deutschlands über den Beitrag der PDS zu einem linken Mehrheitsbündnis: »Die PDS müßte das nachholen, was die Sozialisten in Ungarn vorgemacht haben: Dort wurde die ehemalige Staatspartei nach der Wende in die beiden Bestandteile zerlegt, aus denen sie einmal zusammengebaut worden war, nämlich die Kommunisten und die Sozialdemokraten. Mit einer Art USPD unter Führung von Bisky und Gysi hätte ich weit weniger Probleme.«

(»Der Spiegel«, Nr. 49-1995, S. 42)

[Dokument 59]

Der PDS-Vorstand gibt eine Erklärung ab, in der es heißt, daß sie trotz der Angst vor einer »Umarmungsstrategie« aufgeschlossen und selbstbewußt in die weitere Gespräche mit der SPD gehen werde. Maßstab der PDS im Umgang mit der SPD bleibe deren »reale Haltung zu demokratischen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Fortschritten in der Bundesrepublik«.

(»Leipziger Volkszeitung«, 5. November 1995, S. 1)

Erstmals in der Geschichte Berlins wurden drei PDS-Bezirksbürgermeister gewählt, in den Ost-Bezirken Lichtenberg, Hellersdorf und Marzahn.

(»Leipziger Volkszeitung«, 4. November 1995, S. 2)

#### 5. Dezember

Der PDS-Spitzenpolitiker *Gregor Gysi* erklärt, daß seine Bundestagsgruppe auf die SPD-Fraktion zugehen werde, um gemeinsam die Koalition aus CDU/CSU und FDP unter Druck zu setzen. Gysi räumte Ängste in der PDS vor einer Umarmung durch die SPD ein. Die PDS habe jedoch keinen Grund, hasenfüßig zu sein. An einen Linksrutsch der SPD glaube er nicht.

(»Neues Deutschland«, 5. Dezember 1995, S. 1)

#### 6. Dezember

PDS-Vorsitzender *Lothar Bisky* bietet SPD und Grünen erneut einen »Dialog ohne Vorbedingungen« an. Die gemeinsame Herausforderung für SPD, Grüne und PDS bestehe darin, politische Mehrheiten zu finden, um den Reformstau in der Gesellschaft aufzulösen und notwendige soziale und ökologische Veränderungen einzuleiten. Über die Beteiligung der PDS an einer Koalition auf Bundesebene könne jedoch erst »in einigen Jahren« diskutiert werden.

(»Neues Deutschland«, 7. Dezember 1995, S. 4)

#### 7. Dezember

Die »Wochenpost« veröffentlicht ein Gespräch mit *Lothar Bisky*, Vorsitzender der PDS, zum Thema Koalition. Bisky macht deutlich, daß es einen Widerspruch gibt zwischen dem Wählerauftrag an die PDS mitzuregieren und den Überlegungen innerhalb der PDS, in der Opposition zu bleiben. Das Modell Sachsen-Anhalt sei auch für die PDS ein historisches Lehrstück.

(»Wochenpost« Nr. 50, 7. Dezember 1995, S. 10f)

[Dokument 61]

In der »Wochenpost« äußert *Werner Schulz*, parlamentarischer Geschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, in einem Interview: Durch eine Regierungsbeteiligung würde die PDS zwar stabiler, aber auch sozialdemokratischer, als sie schon ist. »Am Ende könnte die PDS für die SPD das werden, was die CSU für die CDU ist: eine regional begrenzte Schwesterpartei. Das rote Schaf hätte in die Familie zurückgefunden.«

(»Wochenpost« Nr. 50, 7. Dezember 1995, S. 6)

[Dokument 62]

#### 8. Dezember

*Reinhard Höppner* (SPD), Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt, erklärt in einem »Zeit«-Interview, er setze beim Magdeburger-Modell nicht auf die PDS, sondern auf die Zusammenarbeit mit einzelnen PDS-Mitgliedern. Höppner: »Vertrauen und Verlässlichkeit empfinde ich nicht gegenüber der PDS als Partei, sondern mit Blick auf Personen, die als Fraktion im Landtag unser Projekt mittragen.« In Mecklenburg-Vorpommern wäre das Magdeburger Modell nur eine Notlösung.

(»Die Zeit«, Nr. 50-1995, S. 7)

[Dokument 63]

#### 11. Dezember

Die historische Kommission der PDS veröffentlicht eine Erklärung »Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD«. Darin spricht sie sich für ein »Befassen mit der SED-Gründung aus, das sich am realen historischen Geschehen orientiert und geeignet ist, die in der Zeit des Kalten Krieges entstandenen Vorurteile und Verunglimpfungen abzutragen«. Auch bei sachgerechtem Umgang mit dieser Thematik bleibe genügend Raum für kontroverse Standpunkte und hinreichender Anlaß für wissenschaftlichen Meinungsstreit.

(Pressedienst PDS, Nr. 50/1995, S. 1)

#### 12. Dezember

Die SPD hat den von der PDS angebotenen wissenschaftlichen Austausch über die Vereinigung von SPD und KPD zur SED auf der von der PDS vorgeschlagenen Grundlage abgelehnt. Vor allem ignoriere die entsprechende Erklärung der Historischen Kommission der PDS die Einschätzung aller seriösen Histori-

ker, wonach es sich dabei um eine Zwangsvereinigung gehandelt habe, erklärt der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wolfgang Thierse.

(»Leipziger Volkszeitung«, 13. Dezember 1995, S. 2)

### 13. Dezember

Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« veröffentlicht eine Analyse von *Elisabeth Noelle-Neumann* zur Stimmungslage bezüglich einer Koalition aus SPD und PDS in Bund und Ländern. Daraus geht hervor, dass sie nur von einem geringen Teil der Bevölkerung begrüßt wird, auf der Ebene der Länder von 19 Prozent, auf der Bundesebene von 12 Prozent. PDS-Mitglieder begrüßen eine Koalition sehr stark (92/68), SPD-Anhänger in viel geringerem Maße (33/12).

(»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 13. Dezember 1995, S. 5)

[Dokument 64]

### 14. Dezember

Berlins SPD-Fraktionschef *Klaus Böger* spricht sich für eine große Koalition in Berlin aus. Nur dadurch sei der soziale Frieden zu sichern. Das gute Wahlergebnis der PDS wolle er aber respektieren und Gesprächen mit ihr nicht ausweichen. Klar sei allerdings: »Abwerben wollen wir bei der PDS die Wähler.«

(»Neues Deutschland«, 14. Dezember 1995, S. 5)

In Schwerin-Müß treffen sich *Harald Ringstorff*, Vorsitzender der SPD in Mecklenburg-Vorpommern, und *Gregor Gysi*, Chef der PDS-Bundestagsgruppe. Das wichtigste Ergebnis der fast dreistündigen Unterredung ist die gegenseitige Zusage: »Der Dialog geht weiter.« Vor der Presse erklären beide übereinstimmend, daß die Frage nach einer Koalition in Mecklenburg-Vorpommern nicht aktuell sei.

(»Neues Deutschland«, 15. Dezember 1995, S. 1)

### 15. Dezember

Für Berlins SPD-Vizechefin *Monika Buttgerit* steht ein Prozeß der Normalisierung des Verhältnisses zwischen SPD und PDS noch aus. »Wir hatten uns doch viel zu sehr abgeschottet. Und uns dabei den Stil von der CDU – man stelle sich vor: von der CDU, die gerade alle ihre Blockflöten geschluckt hat – aufdrängen lassen.« Eine Zusammenarbeit sollte auf den Landesebenen nicht länger durch eine »falsche Ideologisierung« blockiert werden.

(»Neues Deutschland«, 15. Dezember 1995, S. 5)

### 16. Dezember

*Christoph Bergner*, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt, begründet in einer Kolumne, warum die CDU auf die PDS-Wähler zugehe, die PDS selbst aber ablehnt: Es bestehe eine große Kluft zwischen der Programmatik der PDS und den Vorstellungen ihrer Wähler. »Demokratie bedeutet, um das Vertrauen der Wähler zu ringen. Als Demokrat fühle

ich mich deshalb verpflichtet, auf PDS-Wähler zuzugehen und sie in die politische Diskussion einzubeziehen. Zur grundsätzlichen Abgrenzung von den politischen Zielen der PDS habe ich allen Anlaß. Ja, es ist unsere demokratische Pflicht, eine offensive Auseinandersetzung und einen entschlossenen Kampf gegen eine Neuauflage der Irrtümer zu führen, die die DDR in die wirtschaftliche Katastrophe und ihre Menschen in die Unfreiheit geführt haben.«

(»Neues Deutschland«, 16./17. Dezember 1995, S. 1)

*Helmut Holter*, PDS-Vorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern, wertet das Gespräch *Gysi-Ringstorff* als »weiteren Schritt in Richtung Normalität«. Holter: »Ich erfahre Zustimmung bei dem Vorschlag, über Inhalte zu debattieren und daraus ein Zusammengehen und gemeinsame Projekte zu entwickeln. Aber soweit ist die politische Praxis noch nicht.«

(»Neues Deutschland«, 16./17. Dezember 1995, S. 2)

### 20. Dezember

*Gesine Schwan*, Hochschullehrerin in Berlin, sieht für die SPD die Möglichkeit einer Doppelstrategie gegenüber der PDS: »Sie sollte offen die Regierungsverantwortung gegebenenfalls auch mit der Unterstützung der PDS anstreben und sich umgehend in eine Auseinandersetzung mit ihr begeben: Wie sieht deren systemverträgliche und verantwortliche Politik zur Arbeitslosigkeit eigentlich aus? Akzeptiert die PDS, daß Unternehmen in einer Marktwirtschaft Gewinn machen müssen? Wie will sie ohne Nato in Europa den Frieden sichern? Wie hält sie's mit Freiheit und Demokratie? Beide Teile dieser Doppelstrategie gehören zusammen. Ein »Kuschelkurs« dürfte die Testphase bis zur möglichen Einbeziehung nicht bestimmen.«

(»Wochenpost« Nr. 52-1995, S. 16)

### 22. Dezember

*Rolf Reißig*, Leiter des Berliner Instituts für Sozialwissenschaftliche Studien und einer der Beteiligten des 87er Dialogs zwischen SED und SPD, erklärt, daß sich die Chancen eines Dialogs zwischen SPD und PDS verbessert haben. »Sollte der Dialog scheitern«, so Reißig, »prophezeie ich, daß wir zu italienischen Verhältnissen kommen. Das heißt, die Konservativen werden immer weiter die Regierung stellen, sind aber in ihrer heutigen Verfassung unzureichend innovativ, um neuen Herausforderungen zu begegnen.«

(»Freitag«, 22. Dezember 1995, S. 13)

[Dokument 66]

Nach Ansicht einer Studie der CDU-nahen *Konrad-Adenauer-Stiftung* sind in der PDS die »marxistisch/kommunistischen Hardliner« auf dem Vormarsch. Zu ihnen gehöre, so die Autoren *Moreau, Lang* und *Neu*, nicht nur die »Kommunistische Plattform«, sondern auch die Arbeitsgemeinschaften »Junge GenossInnen«, »Autonome Jugend«, die »Anarchisti-

sche Plattform« und das im Sommer 1995 gegründete »Marxistische Forum«. Diese Studie dient als Legitimation der Forderung nach einem Verbot der PDS als verfassungsfeindliche, linksextremistische Partei. (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 23. Dezember 1995, S. 6)

Nach Ansicht des Innenministers von Thüringen *Dewes* (SPD) könne die PDS zum Koalitionspartner der SPD oder CDU werden, wenn sie sich weiter demokratisch entwickle. Eine Voraussetzung der Demokratisierung der PDS sei die Trennung von der »Kommunistischen Plattform«. Im Osten Deutschlands könnte sich *Dewes* zufolge ein Drei-Partei-System aus CDU, SPD und PDS herausbilden.

(»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 23. Dezember 1995, S. 6)

## 28. Dezember

Als weiterer SPD-Spitzenpolitiker trifft sich der Ministerpräsident Brandenburgs, *Manfred Stolpe*, mit PDS-Bundestagsgruppenchef *Gregor Gysi*. An diesem Treffen nimmt PDS-Chef *Lothar Bisky* teil. Das Verhältnis zwischen beiden Parteien komme in Bewegung, sagt *Gysi* nach dem Gespräch. Koalitionen zwischen beiden Parteien seien gegenwärtig aber noch undenkbar. *Stolpe* versichert, weiter nach der Devise zu verfahren, »die PDS nicht zu verteufeln und sie durch Ausgrenzung zu stabilisieren«.

(»Leipziger Volkszeitung«, 29. Dezember 1995, S. 2)

# **Dokumente**



## Dokument 1

Ist die Macht wirklich das Allererste? Opponieren, tolerieren, koalieren – Gedanken von Petra Pau und Peter-Rudolf-Zotl zur Rolle und zum Selbstverständnis der PDS

In: »Neues Deutschland« vom 4. Januar 1995

## Ist die Macht wirklich das Allererste?



Mit den Wahlen des Jahres 1994 hat sich die Parteienlandschaft der Bundesrepublik wohl endgültig verändert. In das System der etablierten Parteien und in die dort üblichen Mechanismen der Machtbildung ist die PDS eingebrochen, und nichts funktioniert mehr wie sonst. Die Frage, wie es die anderen Parteien mit der PDS halten sollten, wird für CDU, CSU, FDP, aber vor allem für die SPD und Bündnis 90/Die Grünen immer mehr zur Gretchenfrage, und wie es die PDS mit Macht- und Regierungsbeteiligung auf Länderebene halten solle, kristallisiert sich immer mehr als innerparteiliches Spitzenthema in der PDS heraus. Unsere Autoren – PETRA PAU, Landesvorsitzende der Berliner PDS, und Dr. sc. PETER-RUDOLF ZOTL, Vorsitzender der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus – verdeutlichen in einem Beitrag ihre Position in der Debatte.



Die Debatte, die ganz sicher notwendig ist, wird zunehmend mit einem sehr kritischen Unterton geführt – als sei Opposition eine komfortable Flucht vor wirklicher Verantwortung. Das halten wir für verhängnisvoll, zumal diese Verkettung immer mehr von Befürwortern einer Regierungsbeteiligung aus den eigenen Reihen betrieben wird.

Deshalb wollen wir daran erinnern, daß der PDS-Stimmenzuwachs nicht **trotz**, sondern **mit** und zu einem großen Teil sogar **wegen** ihrer Oppositionsaussage zu erklären ist. Besonders im Wahlmarathon 1994 war allen bewußt, daß eine Stimme für die PDS die für Opposition ist. Empirische Untersuchungen zeigen, daß das Wahlverhalten im Osten eine zunehmende Unzufriedenheit mit dem jetzigen politischen System und seinen Defiziten ausdrückt.

Wenn also in der PDS über die Frage einer Regierungsbeteiligung auf Landesebene nachgedacht wird, muß zunächst konstatiert werden: Dies wäre eine Etablierung in einem System, dem mehr und mehr mißtraut wird.

### Alternative zu Systemdefiziten

Analysen bestätigen, daß das politisch-parlamentarische System der Bundesrepublik im Osten in eine *Vertrauenskrise* gerät, die sich vor allem als eine *Krise des Parteiensystems* erweist. Plebiszite, Direktwahlen, die Abschaffung von Sperrklauseln finden vor allem deshalb neben den Formen direkter Demokratie aus der DDR-Wendezeit die deutlichsten Mehrheiten, weil sie die Chance zur Mitwirkung und zur selbstbestimmten Interessenverwirklichung bieten.

Eben diese Ansprüche sehen viele sowohl in der Programmatik der PDS als auch in der Art und Weise ihrer innerparteilichen Willens- und Entscheidungsbildung verwirklicht. Vor allem die durch die PDS verkörperte Alternative zur üblichen Parteien- und Lobby-Kungelei, zur Ausgrenzung relevanter gesellschaftlicher Interessen und zur üblich gewordenen Abschottung des Parlamentarismus vor dem Volk ist ein gewichtiger Bonus, der für die PDS auf allen Ebenen – zumindest bislang – gilt.

Warum also sollte sich die

PDS ohne außergewöhnliche Gründe der bislang üblichen Macht und Entscheidungsbildung unterwerfen? Kann nicht in weitaus höherem Maße Verantwortung für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen werden, wenn sich die PDS bewußt weiterhin als Alternative – in den politischen Inhalten wie in der Art und Weise ihrer politischen Entscheidungsbildung – entwickelt? Wir meinen, daß diese Fragen zunächst beantwortet sein müssen, ehe wir irgendwo unsere Bereitschaft verkünden, in Landesregierungen mitmachen zu wollen.

### „Opposition in der Regierung“?

Natürlich fragen sich und uns verschiedene Kräfte in der SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen immer wieder, wie denn sonst eine linksalternative Wende herbeigeführt werden soll. Doch wir dürfen nicht übersehen, daß eine Mehrheit in diesen beiden Parteien eine Regierungsbeteiligung durch die PDS völlig ablehnt oder mit Forderungen verknüpft, die für die PDS Zweitklassigkeit bzw. Einschränkung ihrer Handlungsfähigkeit bedeuten: z. B.

nach den Personen, die allein die PDS in einer etwaigen Koalition repräsentieren dürften, oder nach bestimmten *ideologischen* Themen, zu denen sich die PDS in der *politischen* Zusammenarbeit verpflichten müßte, oder danach, wie die PDS in einer solchen Koalition möglichst klein zu halten sei. Das gilt auch für die Position, daß man die PDS schon deshalb in die Regierung nehmen müsse, weil sie ansonsten SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit jenen Wahlversprechen konfrontieren könne, die sie nicht einhalten würden.

Auch dieser Mix von Degradierung und Korrumpierung sollte uns zusätzlich verdeutlichen, wie gering die realen Chancen wären, selbst als „Opposition in der Regierung“ (mit diesem Anspruch scheiterte die Berliner AL im rot-grünen Senat 1990) die von uns geforderten notwendigen Veränderungen durchzusetzen.

### Nachdenken über Profilierung

Nach unserer Auffassung erhöht sich das Gewicht der PDS nicht dadurch, daß sie sich SPD bzw. Bündnis 90/Die Grünen anzupassen versucht. Eine Kopie dieser Parteien wird

nicht gebraucht, und sie nützt auch deshalb nichts, weil sie verhängnisvollen Entwicklungen innerhalb dieser Parteien kein Korrektiv mehr entgegenzusetzen würde. Die Chancen zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien sowie zur Erhöhung des eigenen Gewichts steigen nur über den Ausbau des eigenen Profils.

**Erstens** geht es dabei um die weitere inhaltliche Konturierung. Unsere gesamte inhaltliche Arbeit muß an unseren programmatischen Angeboten meß- und erkennbar sein: Priorität der globalen Fragen, wirtschaftliche und soziale Lösungen nur in Übereinstimmung und unter Priorität der ökologischen Notwendigkeiten entwickeln, kommunale und regionale Politik stets aus den globalen Erfordernissen heraus bestimmen. Mit der Oppositionsrolle der PDS ist mehr und mehr die Hoffnung verknüpft, eine nennenswerte parlamentarische Stimme für grundlegend neue politische Prioritätensetzungen zu stärken. Dem liegt das Vertrauen zugrunde, daß die PDS über Regierungsbeteiligung nur dann nachdenkt, wenn die politische Macht zur tatsächlichen Durchsetzung der sozialen, ökologischen, politischen und kulturellen Interessen der Menschen und der Menschheit eingesetzt werden kann.

**Zweitens** müssen wir noch stärker und konsequenter darauf drängen, in den politischen Entscheidungsprozessen Offenheit, Öffentlichkeit und Beteiligung der gesellschaftlichen Interessengruppen durchzusetzen sowie – in der eigenen Politik – dies auch zu praktizieren. Konsequente politische Opposition zur heute vorherrschenden Politik und zur heute dominierenden Art und Weise der politischen Entscheidungsbildung ist eine wichtige Triebkraft zur Durchsetzung einer neuen politischen Kultur, zur Durchsetzung eines verbindlichen und unverfälschten Einflusses gesellschaftlicher Interessen auf die politischen Entscheidungen.

**Drittens** erlangt die Frage der Berechenbarkeit und Erkennbarkeit der PDS-Oppositionspolitik eine immer größere Bedeutung. Unsere Berliner Erfahrungen besagen, daß es uns um die Erhöhung unserer Berechenbarkeit gegenüber den Wählerinnen und Wählern, gegenüber der gesamten gesellschaftlichen Öffentlichkeit gehen sollte. Es muß ausnahmslos erkennbar sein, daß alles, was wir vor den Wahlen

versprochen und gefordert haben, innerhalb und außerhalb der Parlamente von uns nach den Wahlen vertreten wird, und daß unsere politischen Entscheidungsprozesse offen und transparent sind. Und je mehr wir diese Berechenbarkeit durchsetzen, desto erkennbarer werden wir auch für alle anderen Parteien. Im Kern ist das ein Plädoyer dafür, sich also nicht einem ohnehin

grundlegend erneuerungsbedürftigen politischen System zu unterwerfen, sondern sich gleich an jene wirklichen demokratischen Maßstäbe zu halten, die die Richtung der notwendigen Erneuerung des politisch-parlamentarischen Systems der Bundesrepublik selbst darstellen.

**Viertens** dürfen wir Opposition auch nicht als Fetisch, als dauerhaften Wert „an sich“, behandeln. Gerade unsere Wählerinnen und Wähler drängen am stärksten nach grundlegenden Veränderungen; daraus resultiert der Wunsch, daß das, was wir an Alternativen entwickeln, auch Regierungspolitik werden können muß. Das erhöht unsere Verantwortung, alles dafür zu tun. Das heißt, unsere alternativen Angebote noch gründlicher, komplexer, durchgerechnet usw. zu gestalten. Insofern sollte sich unsere Opposition nicht als Regierung im Wartestand definieren, wohl aber sich als wirkliche Gesellschafts- und Politikalternative konstituieren, die – den notwendigen politischen Willen vorausgesetzt – verwirklicht werden kann.

**Fünftens** dürfen wir das Problem der Zusammenarbeit nicht immer nur auf der Ebene der Machtfrage behandeln. Bereits heute bestehen viele Möglichkeiten, im Zusammenwirken mit anderen linksorientierten Kräften bestimmte alternative Projekte – z.B. auf dem Gebiet der Verkehrs-, Sozial-, Umwelt- und Stadtentwicklungspolitik – durchzusetzen, unabhängig davon, ob die einen in der Regierung und die anderen in der Opposition sitzen. Die einseitige Konzentration der Fragestellung nach einer Zusammenarbeit linksorientierter Parteien und Kräfte auf die Macht gefährdet zum Teil sogar die Chance, zu solchen alternativen Projekten zu kommen.

## Dokument 2

Thomas Wischnewski: Opposition, Tolerierung und Quarantäne mit Freigang. Beobachtungen, wie die PDS mit der rot-grünen Regierung in Sachsen-Anhalt umgeht

In: »Neues Deutschland« vom 25. Januar 1995



Spannendes Thema in Sachsen-Anhalt: Höppner und die Sitte

Foto: dpa

Hans-Jochen Tschiche, der bündnisgrüne Fraktionsvorsitzende, beschreibt prägnant die Gratwanderung, auf die sich die PDS mit dem Tolerierungsmodell eingelassen hat: „Roland Claus und Petra Sitte wollen zwar ihre Oppositionsrolle unterstreichen, aber unser Reformprojekt auch nicht gegen den Baum fahren.“

Tatsächlich ist die Umsetzung sozialistischer Inhalte maßgeblich vom Verhältnis zu den beiden Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen abhängig, die sich bei der Suche nach parlamentarischen Mehrheiten jedoch selbst in einem Spannungsfeld befinden. Im Landtag müssen sie einerseits mit Hilfe der PDS ihre Koalition sichern, und andererseits betrachten beide die Partei des Demokratischen Sozialismus als ihren politischen Hauptgegner.

### Morgen ein Ministeramt?

Daß sich die Sache für die PDS ähnlich ambivalent darstellt, weiß diese selbst am besten. Natürlich möchte Petra Sitte die Koalition unterstützen: „Darüber gibt es in der Fraktion einen Grundkonsens.“ Aber: „Unsere Haltung zu den einzelnen Reformen ist dabei immer inhaltlich getragen. Jeder Fraktionär muß so gut sein, als wolle er morgen ein Ministeramt übernehmen.“

Damit könnte der Regierung durchaus zugesetzt werden. Sie hat im ersten halben Regierungsjahr bereits erkennen müssen, daß die gesteckten Ziele der rotgrünen Regierung wie eine Polizeistruktur- und eine Schulreform nicht so einfach durchsetzbar sind.

Selbst SPD-Fraktionsvorsitzender Rüdiger Fikentscher mußte zugeben, daß die Ziele für 1994 nicht erreicht wurden. Auch er weiß, was Tschiche offen ausspricht: „Damit die SPD nicht irgendwann zum Juniorpartner der CDU wird, braucht sie die Unterstützung der PDS“.

Die Sozialdemokraten wollten das jedoch nicht eingestehen, und das mache ihre Aussagen unglaubwürdig. „Erst sagt Höppner, wir reden nicht mit der Partei, sondern mit einzelnen Abgeordneten. Jetzt spricht der Ministerpräsident schon mit Gysi. Zwar nur im Pullover, aber bis zum Schlips ist es dann auch nicht mehr weit“, spielt der Bürgerrechtler auf das Treffen von Höppner und Gysi am 15. Januar an.

Bisher funktionierten die Abstimmungen im Parlament

zwischen Koalition und PDS recht gut. Daß dabei Kompromisse von beiden Seiten getragen werden müssen, zeigte die Verabschiedung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich. Hier hatte die PDS 4,4 Milliarden DM gegenüber der Regierungsvorgabe von 3,7 Mrd. Mark gefordert. Schließlich einigte man sich auf 3,8 Milliarden.

Die PDS hatte im Vorfeld signalisiert, daß sie sich bewegen könne und forderte dann wenigstens 100 Millionen DM mehr, als die Koalition einbringen wollte. Außerdem sollten die großen Städte nicht benachteiligt werden. Hier verdeutlichte sie ihre Interessen für ihr größtes Wählerpotential. „Gegen die kleinen Kommunen und die vielen PDS-Kommunalpolitiker haben sie dabei unpopulär entschieden“, kommentiert Tschiche. In der

Rede von Landeschef Roland Claus wurde die Schwere des Kompromisses ebenfalls deutlich: „Wir haben alle gemeinsam in den Abgrund geschaut.“

Beim Nachtragshaushalt für das Innenressort wurde das Spannungsfeld zwischen den unterschiedlichen Interessen noch offensichtlicher. SPD-Innenminister Manfred Püchel und Claus bezeichnen sich nicht gerade als die besten Freunde. Da jedoch bei der Abstimmung im Ausschuß eine Stimme fehlte, hob auch Claus für Püchel seinen Arm. „Unter anderen Bedingungen wäre das sicher nicht passiert“, so Tschiche.

### Statt Abstimmung Kaffeetrinken?

Ähnliches kommt beim Landeshaushalt 1995 auf Koalitionäre wie Tolerierungspartner zu. Obwohl der zur Zeit noch in den Ausschüssen befindliche Entwurf nach Petra Sittes Ansicht „eher in der Tradition der CDU“ liegt, wird die PDS den Etat mittragen. „Das Parlament ist nicht die alleinige Plattform unserer Arbeitspolitik. Natürlich müssen wir dort in den sauren Apfel der Kompromisse beißen“, unterstreicht Sittes. Sie hat dabei die oft geäußerte Angst der Parteibasis im Auge, daß die Funktionäre zu kompromißbereit wären. „Wir können diesen Vorwurf auch nicht ganz entkräften. Aber es ist wichtig, daß man uns damit ständig konfrontiert.“

Auf der anderen Seite gibt es auch Stimmen, die sagen, die PDS müsse mehr auf die SPD zugehen und solle weichere Forderungen stellen. SPD-Landeschef Fikentscher meint, den Preis der PDS-Kompromisse zu kennen: „Natürlich könnten die Abgeordneten der PDS bei jeder Abstimmung Kaffeetrinken gehen. Dann haben wir sowieso die Mehrheit. Sie gehen einen Mittelweg, weil sie mitbestimmen und sich einbringen wollen.“

Wie lange der Kitt in diesem Modell hält, will keiner prognostizieren. Tschiche sieht kurzfristig keine Gefahr. Außer wenn die PDS durch ihre innere Auseinandersetzung in Bedrängnis gerate, rechnet er mit einem „Muskelspiel“.

Ob die Nähe zum nächsten Wahltermin das Verhalten der Fraktion im Landtag ändert, will er jetzt noch nicht einschätzen. „Sicher muß die PDS ihren Wählern zeigen, daß sie kein Wasserträger der Regierung ist. Das macht sie an ganz pragmatischen Forderungen deutlich.“

Vor allem bei der Verwaltungsreform, gegen den Abbau von Lehrstellen und zur Abschaffung des Verfassungsschutzes wird die PDS drängen. Diese Forderungen schätzt Fikentscher als rein populistisch ein, besonders dann, wenn sie schon von der Rechtslage her unrealistisch sind. „Über ein dauerhaftes Bleibe-recht von Ausländern können wir auf Landesebene nicht entscheiden.“

Im Gegensatz zu Fikentscher, der die PDS als Regionalpartei ohne langfristige Perspektive bezeichnet, räumt Tschiche der Partei mehr Chancen ein. Die Bündnisgrünen stecken selber in einer Krise. Wenn sie bundesweit nicht aus der „ökologischen Schwafelecke“ kämen, flögen sie früher oder später aus den Parlamenten. Deshalb hält der Bürgerrechtler zur Jahrtausendwende gar eine rosarote Koalition für möglich. Und könnte recht behalten, denn PDS-Landesvorsitzender Claus und Fraktionschefin Sittes zählen nach wie vor zu konsequenten Reformern in der Partei. „Wir sehen unsere Zukunft in einer sozialistischen Sozialdemokratie“, so die Hallenserin Petra Sittes.

Gerade davon aber erwartet Tschiche auch auf die SPD zukommende Schwierigkeiten. Die Sozialdemokraten hätten Probleme, sich inhaltlich von den Konservativen zu unterscheiden. „In diesem Defizit liegt die Zukunft der PDS, auch für eine bundesweite Etablierung. Auf jeden Fall wird sie cleverer sein, als manche meinen.“

Wenn die SPD jetzt eine Amnestiedebatte forciert, ziele sie damit auf das ostdeutsche Wählerpotential der PDS. „Die Konkurrenz zwischen SPD und PDS erwächst natürlich aus der Wählergunst. Und wenn sich die Partei jetzt von Leuten und Ideen trennt, ist das der Untergang der Bunten“, analysiert Fikentscher.

Beim ersten dreistündigen „Gipfeltreffen“ zwischen Ministerpräsident Reinhard Höppner und CDU-Fraktionschef Christoph Bergner blieben die Fronten zwischen beiden weiter kalt. Der Christdemokrat prognostiziert sogar eine Stabilisierung der Minderheitsregierung durch mögliche Überläufer aus der PDS-Fraktion. Diese Prognose konnten weder Fikentscher noch Sittes bestätigen. Allerdings zeigt die Einschätzung, daß auch die CDU das „Magdeburger Modell“ für länger lebensfähig hält, als sie anfangs geglaubt hatte.

### Versuchsbühne für Reformen

Die PDS zeigt sich über die Bewältigung der genannten Gratwanderung zwischen Opposition und vorsichtigem Mitregieren optimistisch. Schon jetzt sei erwiesen, daß der sachsenanhaltinische PDS-Landesverband besser dasteht als die Verbände in Sachsen oder Thüringen.

„Wir haben die Möglichkeit, wirklich Veränderungen mitzubestimmen. Auch wenn diese nicht immer ganz unseren Vorstellungen entsprechen“, erklärte Petra Sittes. Trotz aller Auseinandersetzungen zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der PDS bleibt gerade die Minderheitskonstellation in Sachsen-Anhalt für die PDS eine gute parlamentarische Versuchsbühne für Reformexperimente.

In Sachsen-Anhalt werden die Handlungsmöglichkeiten künftiger Politikkonzepte ausgelotet – innerhalb einer „Quarantäne mit Freigang“, wie Tschiche sagt.

## Dokument 3

Redlichen Kommunisten neue Wege ermöglichen. Interview mit Reinhard Höppner

In: »Leipziger Volkszeitung« vom 28./29. Januar 1995

*Am Wochenende inszeniert die PDS auf ihrem Berliner Parteitag einen Reformprozeß – weg mit den Stalinisten, ran an die SPD. Warten Sie gespannt darauf, daß Sie in Magdeburg bald auch offiziell mit denen koalieren können?*

Schon als ich zum Ministerpräsidenten gewählt wurde war klar, daß die PDS ihre inhaltlichen Probleme bekommen wird. Die waren schneller da, als wir gedacht haben. Auf unsere parlamentarische Arbeit in Magdeburg wird der PDS-Parteitag aber keine Auswirkungen haben. Insofern interessieren mich mögliche Parteitagsergebnisse nicht.

*Es ist Ihnen egal, ob es dort stalinistisch oder demokratisch zugeht?*

Diesen Prozeß müssen die schon selber austragen. Es wäre jedoch verhängnisvoll, wenn die PDS nur deshalb eine äußerliche Säuberung machte, damit sie näher an die SPD herandrücken könnte. Je mehr man das aber von außen kommentiert, desto schwieriger wird es für vernünftige Leute in der PDS, untereinander offen zu reden. Bei der PDS gilt es zweierlei zu verhindern: Alte Kräfte dürfen nicht weiter das Sagen haben. Man muß aber auch einen Ausgrenzungsprozeß verhindern, der den einen oder anderen in eine Art Untergrundgesinnung und damit in eine mögliche Neuaufgabe des Terrorismus in Deutschland treibt.

*Haben Sie den PDS-Reformprozeß nicht in Gang gesetzt, als Sie mit dem Magdeburger Modell die PDS als verfassungskonformen politischen Gesprächspartner adelten?*

Wenn man mit einer Partei nicht mehr reden darf, weil sie so undemokratisch sei, dann müßte die PDS konsequenterweise von den Wahlen ausgeschlossen werden. Die Ausgrenzung aber nach den Wahlen zu betreiben ist eine Mißachtung von 20 Prozent der Wähler im Osten. Ganz sicher hat unser Magdeburger Weg den Demokrati-

sierungsweg der PDS beschleunigt. Insofern zeigt sich hier, daß unsere politische Strategie von Anfang an die richtige war. Auch wenn er auf jeden Fall gekommen wäre, weil es auf kommunaler Ebene im Osten Deutschlands überall Zusammenarbeit aller mit der PDS gibt.

*Versöhnung mit der DDR-Vergangenheit ist eines der letzten Vereinigungsthemen, bei dem die Ostdeutschen, wenn Sie sich beeilen, allein entscheiden könnten. Wo muß der Weg hin führen?*

Ich glaube wir, die Ostdeutschen, sind näher beieinander, als man in der Öffentlichkeit meint. Niemand betrachtet die Beschäftigung mit der Vergangenheit und die Suche nach der Wahrheit als erledigt. Keiner will einen solchen Schlußstrich. An die Dokumente aus dieser Vergangenheit muß man auch weiter rankommen. Es besteht auch weitgehend Einigkeit, daß wir mit Blick auf historisch Belastete Schritt für Schritt zu einem anderen Umgang kommen müssen, als wir uns das 1990 gedacht haben. Und klar ist auch, daß über die Höhe des Strafmaßes und die Zeitdauer der Verfolgung von Straftaten nie Opfer entscheiden dürfen. Die heilende Wirkung eines Rechtsstaates ist, daß eine objektive Instanz eingeschaltet ist, die Verjährungsfristen setzt und auch Strafmaße begrenzt. Andernfalls hätten wir das Prinzip der Rache und das kann nicht die Art des Umgangs in einem Rechtsstaat sein. Es gibt aber auch einen wachsenden Unmut darüber, sich mit dem Thema zu beschäftigen.

*Halten Sie die Jetzt-rechts-Stimmung nicht für legitim?*

Ich halte den Unmut für sehr verständlich, wenn man beispielsweise mühsam nach einer Bestrafungsmöglichkeit für einen Wahlfälscher sucht. Gesellschaftlicher Aufwand und juristischer Ertrag stehen dabei in keinem Verhältnis. Es bringt keinen Sinn, Din-

ge zu verfolgen, die am Ende nur mit einem lächerlich geringen Strafmaß, wenn überhaupt, geahndet werden. Wenn man Wahlfälschern den Prozeß macht, andererseits aber Gefängniswärter, die gefoltert haben, noch frei und unbehelligt herumlaufen können, dann stimmt etwas nicht mit der gesamten Vergangenheitsaufarbeitung.

*Das alles wird seit vielen Monaten beklagt, ein für manche vermutlich schmerzhaftes Ende der Debatte ist aber nicht zu sehen.*

Leider ist es so, daß, wer immer dieses Thema aufgreift, sofort zwischen die parteipolitischen Mühlen gerät. Hier geht es doch wirklich nicht um ein SPD-Hobby. Hier ist beispielsweise auch und gerade die CDU gefordert. Diejenigen, die Opfer gewesen sind, sind viel eher bereit, über ein Ende der juristischen Verfolgung zu reden als jene, die im Nachhinein auf den Opferzug aufgesprungen sind. Ich werde versuchen, daß die ostdeutschen Ministerpräsidenten in der Frage der Versöhnung mit der Vergangenheit baldmöglichst eine entsprechende gemeinsame Initiative starten. Hier geht es nicht um Parteipolitik, sondern um ein versöhnliches Miteinander der Menschen. Wenn wir, die wir in Ostdeutschland Verantwortung tragen, nicht bald den Konsens suchen und finden, wird die Frage woanders und vielleicht mit einem inakzeptablen generellen Schlußstrich beantwortet. Aber zugleich sage ich: Wenn wir nicht mehr daran glauben, daß Menschen dazulernen können, ist ein vernünftiges Zusammenleben unmöglich. Ich würde auch einem redlichen Kommunisten zutrauen, daß er nach der Ära DDR wirklich dazulernen will und ehrlich einen engagierten neuen Weg geht. Das muß man ihm aber auch ermöglichen.



Dieter Wonka/Philipp v. Wilcke

## Dokument 4

Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel. Zu den fünf wichtigsten Diskussionspunkten der gegenwärtigen Debatte in der PDS. Beschluß der 1. Tagung des 4. Parteitagess der PDS

In: »Disput« vom 1./2. Februar 1995

# 4. Parteitag der PDS/1. Tagung



■ Beschluß

LOTHAR BISKY UND MARTIN HARNACK

FOTO: GABRIELE SENFT

## Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel

Zu den fünf wichtigsten Diskussionspunkten der gegenwärtigen Debatte in der PDS:

### 1. Zum sozialistischen Charakter der PDS

Der sozialistische Charakter der PDS ist in ihrer Geschichte begründet, von ihren Mitgliedern gewollt, von ihren Wählerinnen und Wählern akzeptiert, in ihrem Programm und Statut festgeschrieben und in ihrem Namen hervorgehoben.

Er resultiert aus unserer Überzeugung, daß die kapitalistischen Gesellschaftsstrukturen die großen Menschheitsfragen nicht nur nicht gerecht, sondern gar nicht lösen können. Die Vorherrschaft der Kapitalinteressen wird den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen fortsetzen und den Einklang von Mensch und Natur verhindern, die soziale Ungleichheit weltweit und innergesellschaftlich ver-

größern, die Militarisierung der Gesellschaften fördern, das Patriarchat aufrechterhalten.

Sozialismus ist für uns Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel.

Er ist für uns verbunden mit vielfältigen Formen der Vergesellschaftung, Überwindung der Kapitalvorherrschaft, Ökologie, Demokratie, Solidarität, sozialer Gerechtigkeit, Emanzipation des Menschen, Überwindung des Patriarchats, Freiheit und Verwirklichung der Menschenrechte, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Minderheitenschutz, Chancengleichheit in Bildung und Kultur und Dezentralisierung.

Das bedeutet, daß unser Sozialismus-Begriff ein Höchstmaß an Demokratie und Liberalität einschließt. Es geht nicht um die Frage, ob und wieviel Demokratie und Liberalität sich eine sozialistische Gesellschaft leisten kann, sondern darum, daß ihr sozialistischer Charakter von der

Realisierung umfassender Demokratie und Liberalität abhängt. Durch keinen Zweck werden undemokratische und illiberale Methoden gerechtfertigt. Jeder Schritt wirklicher Demokratisierung, des Ausbaus der individuellen Freiheit, des Abbaus sozialer Ungerechtigkeit, der Erhöhung kommunaler Selbstbestimmung ist ein Schritt in Richtung Sozialismus. Dabei verstehen wir Demokratie als Einheit von repräsentativer, kommunaler, unmittelbarer und Wirtschaftsdemokratie. Liberalität bedeutet für uns Linke die Verbindung von tiefem Humanismus, Individualität, Menschenrechten, persönlicher Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Minderheitenschutz, Pluralismus, sozialer Gerechtigkeit sowie Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Kultur in einer Gesellschaft.

Damit verbunden ist die unumkehrbare Absage an ein stalinistisches oder poststalinistisches Sozialismusmodell, das heißt an Sozialismusvorstellungen mit diktatorischem, antiemanzipatorischem, antidemokratischem, illiberalem und zentralistischem Charakter. Es darf kein Zurück geben hinter die Feststellung von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest, wonach die Freiheit des einzelnen Bedingung der Freiheit aller ist.

Der sozialistische Charakter der PDS verlangt einen bundesweiten und darüber hinaus europäischen und internationalistischen Charakter ihrer Politik. Dem steht der Kampf gegen die Benachteiligung Ostdeutscher und die Geringschätzung ihrer Biographien und Erfahrungen nicht nur nicht entgegen, er setzt ihn voraus.

## 2. Zum Oppositionscharakter der PDS

Die PDS strebt einen demokratischen, sozialen, ökologischen und zivilgesellschaftlichen Wandel der Bundesrepublik Deutschland an, der den Weg zur Überwindung der Kapitalvorherrschaft, der Umweltzerstörung, der Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt und jeglicher Großmachtspolitik öffnet.

Daraus ergibt sich, daß die PDS in prinzipieller Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland steht. Das bedeutet nicht, daß wir die existierenden zivilisatorischen, demokratischen und sozialen Errungenschaften der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nicht anerkennen und nutzen würden. Im Gegenteil.

Der Entwurf der Abgeordnetengruppe der PDS/Linke Liste im 12. Deutschen Bundestag für eine neue Verfassung der Bundesrepublik Deutschland forderte beispielsweise nicht nur weitgehende Veränderungen der Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland. Er würdigte und bewahrte auch wesentliche Teile des Grundgesetzes.

Wer eine Gesellschaft wirklich verändern will, weil er zu den herrschenden Verhältnissen in Opposition steht, muß sich in die Gesellschaft hineinbegeben. Für die PDS bedeutet dies, an allen fortschrittlichen außerparlamentarischen Bewegungen teilzunehmen und zugleich um breite parlamentarische Möglichkeiten zu ringen.

Die Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation der Tolerierung einer Regierung oder in eine Koalitionsrolle begibt, berührt nicht das prinzipielle Oppositionsverständnis der PDS. Unabhängig davon, welche Rolle die PDS in einem Parlament spielt, muß sie sich immer als Kraft der gesellschaftlichen Opposition im oben genannten Sinne verstehen und ihre alternativen gesellschaftspolitischen Ziele bewahren.

Die Entscheidung darüber, welche konkrete Rolle sie in einem Parlament spielt (die nicht allein von ihr abhängt), ist je nach Zeit und Situation abhängig davon zu treffen, wie ein Höchstmaß an gesellschaftlichen Veränderungen im Sinne der programmatischen Zielstellung der PDS erreicht werden kann. Selbst dann also, wenn die PDS sich auf ir-

gendeiner Ebene in eine Regierungskoalition begeben sollte, weil sie sich davon ausgeht, in einer solchen Konstellation das zu dem gegebenen Zeitpunkt höchste Maß an Veränderungen durchsetzen zu können, würde dies bei richtiger Politik ihren Oppositionscharakter in bezug auf die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse nicht beeinträchtigen. Deshalb kann es keine abstrakten Leitlinien oder Regelungen dafür geben, in welcher Situation die PDS welche Rolle in einem Parlament einzunehmen hat. Einig sind wir uns dahingehend, daß die PDS unabhängig von der konkreten parlamentarischen Rolle das Schwergewicht ihrer Tätigkeit in außerparlamentarischen Bewegungen und Aktionen sieht und ihr gesellschaftliches Oppositionsverständnis von der jeweiligen Rolle in einem Parlament nicht berührt wird.

## 3. Zum Pluralismus in der PDS

Die PDS strebt eine pluralistische Gesellschaft an.

Aufgrund ihrer eigenen Geschichte sieht es die PDS als großen Fortschritt an, auch sich selbst pluralistisch zu organisieren. Die Vielfältigkeit der Ideen, der Herangehensweisen und der Standpunkte in der PDS betrachten wir als Gewinn. Der Pluralismus der Partei ist durch unser Statut garantiert und im Programm ausdrücklich hervorgehoben.

Pluralismus ist aber auch nach dem Statut der PDS nicht beliebig und darf nicht als Entschuldigung dafür dienen, auf eine verständliche und nachvollziehbare Politik der Gesamtpartei und ihr eigenständiges Profil zu verzichten. In den Vorstellungen der Menschen muß in wichtigen Fragen klar sein, wofür und wogegen die PDS steht. Fraktionen und Vorstände der PDS sind hier in besonderer Weise gefordert. Sie müssen auf der Grundlage des Parteiprogramms, der Wahlprogramme, der Beschlüsse der Parteitage politikfähig sein. Das stellt aber nicht nur Anforderungen an die Fraktionen und Vorstände, sondern auch an die Delegierten, arbeits- und politikfähige Fraktionen und Vorstände zu wählen. Die Partei als Ganzes ist und bleibt pluralistisch. Bei den Wahlen unserer Fraktionen gehen wir durch die strategische Entscheidung für offene Listen noch darüber hinaus. Dennoch bedeutet dies nicht, daß in jedem Vorstand und in jeder Fraktion jede politische Richtung vertreten sein muß. Es geht um ihre Politikfähigkeit.

Es gibt Grenzen, die durch kein Mitglied der PDS überschritten werden dürfen. Nationalistische, chauvinistische, rassistische, antisemitische Auffassungen sind mit der Mitgliedschaft in der PDS unvereinbar. Das gilt ebenso für stalinistische Auffassungen. Ein Zurück hinter den auf dem außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989 beschlossenen Bruch mit stalinistischen Strukturen darf es nicht geben. Das bedeutet, daß wir antidemokratische, antiemanzipatorische, illiberale, avantgardistische und zentralistische Sozialismus- und Parteivorstellungen zurückweisen. Sie sind schon mit dem Namen der Partei unvereinbar. Als sozialistische Partei kann und darf die PDS nicht anti-kommunistisch sein. Sie ist nicht bereit, auf demokratisch-kommunistische Positionen in ihren Reihen zu verzichten.

## 4. Das Verhältnis der PDS zu ihrer Geschichte, zur Geschichte der DDR und zum untergegangenen „real existierenden Sozialismus“

Aufarbeitung der Geschichte ist und bleibt ein wichtiges Anliegen der PDS. Ohne sie ist weder Gegenwartspolitik begründbar noch Zukunftspolitik gestaltbar.

Die PDS stellt sich der gesamten Geschichte der deutschen und internationalen sozialistischen Bewegungen. Sie weiß, daß dies ebenso eine Geschichte von großen Heldentaten und Opfern, von großen sozialen Bewegungen

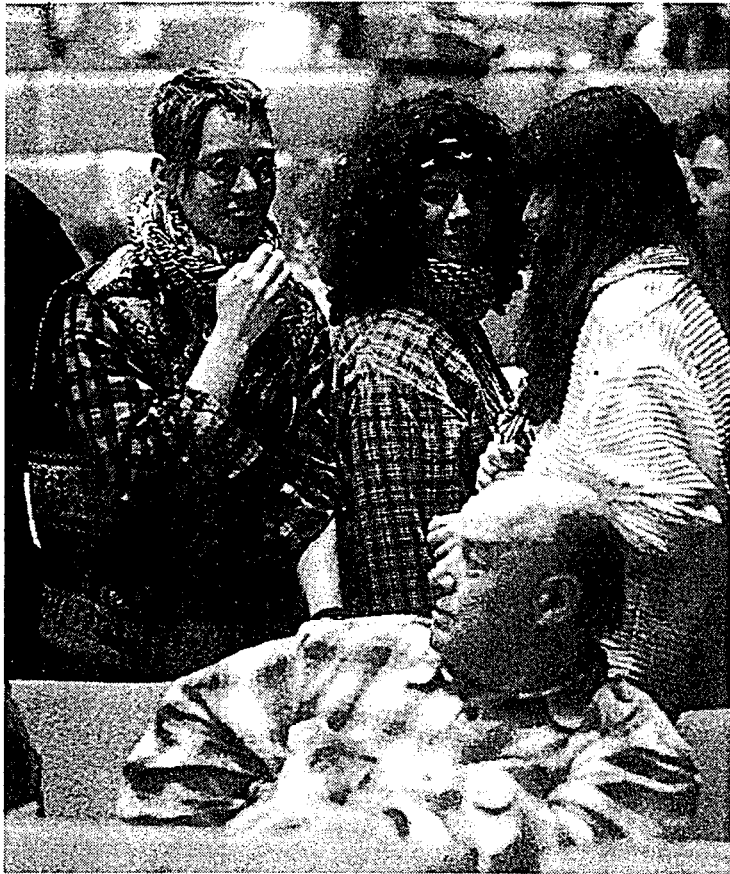


FOTO: GABRIELE SENFT

und Leistungen, von fast unerschöpflichem Gedankenreichtum ist, wie eine Geschichte von großen Fehlern, Irrtümern und leider auch schlimmen Verbrechen. Wir stellen uns allen diesen Seiten der Geschichte und werden uns stets gegen ihre einseitige und undifferenzierte Beurteilung wenden.

In besonderem Maße tragen wir Verantwortung für die Geschichte der SED und der DDR, aus der wir hervorgegangen sind. Die PDS ist wahrscheinlich als einzige Partei verpflichtet, an dieser Geschichte sozialistische Kritik zu üben. Für uns ist an der SED und an der DDR nicht das negativ zu beurteilen, was an ihnen sozialistisch war, sondern das viele, das an ihnen nicht sozialistisch war. Eine solche Herangehensweise verlangt gleichermaßen schonungslose Kritik und differenzierte Bewertung. Wir haben uns bei den wirklichen Opfern von Unterdrückungsmechanismen in der DDR aufrichtig entschuldigt und bleiben dabei, daß dies das Mindeste war, was wir tun konnten. Wir treten nach wie vor dafür ein, das bei der Treuhandanstalt liegende Altvermögen der SED auch zur Wiedergutmachung gegenüber solchen Opfern zu verwenden.

Auf der anderen Seite werden wir die Bemühungen und die Ergebnisse der Tätigkeit von Hunderttausenden Mitgliedern der SED, Hunderttausenden Bürgerinnen und Bürgern der DDR für eine sozial gerechtere, solidarischere und humanere Gesellschaft niemals in Abrede stellen oder geringerschätzen. Die Bürgerinnen und Bürger der DDR sind mit sehr verschiedenen negativen und positiven Erfahrungen aus der DDR in der Bundesrepublik Deutschland angekommen. Niemand hat das Recht, sie zur Leugnung ihrer Biographien zu zwingen, ihre Biographien geringzuschätzen und darauf zu verzichten, ihre Erfahrungen für die Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland zu nutzen.

Mit der PDS wird es keine Verklärung der gesellschaftlichen Realitäten in der DDR geben. Wir werden uns allen Bestrebungen widersetzen, die antidemokratischen, antiemanzipatorischen, illiberalen, ineffektiven und antiökolo-

gischen Realitäten in der DDR zu leugnen. Ebenso werden wir deutlich widersprechen, wenn und solange versucht werden wird, die Geschichte der DDR auf ihre Defizite zu reduzieren, die historischen Zusammenhänge außer Betracht zu lassen, die Rolle der politisch und wirtschaftlich Mächtigen in der Bundesrepublik Deutschland in der Zeit des Kalten Krieges zu glorifizieren.

Wir werden der These vom „Unrechtsstaat“ widersprechen, weil sie in ihrer Konsequenz bedeutet, der DDR das Existenzrecht abzuspochen und ihren Bürgerinnen und Bürgern vorzuwerfen, sich auf ein Leben in der DDR auf der Grundlage ihrer Verfassung und Gesetze eingestellt zu haben. Den Versuch, ein solches Verhalten auch noch juristisch zu verfolgen, weisen wir zurück. Das bedeutet aber nicht, das Vorhandensein von Unrecht, von Willkür, von Verletzungen der Menschenrechte und den Mangel an Rechtsstaatlichkeit zu leugnen oder zu rechtfertigen.

Die sozialistische Kritik an der Geschichte der SED und der DDR ist für die PDS auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie eine Voraussetzung dafür ist, daß wir als Sozialistinnen und Sozialisten nie wieder antidemokratischen, antiemanzipatorischen, illiberalen, avantgardistischen und zentralistischen Sozialismusvorstellungen folgen werden.

## 5. Das Verhältnis der PDS zur SPD und zu Bündnis '90/Die Grünen

Die PDS entwickelt ihre Politik auf eigener programmatischer und organisatorischer Grundlage.

Sie hat ein deutlich anderes Profil als die SPD und das Bündnis '90/Die Grünen. Wir erweisen der sozialdemokratischen und ökologischen Bewegung in der deutschen und internationalen Geschichte unseren Respekt. Ein solcher Respekt schließt ein, wie das eigene Versagen auch das Versagen insbesondere der sozialdemokratischen Bewegung zu benennen.

Seit dem außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989 haben wir uns trotz unterschiedlicher politischer Aussagen immer für eine sachliche Zusammenarbeit mit der SPD und dem Bündnis '90/Die Grünen ausgesprochen. Dabei wird es auch bleiben, zumal wir wissen, daß notwendige fortschrittliche gesellschaftliche Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland nicht ohne und gegen die SPD und wahrscheinlich auch nicht ohne und gegen das Bündnis '90/Die Grünen zu erreichen sind. Eine solche Einschätzung schließt jegliches Verständnis dafür aus, SPD und Bündnis '90/Die Grünen als politische Feinde der PDS zu sehen. Sie sind weder Haupt- noch Nebenfeinde. Sie sind politische Konkurrenten, mit denen wir uns gegebenenfalls auch hart politisch auseinandersetzen, mit denen wir aber zur Zusammenarbeit bereit bleiben. Eine solche Herangehensweise schließt ebenso jede Form von Anbiederei aus.

Unsere Aufgabe besteht nicht darin, bestimmten Mitgliedern der SPD oder vom Bündnis '90/Die Grünen zu gefallen. So wie wir sie in ihrer Unterschiedlichkeit zu uns akzeptieren, erwarten wir, daß sie eines Tages auch uns in unserer Verschiedenartigkeit zu ihnen akzeptieren werden. Die PDS benötigt gegenüber diesen Parteien keine Abgrenzungsbeschlüsse. Die Art der Zusammenarbeit mit Sozialdemokratinnen, Sozialdemokraten und Grünen wird sich Schritt für Schritt in außerparlamentarischen Aktionen und in parlamentarischen Gremien herausbilden. Durch nichts sind eigene Erfahrungen in der Zusammenarbeit zu ersetzen. Deshalb nutzt es nichts, solche Prozesse künstlich zu forcieren oder künstlich zu blockieren. Maßstab unseres Verhältnisses zur SPD und zu Bündnis '90/Die Grünen bleibt deren reale Haltung zu demokratischen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Fortschritten in der BRD. ■



## Dokument 5

## Links von der SPD bleiben nicht mehr als fünf Prozent. Interview mit Joschka Fischer

In: »Neues Deutschland« vom 9. Februar 1995

**Mögen Sie Saumagen?**

Schmeckt gut, ja!

Dienstagabend lehnten zwei Abgeordnete Ihrer Fraktion ein Saumagen-Essen mit Kanzler Kohl ab, weil PDS-Abgeordnete eingeladen wurden.

Saumagen sollten Sie einmal probieren. Es muß ja nicht unbedingt im Kanzler-Bungalow sein. Das Gericht gibt es überall in der Pfalz.

Ich finde es abwegig, wenn Abgeordnete von der PDS nicht eingeladen werden. Das sind gewählte Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Ob einem die PDS gefällt oder nicht, das kann nicht der Maßstab für den demokratischen Umgang mit dieser Partei sein.

In dieser Woche wurde Ihnen vorgeworfen, Sie wollten mit der PDS an die Macht kommen. Hat sich Ihr Verhältnis zur PDS geändert?

Völliger Blödsinn, das mit der Macht. Addieren Sie mal. Da ist eine Partei, die in Ostberlin 40 Prozent der Stimmen bekommt. Nach den Gesetzen der Demokratie müßte sie eigentlich die Verantwortung übernehmen. Wir kommen dafür in Berlin überhaupt nicht in Frage. Deshalb finde ich die Debatten über Koalitionen zwi-



Joschka Fischer, ehemaliger hessischer Umweltminister, neben Ministerpräsident Hans Eichel, in einer Landtags-Sitzung im Januar 1994. Fischer hält jene Zeitung hoch, die Manfred Kanther – jetzt Spitzenkandidat der CDU zu den anstehenden Landtagswahlen – beschuldigte, einen Freund versorgt zu haben. Foto: dpa

schen PDS und Grünen abwegig. Die PDS ist in Ostberlin gemessen an ihren Ergebnissen eine Volkspartei. Da kann sie sich nicht auf die bequeme Position zurückziehen: „Wir sind nur Opposition.“

Konsequent wäre in Berlin eine Koalition von PDS und CDU. Ja, ich weiß, daß das nicht geht. Das sind aber die beiden starken Parteien, die ei-

ne im Westen, die andere im Osten. Unter dem Gesichtspunkt des Zusammenwachsens der Stadt wäre eine Koalition konsequent. Zumal die CDU keine Berührungängste gegenüber bewährten Kräften aus der DDR-Zeit hat. Die sitzen jetzt – vom Bundeskanzler frisch gewaschen und gekämmt – als gute Abendländer in der CDU-Fraktion im Bundestag.

Die PDS befindet sich in einem Klärungsprozeß. Zumindest ich habe dazu immer gesagt, daß er dringend notwendig ist. Das ist für mich ein Klärungsprozeß zwischen Altlasten und Reformern. Insofern verdient der Prozeß der Sozialdemokratisierung, wie ihn Bisky und Gysi betreiben, jede Unterstützung. Die beiden sind aber in der Situation eines Sahnehäubchens auf einem Kaffee, der gar nicht will. Die PDS-Mehrheit würde lieber in Ostalgie erkalten. Auch deshalb können Sie die Koalitionsdebatte vergessen.

Sie sprachen vorhin von bequemer Opposition der PDS. Nun sehe ich Sie noch spät abends, wenn alle Kameras längst abgeschaltet sind, im Parlament herumfuhrwerken und genüßlich die Reden anderer Abgeordneter kommentieren. Wo liegt denn der Unterschied zwischen bequemer und Opposition mit Vergnügen?

Ganz einfach: im Verweigern der Machtfrage. Ich wiederhole: Eine Partei, die 40 Prozent der Stimmen bekommt, die kann nicht in der Opposition

ausharren. Die muß Mehrheiten anstreben, wenn sie die Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler vertreten will. Ich stelle mit Interesse fest, in der PDS ist Unvereinbares vereint. Wir haben dort eine DDR-orthodoxe Mehrheit, und wir haben eine reformerische Minderheit, die in die Zukunft, in das vereinigte Deutschland gehen will. Deren Strategie läuft faktisch auf eine Sozialdemokratisierung der PDS hinaus. Das finde ich gut.

**Weil es leichter für Ihre Partei wäre. Mit zwei sozialdemokratischen Parteien hätten Sie nur noch einen Gegner auf dieser Seite.**

Nein. Ob sie das dann demokratische Sozialisten oder Sozialdemokraten nennen, ob eine oder zwei Parteien, das läuft auf das gleiche hinaus. Es gibt in diesem Spektrum links von der Sozialdemokratie keine Perspektive für mehr als fünf Prozent. Wir haben im Westen diese Erfahrung ja auch gemacht – dort, wo bei den Grünen die Fundis allein angetreten sind. 0,8 Prozent für Frau Ditsfurth in Frankfurt/Main!

Die Koalitionsfrage mit der PDS stellt sich für mich nicht. Was sich stellt, das ist deren Klärungsprozeß. Es darf nicht sein, daß Kohl einen Teil der DDR-Eliten ohne Wenn und Aber vereinnahmen konnte. Die sogenannten Blockflöten. Und umgekehrt wird den heutigen PDS-Reformern der Weg in den Verfassungsbogen verwehrt. Da bin ich ganz entschieden dagegen.

**Sie haben ehemalige SED-Mitglieder und auch Mitglieder der PDS eingeladen, zu den Bündnisgrünen zu kommen. Ich behaupte mal, daß 99 Prozent der DDR-Bevölkerung nicht im Widerstand lebte. Ein großer Teil davon möchte sich nicht unentwegt dafür entschuldigen müssen, daß er in der DDR auch gelebt hat. Wie wollen Sie mit solchen Leuten umgehen?**

Wir sind gegen die Schließung der Stasi-Akten. An der historischen Aufarbeitung wird kein Weg vorbeiführen. Ich denke, das liegt auch im Interesse der ehemaligen DDR-Bürger. Man darf es aber nicht so gestalten, daß der Weg in eine gemeinsame Zukunft ver-

legt wird. Ein Schlußstrich kommt deshalb nicht in Frage.

**Wir sind nachdrücklich gegen ein Rentenstrafrecht. Wir sind nachdrücklich dafür, daß die Eigentumsfragen endgültig gelöst werden. Aber nicht nach dem Motto: „Junkerland wieder in Junkerhand“. Das wäre ein Rückfall hinter die bürgerliche Revolution.**

**Da sind wir doch gerade mitendrin.**

Ja. Aber das sind Dinge, die wir massiv ablehnen.

**Wie lautet Ihr Tip für die Wahl in Hessen?**

Ich bin optimistisch. Wenn wir von Rot-grün unsere Wählerinnen und Wähler an die Urnen bekommen, haben wir gute Chancen, gestärkt aus der Abstimmung hervorzugehen. Das wäre für die gesamte Entwicklung in der Bundesrepublik von großer Bedeutung. Wenn nicht, dann sehe ich harte Zeiten für die gesamte demokratische Linke heraufziehen.

**Weil Ihr Herz für Hessen schlägt?**

Wenn Rot-grün in Hessen scheitert, wäre das ein Signal für einen weiteren Schub nach rechts.

*- Interview: WOLFGANG REX*

## Dokument 6

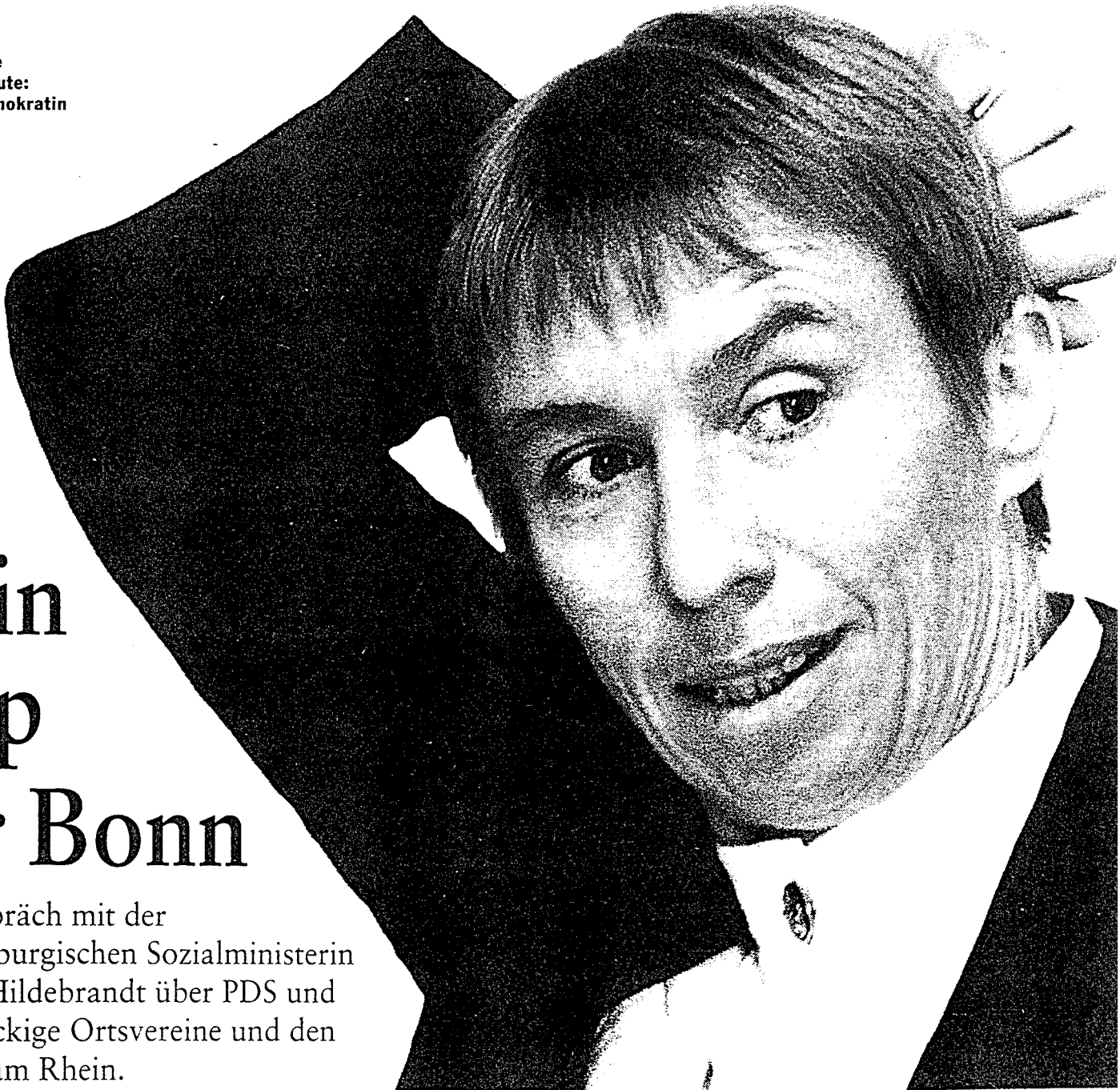
Kein Typ für Bonn. Ein Gespräch mit der brandenburgischen Sozialministerin Regine Hildebrandt über PDS und SPD, bockige Ortsvereine und den Horror am Rhein

In: Wochenpost« vom 9. Februar 1995. Auszug

Große Klappe  
für kleine Leute:  
die Sozialdemokratin  
Regine  
Hildebrandt.

# Kein Typ für Bonn

Ein Gespräch mit der brandenburgischen Sozialministerin Regine Hildebrandt über PDS und SPD, bockige Ortsvereine und den Horror am Rhein.



*W Sie werben im Westen um sozialdemokratische Wähler, dabei ist das Potential im Osten noch längst nicht ausgeschöpft. Unter den Mitgliedern und Wählern der PDS müßte für Sie doch noch einiges zu holen sein.*

Ich denke, in der PDS sind viele gute Leute, bei Bisky angefangen, die in der Sozialdemo-

kratie viel besser aufgehoben wären. Schon in der Schule haben wir gelernt, daß die Wurzel allen Übels die Zersplitterung der Arbeiterklasse ist. Und was macht die PDS? Macht erst mal 'ne PDS auf, anstatt die linken Kräfte zu bündeln.

**W** Die SPD empfängt ehemalige SED-Mitglieder auch nicht gerade mit offenen Armen.

Die PDS will nicht, das ist die eine Sache, aber die SPD will auch nicht, das stimmt. Dabei haben wir schon lange die Empfehlung ausgegeben, Menschen, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, in die SPD aufzunehmen. So viele Menschen, die bereit sind, sich aktiv für die Gesellschaft einzusetzen, gibt es heute ja nicht mehr. Deshalb ist es wichtig, niemanden auszugrenzen. Das letzte Wort haben aber die Mitglieder in den Ortsvereinen,

weil die die Leute am besten kennen. Und da sagen viele: Wir sind die Neuen, die alten Knochen von damals lassen wir nicht wieder rein.

**W** Daran hat sich auch fünf Jahre nach der Einheit nichts geändert?

Wenig. Und das, obwohl wir immer sagen: Leute, wir müssen unsere Kräfte sammeln, wir brauchen Menschen, die die Arbeit machen, guckt genauer hin. Es ist ganz schlimm.

**W** Kann die SPD denn mit dieser Abwehrlage im Osten je zu einer breiteren Basis kommen? Müßte Ihre Partei nicht offensiver sein und gezielt versuchen, die Sozialdemokraten von der PDS und damit auch deren Sympathisanten von der Partei zu lösen?

Wie stellen Sie sich das vor? Daß ich jetzt eine Strategie entwickle, wie ich den Keil in die PDS treibe – ich denke überhaupt nicht daran. Ich mache Sachpolitik und sage: Leute, laßt euch nicht durch Nebensächlichkeiten von den wirklich wichtigen Themen ablenken. Das ist dem Kanzler im Wahlkampf schon ausreichend gelungen. Wir müssen eine Politik machen, durch die sich die Leute hier vertreten fühlen, und wir müssen klarmachen, daß Einigkeit stark macht. Um etwas zu erreichen, brauchen wir Mehrheiten – und keine Diskussionen über rote Socken.

**W** Sie haben mit Ihrer absoluten Mehrheit in Brandenburg gut reden. Wenn Sie aber mal nach Sachsen sehen, da hat die PDS die SPD in der Gunst der Wähler bereits überholt. Muß die SPD da nicht vom hohen Roß herunter und stärker auf die Leute zugehen?

Natürlich sind wir in Brandenburg im Vorteil. Aber auch wenn Sie, wie die SPD in Sachsen, nicht an der Regierung sind, können Sie etwas tun. Warum nicht zum Beispiel über die Verbände gehen? Wenn die SPD überall Arbeiterwohlfahrtsgruppen gegründet hätte...

Wir sehen doch, welchen Erfolg die PDS damit hat: Sie füllt den Leuten die Rentenanträge aus, hilft, wenn's um Sozialhilfe oder Wohngeldanträge geht. Genauso müßte die SPD das machen. In den Orten, wo die SPD sich kümmert, wo Leute da sind, die was auf die Beine stellen, hat sie auch die Mehrheit und stellt den Bürgermeister.

**W** Aber genau da beißt sich ja die Katze in den Schwanz. Sie sagen, entscheidend sind die Leute vor Ort, die sich kümmern, aber eben die hat man nicht. Und die, die wollen, läßt man nicht rein. In Sachsen versucht eine Frau seit einem Jahr, SPD-Mitglied zu werden. Sie engagiert sich, hilft auf Wahlveranstaltungen. Doch weil sie acht Jahre SED-Mitglied war, lehnte der Ortsverein Chemnitz ihren Mitgliedsantrag ab.

Wir sind der Meinung, daß wir offen sein müssen für solche Leute, aber wir haben die Entscheidung bewußt in die untere Ebene verlagert. Die Diktatur von oben hatten wir lange genug und müssen sie nicht in der SPD fortsetzen. Wenn die unten nicht wollen, dann wollen sie halt nicht. Da kann man sagen: Das ist falsch, aber ändern können wir es nicht.

**W** Herrn Bisky hätten Sie trotzdem gern in Ihrer Partei, vielleicht sogar als Minister?

Das wird mir immer wieder in den Mund gelegt, nur weil ich einmal einem Journalisten widersprochen habe, der sagte: Aber Minister kann der doch nicht werden. Da habe ich gefragt: Augenblick mal, warum denn eigentlich nicht? Und dann hieß die Überschrift gleich: Bisky wird Minister. Er selbst schlug daraufhin übrigens vor, ihn zum Minister für Außerirdische Angelegenheiten zu ernennen.

**W** Sind Sie denn nun für eine Zusammenarbeit von SPD und PDS oder nicht?

Da ich an sich überhaupt nicht für Parteien bin, denke ich auch nicht so: Wer ist von welcher Partei, und mit wem mache ich was. So denken auch die Leute nicht. Wenn ich unterwegs bin, höre ich immer wieder: Hildebrandt, die find ick jut. Erst viel später kommt die Frage: In welcher Partei ist die denn eigentlich? Die Menschen wollen vor allem eines: Hilfe bei ihren Problemen. Tatsache ist doch, daß ausgerechnet in dem Moment, in dem wir den Staatssozialismus mit all seinem Schiet verlassen konnten und in die soziale Marktwirtschaft wechselten, die Rezession zuschlug. Dazu kamen noch die Kosten der Einheit. Unter diesem Druck werden plötzlich sehr viele, sehr grundsätzliche Dinge in Frage gestellt, es scheint keine Tabus mehr zu geben. Da sitzen wir endlich im Boot Sozialstaat, und dann wird an allen Ecken und Enden daran gebohrt. Wir kommen mit dem Schöpfen, damit das Boot nicht untergeht, doch kaum noch nach. Ich denke, daß viele Ostdeutsche so empfinden, und deshalb müssen wir uns endlich gemeinsam stark machen, unabhängig von den Parteien. ■

## Dokument 7

## Bernhard Tschernig/Kurt Libera: Nicht kontra, sondern alternativ zur SPD

In: »Pressedienst PDS« vom 24. März 1995

**So sehen wir das...**

Bernhard Tschernig/Kurt Libera

**Nicht kontra, sondern alternativ zur SPD**

Der ersten Tagung des 4. Landesparteitages der PDS Brandenburg lagen zwei Thesenpapiere vor, die sich mit der Frage beschäftigen, wie die Politik des Landesverbandes weitergeführt werden sollte. Die Thesen des Landesvorstandes und der AG „Junge GenossInnen“ kommen angesichts der Lage in Brandenburg zu unterschiedlichen, selten konträren, Wertungen und Schlußfolgerungen. Von einigen Medien wurde das Vorliegen beider Papiere als Beweis der Ratlosigkeit und des Aufbrechens tiefer Gegensätze im Landesverband hochstilisiert. Die Entscheidung des Parteitages, zu den Thesenpapieren zunächst keinen Beschluß zu fassen, sondern beide bis zum Herbst in den Basisorganisationen weiter zu diskutieren, stellte für diese Berichterstatter ein zusätzliches Indiz in der (gewünschten) Richtung ihrer Interpretation dar.

Die Autoren beider Entwürfe können – wie die große Mehrheit der Delegierten des Parteitages – diese Sicht der Dinge nicht teilen. Die landesweite ausgiebige Diskussion der Problematik wird notwendig sein, um möglichst viele unserer 18.200 Mitglieder zu erreichen, und dieses breite Gespräch kann an Gründlichkeit durch die vorgelegten unterschiedlichen und konträren Standpunkte nur gewinnen.

Genosse Dr. Kurt Libera, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Geschichte/Programm begründete vor dem Landesparteitag die Thesen des Landesvorstandes. Der Inhalt seiner Ausführungen wird hier wiedergegeben:

Auf Anregung des Landesvorstandes begann unmittelbar nach den Bundestagswahlen '94 die Arbeitsgruppe Geschichte/Programm mit der Diskussion zu Grundfragen der mittelfristigen Politik des Landesverbandes. Wesentliche Eckpunkte der Landespolitik sollten formuliert und dabei die spezifischen brandenburgischen Bedingungen im Rahmen der BRD berücksichtigt werden. Über viele Stationen der Diskussion – u. a. mit den PDS-Kreisvorsitzenden und dem Landesparteierrat – wurde der Entwurf im Dezember '94 veröffentlicht. Was war das Anliegen?

1. Es ist notwendig für die PDS Brandenburg, landespolitisch selbstbewußt

eine eigenständige Reformvariante, eine eigenständige mittelfristige Position zu formulieren. Sie muß als eine sozialistische Partei, die sich der radikalen Veränderung des Systems verpflichtet fühlt, dies auch in die Landespolitik einzubringen versuchen. Sie muß sich von den anderen im Land agierenden Parteien klar unterscheiden. Das ist im Vergleich zur SPD geradezu zwingend. In dem Maße, wie wir es heute und in den nächsten Jahren sichtbar und überzeugend verstehen, uns nicht „kontra“, sondern „alternativ“ zur SPD-Politik zu verhalten, werden wir am Ende der Legislaturperiode unsere Wähler wiederum überzeugt haben.

2. Neue Momente unserer Wirkungsbedingungen sind zu berücksichtigen: Es ist nicht gelungen, in der Bundesrepublik insgesamt konservative Positionen zurückzudrängen. Im Gegenteil, über Jahrzehnte erkämpfte Errungenschaften im politischen und sozialen Gefüge der BRD werden ausgehebelt und rückgängig gemacht. Diese Frage der Entwicklung hat eine fundamentale internationale Dimension: Gewinnt in der westlichen Industriegesellschaft 50 Jahre nach Kriegsende und nach der Aufhebung der weltweiten konträren Blöcke die konservative Position mit ihrem letzten Endes selbstzerstörerischen Konzept – oder gelingt es, die Entwicklung zu einer überlebenssichernden und sozial gerechten, solidarischen Gesellschaft einzuleiten?

3. Daraus muß die Frage abgeleitet werden, wie wir unser Verhältnis zur SPD hier in Brandenburg, wo sie mit absoluter Mehrheit regiert, bestimmen: Wird die SPD unter Nutzung der föderalen Strukturen eine Alternative in dieser BRD entwickeln? Und wie muß sich die PDS zu den tatsächlichen oder fraglichen Reformansätzen der SPD positionieren? Wie machen wir unter solchen Bedingungen unsere produktive Kontrapunkt für den Bürger nachvollziehbar?

4. Das ist unseres Erachtens ein Problem, das sich nicht nur aus der Gegenüberstellung zur SPD ergibt, sondern vielmehr und zuerst aus unserem Verständnis von Opposition, Verantwortung und Mitverantwortung. Wir müssen darüber nachdenken, inwieweit unsere Oppositionsaussage die

grundsätzliche Bereitschaft zu Regierungsmitverantwortung beinhalten muß. Das hat mit der Wahrhaftigkeit unserer Oppositionspolitik zu tun, und ist keinesfalls Ausdruck für ein Bestreben, möglichst rasch und mehr oder weniger prinzipienlos in eine Landesregierung eintreten zu wollen. So etwas muß ohnehin immer konkret oder aktuell entschieden werden. Wir sehen hierin vielmehr eine Grundfrage unseres demokratischen Selbstverständnisses und unserer Vorstellung vom Sozialismus als Ziel und Weg.

5. Der ganze Komplex berührt ebenso unser Selbstverständnis von Bildung im weitesten Sinne. Ein ernsthafter, zukunftsbezogener Disput setzt die Bereitschaft voraus, zu lernen, Neues aufzunehmen. Die PDS hat in dieser Beziehung einen sehr großen Nachholbedarf. Wir müssen auch weiterhin alles befragen und in Frage stellen. Wir müssen unser in der Vergangenheit erworbenes gesellschaftliches Wissen kritisch prüfen und uns klar darüber sein, daß es keine ehem festgeschriebenen Prinzipien gibt. Gleichzeitig müssen wir zu neuen Fragen Zugang finden oder zu solchen, die wir bisher kaum beachtet haben: Gesellschaftsvertrag, Liberalität, Zivilgesellschaft u.a.m. Schließlich ist es erforderlich, unsere Vorstellungen unter ökologischen Gesichtspunkten neu zu durchdenken. Wir haben uns in dieser Richtung von der Bildungskonzeption der Berliner Genossen anregen lassen. Der Club of Rome hat in seinem letzten Jahresbericht konstatiert, daß das Ende der Welt vorprogrammiert ist, wenn der Zerstörung der natürlichen Umwelt nicht strikt Einhalt geboten wird. Vorrang der Ökologie bedeutet eine vollkommene Umkehr in der bisherigen Produktionsweise, die auf eine Zerstörung der Natur gerichtet ist. Das Primat der Ökonomie gegenüber der Ökologie muß abgelöst werden.

*(Bernhard Tschernig ist Pressesprecher des PDS-Landesverbandes Brandenburg; Kurt Libera ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Geschichte/Programm des PDS-Landesverbandes)*

## Dokument 8

Gerhard Brantner: Der falsche Gegner, die falschen Methoden, das falsche Ziel.  
Nachträgliche Randglossen zur 1. Tagung des 4. Parteitages der demokratischen Sozialisten

In: »Neues Deutschland« vom 25./26. März 1995

Im Vorfeld des Parteitages war ständig von einer Regierungsbeteiligung der PDS die Rede. Nie war die Rede von einem Bruch des Wahlversprechens. Da war bekanntlich Opposition zugesagt worden und nicht ein Beitritt in eine bürgerliche Regierung (und andere gibt es nicht). Mit diesem Versprechensbruch werden selbst diejenigen Wähler gefoppt, die nichts gegen eine Regierungsbeteiligung haben, denn ihnen wird nicht gesagt, warum der plötzliche Wechsel.

### Mitregieren? Da plappert jeder auf eigene Faust

Statt aus bösen Erfahrungen früherer Regierungsbeteiligungen (z.B. in Frankreich) Nutzen zu ziehen, plappert jeder auf eigene Faust nach Belieben und ohne Konzeption der Gesamtpartei drauflos und macht Angebote, auch wenn der anvisierte Partner, wie die SPD in Potsdam, sich darüber als einer „politischen Kuriosität“ lustig macht. Lustig ist allerdings kaum, was die Genossen Markov und Nicht der PDS so alles abverlangen, um der Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung würdig zu sein. Dazu gehöre, „sich vollständig von dem illusionären Revolutionstag X zu verabschieden“. Na klar, solche illusionären Tage X gehören auf die Oppositionsbank. „Und schließlich müßte auch in der PDS das klassische Freund-Feind-Denken aufgebrochen werden.“ Noch klarer, ab sofort werden wir Kohl nicht mehr einen rotlackierten Faschisten schimpfen und die SPD nicht mehr einen Misthaufen (wie Scharping die PDS). Und zur Oppositionsrolle behaupten die Herren Genossen: „Wer nur kritisiert und seine Alternativen zum Ausschachten letztlich immer anderen, etwa der Regierung überläßt, lügt sich selbst und seinen Wählern auf Dauer in die Tasche.“ Das nun ist der Gipfel der Groteske: Wenn Opposition Erfolg hat, lügt man sich selbst und den Wählern in die Tasche. Demnach kann nur unnütze Opposition ehrlich sein? Wer lügt da wem in die

Tasche? Damit kein Mißverständnis aufkommt: Das Problem ist weniger eine Regierungsbeteiligung, als vielmehr die voreilige, selbsterniedrigende, unseriöse Art, in der man sich um sie bewirbt.

### Als Begleitung: Abgesang an den Klassenkampf

Die übereifrig wiederholten Beitrittsangebote sind schon verdächtig genug. Wenn aber als Begleitmusik dazu die Abschaffung des Klassenkampfes eingeläutet wird (wie in den „10 Thesen zum weiteren Weg der PDS“), dann deuten sich da üble Zusammenhänge an. Darauf, warum derartige Dummheiten, wie der Abgesang des Klassenkampfes, sich bei bestimmten Anlässen regelmäßig wiederholen, muß nicht näher eingegangen werden. Hier sei nur auf Jürgen Kuczynski verwiesen, bei dem zu lesen ist: „Wir stehen vor dem stärksten Großangriff des deutschen Kapitals auf die Lage der Arbeiter.“

Aber die Ansicht von Fachleuten geniert die Thesenverkünder nicht im geringsten. Da wird in schlechtem Deutsch von einem „vereinfachten und reduzierten Denken in den Kategorien von Klassenkampf“ fabuliert, so daß wir nun beispielsweise im ungewissen sind, ob der Versuch, eine sozialistische Partei mittels eines bürgerlichen Steuerbescheids auszumerzen, wirklicher Klassenkampf war, oder wir irrtümlicherweise nur in den Kategorien von Klassenkampf gedacht haben. Dann hätten unsere verehrten Genossen umsonst gehungert.

Da Bertolt Brecht im „Lied vom Klassenkampf“ behauptet, daß der Regen von oben nach unten fließt, müssen wir ihm wohl bei Gelegenheit ein Ultimatum stellen. Oder sollten wir uns nicht besser gleich ganz von ihm trennen? Je mehr wir das Werk von Brecht in Erinnerung rufen, desto weniger können wir es billigen. Da ist zum Beispiel die bekannte Zeile aus der „Kriegsfiabel“: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ Brecht hat erklärtermaßen mit

dem „Schoß“, aus dem der Faschismus kroch, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse gemeint. Nun haben wir aber laut Referat auf dem Parteitag „aus dem Fiasko des Staatssozialismus gelernt, daß die Enteignung der Produktionsmittel und ihre Verstaatlichung nicht zur Lösung der Probleme führt.“ Der Faschismus war demnach kein Problem, denn das wurde durch die Enteignung der Kriegsverbrecher gut gelöst, wenn leider auch nur im Osten Deutschlands. Enteignung der PM enthält doch nicht nur die Frage, was der neue Eigentümer nun macht, sondern immer auch und zuallererst, was der alte nun nicht mehr machen kann.

### So viel Dummheiten kann sich keine Partei leisten

Wie oft muß denn das „Kruppzeug“ die Welt ins Elend stürzen, um es ein und für allemal zu enteignen? Aber wenn die Kriege und Auschwitz und die Millionen Verhungernden in der Dritten Welt laut Referat keine Probleme sind, die durch Enteignung gelöst werden können, dann müssen wir wohl warten, bis der Kapitalismus unsere natürlichen Lebensbedingungen unumkehrbar zerstört, bis er alles und alle umgebracht hat, einschließlich sich selber. Dann kann die Enteignung tatsächlich „nicht zur Lösung der Probleme“ führen. Weil wir da keine mehr haben.

Kapitalistisches Eigentum an den Produktionsmitteln und mörderischer Profit sind sich gegenseitig Bedingung, eines setzt das andere voraus und hat das andere zur Folge. Das ist die Logik der Wirklichkeit. Und wie steht es mit der Logik des Gedankens?

Erstens: Wenn nach dem Versagen des „realen Sozialismus“ ein besser funktionierender Sozialismus laut Parteiprogramm für möglich gehalten wird, wieso soll dann eine Seite von ihm, nämlich das gesellschaftliche Eigentum, nicht auch besser funktionieren? (Oder ist Sozialismus ohne sozialistisches Eigentum denkbar?) Zweitens:

Das Eigentum kann im Sozialismus nicht an sich bewertet werden, sondern nur als Element der gesamten Produktionsverhältnisse. Diese Dialektik wird im Referat ignoriert. Drittens: Wenn man das kapitalistische Eigentum nicht antasten, seine Folgen, das profitorientierte, umweltzerstörende, weil „ungebändigte“ Wachstum aber bändigen will, dann soll dem Bären das Fell gewaschen, aber nicht naß gemacht werden. (Nachdem ein Sozialismus ohne sozialistisches Eigentum erfunden wurde, wird nun umgekehrt wieder mal ein Nichtkapitalismus trotz kapitalistischen Eigentums erfunden.)

So viele Dummheiten, genauer: so viel Dummheit darf sich eine wirklich sozialistische Partei in einer derart folgenreicheren Frage wie dem Eigentum an den Produktionsmitteln nicht erlauben. Schließlich steht sie in einer 150jährigen Tradition wissenschaftlichen Denkens. Da verbieten sich Scherze aus dem Ärmel.

Die leichtfertige Bewerbung um Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung, die Denunziation des Klassenkampfes und der Verzicht auf die Enteignung der permanenten Weltzerstörer sind drei eklantante Attacken, von denen schon eine genügt, um die Partei aus der sozialistischen Bahn zu werfen.

Die PDS ist existentiell gefährdet, von außen und von innen. Sie ist die einzige nicht-bürgerliche Partei in diesem Lande und wird mit dem Ziel ihrer Vernichtung bekämpft. Und sie ist in sich nicht gefestigt, sie sucht noch und hat sich noch nicht gefunden. Das erklärt viele ihrer Ungereimtheiten, ist aber auch das untrügliche Zeichen dafür, daß sie nicht mehr die SED ist. Sie hat sich von den Strukturen und dem Selbstverständnis der SED prinzipiell und für immer verabschiedet. Der Stalinismus hat in der PDS ein und für allemal ausgespielt. Die wirkliche Gefährdung besteht in der Verbürgerlichung.

Erstens: Alle sozialistischen oder kommunistischen Parteien tragen die „Muttermale“ der

Gesellschaft, aus der sie hervorgegangen sind, an sich. Und diese „Muttermale“ werden ständig neu belebt und vererbt. Dagegen ist keine Partei gefeit, denn keine Partei ist sich der Gefahr dieser Überkommenschaft bewußt. Daher hat auch noch keine Partei sich ernsthaft mit dieser Bürgerlichkeit auseinandergesetzt.

Zweitens: Der internationale Zerfall des Sozialismus und die massive Rechtsverschiebung haben die Linken in aller Welt in Bedrängnis gebracht. Es ist doch mehr als blauäugig zu meinen, daß dem zwar alle anderen Tribut zollen, nur die PDS nicht. Es ist mehr als blauäugig, denn es ist die schamhafte Leugnung der eigenen Verbürgerlichung.

Drittens schließlich sind die menschlichen, allzu menschlichen Schwächen eine ständige Gefährdung.

Diesen drei Gefährdungen und dem Umstand, daß die Partei noch sucht und sich noch nicht gefunden hat, sind die meisten osteuropäischen sozialistischen Parteien zum Opfer gefallen. Auch für uns ist die Gefahr keineswegs ausgestanden, im Gegenteil. Das beweisen die Attacken in der Regierungs-, Klassen- und Eigentumsfrage. Und das beweist eine Reihe anderer Vorgänge, von denen hier nur einige genannt sein sollen, wie z.B. der umstrittene Vortrag des Genossen Dietmar Keller in der Eppelmann-Enquete-Kommission. Wenn Genosse Gysi meinte, er wolle da nicht kritisieren, weil der Vortrag zu viele Wahrheiten enthalte, kann man ebenso umgekehrt meinen, daß der Vortrag nichts als eine große Unwahrheit enthielt, nämlich die historische Verleumdung der DDR, ihre Leugnung als bessere Alternative. Ohne die richtige historische Sicht werden aber die „vielen Wahrheiten“ nicht zu Belegen für die vielen stalinistischen etc. Verbrechen am Sozialismus, sondern zu Belegen der Verbrechen des Sozialismus. (Wie von Eppelmann gewollt).

Gewiß ist vieles von dem, was Sahra Wagenknecht über den Sozialismus von sich gibt, nicht gerade stubenrein und gehört auf den Kehrricht; aber vieles, was sie an Kritischem zu Vorgängen in der PDS sagt, ist bedenkenswert. Was soll da die Entgegnung, daß sie den Unterschied von Bonner Republik und Berliner Republik nicht begriffen habe? Den im Referat behaupteten Unterschied kann doch wirklich kein Mensch begreifen.

Die PDS war weder auf einen Wahlerfolg (Wiedereinzug in den Bundestag) noch auf eine Niederlage vorbereitet. Es war zu vieles aufgeschoben worden, gewollt und ungewollt. Kein Wunder, daß man mit dem Wahlergebnis nichts anzufangen wußte, also spielte man verrückt. Statt den Wahlerfolg maximal zu nutzen, haut man sich selber die Beine weg, bricht Phantomkämpfe vom Zaune, wirft mit Thesen und Punkten und Ultimaten um sich und schlägt auf den „Stalinismus“ in der PDS ein. Wenn das der Preis für den Eintritt in eine Regierung oder andere Eintritte sein sollte, so wurde mit falscher Münze bezahlt. Man schlägt den Sack und meint ... ja was denn eigentlich? Mit all diesen unseriösen wie verdächtigen Aktivitäten wurde die Partei ohne ersichtlichen Grund in schlimme Not gebracht. Was ist da, teure Genossen, in Euch gefahren?

Nach ihren mehrfachen für die Partei gefährlichen Seiltänzerstücken erhielten Bisky und Gysi unzählige Briefe, in denen beide beschworen wurden, das „ultimative Vorgehen“ nicht weiter fortzusetzen. Die Hälfte der Mitglieder der Bundestagsgruppe der PDS kritisierte in einer Erklärung, daß die Parteispitze nach dem Wahlerfolg ohne Not eine „krisenhafte Situation“ der Partei herbeigeführt habe. All diese warnenden, beschwörenden, flehenden, kritischen Stimmen stießen auf eine Ignoranz, die in ihrer Unberührbarkeit erschreckend war.

### **Einige Fakten zum Verhältnis zur SPD**

Und schließlich äußerte Sylvia-Yvonne Kaufmann nach dem Parteitag in einem Gespräch in Schwerin: Die Delegierten des Parteitages haben überhaupt noch nicht verstanden, daß wir als PDS in eine völlig neue Phase unserer Entwicklung eingetreten sind... Unsere Delegierten sind eben rechte Deppen. Ihnen ist entgangen, was sie selber verhandelt haben. Oder werden so wichtige Dinge wie „völlig neue Phasen“ nicht auf dem Parteitag reflektiert oder beschlossen? Wo dann? Hat man uns etwa ein Ultimatum verheimlicht? Das sind nur einige wenige Beispiele der Gefährdung, der die Partei ausgesetzt ist. Und die Hauptgefahr ist, diese Gefährdung zu leugnen.

Um das Verhältnis von PDS und SPD zu klären, einige historische Fakten: Die Zustimmung zu den Kriegskrediten

1914 war der Sündenfall der deutschen Sozialdemokratie. Aus einer sozialistischen war endgültig eine bürgerliche Partei geworden. Daher ihr permanent schlechtes Gewissen, vor allem gegenüber den deutschen Kommunisten. Der ersten Zustimmung folgten weitere Zustimmungen zur Finanzierung des Massenmordens. Und nach dem Kriege die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht unter Beteiligung des SPD-Spitzenmannes Gustav Noske. Nun folgen die Massenmorde zur Niederschlagung der Revolution. Und schließlich die Massenmorde an den Kämpfern, die den konterrevolutionären Kapp-Putsch niedergeworfen haben. „Merkwürdig nur“, resümiert Sebastian Haffner, „daß es eine sozialdemokratische Regierung war, die den Krieg gegen die Arbeiterklasse führte.“

Ohne den Verrat der Revolution, ohne die Ermordung von Liebknecht und Luxemburg (unter deren Führung die deutsche kommunistische Partei einen entschieden anderen Weg genommen hätte), ohne die Konservierung und Aktivierung der Freikorps als Grundstock der späteren faschistischen Armee wäre ein Hitler, wäre die Machtübertragung auf die Faschisten unmöglich gewesen.

Hier sollten nur einige der schlimmsten Schweinereien der Sozialdemokratie genannt werden, um deutlich zu machen, daß die von der SPD so genannte Zwangsvereinigung der beiden Parteien nur einem Zwang folgte, nämlich dem Zwang der historischen Erfahrung von Faschismus und Krieg. Und diesen Zwang, das belegen die vorigen Beispiele, hat wesentlich die SPD verschuldet. Das macht die Sozialdemokraten nicht gerade zu einem begehrenswerten Partner. Und wenn sie angesichts dieses schrecklichen Schuldkontos von der PDS dauernd Schuldbekennnisse verlangen, macht sie das nicht begehrenswerter, sondern nur komisch. Aber was hilft's, sie sind nun einmal der wichtigste Partner, wo nicht der einzige. Ohne das Zusammengehen beider Parteien sind die deutschen Angelegenheiten nicht zu regeln.

### **Babylonische Begriffsverwirrung**

Ein zunehmendes Ärgernis ist die geradezu babylonische Begriffsverwirrung in der PDS

und um sie herum. Allein der Unfug, der mit den Begriffen Kommunismus, Antikommunist, Stalinismus, Revolution, Reform und dergleichen getrieben wird, ist einer sozialistischen Partei unwürdig. Während andere Parteien uns um unser intellektuelles Potential beneiden, lassen wir es regelrecht verkommen. Statt der Begriffsverwirrung zu Leibe zu rücken, werden den Genossen auch noch 10 Thesen an den Kopf geworfen, ohne ihnen zu sagen, daß das als abschreckendes Beispiel gedacht war. Wer übernimmt dafür die Verantwortung?

Die Krisendynamik des späten Kapitalismus verursacht oder überschattet alle Probleme unserer Zeit, die kleinen und die großen, die nahen und die fern. Ohne die Beziehung auf diese Krisendynamik (die ökonomische, ökologische, soziale, kulturelle unter Ein-schluß der Dritten Welt) mußte das Referat auf dem Parteitag unvermeidlich einen Stich ins Provinzielle kriegen. Diese Krisendynamik bedarf dringend der wissenschaftlichen Aufhellung: In ihren Ursachen, ihren Abläufen und in den möglichen Alternativen ihres historischen Ausgangs. Da hilft nur ernsthafte Forschung, kein verzagtes Klein-Klein-Spiel.

Ohne solche seriösen wissenschaftlichen Voraussetzungen ist die Verbindung von operativer, kreativer Alltagsarbeit der Partei mit der Vorbereitung grundlegender Gesellschaftsumwandlung nur provisorisch zu realisieren. In der Verbindung dieser Gegensätze besteht die einmalige Chance einer wirklich sozialistischen Partei. Ohne einen Begriff von der Dialektik dieser Verbindung wird alles zu Politikasterei. Und die Folge sind falsche Fronten.

Die Selbstdarstellung einer Partei verrät viel über ihren Charakter. Auch dann, wenn die Selbstdarstellung über ihren wirklichen Charakter hinwegtäuschen soll. Die Heuchelei ist allen bürgerlichen Parteien eigen, sie ist ihre zweite Natur. Heuchelei ist die Ausgeburt der bürgerlichen Politik. Für eine sozialistische Partei ist Heuchelei der Anfang vom Ende. Die PDS hat noch nicht ihre eigene Sprache, die ihr originäre Wahrhaftigkeit gefunden. Sie muß nicht nur deutlich machen, was sie will, sondern auch, was sie ist.

## Was ist die PDS? Ein Angebot zur Selbstdarstellung

Die PDS bewahrt die wirklichen Ideale des Sozialismus, wie sie aus dem Urchristentum, aus der leiderfahrenen Menschlichkeit, dem opferreichen Kampf gegen Elend und Krieg, dem Streben nach Wahrheit und Gerechtigkeit erwachsen sind.

Die PDS wird niemals den Kampf aller gegen alle als ein Ideal der Freiheit akzeptieren. Sie ist die Heimat derer, die den Ellenbogen nicht für den wichtigsten Körperteil halten, die des Kampfes mit ihm unfähig und unwillig sind. Dementgegen übt und pflegt sie Solidarität, Verlässlichkeit, Ehrlichkeit, Offenheit und Natürlichkeit.

Die PDS hält den Streit der Meinungen für unerlässlich und verabscheut die Vortäuschung von Einigkeit und Geschlossenheit. Daher ist das Bild von ihr durch die ständige gedankliche Auseinandersetzung bestimmt. Sie achtet die Freiheit des Einzelnen und kennt keinerlei Bevormündung; sie bekämpft den Fraktionszwang und andere derartige Zwänge in allen offenen und versteckten Formen. Ihre Demokratie ist nicht die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit, ihre Demokratie ist die Demokratie des Herzens.

Zum besseren Leben gehört auch die Sicherheit des Überlebens: für uns und unsere Kinder und Kindeskinde. Diese Sicherheit kann nur eine anti-kapitalistische Gesellschaft bieten. Daher das gute Gewissen der Sozialisten in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus, daher ihr Recht auf Selbstbewußtsein. Folglich wird die PDS am meisten verleumdet. Sie wird von allen beföhdet, weil sie das schlechte Gewissen aller anderen Parteien ist.

Der Sozialismus ist nicht nur eine (früher oder später erreichbare) Gesellschaftsform, er ist auch eine Gesittung, eine Gesinnung, eine Denkweise, eine Moral, ein humanistisches Regelwerk des Umgangs miteinander. Und die Partei muß die Vorübung, die Vorahmung dieser Art von Sozialismus sein. Dann ist sie das erfolgreichste Mittel gegen den Kapitalismus.

## Einstellungsgespräch (öffentlicher Dienst)



Klaus Staack. Aus: Die Gedanken sind frei. Plakate. Berlin 1980

Im schrittweisen Erreichen dieses Zieles besteht ihre Erneuerung, ihre Reformierung. Nicht in der Verbürgerlichung. Und wenn sie dem ihr eigenen Ziel erkennbar näherkommt, wird ihr Potential hier und in den alten Bundesländern kontinuierlich größer werden.

Die PDS ist die Partei, die sich weit mehr als alle anderen gewandelt hat. Nicht, weil sie die meisten Wendehälse in ihren Reihen hätte (die tun sich längst woanders um), sondern weil sie sich entschieden aus der geistigen Umklammerung der Vergangenheit befreit hat. Und da hatten auch die „ulimativen“ und anderen Ungehörigkeiten der führenden Genossen ihr Gutes, sie haben eine Menge Mitglieder dieser Partei gegen ihre Oberen respektloser gemacht. In Verbindung mit der gehörigen Achtung ist Respektlosigkeit gegen die Oberen eine wesentliche Voraussetzung von Demokratie. Das funktioniert nicht überall und in jeder Partei. Vermutlich funktioniert es nur in der PDS. Wir sollten uns das bewußt machen und was draus zu machen.



Dokument 9

Kalten Krieg mit PDS zu den Akten legen. Prominente Berliner SPD-Linke: Diskurs forcieren, zu normaler Zusammenarbeit bereit sein«. Interview mit Peter Strieder

In: »Neues Deutschland« vom 25./26. März 1995

**In Berlin schlagen seit Montag die Wogen in der SPD hoch. Zwei bekannte Parteilinke, Ex-Jugendsenator und MdB Thomas Krüger und der Kreuzberger Bürgermeister Peter Strieder, verlangen Kurswechsel gegenüber der PDS: „politischen Diskurs forcieren, zur normalen Zusammenarbeit bereit sein“. ND zitiert untenstehend aus ihrem innerparteilichen Papier. Auf Bundesebene ist der Vorstoß mit Namen wie Schröder, Verheugen und Bahr verbunden. ND sprach mit dem Mit-Autor PETER STRIEDER.**

Herr Strieder, sie ermuntern Ihre Partei, in der Auseinandersetzung mit der PDS die Kategorien des kalten Krieges zu den Akten zu legen. Gibt es denn überhaupt eine Auseinandersetzung mit der PDS?

Es gibt eine um die Wähler der PDS. Allerdings erscheint Thomas Krüger und mir die Befassung mit Programm und Politik der PDS als völlig unzureichend. Es wurde bislang auch nichts unternommen, um Diskussionsprozesse in die PDS hineinzutragen. Statt dessen kalter Krieg.

Was meinen Sie damit genau?

Früher nannte man das auch billigen Antikommunismus.

Ist das nicht absolut anachronistisch?

Die schlimmen Erfahrungen des Mauerbaus und der existentiellen Bedrohung der Stadt durch die SED prägen uns im Westen Berlins. Speziell für meine Genossen kommen noch Zwangsvereinigung, Bautzen, zerstörte Biografien hinzu. Andererseits war natürlich innerhalb des Systemgegensatzes Ost-West eine rationale Auseinandersetzung gar nicht gefragt.

Ist das, was Sie jetzt in bezug auf die PDS vorschlagen, so etwas wie Neue Ostpolitik der SPD im kleinen?

Nein, denn es geht um die demokratische Konkurrenz innerhalb eines Systems. Um so

mehr sollten da Kategorien des kalten Krieges tatsächlich als anachronistisch gelten.

Ist Ihr Papier ein Gesprächsangebot an die PDS?

Ja sicher, aber es soll ebenso der SPD helfen, sich eine Position zu erarbeiten, die z. B. hinausgeht über den jüngsten Beschluß unseres Berliner Landesparteitages...

...der Koalition mit und auch Tolerierung durch die PDS in Berlin ausschließt. Dafür gab es im Januar 1965 von 235 Delegiertenstimmen.

Das wollen wir auch nicht in Zweifel ziehen. Gleichzeitig wurde auch beschlossen, daß wir uns künftig mehr um die PDS-Wähler kümmern wollen. Der Beschluß alleine dürfte die aber nicht so richtig beeindrucken, befürchte ich.

Deshalb jetzt also Ihre Umrarmungsstrategie. Sie meinen, integrative Signale an die PDS schließen deren Wähler mehr für die SPD auf?

Natürlich geht es uns um die Wähler der PDS. Aber es geht durchaus auch um Reformpolitik insgesamt.

Wie stellen Sie sich die denn mit der PDS vor?

Ich möchte nicht von Reformpolitik mit der PDS reden. Es geht zuerst um ganz elementare Dinge. Daß z. B. jemand aus der SPD, der zu einer Diskussionsveranstaltung der PDS geht, nicht am nächsten Tag von irgend jemandem der



PETER STRIEDER (42), gelernter Jurist, zwölf Jahre Arbeitsrichter. Seit Oktober 1992 Bezirksbürgermeister in Berlin-Kreuzberg (156 000 Einwohner). In den 80er Jahren Westberlins Juso-Vorsitzender und SPD-Bezirkschef. Lebt mit Berlins SPD-Vizin Monika Buttgeritz zusammen, zwei gemeinsame Kinder. Persönlich nahe kommen möchte er gern dem, was ihm gerade ein Bürger per Brief wünschte: Kreativität und Hartnäckigkeit.

Foto: Grahn

Kommunistenfreundlichkeit bezichtigt werden kann. Die SPD bliebe so immer in der Defensive.

Wie lautet dagegen Ihr Ansatz?

Wenn uns die PDS, um bei diesem Beispiel zu bleiben, ein Forum bietet, auf dem wir ja auch unsere Ideen vertreten können, dann sollten wir ein solches Forum nutzen. Damit kann man in der PDS Diskussionen anregen und PDS-Wähler zeigen, daß die SPD offensiv um Mehrheiten kämpft.

Sie würden also persönlich ein Gesprächsangebot annehmen?

Natürlich. Und wir wollen darüber hinaus innerhalb der gesamten SPD überzeugen, daß es nötig ist, auch in die Höhle des Löwen zu gehen.

Könnte ein Ziel dieses von Ihnen angestrebten Diskurses letztlich auch Zusammenarbeit sein?

Zusammenarbeit gibt es ja ohnehin bereits. Parlamentarisch, kommunal. Es geht uns aber auch künftig nicht etwa darum, einem Gespenst der Einheit der Linken hinterherzulaufen. Mich interessiert eher die soziale Basis der PDS-Mitglieder und ihrer Wähler. Da, vor allem in den Problemen des untersten Drittels der Gesellschaft, gibt es Berührungspunkte. Mir geht es darum, für eine Politik der sozialen Sicherheit eine Mehrheit zu organisieren.

Aber Sie wollen durch Diskurs auch die PDS verändern, vielleicht gar zum linken Flügel der SPD machen?

Das erste Interesse muß immer sein, für die Kräfte in der PDS, die sozialdemokratisch denken, eine politische Heimat zu werden. Oder aber die PDS insgesamt in eine Richtung zu drängen, die sie zu einer Partei realistischer, sozialer Reformpolitik macht. Dann kann man

übrigens auch mit ihr stärker zusammenarbeiten – wenn sie nämlich die von uns genannten Bedingungen für den Diskurs erfüllt.

**Beides würde wohl auf eine Spaltung der PDS hinauslaufen. Ist das nicht illusionär?**

Man muß in anderen Zeiträumen als in denen eines Wahlkampfes denken. Anderswo gab es in Westeuropa immer linkssozialistische Parteien. Anderswo wurden dort Kommunisten in hohe Staatsämter berufen. Bei uns haben sich die Grünen ja in 15 Jahren auch dramatisch verändert.

**Die PDS hat sich inzwischen fest im Osten etabliert. Ließe sie sich durch die SPD nicht noch eher entzaubern, wenn man sie direkt mit in Regierungsverantwortung nähme?**

Was Berlin angeht, so halte ich das auf Landesebene für nicht denkbar. Die Erfahrungen in Berlin sind, anders als etwa in Magdeburg, zu prägend. Selbst Rot/Grün hätte es nach den Wahlen im Herbst sehr schwer mit den dauernden Koalitionskompromissen. Dazu noch Abhängigkeit von der PDS, das drohte die Stadt derzeit zu zerreißen.

**Ihr Papier wird innerparteilich in Berlin scharf angegriffen. Wie stecken Sie das weg?**

Mit der Gewißheit, daß es keinerlei politische Bewegung geben würde, wenn Leute Angst haben, Themen auch nur anzurühren. Auch mit der Gewißheit, daß mancher anders redet, wenn er unser Papier denn wirklich mal gelesen hat. Und es nicht etwa nur aus der wütenden Reaktion der hiesigen CDU zur Kenntnis nimmt.

*Gespräch:  
MICHAEL MÜLLER*

## Dokumentiert

*In dem achtseitigen Positionspapier der Berliner SPD-Linken Thomas Krüger und Peter Strieder heißt es unter der Überschrift „Die Herausforderung annehmen – Über den offensiven Umgang der SPD mit der PDS“ u.a.:*

Die jüngsten Landtags- und Bundestagswahlen haben es deutlich gemacht: Eine politische Mehrheit in Bonn oder Berlin unter Führung der SPD und jenseits von großen Koalitionen kann es derzeit nur geben, wenn die SPD die Konkurrenz mit der PDS offensiv sucht und ihr Themen und Wähler streitig macht. . .

Bereits vor 15 Jahren hat die SPD versucht, sich der Konkurrenz der Grünen dadurch zu entziehen, daß sie zur „Nicht-Konkurrenz“ erklärte. Man wollte mit den „Schmuddelkindern“ nichts zu tun haben und glaubte, sie blieben nur eine Zeiterscheinung, wenn man nur ihre Fragestellungen und ihre Antworten desavouierte. Es ist anders gekommen. . .

Parteitagbeschlüsse, die den politischen Diskurs und die partielle Zusammenarbeit mit der PDS auf kommunaler und regionaler Ebene unter Kuratel stellen, führen nur zu einer Stärkung der Lagermentalität der PDS-Mitglieder und ihrer Wähler. Der bisherige Kurs der SPD, die PDS zu einer vorübergehenden Erscheinung der Nach-Wende-Zeit machen zu wollen, die ihre Existenzgrundlage verliert, wenn die „innere Einheit“ hergestellt ist, muß genau deshalb scheitern. . .

Die SPD muß in der Auseinandersetzung mit der PDS die Kategorien des Kalten Krieges zu den Akten legen. Die Gleich-

setzung der PDS mit der SED und ihrem kommunistischen Gesellschaftsmodell hält einer Prüfung nicht stand, verstärkt als ideologischer Angriff nur den ideologischen Gegenreflex und führt damit zur Verkrustung von Loyalitäts- und ostdeutschen Wir-Gefühlen. Die Entscheidung von Wählern und einfachen Mitgliedern für die PDS wird damit a priori diskreditiert, quasi mit einem politisch-moralischen Makel behaftet. Der Wahlentscheidung wird letztlich die demokratische Legitimität abgesprochen. Die „gesamtdeutsche“ SPD muß den moralischen Rigorismus ihrer ostdeutschen SDP-Gründergeneration überwinden. . .

Die Auseinandersetzung der SPD mit der PDS und der durch sie repräsentierten politischen Themen darf aber keine Einbahnstraße des politischen Diskurses sein. Die SPD als Partei der „Vollendung der deutschen Einheit“, die sich der Aufgabe stellt, an der Herausbildung einer gemeinsamen politischen Identität und Kultur zu wirken, muß sich auch der Überprüfung von Themen und Lösungen stellen, die geprägt sind von bundesrepublikanischen Erfahrungen. Die Benennung von Defiziten unserer Gesellschaft wird nicht allein dadurch falsch, daß sie durch die PDS erfolgt. . .

Die SPD muß den politischen Diskurs mit der PDS forcieren und deren Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen dort, wo die PDS durch ein Mandat legitimiert ist, grundsätzlich akzeptieren und zu einer normalen Zusammenarbeit bereit sein. Sie zwingt die PDS damit dazu, ihren Charakter als letztlich an verantwortlicher gesamtstaatlicher Politik nicht interessierter Fundamentalopposition offenzulegen oder den Prozeß der inne-

ren Ausdifferenzierung zu einer politisch handlungsfähigen Partei im demokratischen Spektrum der Bundesrepublik Deutschland zu beginnen. . .

Der politische Diskurs der SPD mit der PDS kann aber nur erfolgversprechend in Angriff genommen werden, wenn die PDS ihrerseits Bereitschaft zeigt, ihr politisches Lager zu verlassen und sich einer demokratischen Auseinandersetzung zu stellen. . .

Der PDS muß zunächst das Eingeständnis abgefordert werden, daß die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD zur SED ein Akt diktatorischer Willkür war. . . Voraussetzung jeden Dialogs ist für die SPD ein unmißverständliches Bekenntnis der PDS zu den tragenden Werten des Grundgesetzes. . . Der Dialog mit der PDS muß unfruchtbar bleiben, wenn sie ihre unkritische Rezeption der DDR-Vergangenheit nicht aufgibt. . .

## Dokument 10

»Offene Partei«, ja – Beliebigkeit, nein. Referat von Peter Porsch auf der 4. Tagung des 3. Landesparteitages der PDS Sachsen

In: »Linksblick« Sonderausgabe 1/1995, Auszug

Liebe Genossinnen und Genossen! Immer wieder werden auch zwei andere Pole, zwischen denen wir uns bewegen, beschworen: die Pole parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit. Es steht dahinter die Frage nach unserem Agieren im bestehenden politischen System und nach unserem Verhältnis dazu. Für viele Linke offenbar ein schwieriges Verhältnis und Anlaß inbrünstiger Auseinandersetzungen.

Ich will hier nicht sehr ausführlich werden. Einiges konnte ich dazu im ND vor 14 Tagen schreiben. Ein paar Bemerkungen sind trotzdem gestattet.

Ich denke erstens, daß wir einen Fehler machten, wenn wir das politische System des Parlamentarismus in völliger Abhängigkeit vom ökonomischen sehen. Als politisches System scheinen mir der Parlamentarismus und die sogenannte Freiheitlich-Demokratische Grundordnung durchaus beachtliche zivilisatorische Errungenschaften zu sein - historisch entstanden und deshalb auch veränderlich und verbesserbar, derzeit und in überschaubarer Zeit wohl aber kaum gegen Besseres austauschbar.

Schlimm ist die Inbesitznahme dieses Systems durch die Sachwalter des Kapitals und großen Eigentums. Dies gilt es deutlich zu machen. Von diesen Leuten gilt es, das parlamentarische und freiheitliche, im Grund ordentliche politische System möglichst zu befreien.

Auch das Verhältnis von Parlament und Außerparlamentarischem sollten wir nicht ausschließlich alternativ begreifen. Wir waren im Parlament natürlich immer dann am stärksten, wenn zeitgleich außerparlamentarische Aktivitäten liefen. Wir erfüllten dann am ehesten den Anspruch, den Heiko Hilker als außerparlamentarische Opposition im Parlament formulierte.

Aber auch ohne unmittelbaren Bezug zu außerparlamentarischen Aktionen kann selbst in einem sächsischen Landtag manchmal Bewegung entstehen, die im Sinne von Beginn der Veränderung durch Opposition zu verstehen ist. Unsere Anträge zum Abschiebestopp für

Kurden haben z.B. die CDU sichtbar durcheinander gebracht. Der Ausländerbeauftragte und 2. Vizepräsident Heiner Sandig stimmte sogar offen mit uns. Es mag ein kleiner Erfolg sein. Er bleibt beispielhaft und nicht ohne Folgen. Er zeigt Möglichkeiten und Begrenzungen.

Gerade im Parlament stößt man auf politische Kontrahenten und Gegner. Gerade im Parlament erlebt man Übereinstimmung und Unterschied zu anderen. Dies kann und sollte auch zu klarerer politischer Profilierung führen. Im Moment wird da für uns ein neues Widerspruchspaar deutlich. Außer im Auftreten gegen politische Diskriminierung und gegen Einschränkung von Bürgerrechten für ehemalige Verantwortungsträger in der DDR gibt es kaum noch völlig originäre PDS-Themen. Sowohl im sozialen wie im ökologischen Bereich treffen wir auf Mehrfachbesetzung der Themen durch PDS, SPD und Bündnis 90/Die Grünen - manchmal, und wenn sie die Angst vor uns treibt, sogar durch die CDU. Wodurch unterscheiden wir uns also von diesen Parteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Themengleichheit?

Im wesentlichen sollte dann der Unterschied in der Konsequenz im Vertreten von Interessen und in den politischen Methoden liegen. Dies hat durchaus fordernden Charakter in Richtung SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Im Unterschied vor allem zur SPD sind wir nicht bloß auf jede Niederlage mit neuen Kompromissen vorbereitet - dies ist wirklich eine sehr besondere Eigenschaft der SPD.

Natürlich verloren SPD und Bündnis 90/Die Grünen dramatisch viele Stimmen, weil sie meinten, nur aus der Regierung heraus sei Veränderung möglich. Sie verloren diese Stimmen, weil sie den Konsens mit der CDU eher suchten als den Abstand. Und noch heute buhlt Herr Kunckel um die Gunst von Biedenkopf, die dieser gnädig verweigert oder gewährt.

Das machen wir nicht mit. Bei der Sonntagsfrage wird es honoriert. Das

brauchen wir nicht mitzumachen. Wir sollten vielmehr parlamentarische und außerparlamentarische Politik so verbinden, daß Erfolge möglich werden. Wenn die SPD begreift, daß das erfolgversprechend ist, soll uns das recht sein. Dann ist auch Gemeinsamkeit über identisches Abstimmungsverhalten hinaus erreichbar. Über diesen Weg ist sowohl eine kritische Annäherung an die SPD wie an Bündnis 90/Die Grünen sowie produktive Gemeinsamkeit, ohne Verwischen der Unterschiede vorstellbar.

## Dokument 11

»Projekt PDS« – die Suche nach Möglichkeiten. Referat von Ingrid Mattern auf der 4. Tagung des 3. Landesparteitages der PDS Sachsen  
In: »Linksblick« Sonderausgabe 1/1995. Auszug

Eine neue Reflexion über die Möglichkeiten und politischen Ansprechpartner der Opposition tut not.

Was ist geschehen mit dem Kapitalismus in den letzten 60 Jahren, daß es offenbar geschafft hat, viele zufriedenen zu stellen, die meisten dazu zu bringen, sich in ihr Schicksal zu fügen, wenige zum Protest zu bewegen und nur einige zu wirklicher Opposition herauszufordern? Der Wind der 68-er, war das der letzte Hauch einer tatsächlichen Bewegung, die nunmehr und ein für alle Mal im Koma schlummert oder ist sie wirklich tot? Nein, am Sterbebett der Revolution des Jahres 1989 stehen viele, die eine Hoffnung haben. 40 Jahre versuchter und verdorbener Sozialismus und nunmehr immerhin moderner, aber doch gewöhnlicher Kapitalismus sind die nicht sehr ermutigenden und dennoch praktischen und realistischen Essentials einer historischen Erfahrung, die objektiv vorhanden sind und die es nicht lohnen, im Überschwang mit sentimentalen Wünschen nachzuhängen. Man kann sie akzeptieren, man muß es nicht. Man kann hinweggehen über folgende Sätze, die sich in einem Beschluß des SPD-Bundesvorstandes wiederfinden: „Die SPD hält an ihrem Ziel fest, die strategische Mehrheit im Deutschen Bundestag zu gewinnen ... Die PDS engt diese Option der SPD ein. Die Fähigkeit der SPD, führende Regierungspartei zu werden, hängt stark davon ab, ob es ihr gelingt, in Ostdeutschland stärkste Partei zu werden. Dazu muß sie in erster Linie bisherige PDS-Wählerinnen und -Wähler auf ihre Seite ziehen.“ usw. usf. Und sie geben noch eins drauf: Nämlich den Anspruch, „der SPD, als linke Volkspartei die große, integrierende Bewegung der deutschen Linken zu sein.“

Man kann sich damit abfinden, sich in seine Basisgruppe zurückziehen und dort in aller Ruhe auf die Weltrevolution warten. Die SPD führt den schärfsten Angriff aller Zeiten auf das WählerInnen potential der PDS, sie formiert ihre Kräfte im Osten, sie schafft ein flächendeckendes regionales System von Parteigeschäftsstellen, sie bildet ihre Politikerinnen und Politiker im Einzeltraining aus und spart dabei keine müde Mark, sie schafft ein kontinuierliches System der Medienarbeit vor allem in Ostdeutschland, sie bettelt die ehemaligen Mitglieder der SED an, in die SPD einzutreten und qualifiziert ihren hauptamtlichen Apparat. All dies ist in diesem Beschluß des Bundesvorstandes der SPD nachzulesen und wer den Buchstaben nicht traut, der schaue sich um im Lande.

Angesichts dieser Tatsachen bin ich empört über einige hier vorliegende Anträge, die darauf abzielen, beschließt dies nicht und beschließt das nicht, die Partei wird auf's Spiel gesetzt, es ist nicht alles zu bezahlen, gebt uns sofort 75% der Beitragseinnahmen, usw. usf.

Liebe Genossinnen und Genossen, laßt es uns wenigstens versuchen, etwas selbst an Neuem zu schaffen und der SPD etwas entgegensetzen. Der Euch vorliegende Vorschlag „Das Projekt PDS“ ist zudem etwas sehr eigenes, etwas von uns, nichts von anderen abgeschrieben, es ist kein Versuch, der SPD ein paar Mitglieder abzutreiben oder ähnliche Dummheiten. Es geht uns um Opposition, nicht um die Macht, es geht um Veränderung der Gesellschaft, nicht um die Regierung. Es geht uns um die Menschen in diesem Lande, nicht um Posten oder Pöstchen in den Amtsstuben.

## Dokument 12

## Tolerierung oder Subversion der PDS? Gespräch mit Thomas Krüger

In: »Die neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte« Nr. 5/1995

*Eine offensive Auseinandersetzung mit der PDS fordert das SPD-Bundeslagsmitglied Thomas Krüger in einem umstrittenen Papier.*

*Norbert Seitz und Christian Jürgens haben sich mit dem ehemaligen Berliner Jugendsektor im März in Bonn über seine Thesen unterhalten.*

**NG/FH:** Herr Krüger, Ihr Papier bzw. das *Krüger/Strieder*-Papier hat großes Aufsehen erregt – nicht nur in Berlin, sondern auch in Bonn. Soll mit diesem Papier nun linke Vergangenheitsbewältigung betrieben werden, oder geht es um künftige Mehrheiten in Deutschland?

**Thomas Krüger:** Es geht mir nicht um linke Vergangenheitsbewältigung, sondern um eine Auseinandersetzung um der Zukunft willen. Den Verdacht, daß der Umgang mit der PDS nur aus machtpolitischen Gründen begonnen wird, weise ich allerdings zurück.

**NG/FH:** . . . wäre dies denn das größere Übel?

**Th. K.:** Es geht der SPD um Reformpolitik, nicht um Machtpolitik. Aber auch für Reformpolitik braucht man Mehrheiten, und dafür müssen soviel Optionen als möglich entwickelt werden. Mit der PDS kann die SPD derzeit kein Maximum an Reformpolitik durchsetzen. Aber eine sich wandelnde PDS ist irgendwann möglicherweise ein Gesprächs-, Koalitions- und Tolerierungspartner für die SPD. Die Frage ist, wie geht man mit der PDS um? Wie zwingt man sie aus ihrem egoistischen Nischensozialismus, den sie weiter pflegt, hinein in eine Verantwortung für das Gemeinwesen? Der Populismus der PDS gründet im Grunde auf einem Mangel an Streitfähigkeit. Deshalb glaube ich auch, daß die Ausdifferenzierung dieser Partei beginnt, wenn die Partei sich auf das Gemeinwesen einläßt.

**NG/FH:** Aber gehen Sie damit nicht der neuesten Strategie Heiner Geißlers auf den Leim, die da lautet: Wir sichern uns die GRÜNEN, um die Zukunft Deutschlands zu gestalten, und die SPD lassen wir in der Vergangenheitskiste mit der PDS. Dort können sie sich den ganzen Tag über die Zwangsvereinigung von 1946, den Fall Guillaume und die alte Ostpolitik sowie über das SED/SPD-Papier streiten. Was soll die diskursive Fixierung auf die PDS? Müß die SPD nicht gerade aus dieser Vergangenheitsecke herauskommen?

**Th. K.:** Auf den Leim Heiner Geißlers gehen die moralischen Rigoristen der SPD-Gründer von Schwante. Ich war zwar auch in Schwante dabei, und unser

Position war damals schlüssig. Aber heute müssen wir die Kategorien des Kalten Krieges hinter uns lassen und das Parteienspektrum ganz nüchtern buchstabieren. Das heißt, daß die SPD die größten Bündnismöglichkeiten im deutschen Parteienspektrum hat und behaupten bzw. ausbauen muß. Warum nicht eine Diskussion mit der PDS führen, die an die durchaus existenten demokratischen Teile der Partei anknüpft und ihre undemokratischen Teile kritisch hinterfragt.

**NG/FH:** Was wollen Sie denn programmatisch der PDS streitig machen, wofür es sich noch zu kämpfen lohnte: etwa den Begriff des »demokratischen Sozialismus«? Wen wollen Sie eigentlich damit noch erreichen?

**Th. K.:** Die Frage geht ins Leere. Denn die PDS hat gar kein originäres Programm, geschweige denn Zukunftsthemen. Ihr Überleben ist ihr Programm. Die PDS ist für meine Begriffe nicht auf dem Wege zum demokratischen Sozialismus, sondern sie ist eher dabei, den Nischensozialismus der DDR zu konservieren und zu bewahren.

**NG/FH:** Aber muß die SPD nicht nach neuen Mehrheiten statt nach linken Bündnissen Ausschau halten?

**Th. K.:** Die SPD muß sich natürlich noch neue Bündnisse suchen, neue Mehrheiten organisieren, und sie muß durchbuchstabieren, mit wem sie diese Reformpolitik maximal durchsetzen kann. Da bin ich im Zweifel immer dafür, daß man sich mehr Optionen offenhält als nur eine Große Koalition oder nur ein rot-grünes Bündnis.

**NG/FH:** Sie formulieren, daß die SPD die Partei der »Vollendung der deutschen Einheit« werden soll. Was ist konkret die »Vollendung der deutschen Einheit«, und was sind in diesem Zusammenhang die von Ihnen postulierten »identitätsstiftenden gesamtdeutschen Themen«?

**Th. K.:** Ich möchte das am Beispiel Berlins deutlich machen, wo die Frage auf die Tagesordnung kommen muß, welches Interesse eine Partei an der Gestaltung der Gesamtstadt hat, die ja etwas Neues im Vergleich zum alten West-Berlin und alten Ost-Berlin ist. In Berlin wird zur Zeit die Spaltung der Stadt konserviert. Die CDU stellt die West-Berliner als die eigentlichen Verlierer der Einheit dar; auf der Ost-Berliner Seite tut die PDS dasselbe. Die SPD hat nur eine Chance, dieser Polarisierung und Reideologisierung zu entkommen, indem sie die *Gesamtstadt* als Zukunftsthema forciert und mit ihrer

Reformpolitik verbindet: Effizienter und bürgernahe Staat, ökologischer Umbau und eine durch moderne arbeitsmarktpolitische Mittel unterstützte Wirtschaftspolitik. In Berlin, wie in Deutschland, muß erst noch der Begriff des »Neuen« gefunden werden, und der kann nur von Menschen mit Leben gefüllt werden, wenn sie an die Stelle des »kalten Halben« das Ganze gesetzt haben.

**NG/FH:** Noch einmal konkret zum Umgang mit der PDS. Ist Ihr Papier da nicht widersprüchlich? Ist es nicht fast schon absurd, zunächst einen offensiven Umgang mit der PDS zu fordern, der zu einem Wandel oder zu einer Marginalisierung führen soll, dann aber diesen Diskurs an Bedingungen wie politischen Lagerwechsel und Akzeptanz des Grundgesetzes zu knüpfen, so daß er fast unmöglich wird? Wie sieht die zeitliche Logik aus? Erst die Diskussion – dann wandelt sich die PDS, oder muß sie sich erst wandeln, damit mit ihr diskutiert werden kann?

**Th. K.** Was ist absurd daran, daß ich mit einem Ziel in einen Diskurs gehe? Freilich, die Bedingungen, die formuliert sind, dürfen nicht das Stöckchen sein, über das die PDS springen muß, um den Diskussionsprozeß zu beginnen, sondern es sind Merkmale des Diskussionsprozesses. Sie müssen zu Maßstäben in dieser Diskussion gemacht werden. Aber es sind nicht die ausschließlichen Bedingungen dafür, daß dieser Prozeß überhaupt erst beginnt. Ich plädiere für einen selbstbewußten, aber durchaus offenen Diskussionsprozeß, in dessen Verlauf sich erst herauskristallisieren kann, in welchem Umfang eine Diskussion möglich ist. Zudem müssen wir als Adressaten sowohl die eigene Partei als auch die Wähler der PDS berücksichtigen. Das heißt, jemanden, den ich zum Gespräch einladen will, stoße ich nicht gleich vor den Kopf. Ich muß aber auch aufpassen, daß mein Genosse es nicht an meiner Stelle tut – oder gar mit mir.

**NG/FH:** Gibt sich eine PDS, die ihr politisches Lager verläßt, nicht selber auf? Die Existenz der PDS ist doch an den verblaßten alten Mythen der untergegangenen DDR geknüpft und daran, daß es da vielleicht doch ganz gute Seiten gegeben haben soll.

**Th. K.:** Wer genau hinguckt, sieht, daß einige Akteure der PDS – zum Beispiel Gysi, Bisky oder auch Gehrke, den Versuch unternommen haben, dieses politische Lager zu verlassen, nämlich durch ihr 10-Thesen-Papier auf dem Parteitag im Januar. Diese 10 Thesen waren für mich ein interessanter programmatischer

der Partei werfen will, würden sich die Reihen ganz schön lichten. Also Gelassenheit in derartigen Fällen! Es gibt keinen berechtigten Anlaß zu der Angst, daß die ehemaligen SED-Leute die SPD unterwandern oder in Mißkredit bringen wollen.

**NG/FII:** Müssen denn Leute wie Uschner, die in dem alten Regime eine herausragende Rolle gespielt haben (*Uschner war Referent des Politbüromitglieds Hermann Axen*), in der darauf folgenden Demokratie noch politisch eine Rolle spielen? Man hat diese Frage ja auch oft im Zusammenhang mit Wehners KP-Zeit und Stolpes Tätigkeit als Konsistorialrat diskutiert. Warum muß Herr Uschner in der Berliner SPD noch einmal eine politische Rolle spielen?

**Th. K.:** Ich will Herrn Uschner nicht mit Wehner und Stolpe vergleichen. Das will er ja hoffentlich selber nicht. Aber ich habe als Christ einen anderen Erfahrungshintergrund. Der Apostel Paulus war, bevor er der wichtigste Theologe der Christenheit wurde, der größte Christenverfolger. Herbert Wehner hat im Moskauer Hotel Lux sein Vergangenheitspäckchen geschnürt und ist aus der Nachkriegs-SPD nicht hinwegzudenken. Manfred Stolpe hat als Konsistorialpräsident mit der DDR-Staatsgewalt kooperieren müssen und ist aus der Perspektive der Brandenburger Bürger alternativlos. Die Erfahrungen und Berührungen mit dem Bösen sind zugleich Anlaß für eine Umkehr und Movens eines neuen Lebens. Das hat durchaus mit meiner Partei zu tun. Die SPD sollte im Wissen um die Vergangenheit die Zukunftsfragen stärker betonen, statt sich Vergangenheitsbewältigung aufzwingen zu lassen. Ich erwarte von meiner Partei, daß sie zuerst und im Kern für ein neues lebenswertes Leben streitet.

**NG/FII:** Richtig, aber Ihr Papier ist doch ein Stück Vergangenheitsbewältigung. Steffen Heitmann vermutet sogar, daß die Amnestie-Debatte in der SPD nur geführt wird, um die PDS damit salonfähig zu machen.

**Th. K.:** Ich lasse mir auf die Zukunft gerichtete strategische Überlegungen nicht als Vergangenheitsbewältigung umdeuten. Und was die Amnestiedebatte betrifft, habe ich eine dezidierte Position. Amnestie kann ja nur der Fall sein, wenn jemandem, der bestraft und eingesperrt worden ist, diese Strafe erlassen wird. Es sind aber ganz wenige bestraft worden. Das sind z. B. Verantwortliche für die Toten an der Mauer. Hier ist Amnestie

nicht am z., jedenfalls auf absehbare Zeit nicht. Die Debatte dreht sich heute um ein sogenanntes Schlußstrich- oder Straffreiheitsgesetz. Dieses müßte die Infragestellung des Rechtsfriedens zum Ausgangspunkt haben. Ich bin aber der Überzeugung, daß der Rechtsfrieden in unserem Land nicht gefährdet, sondern im Gegenteil gewahrt ist. Wir haben eine gesetzliche Verjährung. In den Verjährungen für die kleinen Straftaten, die Bagatelldelikte, bis '95 und für die größeren bis '97, z. B. die vielen Fälle von Rechtsbeugung, hat die Justiz zu agieren, und sie hat signalisiert, daß sie in diesen Zeiträumen die Strafverfahren einleitet und die Verjährung unterbricht. Ich muß die Verlängerung der Verjährung ebensowenig auf die Tagesordnung setzen wie ein Schlußstrichgesetz oder ein Straffreiheitsgesetz. Das Vorhaben, ein solches Straffreiheitsgesetz zu erlassen, verfolgt das Ziel, ein Signal für die Täter zu setzen und um das SED-Milieu zu werben. Statt dessen sollten wir erstens die Signale für eine Rehabilitation der Opfer setzen, und zweitens gebietet es der Anstand, Repression und Amnestie nicht für machtpolitische Zwecke zu instrumentalisieren.

Ein anderes Problem ist das Stasiunterlagen-Gesetz. Dabei handelt es sich m. E. um eines der linkensten, demokratischsten und fortschrittlichsten Gesetze, die ich mir in dem Bereich vorstellen kann. Daß nämlich ein Individuum die Möglichkeit hat, schon zwei Jahre nach dem Untergang eines Regimes die Geheimdienstakten, die von ihm angelegt sind, einzusehen. Ich bin deshalb dafür, daß man die individuellen Rechte, die in dem Stasiunterlagen-Gesetz festgeschrieben sind, eher noch ausweitet. Allerdings sollte die Gauck-Behörde in der Zukunft nicht strafrechtlich relevante Fälle ab einem Stichtag (1. 12. 1975 oder '80) gegenüber dem öffentlichen Dienst nicht mehr beauskunften. Die Unterschiedlichkeit in der Behandlung relevanter Fälle halte ich im übrigen für sehr problematisch. Ein Fall, der in Berlin-Hellersdorf sofort zur Entlassung führt, kann heute keine 5 km weiter in Berlin-Brandenburg folgen bleiben. Das verstößt gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz.

**NG/FII:** Noch einmal zur Vergangenheitsbewältigung und Strafrecht: Ist Strafrecht überhaupt ein geeignetes Mittel, Vergangenheit zu bewältigen? Ich denke an die geringe Zahl der eingeleiteten Verfahren, an die noch geringeren

Verurteilungen, daran, daß dem Rechtsstaat durch diese Karlsruher Beschlüsse weitgehend die Hände gebunden sind. Handelt es sich bei der Strafrechtsdebatte nicht lediglich um einen symbolischen Akt? Und nächste Frage: Was wären denn andere Modi der Vergangenheitsbewältigung, wenn man dieses schreckliche Wort nehmen möchte?

**Th. K.:** Ich habe den Verdacht, daß Vergangenheitsbewältigung wie auch in der Nachkriegsgeschichte oftmals bei der Verfälschung von Geschichte endet. Der Bundeskanzler hat nicht grundlos die vielen Ehrenmäler und Museen entdeckt, um sein Geschichtsbild zum Volkseigentum zu machen. Strafverfolgung ist zudem mit ungeheurem Aufwand verbunden. Ich will das nicht für nutzlos und sinnlos erklären. Aber in der öffentlichen Debatte sollten dadurch die Zukunfts- und Gegenwartsprobleme nicht überdeckt werden. Wer angstloser in die Zukunft geht, hat auch ein souveräneres Verhältnis zur Vergangenheit.

**NG/FII:** Da nur fünf Prozent der Verfolgten Antrag auf Strafverfolgung gestellt haben, könnte man doch sagen, daß die Gesellschaft aktives Vergessen und Integration schon praktiziert.

**Th. K.:** Nein, ich glaube, dahinter verbirgt sich etwas viel Menschlicheres. Es ist nicht Vergessen, sondern es ist einfach, daß die Leute die Zukunft, ihre eigene Gegenwart im Kopf haben und der Erwerb des Brotes wichtiger geworden ist als die Verfolgung desjenigen, der einem früher die Freiheit genommen hat. Die Freiheit ist da; die Leute sind zufrieden mit der Freiheit. Jetzt kommt es darauf an, zu überleben in der neuen Gesellschaft. Und das kostet Zeit. Zuviel Zeit, um sich noch mit der Vergangenheit zu befassen.

Ansatzpunkt. Aber die 10 Thesen sind auf 5 Thesen geschrumpft, mit dem äußerst gravierenden Zusatz, daß die Kommunisten doch nicht so schlimm seien und in der Partei bleiben sollten. Das zeigt, daß die PDS in ihrem inneren Reformprozeß nicht so weit gekommen ist, wie die Reformier es eigentlich wollten. Dennoch sollte man diesen Reformprozeß von außen unterstützen und deshalb auch mit den Reformern reden. Parteiinterne Konflikte sind vorprogrammiert, wenn die durch die »Nischenleute« aus der Reserve gelockt werden.

**NG/FH:** Sie erwähnen das frühere Verhältnis der SPD zu den Grünen und ziehen gewisse Vergleiche zur angeblichen Stigmatisierungspraxis gegenüber der PDS. Das leuchtet nicht ganz ein, etwa wenn Sie sagen: Mit Kategorien des Kalten Krieges werde die PDS bemessen, so wie man früher den Grünen das FDGO-Stöckchen hingehalten habe. Wie haltet ihr es mit Westbindung, NATO und Gewaltmonopol? Aber nichts anderes machen Sie, wenn Sie von der PDS bestimmte grundsätzliche Zugeständnisse einfordern. Liegt hier nicht doch ein Widerspruch?

**Th. K.:** Man muß zunächst einmal sagen, daß Grüne und PDS nicht miteinander vergleichbar sind.

**NG/FH:** . . . in der Tat. Aber Sie vergleichen doch in Ihrem Papier . . .

**Th. K.:** Nein, ich will nicht übersehen, daß das Verhältnis der SPD zu den Grünen eher gekennzeichnet war durch einen Generationskonflikt. Doch die Probleme, die die SPD mit der PDS in den neuen Bundesländern auszutragen hat, bestehen weniger im Generationskonflikt, sondern vielmehr im Konflikt um die Einforderung von demokratischen Grundrechten in der ehemaligen DDR. Als wir als SPD im November 1980 ein informelles Gespräch mit einigen SED-Reformern wie Brie, Klein und Land führten, bestand unser größter Unterschied darin, daß wir den Rechtsstaat und freie Wahlen wollten, unser Gegenüber aber ein überarbeitetes Sozialismusprojekt verfolgte.

Andererseits gibt es natürlich schon eine strukturelle Vergleichbarkeit, nämlich: Wie hält die SPD es mit der Tatsache, daß sich links von ihr Parteien etablieren, die die Mehrheitsfähigkeit der eigenen Partei einschränken. Wie geht sie damit um? Macht sie das, indem sie einen scharfen Kampf in diesem Bereich ansagt, oder versucht sie eher Strategien der Einbindung oder der Spaltung dieser Kräfte links von ihr auf den Weg zu bringen? Das Beispiel Lafontaine 1990 hat doch ganz genau gezeigt, wie man mit

einem dieser Politikkonzepte ein Feld links von der eigenen Partei auch beackern kann. Die PDS wird aber in den neuen Ländern immer stärker, weil die SPD keinen offensiven Umgang, besser gesagt: gar keinen Umgang, sondern nur Weisheiten beschließt: keine Koalition, keine Tolerierung, und es dabei bewenden läßt.

**NG/FH:** Aber zuviel Konkurrenz zum potentiellen Koalitionspartner kann auch schädlich sein. Sie werfen doch der SPD vor, daß sie die GRÜNEN immer nur als Nichtkonkurrenz empfunden hat. Oskar Lafontaine sprach im Einheitswahlkampf '90 so viele sozialökologische Probleme an, daß hinterher die GRÜNEN aus dem Parlament kippten – mit der völlig kontraproduktiven Konsequenz, daß es im ersten gesamtdeutschen Bundestag – wenn man von der Unmöglichkeit der Großen Koalition einmal absieht – keine ernsthafte rechnerische Alternative zur Regierung gab – eine seit '49 einmalige Situation. Kann man Konkurrenzen nicht auch falsch pflegen?

**Th. K.:** Sicher, aber Sie müssen die Relationen sehen. Ich komme aus dem Ostteil Berlins, wo die PDS 10 Prozent mehr Stimmen hat als die SPD. Die SPD ist bei etwas über 30 Prozent, die PDS bei etwas über 40 Prozent. Das ist ein Problem, das zu tun hat mit den Ballungsräumen, also mit den Städten, wo die SPD sich im Westen, beispielsweise in Frankfurt oder Kassel, ihre Probleme hat. Im Westen orientiert sich eine junge Generation in Richtung »grün«, in den neuen Bundesländern hält eine alte Generation an der PDS, die in zunehmendem Maße auch die Wählergruppe der Jungen und Intellektuellen anzieht, fest. In Rostock, in Magdeburg, in Dresden etc. ist die PDS in manchen Stadtteilen stärker als die SPD.

Eine Diskussion oder eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit der PDS wird allerdings nicht so aussehen, daß man selber die Position dieser Partei übernimmt, zumal eher die PDS den Revisionismus entdeckt hat, indem sie sukzessive Wiederbelebungsversuche mit einer hinter Godesberg zurückfallenden sozialdemokratischen Programmatik unternimmt. Die PDS befindet sich in dem Dilemma, zwar emotional sehr nah mit ihren Wählern verbunden zu sein, aber einen großen Makel zu haben, den die Wähler auch sehen, nämlich ihre Politik nicht durchsetzen zu können und im übrigen auch nicht durchsetzen zu wollen. Denn dort, wo die PDS stark ist, neigt sie zur Zeit zur fundamentaloppositionellen Haltung. Man muß sie deshalb in Zugzwang bringen, sie nicht als Milieu ge-



Thomas Krüger

Fotos: Kornelia Danetzki

währen lassen. Aber das eigentliche gesellschaftspolitische Problem ist das Verhältnis dieses PDS-Milieus, der PDS-Wähler und -Anhänger und natürlich auch der Mitglieder zum Gemeinwesen, zur Gesellschaft. Wie bereits gesagt: Ich erwarte zumindest von Demokraten – erst recht von demokratischen Sozialisten – immer auch eine Verantwortung für das Gemeinwesen und nicht nur die Pflege des eigenen Milieus. Man kann ja kritisieren, daß der SPD die Visionen rar geworden sind. Aber die PDS hat jegliche Utopie an die Nostalgie gefesselt. Glücklicherweise spielt sich das Ganze zur Zeit in Kategorien von Seelsorge und Trauarbeit ab. Dennoch können solche Archaisierungen als Gesellschaftsbild verheerende Wirkungen entfalten. Dem muß man unbedingt vorbeugen.

**NG/FH:** Kommt es in Ihrem Papier auch darauf an, gewisse Grenzgänger zwischen PDS und SPD, Leute wie Uschner, Bachmann oder Rolf Schneider in die SPD zu holen?

**Th. K.:** Ich habe mich für die Aufnahme von Uschner ausgesprochen, halte ihn aber für ein denkbar ungeeignetes und unglückliches Symbol. Eigentlich sollte es der SPD mehr darauf ankommen, diejenigen zu gewinnen, die politische Reformen thematisieren. Aber die SPD ist eine Volkspartei und kein Volksgerichtshof.

**NG/FH:** Aber wie wollen Sie denn die Trennungslinie zu den »Wendehälsen« ziehen?

**Th. K.:** Wenn ich alle Leute, die aus K-Gruppen in die SPD kamen oder heute noch STAMOKAP-Theorien vertreten, aus

## Dokument 13

## Marian Krüger: Ein anderes Berlin wählen?

In: »Disput« vom 2. Mai 1995. Auszug

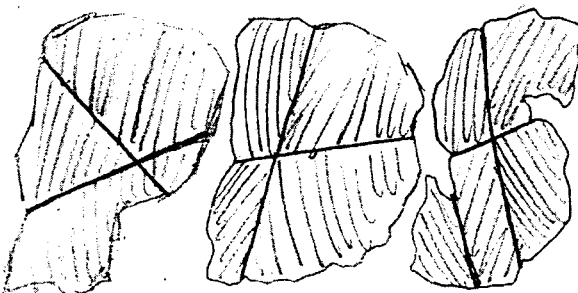
Die rund 130 Delegierten des Berliner Landesparteitages hatten sich einen schweren Rucksack aufgeschnallt: Ein 70-seitiges Wahlprogramm und einen Leitantrag zum vorliegenden Fusionsstaatsvertrag Berlin-Brandenburg zu beschließen, eine 40-

köpfige Landesliste zu bestimmen und last but not least einen neuen Landesgeschäftsführer zu wählen. Außerdem wurde die Diskussion über eine mögliche Tolerierung eines SPD/Grünen-Senats weitergeführt.

**M**it dem nahezu einstimmig beschlossenen Wahlprogramm „Ein anderes Berlin wählen“ bringt die Berliner PDS nicht nur die in den letzten fünf Jahren angesammelten politischen Erfahrungen zum Ausdruck, sondern beschreitet auch in vieler Hinsicht politisches Neuland. Das Programm faßt nicht nur die bisherigen politischen Ansätze

der PDS wie die Vertretung von Ostinteressen, Kampf gegen Sozial- und Demokratieabbau, eine ökologische Stadtentwicklungspolitik, Kampf für MieterInneninteressen, Schaffung neuer Arbeitsplätze zusammen, sondern entwickelt ein neues stadtpolitisches Leitbild, das mit dem Begriff des Umbaus beschrieben wird. Dieses Leitbild, so die Landesvorsitzende P. Pau auf dem Parteitag, „formuliert am präzisesten den Politikansatz der PDS, der politische Alternativen nicht als bloße Addition von Einzelforderungen begreift, sondern versucht, ganzheitliches Denken auch in Politik umzusetzen.“ Die PDS müsse den Umbaubegriff fortschrittlich besetzen. „Wir meinen, Umbau der Gesellschaft erfordert praktischen Widerstand gegen Abbau sozialer Leistungen und bedeutet in der Konsequenz den Aufbau einer demokratischen und ökologischen Gesellschaft.“

Die im Wahlprogramm formulierten Reformziele beziehen sich auf alle Bereiche der Gesellschaft. Die PDS steht gegen das dümpelnd-agitatorische „Weiter so“ der Großen Koalition. Ihr Sturz ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung politischer Ziele der PDS; eine rot-grüne Regierung bringt bessere Rahmenbedingungen für diese Politik. Um die Verlässlichkeit grüner Politik und grüner Korrekturen in einer Koalition mit der Sozialdemokratie zu



ermöglichen, bedarf auch sie des Drucks von links.

Die Berliner PDS ergreift in ihrem Wahlprogramm Partei für ArbeitnehmerInnen- und MieterInneninteressen, für sozial Schwache und Diskriminierte. Das unterscheidet uns von der SPD, die gemeinsam mit der CDU an der Bürokraten- und Yuppiestadt baut. Und das unterscheidet uns auch von den Grünen, die ihre stadtpolitischen Prämissen im Spagat zwischen sozial-ökologischem Engagement und Rücksichtnahme auf Investoren, Eliten- und Lobbygruppen formuliert haben. Dieser Politikansatz unterscheidet sich nicht nur inhaltlich von den politischen Ansätzen der SPD und der Grünen in Berlin, er ist auch mit einer klaren Aussage zur Rolle der PDS als sozialistischer Oppositionspartei verbunden.

Im Wahlprogramm heißt es dazu: Die PDS „will den falschen Weg, den diese Stadt nimmt, nicht von der Regierungsbank aus verwalten, sondern als Opposition verändern. Sie will nicht schön reden, was schlecht ist, will Verantwortliche nennen und Widerstand organisieren, wo es nötig ist. Verweigerung kann eine solche Politik nennen, wer Gestalten mit Regieren verwechselt.(...) Wer jede etwas grundsätzliche Kritik an der real existierenden Marktwirtschaft mit dem Ruf nach dem Verfassungsschutz beantwortet.“

Mit dem stadtpolitischen Programm der Berliner PDS liegt auch ein Konzept einer offenen Liste vor. Viele neue parteilose KandidatInnen v.a. aus dem Spektrum von Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und ImmigrantInnenorganisationen konnten gewonnen werden. Der Listenvorschlag des Landesvorstandes wurde der Hauptgegenstand der politischen Auseinandersetzungen auf dem Parteitag.

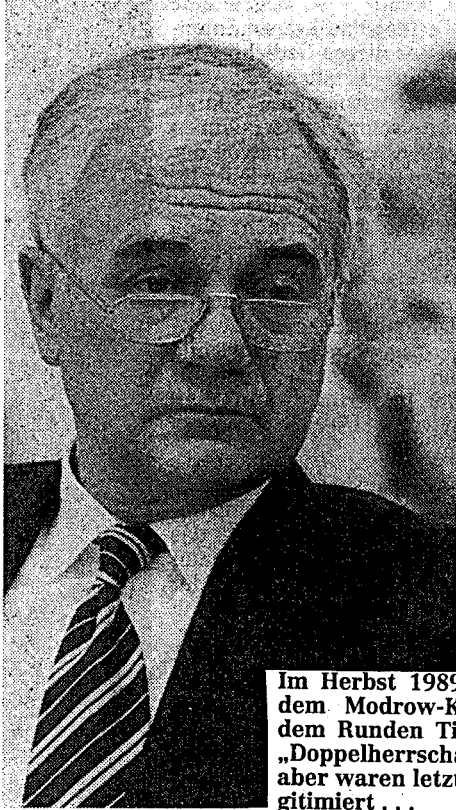
Die vielen Stichwahlen um die Spitzenplätze der Liste zeigten, daß die AnwärterInnen für die künftige Fraktion die dafür notwendige Kompetenzzuweisung nicht ohne langwierige Abwägungen erhalten. Und das ist gut so. Gleichwohl ist festzustellen, daß das Konzept der offenen Liste, daß der Landesvorstand im Auftrage des vorangegangenen Parteitages und auf der Grundlage der beschlossenen Wahlstrategie vorgelegte, von einer nicht unbeträchtlichen Minderheit der Delegierten nicht getragen wird. Das und nicht die Tatsache, daß der Parteitag von seinem souveränen Recht Gebrauch machte, den Listenvorschlag des Vorstands in einigen Punkten zu ändern, ist das Problematische. Während das Wahlprogramm mit einigen Änderungen schließlich einstimmig angenommen wurde, wird das Personalkonzept für die künftige Fraktion zum Gegenstand z.T. heftiger Kontroversen. Das kann Politikfähigkeit kosten. Das richtet den Blick nach innen und nach rückwärts, wo es doch jetzt darum geht, den Dialog um die künftige Verantwortung der PDS in Berlin und der Region in der Öffentlichkeit und nicht am Strömungstammtisch zu führen. Die PDS wird jedoch dann zu einer Halbkraft-Partei, wenn sie die Warnung aus Modrows offenem Brief nicht ernst nimmt und sich in kontraproduktive Personaldebatten verstrickt. ■



## Dokument 14

## Runde Tische sind hilfreich, aber Entscheidungsträger sind sie nicht. Interview mit Manfred Stolpe

In: »Neues Deutschland« vom 1. August 1995



Manfred Stolpe

**Im Herbst 1989 gab es mit dem Modrow-Kabinett und dem Runden Tisch eine Art „Doppelherrschaft“ – beide aber waren letztlich nicht legitimiert . . .**

Die Modrow-Regierung war eine Regierung des Übergangs mit dem festen Willen eines friedlichen Weges vom totalitären System in eine Demokratie. Natürlich fehlte ihr in diesen Übergangszeiten die demokratische Legitimation, wie sie dann die de-Maizière-Regierung durch freie Wahlen erhalten hatte. Aber durch freie Wahlen, die von der Modrow-Regierung freigegeben, vorbereitet und garantiert worden waren.

Am Runden Tisch in Berlin und den vielen auf damaliger Bezirks-, Kreis- und Kommuneebene saßen politisch hochinteressierte Leute aus Exekutive und Legislative. Auch sie hatten kein Mandat und stellten sich dann der Wahl. Runde Tische waren in dieser Zeit ein erster Ausdruck der Demokratisierung in der DDR. Und das in einer Zeit höchsten politischen Interesses bei nahezu allen Menschen. Darin bestand eine maßgebliche Faszination dieses Politikmodells, das ganz sicher auch mithalf, ein Blutvergießen zu verhindern. Im

Wirrwarr der damaligen Umbruchszeit erwiesen sich Runde Tische als berechtigte Hoffnung der demokratischen Kräfte im Land auf direkte Umsetzung ihrer Vorstellungen vom gesellschaftlichen Umbruch.

**Runde Tische also als ostdeutsche Spezialität?**

Nein, sie sind keine ostdeutsche Spezialität, denken Sie nur an das Frühjahr 1990 in der Volksrepublik Polen. Die SED-Führung sah diese volksnahe, sehr spezifische politische Praxis mit viel Angst. Mit den Wende-Ereignissen wurde dieses Modell dann in Ostdeutschland übernommen. Die Runde Tische wurden zu einem Instrument der Machtbalance, der breiten Kompetenz und der Kontrolle jener Politik, die durch die SED etabliert war. Der Wille zum Konsens am Runden Tisch entsprang maßgeblich der Angst beider Seiten, die Geschehnisse nicht aus der Hand zu lassen. Am Runden Tisch war es auch eine Angst vor der ordnenden Hand, die bei einer Eskalation erforderlich geworden wäre.

**Fehlentwicklungen haben aber auch die Runden Tische nicht vermeiden können . . .**

Mit dem Fall der Mauer war die Marktwirtschaft vorgegeben. Wie das aus den Startlöchern der Zentralverwaltungswirtschaft funktionieren sollte,

wußte natürlich keiner. Auch die Zeitspanne war ja noch offen. In Ostdeutschland begann ein gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Wandel als Weltpremiere. In diesen sehr hektischen Monaten waren die Runde Tische gute Korrektive zur Machtbegrenzung der Regierenden aller Ebenen.

**Haben sie auch heute noch eine Funktion? Können Sie Beispiele für Runde Tische in Brandenburg nennen?**

Brandenburg setzt die Tradition der Runden Tische beispielsweise in verschiedenen Kommunen fort. In Schwedt trifft sich auf Initiative der Kirchengemeinde seit Dezember 1993 regelmäßig ein „Runder Tisch für den Frieden in der Stadt“. Auch in Spremberg arbeitet ein Runder Tisch gegen Fremdenhaß und Gewalt. In Potsdam heißt das „Offener Tisch“, der sich mit Entwicklungspolitik und Ausländerfragen befaßt. Manche Runde Tische sind absehbar erst einmal Dauereinrichtungen, andere finden sich zu aktuellen Problemen auch nur zeitweilig zusammen.

**Was sollen, was können sie heute noch bewirken?**

Zu Runden Tischen setzen wir uns in den Fällen zusammen, wenn für noch nicht begangene Wege parteiübergreifende Lösungen zu finden sind.

Die wirken dann konfliktregulierend bis hin zum Konsens. Dort kann man auch über die verschiedensten Themen unserer Gesellschaft nachdenken, kann vorausdenken und streiten. Auch Geschichte ist aufzuarbeiten, ist zu werten, gegen Kriminalität und Gewalt ist jeder Gedanke gefragt, auch zu unserem Verhalten gegenüber ausländischen Mitbürgern. Über ernsthafte gesellschaftliche Zukunftsmodelle könnten sich die Leute an Runden Tischen auch die Köpfe zerbrechen. Schließlich werden wir niemals einen endgültigen Zustand einer Gesellschaft haben.

**Aber im Unterschied zu parlamentarischen Gremien haben sie keinerlei Entscheidungskompetenzen...**

Überall dort, wo Runde Tische arbeiten, ersetzen sie natürlich keine parlamentarischen Gremien, unterstützen diese aber mit den Ergebnissen ihrer Arbeit. Das ist immer hilfreich, gerade weil von dort völlig andere Standpunkte oder Kritik überkommen. Runde Tische entscheiden nicht, sie schlagen vor und empfehlen, raten dringend oder mahnen etwas an. Damit laufen sie niemals Gefahr, den Parlamentarismus auszuhöhlen. Die SPD-Alleinregierung in Brandenburg tut gut daran, sich mit möglichst vielen Menschen in konträren Fragen und Interessenlagen an einen Tisch zu setzen und Konsens zu suchen, ehe sie allein vortprescht.

**Ist das nicht ein frommer Wunsch? Befindet sich eine alleinregierende Partei nicht in der Versuchung, mit ihrer Mehrheit den eigenen Willen durchzusetzen? Verläuft da nicht der noch immer beschworene Brandenburger Weg der Toleranz ins Unge-  
wisse?**

Die absolute Mehrheit war Wählerwille, nicht eine von der SPD angeordnete Situation. Die war allerdings für Brandenburg völlig neu. Doch allein die SPD-Fraktion hat 52 Abgeordnete mit ebenso vielen unterschiedlichen Meinungen. Wir ersticken keine Kommunika-

tion und geben auch keine alleingestrickte homogene Politik vor. Der Geist, die Idee der Toleranz ist Jahrtausende alt, heute erforderlicher denn je und heißt doch Schutz des einzelnen in seinem Anderssein. Betrachten Sie unsere parlamentarischen Abläufe, da wurden und werden sicher auch wieder Vorschläge der CDU und der PDS für Entscheidungen der Regierung aufgenommen. Dazu kommt ein ausgezeichneter gegenseitiger Informationsfluß, mit dem wir keine Probleme haben.

**In Brandenburg sind zwei kleine Parteien durch Wählerwillen aus dem Landtag gefallen. Man hat nicht den Eindruck, daß sie - zum Beispiel über Runde Tische - dennoch in die Politik integriert bleiben...**

Bringen Sie bitte nicht die Dinge durcheinander. Wir stellen gerade fest, daß Runde Tische außerhalb des Parlamentarismus stehen und weit aus vielfältiger strukturiert sind. Runde Tische verdienen diesen Namen nur, wenn sie über Parteigrenzen hinausgehen. Über diesen Weg kann die Regierung niemanden integrieren. Das wäre Kinderei und hieße, den Willen der Wähler zu ignorieren. Das Sich-Einbringen in die Politik muß schon jede Partei selber besorgen.

**Auch wenn sie das tut, ist sie gegen Ausgrenzungsversuche nicht gefeit. Meist trifft dies die PDS, aber nicht nur. Inwieweit gibt es in Brandenburg ein anderes Herangehen und warum?**

Das Thema PDS handhabt die Brandenburger SPD ganz pragmatisch. Wir verteufeln keine Partei, die demokratische Ziele verfolgt und auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Die PDS hat auf dem parlamentarischen Feld mit den SED-Praktiken keine Identität mehr. Dafür sind wir offen. Wir würdigen aus unseren Ost-Erfahrungen alle Bemühungen, die konstruktiv sind, und wir legen keine Schablone an diese Menschen. Wir sind aber vor-

sichtig, denn diese Partei argumentiert populistisch, emotional, demagogisch. Wir werden noch über Jahre mit ihr rechnen müssen. Der Wahlerfolg der Brandenburger SPD im Herbst 1994 bestätigte, daß wir mit unserem Kurs richtig liegen.

**Ist angesichts der politischen Praxis die Idee von Toleranz in der Politik und von den Wirkungsmöglichkeiten Runder Tische nicht utopisch?**

Es geht doch darum, das Politikmodell Runder Tisch für die richtigen Aufgaben einzusetzen. Entscheidungsträger sind diese dann nicht, ich nannte aber auch Beispiele ihrer Wirkungsmöglichkeiten.

Die Toleranz ist Teil einer demokratischen, humanistischen Kultur, die in Menschenrechten und Verfassungsgrundsätzen festgeschrieben und alltägliche Praxis ist. Doch ist sie auch immer wieder neu zu bekräftigen und vor allem im Sinne der Schwachen zu schützen und zu pflegen. Warum sollte das eine Utopie sein? Wir erleben doch deren Nützlichkeit allenthalben im Land.

## Dokument 15

Peter Liebers: DGB-Landeschef: Reformen nur mit PDS

In: »Neues Deutschland« vom 22. August 1995

An der Basis der Thüringer SPD wächst der Unmut über den Schmusekurs von Landeschef Gerd Schuchardt gegenüber dem Koalitionspartner CDU. Nicht wenige Genossen sehen die Gefahr, daß die Partei ihr Profil völlig verliert.

Die Sorge ist nicht unbegründet, läßt die CDU doch keine Gelegenheit aus, den Koalitionspartner vorzuführen. Zum Beispiel mit der Zustimmung zu dem umstrittenen Ozon-Gesetz im Bundesrat, obwohl die Thüringer SPD dagegen war, und die Koalitionsvereinbarung für einen solchen Fall Stimmenthaltung vorschreibt. Selbst im Koalitionspapier festgeschriebene SPD-Ziele wie der Bau von 2 500 Sozialwohnungen wurden in der Regierungspraxis vom Tisch gefegt und per Haushaltgesetz halbiert.

Schuchardts Reaktionen erschöpften sich stets in vagen Drohgebärden, die von der CDU mit wissendem Lächeln quittiert wurden. Nun hat Thüringens DGB-Landesvorsitzender Frank Spieth in einem Presseinterview klar und deutlich ausgesprochen, was sich viele schon lange im Stillen wünschen. Schuchardt solle als Landesvorsitzender zurücktreten und einem Nachfolger Platz machen, der frei von Koalitionswängen und Kabinettsdisziplin agieren

kann. Spieth ging noch einen Schritt weiter und forderte die SPD auf, „ihre Politik der absoluten Unberührbarkeit in Richtung PDS“ aufzugeben. Der Gewerkschafter mit SPD-Parteibuch sieht in Thüringen eine Reformmehrheit und meint, es gehe auch ohne CDU. Solche Mehrheiten sind seiner Auffassung nach aber auf Dauer nur mit der PDS, insbesondere mit deren Reformkräften zu schaffen. Daß er damit nicht allein steht, macht eine Äußerung des Weimarer SPD-Bundestagsabgeordneten Edelbert Richter deutlich, der in einer Thüringer Zeitung meinte, seine Partei müsse sich auch die Option eines Bündnisses mit der PDS offenhalten. Auch aus Gotha kam Beifall.

Die CDU realisiere 80 Prozent ihres Wahlprogramms, die SPD aber nur 20 Prozent, rügten die Genossen. Schuchardt hat die Forderungen von Spieth gewohnt schroff zurückgewiesen. Über den künftigen Landesvorsitz werde im Frühjahr nächsten Jahres in einer Mitgliederbefragung entschieden. Eine Zusammenarbeit mit der PDS sei nicht mehrheitsfähig und mit ihm nicht zu machen.

In der SPD wächst die Zahl derer, die das anders sehen und denen die arroganten Einlassungen der CDU sauer aufstoßen.

## Dokument 16

Keine Nachhilfestunden für PDS-Wähler. Interview mit Bernhard Vogel

In: »Leipziger Volkszeitung« vom 31. August 1995

# Keine Nachhilfestunden für PDS-Wähler

Bernhard Vogel im Gespräch über die Verfassungsschutz-Studie zu Beamten

Erfurt. Die sogenannte Verfassungsschutz-Studie über PDS wählende Beamte hat den gesamten öffentlichen Dienst in ein schlechtes Licht gerückt, meint Thüringens Ministerpräsident und CDU-Chef Bernhard Vogel. Nicht Nachhilfeunterricht oder Verunglimpfung, sondern politische Auseinandersetzung und Werbung um die Wähler der PDS seien nötig.

**Frage:** Nun ist heraus, jeder dritte Beamte wählt PDS.

**Bernhard Vogel:** Erstens bezweifle ich die Basis dieser Befragung, zweitens sollte der Verfassungsschutz die Meinungsforschung den Instituten überlassen und solche Studien nicht in Auftrag geben beziehungsweise veröffentlichen. Denn was ist die Folge? Gerade in unserem Land erinnert man sich an eine schlimme Vergangenheit, in der amtliche Organe Wahlergebnissen nachgegangen sind. Außerdem spaltet eine solche Nachricht, statt zusammenzuführen. Die Beamten finden sich in ein schlechtes Licht gerückt, und das haben sie weder verdient, noch ist es gut für ihr Ansehen.

*Die PDS argwöhnt eine neue Offensive gegen sich.*

Ich kann keine Offensive gegen die PDS erkennen, ich kritisiere den Schaden am gesamten öffentlichen Dienst.

*Der SPD-Innenminister sieht die Thüringer PDS inzwischen auf dem*



Bernhard Vogel

Foto: dpa

*Boden des Grundgesetzes. Folgen Sie der Ansicht?*

Mir fehlt noch immer eine klare Absage der PDS an die Ziele des Kommunismus und an gewisse Kadergruppen in der Partei, die eindeutig antidemokratische Ziele verfolgen.

*Und so lange teilen Sie die Auffassung Ihres Ressortchefs nicht?*

Ich habe die Auffassung, daß man mit endgültigen Aussagen vorsichtig sein sollte.

*Gibt es für die Beamten nun Nachhilfestunden in politischer Bildung?*

Vorsicht mit Umschulungen und dergleichen. Denn nicht der Staat – etwa auch mit Verboten – sondern die Parteien sind mit politischer Auseinandersetzung gefordert. Wir bekämpfen die PDS, und zwar entschiedener und härter, als demokratische Konkurrenz bekämpft wird. Wir werben um die Wähler, die wir nicht verunglimpfen, sondern für demokratische Parteien zurückgewinnen wollen.

*Dennoch brachte bisher weder Ignorieren noch Attackieren Erfolg, sind die Volksparteien beim Phänomen PDS mit ihrem Latein am Ende?*

Ich fühle mich als Vorsitzender einer dieser Volksparteien überhaupt nicht mit meinen Latein am Ende, allerdings bin ich auch nicht zufrieden. Denn der bedauerlichen Tatsache, daß 16 Prozent der Thüringer PDS wählten, steht die erfreuliche Tatsache gegenüber, daß 80 Prozent für demokratische Parteien stimmten – trotz sehr stürmischer Zeiten, es ist den Leuten ja einiges zugemutet worden. Man soll also bitte die Kirche im Dorf lassen. Mein Rezept heißt: Laßt uns den Aufbau zügig fortsetzen, je mehr Bürger er erreicht, um so kleiner wird die Wählerschaft der PDS.

Interview: Günter Neumann

## Dokument 17

Peter Richter: Die »schlechteste Variante« – im Zweifel gut genug

In: »Neues Deutschland« vom 4. September 1995

Als „schlechteste Variante“ wird die Große Koalition vor Wahlen gern als in-diskutabel in die Ecke gestellt. Nach Tisch liest sich's oft anders. Stört nämlich eine Partei – durch unerwünschten Wählerzulauf – die Kreise der großen Etablierten, dann steigen sie, vorgeblich angewidert, doch ins gemeinsame Bett. In aller Regel ist es die CDU, die dort die Domina spielt; die SPD unterwirft sich (gar lustvoll?) ihrer Peitsche.

### MECKLENBURG- VORPOMMERN

Im ostdeutschen Norden hätte die SPD – mit 29,5 Prozent der Wähler und 23 der 71 Landtagsitze – gut und gern das Regierungsschiff übernehmen können, hatte doch die PDS (22,7 Prozent/18 Sitze) rechtzeitig signalisiert: An uns soll die Abwahl der CDU, die nur noch auf 37,7 Prozent (30 Sitze) kam, nicht scheitern. Aber Harald Ringstorff bewies nach forschem Start weder Stehvermögen noch Risikobereitschaft. Allerdings hatte ihm wohl auch die Bonner SPD alle gedanklichen Flausen in Richtung PDS ausgetrieben.

Als Juniorpartner in der Regierung Seite werden seine Mannen nun von der CDU ein ums andere Mal vorgeführt – zuletzt in der Spielbankenaffäre, in der die SPD nach kurzzeitigem Muskelspiel der Union denn doch das Handeln überließ. Und der nächste Kniefall steht schon bevor: in der Schulpolitik, für die die SPD einstmals ganz neue Akzente zu setzen versprach.

### THÜRINGEN

Nach dem Ausfall von Koalitionspartner FDP brauchte auch in Thüringen die CDU mit 42,6 Prozent der Wählerstimmen und 42 der 88 Landtagsitzung einen neuen Partner. Schnell war die SPD zur Stelle,

obwohl sie mit ihren 29 Mandaten (29,6 Prozent) durchaus auch den Versuch einer Minderheitsregierung hätte wagen können, denn die PDS mit 17 Abgeordneten (16,6 Prozent der Wählerstimmen) war zur Tolerierung bereit. Für SPD-Chef Gerd Schuchardt aber gilt die Devise: Mit den SED-Nachfolgern nie! Dafür nimmt er sogar in Kauf, daß die CDU ihre schon nur marginalen Zugeständnisse im Koalitionsvertrag sukzessive weiter verwässert und auch im Bundesrat so tut, als habe sie die absolute Mehrheit. Selbst bei seinen Genossen löst das zunehmendes und auch schon mal der Öffentlichkeit vorgeführtes Kopfschütteln aus. Erst verlangte DGB-Landeschef Frank Spieth, die Politik „der absoluten Unberührbarkeit in Richtung PDS“ aufzugeben. Und dann fand sogar Innenminister Richard Dewes, die PDS sei unter bestimmten Bedingungen „potentiell koalitionsfähig“.

### BADEN- WÜRTTEMBERG

Hier hatten die Republikaner 1992 mit 10,9 Prozent der Stimmen und 15 Mandaten eine Sperrminorität errungen, der die anderen Parteien nur eine Große Koalition glaubten entgegensetzen zu können. CDU (39,6 Prozent der Stimmen/64 Parlamentssitze) und SPD (28,9 Prozent/46) nutzen ihre Zwei-Drittel-Mehrheit, um gegen Bündnis 90/Grüne eine Parlaments- und Verfassungsreform durchzusetzen. Ansonsten kriselte es auch im Stuttgarter Bündnis häufig – so schon 1993 wegen unterschiedlicher Auffassungen zur Pflegeversicherung, später in der Lotto-Affäre; als die SPD die Verantwortung von Finanzminister Mayer-Vorfelder nicht zu leugnen gedachte, und zuletzt, als der Ministerpräsident dem Ozongesetz gegen das Votum der SPD im Bundesrat seine Stimme gab. Beide

wöllens nicht noch einmal versuchen: Bei den Wahlen kommenden März setzt die CDU auf die absolute Mehrheit, die SPD auf ein rot-grünes Bündnis.

### BREMEN

Der Niedergang der Bremer SPD von einstiger absoluter Mehrheit auf 33,4 Prozent (37 Sitze) und das überraschende Ergebnis der SPD-„Dissidenten“ aus der Liste Arbeit für Bremen (10,7 Prozent/12) stellte den Sozialdemokraten die Gretchenfrage: Weiter mit den Grünen (13,1 Prozent/14) oder sicherer mit der CDU (32,6 Prozent/37)? Man entschied sich für letzteres und konnte zwar mit Henning Scherf noch einmal den Bürgermeister stellen; dafür bestimmt nun inhaltlich die CDU den Kurs. PETER RICHTER

## Dokument 18

### Referat des Landesvorsitzenden Roland Claus auf dem 4. Landesparteitag der PDS Sachsen-Anhalt.

In: »Beschlüsse des 4. Landesparteitages der Partei des Demokratischen Sozialismus. Landesverband Sachsen-Anhalt am 16. und 17. September 1995 in Magdeburg«. Auszüge

In meinen Überlegungen sind die folgenden vier Optionen für die weitere PDS-Entwicklung denkbar und objektiv möglich:

- (1) PDS könnte sich zu einer relativ dauerhaften ostdeutschen Interessenvertretung entwickeln. Aufgabenfelder sind reichlich vorhanden und dürfen nicht unterschätzt werden.  
Die PDS würde sich dann vorwiegend auf die politische Bearbeitung von Tagesfragen einstellen, dabei in erheblichem Maße linkes Profil preisgeben und schließlich weitgehend entpolitisiert werden.
- (2) PDS könnte zu einer demokratischen kommunistischen Partei, vergleichbar mit der FKP oder der Neugründung der italienischen Kommunisten, werden und dabei relativ ungebrochen an das Marx- und Lenin-Verständnis anknüpfen. Das ist etwas anderes als pures Zurück zum Staatssozialismus.
- (3) PDS könnte zu einer linken Sozialdemokratie werden, ohne größere programmatische Differenzen zur SPD und mit dem Bonus, die Schwäche der OST-SPD als starke Regionalpartnerin auszugleichen.
- und
- (4) PDS könnte die Konzeption des modernen/demokratischen Sozialismus anstreben, jenseits von Staatssozialismus, traditionellem Kommunismus, aber auch jenseits von Sozialdemokratismus. Obwohl dieser Weg der Partei den Namen gibt, ist wenig über die Ansätze eines solchen Konzeptes und über die damit verbundene Transformationsvorstellung bekannt.

Für mich sind an dieser Stelle weniger die Trennlinien der Gruppierungen wichtig, sondern vielmehr die Tatsache, daß voneinander verschiedene konzeptionelle Ansätze vorhanden und objektiv gestaltbar sind.

Wir bleiben auch bei unserem Grundsatz: Die PDS-Politik in Sachsen-Anhalt wird von unseren Programmen und Parteitag bestimmt und nicht vom Koalitionsvertrag. Andererseits haben wir inzwischen gelernt, daß Politik sich nicht auf die Übertragung einer Parteiidee in's praktische Leben beschränkt, auch dann nicht, wenn die Parteiidee von der PDS kommt.

Auf Gedeih und Verderb sind wir darauf angewiesen, die Realitäten gesellschaftlicher Entwicklung wahrzunehmen und daraus unsere Einflußmöglichkeiten zu bestimmen. Und wir müssen noch besser lernen, Realitäten auch dann als solche zu erkennen, wenn sie uns nicht gefallen.

Politik ist immer auch Umgang mit irrationalen Vorstellungen, mit Unterstellungen und Verdrehungen fast aller Art. Wenigstens dafür sind wir ein ausgesprochenes Konjunkturland.

Daher war klarzustellen, daß die PDS für eine Beteiligung an der Höppner/Heidecke-Regierung nicht zur Verfügung steht.

Etwas anderes ist die notwendige längerfristige Überlegung, was wir denn tun, wenn SPD und Bündnis 90/Grüne keine relative Mehrheit erreichen, wenn bei uns beispielsweise Thüringer Verhältnisse eintreten sollten. Dort geht Tolerierung nicht, weil fast jede praktische Entscheidung von der Zustimmung der PDS abhängig wäre. Wenn wir mit der SPD nicht zusammen regieren wollen, dann müssen wir auch wissen warum. Auf alle Fälle müssen wir darüber offen diskutieren. Ich für mich könnte heute keine ausreichend logische Antwort auf die Frage geben, ob wir uns an einer Regierung beteiligen sollten oder nicht, höchstens daß ich nicht Minister werden will, aber was sagt das schon?

Ich hänge an der Überzeugung, daß wir unabhängig davon, was die anderen über uns befinden, für alle denkbaren Konstellationen nach der nächsten Wahl unsere Vorstellungen öffentlich äußern. Und zwar vor der Wahl. Der große Dreh der SPD in Sachsen-Anhalt war doch zumindestens Irreführung von WählerInnen.

Bei aller Wahlkonkurrenz von PDS und Bündnisgrünen sollten wir uns nicht an der Demontage der OST-Grünen beteiligen. Das machen andere und zum Teil sie selbst übrigens wirkungsvoller. Ich finde die produktive Auseinandersetzung zwischen PDS und GRÜNEN über linke Politik allemal besser als die arrogante Position, daß wir die bessere LINKE sind.

In der SPD-Fraktion des Landtages vollzieht sich gegenwärtig eine energische Polarisierung. Anlässe werden benützt, sind aber nicht mit den Ursachen zu verwechseln.

Insgesamt ist natürlich für die SPD die CDU noch immer das kleinere Übel als die PDS.

Das "kleinere Übel" war nur gerade nicht zu haben, weil es erstens nicht in's 94er Wahlkalkül gepaßt hätte, zweitens energische Kräfte in der SPD und beim Bündnis auch für diese Alternative eingetreten sind und drittens wohl auch der PDS in Sachsen-Anhalt dieses Projekt von den verschiedenen beteiligten Seiten zugemutet wurde.

Oft ist bei uns die Rede davon, daß mit dieser SPD doch nichts zu verändern sei, als gäbe es noch eine andere, nach unseren Wünschen geformte Sozialdemokratie.

Es ist aber weder einzusehen, daß die SPD die PDS mit irgendwelchen Forderungen umgestalten will, noch ist es besonders gescheit, eine nach unseren Vorstellungen umgebaute SPD in's Kalkül zu ziehen. Voraussetzung für den Erfolg unseres notwendigen linken Druckes auf die anderen GenossInnen ist meines Erachtens die kritische Wahrnehmung der tatsächlichen Situation.

Wir ersparen dem Ministerpräsidenten natürlich auch künftig nicht unsere Kritik, aber wo politische Entscheidungen anzuerkennen sind, gehört ihm auch unser Respekt, beispielsweise bei seiner persönlichen Ablehnung von deutscher Beteiligung an NATO-Kampfeinsätzen und für seine Rede am 8. Mai dieses Jahres, die sich wohltuend von dem sonst dominierenden Totalitarismus-Gerede abhob.

Manchmal wird uns das "Ende der Tolerierung" abverlangt.

Was hieße das denn konkret?

Wir müßten gegen alle Regierungsvorlagen stimmen, weil sie von der Regierung kommen. Dann wären wir aber genau dort, wo die CDU schon seit geraumer Zeit ist, Verweigerung um der Verweigerung willen, Ablehnung ohne Sinn und Verstand. Das sollten wir nicht ernsthaft wollen. Wir stehen für den gewiß schwierigen Balance-Akt, stets sachorientiert zu befinden, wofür und wogegen wir stimmen. Vor allem bei den anstehenden Haushaltsberatungen wollen wir dafür sorgen, daß der finanzielle Rahmen für einen Reformkurs gewährleistet wird.

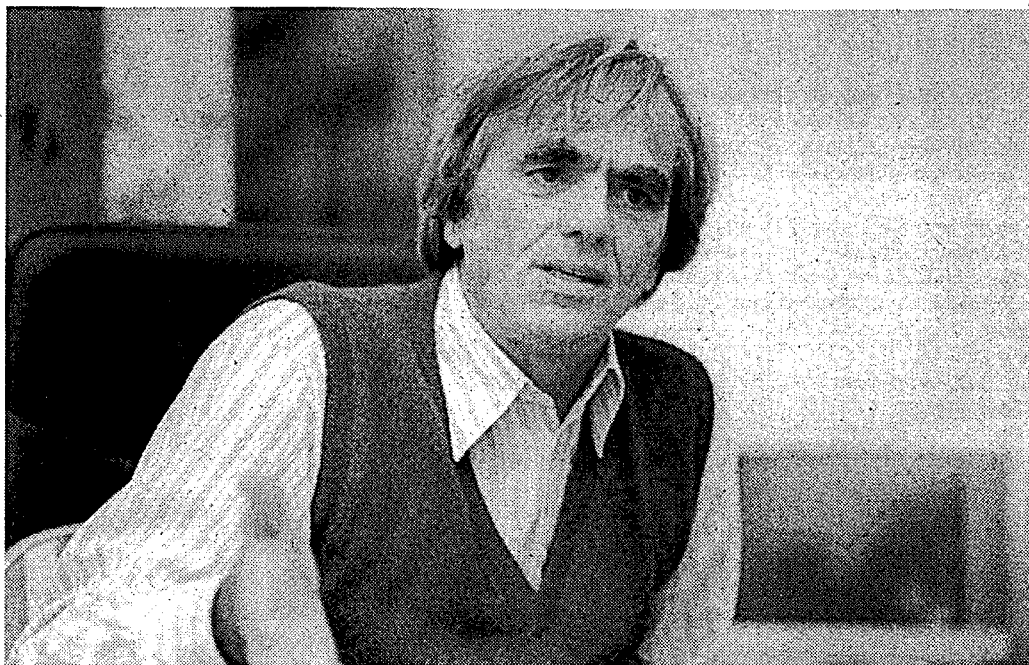
Landesvorstand und Fraktion haben dazu unlängst gemeinsame Positionen beschlossen.

Der neue Landesvorstand wird ohne Schonfrist mit der Aufgabe belastet, in kritischer Kooperation mit der Fraktion diesen Beschluß umzusetzen.

Ohne uns Fesseln in der eigenen Entscheidungsfreiheit anzulegen, sollten wir die bundespolitische Verantwortung der PDS Sachsen-Anhalt nicht verkennen. Vielleicht ist die Zeit noch nicht reif für einen Wechsel in Bonn und unser Projekt bleibt ein vorzeitiger Alleingang. Natürlich ist es möglich, daß wir das Magdeburger Projekt beenden, aber bitte nicht aus Denkfaulheit und mangelnder eigener Courage.

## Dokument 19

Revolution im Herzen, Traufhöhe im Blick. Interview mit Hans-Christian Ströbele  
In: »Neues Deutschland« vom 19. September 1995



**H**err Ströbele, was sollte Berlin nach den Wahlen am 22. Oktober für eine Regierung bekommen?

Wenn wir es uns aussuchen könnten, wäre es diese SPD nicht, mit der wir uns einlassen.

**Meine Frage war eher inhaltlich gemeint.**

Das kann man nicht trennen. Das, was die SPD in den letzten Jahren mit der CDU in einer großen Koalition hier in Berlin angestellt hat, ist für die Stadt schädlich und verhängnisvoll, es ist Politik zum Abgewöhnen.

**Aber genau diese SPD hat Ihre Partei, sozusagen wahlkampfprogrammatisch, zu ihrem potentiellen Koalitionspartner erhoben.**

Weil es ganz danach aussieht, daß, wenn man den Wechsel will, dieser nur mit einem Partner zu machen ist. In Betracht kommt dann aber nur die SPD. Programmatisch und mit der SPD in einigen Bezirken gibt es durchaus Gemeinsamkeiten.

**Gut, also Berlin soll Ihrer Meinung nach rosa-grün regiert werden. Was nun aber sollte diese Regierung anders machen?**

Zuerst braucht Berlin eine Gesamtkonzeption für eine ökologische Metropole bis 2010 oder 2020. Seit fünf Jahren hat sich dieser Senat durchgefummelt. Entweder unentschlossen oder entlang der Interessen der Investoren und der Industrie: an erster Stelle zu nennen der Rüstungskonzern Daimler-Benz. Devise: Wer am größten ist, darf auch am höchsten bauen.

**Hier also gleich mal die geliebte Berliner Traufhöhe. Aber bei der ist Grün doch wohl nicht etwa schon am Ende, denn selbst dort wo sie stimmt, etwa in der Friedrichstraße, mag doch auch keiner leben?**

Natürlich endet es damit nicht. Zum Gesamtkonzept gehören Verkehr, Wohnen, Arbeiten, aber auch die Gleichstellung aller hier Wohnenden. Die Inhalte der Politik müssen

schlicht an den Menschen orientiert sein, die hier leben. Potsdamer oder Pariser Platz sollte man eigentlich nach deren Maßen gestalten, nicht nach denen von Sony, Daimler oder ABB. Dazu gehört auch, daß das Auto aus der Innenstadt rausgedrängt wird durch attraktive Alternativangebote.

**Alles lebenswert und möglichst wohl auch weltoffen. Wo wollen Sie denn dafür das Geld finden, wenn nicht bei Daimler?**

Da ist Ironie fehl am Platz: natürlich weltoffen. Berlin müßte sich an die Spitze setzen. Nicht nur auf dem Energiesparweg hin zur Solarhauptstadt, sondern auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen oder der Verweigerung von Abschiebungen. Warum sollte nicht das kommunale



Wahlrecht für Eingewanderte, die acht, zehn Jahre hier sind, eingeführt werden? Das Bundesverfassungsgericht hat das für Schleswig-Holstein anders entschieden. Aber die Bezirkswahlen sind nur teilweise vergleichbar. Man sollte ein solches Wahlrecht vor diesem Gericht verteidigen.

**Gut, heben wir uns die Finanzen für später auf. Warum dachten die Wähler bisher, mit CDU und SPD besser zu fahren, als mit Ihnen? Schließlich war Rosa-Grün 1990 nach nur 20 Monaten abgewählt.**

Wahrscheinlich weil viele glaubten, eine CDU-geführte Regierung könne in Bonn mehr erreichen. Ein Irrtum, wie sich gezeigt hat. Diepgen wird von Kohl benutzt, um unangenehme Sachen, wie etwa die übereilte Streichung der Berlin-Hilfen, zu verkaufen.

**Dennoch kippte doch die öffentliche Meinung längst nicht in Ihrem Sinne um.**

Was nicht ist, kann noch werden. Die Politik der Großprojekte, wie Olympia 2000 oder Tiergartentunnel, bringt den Leuten weder bezahlbare Wohnungen noch Dauerarbeitsplätze. Sie steht gegen die Interessen der Menschen.

**Ist das denn nicht alles etwas illusionär, Herr Ströbele, dieses moralisierende Hoffen auf Vernunft? Die anderen Parteien machen Wahlkampf mit 100 000 versprochenen Arbeitsplätzen.**

Die anderen sind doch an der Regierung, warum gibt es die versprochenen Arbeitsplätze nicht schon lange? Wir haben konkrete Vorschläge, wie durch Arbeitszeitverkür-

zung und gezielte Förderung mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Und was die Vision für Berlin anbetrifft, die muß in einem Diskussionsprozeß, an dem sich möglichst viele beteiligen, konkret weiterentwickelt werden.

**Herr Ströbele, was bietet Ihre Partei den Wählern zum Thema Arbeit an?**

Bisher versucht man Firmen mit Subventionen und Grundstücksgeschenken krampfhaft hier zu halten, was dann drei, vier Jahre reicht, bis die ihre ökonomischen Interessen ohnehin woanders besser unterbringen. Das verschwendet Geld. Statt dessen sollte man ganz gezielt Branchen hierherholen, die in so eine Stadt reinpassen, zu den hiesigen Leuten mit ihrer sehr hohen Ausbildung. Also beispielsweise Solartechnik für eine Solarstadt Berlin, die alternative Energien massiv fördert, in Produktion und Absatz.

**Das alles wollten Sie '89 mit der SPD schon einmal, und sie sind gescheitert. Warum soll dieselbe SPD Ihnen das heute alles gestatten?**

Mit der Skepsis gegenüber der SPD, vor allem ihrer derzeitigen Spitze, haben Sie recht. Obwohl die Situation '89 eine andere, auf den Westteil der Stadt zugeschnittene, war, habe ich gelernt, zurückhaltender zu hoffen. Ich fürchte, es würden auch diesmal nur kleine Schritte möglich sein. Aber eine neue Koalition, bei der wir mitmachen sollen, müßte eine grundsätzlich andere Richtung für die Stadtentwicklung eingeschlagen. Nur für einen wirklichen Wechsel gibt es Grün/Rot.

**1989 haben Sie bei Rosa-Grün von einer Jahrhundertchance gesprochen. Wie würden Sie es heute nennen?**

Vielleicht die vorletzte, zumindest aber die einzige Chance zur Wende.

**Aber die knappen Kassen minimieren die Chance zu jeglicher tatsächlichen Wende doch ohnehin.**

Zu warten, bis andere, die CDU und die SPD, die Karre immer weiter in den Dreck fahren, wäre unmoralisch, undemokratisch und politisch unreif. Deshalb dürfen wir den Leuten im Wahlkampf auch nicht versprechen, daß die grünen Bäume in den Himmel wachsen. Wir haben aber durchaus Alternativen, zum Beispiel im Verkehrsbereich, zu bieten; wo mit dem knappen Geld viel mehr geschafft werden könnte.

**Also kein Tiergartentunnel fürs Regierungsviertel, keine Stadtautobahn, kein Großflughafen? Das aber will doch gerade die SPD! In einigen Tagen ist sogar erster Spatenstich mit SPD-Bausenator Nagel.**

Erstens könnte man mit diesen Tunnel-Milliarden alle unsere Projekte im öffentlichen Nahverkehr verwirklichen. Zweitens ist der erste Spatenstich noch längst nicht der Bauabschluß. In Koalitionsverhandlungen wäre zu klären, wie weit Berlin durch Verträge gebunden ist und was es kostet, doch noch auszusteigen. Geld sparen kann man auch anderswo. Etwa durch Abschaffen des Geheimdienstes.

**Bei solchen Gesprächen hätten Sie's doch nicht nur mit der SPD, sondern eigentlich**

**mit den Großkonzernen zu tun. Was könnten die Grünen denen schon groß?**

Nehmen Sie Hessen. Da mußte sich Joschka Fischer auch mit Hoechst und der Atomlobby anlegen. Ja, es ist keine Zeit für Revolution, wir werden nicht den Kapitalismus auf den Kopf stellen können. Aber die Firmen sind durchaus zu beeindrucken, wenn es Politik gelingt, die Bevölkerung zu überzeugen und auf ihre Seite zu ziehen. Nicht nur das Beispiel des Shell-Boykotts hat dies gezeigt. Drohende Image- und Geldverluste können einiges bewirken.

**Würden Koalitionsgespräche mit der SPD an diesen Großprojekten scheitern?**

Die Dinger wären Wackersteine auf dem Weg zu Rot-Grün. Die SPD hätte dann Mühe, sie wieder zu beseitigen. Wir sagen nicht: Das sind Essentials. Bevor die nicht weg sind, reden wir nicht. Nein, wir würden in Gesprächen mit unserer Forderungsliste gehen, und da steht die Absage an die Großprojekte ganz oben. Für unser Gewicht bei Verhandlungen wäre wichtig, mit wieviel Wählerstimmen im Rücken wir antreten können.

**Wie, Herr Ströbele, wollen Sie nun genau diese Prozente vor allem im Osten gegen die PDS bekommen?**

Eine berechnete Frage. In Westbezirken sind wir stark, in Kreuzberg könnten wir sogar die stärkste Partei werden. Unser Problem liegt in den Ostbezirken, und dort auch in der Auseinandersetzung mit der PDS. Wir versuchen den Wählerinnen und Wählern deutlich zu machen: So wie die Bünd-

nisgrünen von vielen gesehen werden – als die, die nur das Benzin teurer machen und die Stasi jagen wollen –, so sind wir gar nicht. Wir wollen zwar die Benzinsteuern erhöhen – zunächst um 50 Pfennig –, aber wir wollen auch einen sozialen Ausgleich für die, für die das Auto noch unverzichtbar ist. Und wir haben ausgefeilte Programme für eine soziale Grundsicherung etwa oder für eine wirksame Begrenzung der Mietpreissteigerung.

#### **Und wie wollen Sie das im Osten vermitteln?**

Das fängt bei Personen an. Unsere Spitzenkandidatin Sybill Klotz ist eine kompetente Fachfrau mit Ostbiographie. Sie ist durch unsere Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit nominiert worden.

#### **Aber das wird das Grüne-Image in Ostberlin kaum verbessern.**

Das wird man noch mal sehen. Auf jeden Fall tut man den Grünen unrecht, wenn man sie auf Biotope reduziert. Was die Treuhänder verbochen hat, kann man zwar nicht mehr rückgängig machen, doch man kann und muß kenntlich machen, daß es oft ein Beispiel 'übelsten Kapitalismus' war. Und das tun Grüne sogar programmatisch. Auch sich dagegen auflehnen, daß Alteigentümer West den Besitzer Ost aus seinem Haus oder seiner Wohnung drängt.

#### **Damit wollen Sie sich nun den Ossi empfehlen, nachdem auch ihre Partei zusah, was da alles passierte?**

Ich will mich nicht ran-schmeißen, ich mach' Politik, um Gerechtigkeit herzustellen. Die Leute sind im Einigungsvertrag von ihrer Regierung verraten und verkauft worden. Wie das konkret ging, habe ich als Anwalt bei Narva in Berlin erleben müssen.

#### **Wollen Sie im Osten ein grünes oder ein linkes Image aufbauen?**

Ich will für meine Partei das Image, das ihr entspricht. Für mich selber sage ich ganz offen: Ich bin ein Linker, und ich will linke Politik machen.

#### **Im Osten sind viele Wähler von Bündnis 90/Grüne zur PDS gegangen. Auf 10 Abgänge kam 1994 nur ein Zugewinn. Als Gegner schneiden Sie also schlecht ab. Warum wollen Sie mit der PDS nicht lieber kooperieren?**

Die PDS ist unser Gegner im Wahlkampf. Die Partei oder gar ihre Wählerinnen und Wähler will ich aber nicht ausgrenzen. Wir werden die politische Praxis der Partei an den hehren Aussagen ihres Programmes, die ja zum Teil von uns übernommen wurden, messen. Und da paßt vieles nicht zusammen, etwa in der Wohnungs-, Ausländer-, Verkehrs- oder Antiatompolitik. Kooperation mit der PDS wird es hingegen nicht geben.

#### **Wir wären mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir uns, stünde Rot-Grün auf der Kippe, von der PDS nicht tolerieren ließen. Haben Sie das kürzlich so gesagt?**

Etwas vom Klammerbeutel habe ich gesagt, doch nicht das. Die innergrüne Debatte will ich nicht wieder aufmachen. Meine Auffassung war, man soll vor der Wahl dazu keine abschließende Aussage machen. Wir haben uns dann darauf verständigt, die Frage mit dem Hinweis auf die Beschluslage der SPD als erledigt zu betrachten.

#### **Die SPD lehnt jeglichen PDS-Geruch klar ab und sagt, die Stadt würde mit einer PDS in Senatsnähe auseinanderbrechen. Sehen Sie das auch so?**

Das sehe ich nicht so. Aber das Magdeburger Modell taugt nicht für Berlin. Wer mit seinem Wahlkreuzchen mehr will als Protest, muß dafür sorgen, daß wir mit möglichst viel Stimmen gestärkt in Koalitionsverhandlungen gehen können.

#### **Zurück zum vermeintlichen Koalitionspartner SPD: Will die in Berlin eigentlich ernsthaft Rosa-Grün?**

Sagen Sie nicht immer „rosa/grün“. Es geht um eine grün/rote Koalition.

Aber zurück zu Ihrer Frage: In der SPD-Spitze gibt es wohl

eine Präferenz für das bequeme Verharren in der großen Koalition mit der CDU. Wenden können das nur die Wählerinnen und Wähler. Wenn sie mit ihrer Stimme zu verstehen geben: Achtung! Entweder die SPD kriegt die Kurve und bewegt sich hin zu einer anderen Politik, oder sie landet diesmal bei der 30%-Marke, und bei der nächsten Wahl sind es nach weiteren 5 Jahren Koalition mit der CDU nur noch 25%. Wenn die SPD erkennt, daß ihre Option für die große Koalition für sie zur Existenzfrage wird, wird sie sich bewegen hin zu einem Wechsel.

#### **Die SPD war man in Westberlin mal eine 60-Prozent-Partei. Ist große Koalition heute bequemer Ersatz dafür?**

Das kann man so sehen. Ich hoffe eben, daß das die Wähler auf Dauer nicht hinnehmen.

#### **Hätte Rosa-Grün in Berlin Signalwirkung für die Bundestagswahl 1998?**

Für dieses Signal braucht man nicht unbedingt Berlin. Zwei Signale für die Bundestagswahl wären allerdings schon wichtig: Erstens, daß große Koalitionen ein abschreckendes Beispiel dafür sind, wie sich die SPD und die allgemeine Politik in ihnen runterwirtschaftet, daß man eine große Koalition auf Bundesebene deshalb unbedingt verhindert muß. Und Zweitens für die Grünen selbst. Wir wollen den Trend der letzten Landtagswahlen im Osten umkehren und mindestens unser gutes Ergebnis in den Ostbezirken bei der Wahl vor fünf Jahren wieder erzielen. Am besten ein paar Prozente mehr.

## Dokument 20

Heiner Halberstadt: Was ist an der SPD eigentlich noch sozialdemokratisch?  
In: »Neues Deutschland« vom 20. September 1995

Der Name, sagte kürzlich ein Bekannter zu mir. Alles andere kannst du inzwischen vergessen.

In der Tat. Noch vor ein paar Jahren verglich der schnelle Denker Peter Glotz die SPD mit einem großen Tanker. Wenn solch ein Hunderttausendtonner eine Kursänderung einleiten wolle, müsse der Käpt'n mit der Umsteuerung viele Seemeilen zuvor beginnen. Solch Kursänderung muß bei der SPD schon vor langer Zeit angefangen haben. Wahrscheinlich haben wir das damals alle nicht so recht wahrgenommen. Oder nicht wahrnehmen wollen. So wie die schnelle Zunge des Peter Glotz auch immer weniger Denken transportiert, was man ebenfalls erst mit der Zeit bemerkt.

Zurück zur maritimen Symbolik. Die SPD jedenfalls muß den nur vorausplanend zu steuernden Tanker inzwischen verlassen haben. Gegenwärtige Kursänderungen jedenfalls – im rasanten Zick-Zack immer mehr von Backbord nach Steuerbord hin – lassen das kleiner gewordene SPD-Schifflein in immer härterem und höherem Wellenschlag bereits gefährlich tanzen. Und irgendwie hat es die SPD-Präsidiale Heidi Wiecek-Zeul ganz schön symbolträchtig auf einem ganz und gar steuerlos gewordenen Kahn im Pazifik besonders erwischt.

Aber jenseits von Symbolik und zur Sache. Fast anderthalb Jahrhunderte hat die SPD die gesellschaftliche Entwicklung national und international wesentlich mitgeprägt. Bei allen Niedergängen, Anpassungen und Irrtümern: Sie war lange Zeit die politische Verkörperung und Gestaltungskraft einer sozial verfaßten Demokratie schlechthin.

Ist jetzt das Ende der sozialdemokratischen Ära eingeläutet? Geht sie zu Ende, so wie auch der Kommunismus als Gesellschaftsmodell ein geschichtsträchtiges Ende gefunden hat?

Wenn man die Bemühungen der SPD-Führung (so es solche noch gibt) betrachtet, gewinnt man den Eindruck, es geht denen gar nicht schnell genug damit, die SPD als interventionsfähige Kraft im Gesellschaftsprozess auszuschalten.

Doch Handlungsgehilfen allein sind noch kein geschichtswirksames Vollzugsorgan. Erst wenn das verloren oder untergegangen ist, was den inneren Gehalt, die Bündelung und Antriebskraft einer gesellschaftlichen Organisation ausmacht, erst dann zerfällt das Ganze, löst sich in subjektiv stimulierten Turbulenzen auf.

Der Partei- und Staatskommunismus ging unter, weil er die Grundelemente einer humanen Gesellschaft mißachtete und unterdrückte: die individuellen Menschenrechte und die demokratische Selbstbestimmung.

Die SPD droht zu scheitern, weil sie grundsätzliche Gesellschaftskritik über Bord geworfen hat; weil sie sich in ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem integriert hat, das seinem Wesen nach eine gigantische, materialistisch orientierte Verwertungsmaschine ist, die droht, alle Ressourcen des Planeten und damit den Menschen selbst zu verschlingen.

Was verbleibt? „Aufstieg zum Sozialismus oder Untergang in der Barbarei“? (Rosa Luxemburg). Sozialismus als Entwurf einer humanen, freiheitlich-emanzipatorischen Gesellschaft? Die SPD jedenfalls hat so etwas seit langem aus dem Blickfeld und damit als Motivation einer konkreten Politik verloren.

HEINER HALBERSTADT,  
Frankfurt am Main

Unser Autor ist freier Journalist, er war stellvertretender Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der Stadt Frankfurt/Main und arbeitete zuletzt als Referent beim ehemaligen Oberbürgermeister Hauff.

## Dokument 21

Wechsel in Gefahr. Interview mit Gregor Gysi

In: »Neues Deutschland« vom 21. September 1995

Die Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, Heide Simonis (SPD), hat ihrer Partei geraten, im Kampf gegen Kohl im Bundestag auch die Stimmen der PDS zu nutzen. Kriegt sie die von Ihnen?

Das hängt vom konkreten Fall ab. Wenn wir mit SPD-Anträgen übereinstimmen, hatten wir noch nie Hemmungen, ihnen zuzustimmen. Nur, wenn man gemeinsam konservative Mehrheiten brechen will, dann müßte es erst einmal Gespräche zwischen der SPD-Fraktion und der PDS-Gruppe geben. Die finden ja überhaupt nicht statt.

**Gab es Bemühungen darum von Ihrer Seite?**

Nicht so konkret, aber seit Dezember 1989 ist eigentlich bekannt, daß wir offen sind für solche Gespräche. Man könnte es ja wenigstens versuchen. Aber die Leitung der SPD-Fraktion verhält sich ausgesprochen verkniffen uns gegenüber und läßt sich die Maßstäbe von CDU und CSU vorgeben. Andere in der SPD haben weniger Probleme, mit uns zu reden.

**Gelegentlich wird spekuliert, daß nach der nächsten Bundestagswahl des Mag-**

## Wechsel in Gefahr

deburger Modell bundesweit zur Debatte stehen könnte. Können Sie sich angesichts der derzeitigen Politik von SPD und Bündnis 90/Grüne eine solche Tolerierung vorstellen?

Im Augenblick gibt es keine gesellschaftliche Stimmung für Rot-grün. So ein Projekt müßte breite Akzeptanz finden. Wir haben immer gesagt, an uns scheitert die Bildung einer rot-grünen Regierung nicht. Ich glaube, wenn es eine gesellschaftliche Mehrheit für SPD; PDS und Bündnis 90/Grüne gibt, dann werden es unsere Wähler gar nicht zulassen, daß wir eine solche Chance für notwendige Veränderungen in der Gesellschaft auf Dauer nicht nutzen.

Aber das Klima dafür muß erarbeitet werden. Das ist auf Bundesebene bislang von der SPD und den Bündnisgrünen nicht geleistet worden. Insbesondere von der SPD nicht. Wenn sich da in den nächsten zwei Jahren nicht viel tut, befürchte ich, daß der konservative Zeitgeist weiter der vorherrschende sein wird.

**Noch einmal zu der Simonis-Außerung - wie sieht nach Ihrer Beobachtung im Bundestag der Kampf der SPD gegen Kohl aus?**

Der ist im Augenblick nicht ernstzunehmen. Die SPD gibt sich im Moment alle Mühe, nicht wie eine Alternative zur Regierung auszusehen. Darüber freue ich mich nicht, weil ich denke, ohne die SPD wird es keine gravierenden Veränderungen geben. Je schwächer sie wird, desto geringer sind die Chancen überhaupt.

**Gefährdet die SPD damit den Wechsel auch auf längere Sicht?**

Ja, wenn sie kein eigenständiges Profil entwickelt, wenn sie nicht eine Politik macht, die sie von der CDU halbwegs unterscheidet. Das ist aber im Augenblick nicht der Fall. Wenn ich es richtig sehe, wird uns der desolate Zustand der SPD noch eine ganze Weile begleiten.

**Könnte das nicht die Stunde der Ost-SPD sein?**

Nach meinem Eindruck könnte sie ein größere Rolle spielen, wenn sie das Eigen-



ND-Foto: Burkhard Lange

ständige ihrer Entwicklung im Osten stärker in die Waagschale wirft. Auch, was ihren Umgang mit der PDS betrifft. Es gibt Ansätze dafür, und ich glaube, sie werden zunehmen. Das kann die SPD verändern. Ich denke an Leute wie Höppner, Stolpe und Ringstorff. Denen wird klar, daß durch die vielen großen Koalitionen auf Dauer das Profil der SPD zerstört wird. Aber es ist nicht meine Aufgabe, mir den Kopf der SPD zu zerbrechen. Das muß sie schon selbst tun.

Fragen:  
WOLFGANG HÜBNER

## Dokument 22

Für uns ist die PDS Partner im linken Lager. Interview mit Rudolf Borchert  
In: »Neues Deutschland« vom 25. September 1995

**Was ist der Warener Kreis?**

Ein offener Gesprächskreis der Linken innerhalb der SPD Mecklenburg-Vorpommerns. Wir haben uns im Januar 1995 als Reaktion auf die Große Koalition getroffen, um nach Alternativen zu suchen, um das sozialdemokratische Profil mehr zur Geltung zu bringen.

**Wer arbeitet mit?**

In erster Linie Genossinnen und Genossen aus Waren und Rostock, doch inzwischen auch aus allen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns, zur Zeit etwa 75; im Einladerkreis sind wir im Augenblick zwölf.

**Der Einladerkreis hat gerade ein Mitglied verloren.**

Ja. Bislang gehörte der Bundestagsabgeordnete Tilo Braune dazu. Wir hatten mit ihm Differenzen über sein Abstimmungsverhalten im Bundestag über den Einsatz von Bundeswehrtruppen in Bosnien. Tilo Braune hatte dafür gestimmt; der Warener Kreis lehnt Bundeswehrtruppen in Bosnien ab.

**Hat der Kreis ein Programm?**

Das Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989 ist für unser politisches Handeln Richtschnur. So halten wir auch am Ziel des demokratischen Sozialismus fest. Wir kennen uns eindeutig zu den Wurzeln des Sozialismus in seiner ursprünglichen Gestalt, daß nämlich die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist, wie es im Manifest von 1848 heißt.

**Was heißt das 147 Jahre später?**

Für die Gegenwart sind wir davon überzeugt, daß der ökologische Umbau der Industriegesellschaft von der Sozialdemokratie federführend vorangetrieben werden muß. Wir wollen das Recht auf Arbeit als Menschenrecht. Die Arbeitslosigkeit ist gesellschaftlich verursacht und muß ebenso politisch gelöst werden wie eine gerechte Steuerpolitik und die Verteilung des Reichtums zugunsten der Armen und Benachteiligten unserer Gesellschaft.

**Wer sind Ihre Bündnispartner?**

Wir wollen versöhnen statt spalten. Das heißt vor allem, Brücken zu ehemaligen SED- und Blockparteimitgliedern zu bauen. Ganz entscheidend ist: Wir haben ein grundsätzlich anderes Verständnis von der PDS als die Parteiführung in Bonn, insbesondere Rudolf Scharping. Wir sehen das Magdeburger Modell als Pilotprojekt auch für Mecklenburg-Vorpommern.

Wir sehen die PDS auch auf gesetzgebender Ebene als wichtigen Partner für die linken Reformkräfte in Deutschland. Wir sind nicht bereit, diese Stimmen von vornherein vom linken Lager abzuziehen, sondern wollen die PDS in Verantwortung einbinden und sie auf diesem Wege auch demokratisieren, weil wir davon überzeugt sind, daß der Reformflügel sich innerhalb der PDS durchsetzen wird. Selbstverständlich müssen wir aber auch noch weitaus enger als bisher mit unseren traditionellen Bündnispartnern wie den Gewerkschaften, der Arbeiterwohlfahrt oder den Falken zusammenarbeiten.

**In welchen Punkten unterscheiden sich die Positionen des Warener Kreises von denen des Reformflügels der PDS?**

Eine spannende Frage. Nicht nur in der Kommunalpolitik, sondern zunehmend auch auf Landesebene sind das nur noch graduelle Unterschiede in inhaltlichen, substantiellen Fragen. Was immer noch zwischen uns steht, ist die Bewältigung der Vergangenheit. Man hängt der PDS immer noch den Makel an – und letztendlich hat sie ihn ja zum Teil –, daß sie die alte SED noch repräsentiert. Diese Frage wird oftmals auch von Kräften, die wenig Interesse an einer Zusammenarbeit von SPD und PDS haben, in den Vordergrund gespielt.

**Was halten die Warener ihren innerparteilichen Widersachern entgegen, die dann sagen: Geht doch rüber zur PDS?**

Die Unterschiede zur PDS sind klar und deutlich, solange die PDS sich nicht öffentlich dazu bekennt, das Grundgesetz anzuerkennen, solange sie sich nicht eindeutig zur parlamentarischen Demokratie und allem, was dazu gehört, bekennt.

Es fehlt auch das klare Bekenntnis der PDS zum Reformsozialismus, wie wir ihn verstehen, nämlich innerhalb des kapitalistischen Systems mit vielen, vielen kleinen Schritten über Reformen letztendlich die Vision des demokratischen Sozialismus irgendwann zu verwirklichen. Es wird lange dauern, doch wir sind davon überzeugt, daß wir diese Vision brauchen und daran festhalten müssen.

**Aber Sie wollen einen eigenen Weg gehen?**

Wir sehen uns als Teil der SPD und wollen keinen Sonderweg. Wir haben allerdings eine recht ausgeprägte Bereitschaft, mit linken Reformkräften zusammenzuarbeiten. Da unterscheiden wir uns vielleicht schon von weiten Teilen der SPD. Und wir unterscheiden uns sicherlich auch in der Konsequenz. Viele in der Partei reden nur davon, sich zu sozialdemokratischen Grundsätzen zu bekennen, aber sie handeln nicht danach.

**Was sind Ihre landespolitischen Vorstellungen?**

Unser Ziel ist es, spätestens 1998 eine echte Alternative zur Großen Koalition zu haben, denn wir befürchten, daß es der CDU gelingen könnte, stärkste Partei zu bleiben. Wir wollen verhindern, daß die SPD auf längere Zeit als Juniorpartner durch die politische Landschaft laviert. Nach unserem Verständnis werden viel zu viele Kompromisse geschlossen.

**Aber bis 1998 bleibt die SPD Juniorpartnerin der CDU – und verliert weiterhin an Unterstützung?**

Das befürchte ich. Die Landtagsfraktion bemüht sich zwar redlich, aus dem Kompromiß-

papier der Koalitionsvereinbarung das Bestmögliche herauszuholen, aber eine Große Koalition hat immer den Makel, daß die Sozialdemokratie ihr Gesicht verliert. Und das ist hier ganz offensichtlich.

**Würden sich Parlamentsabgeordnete, die im Warener Kreis mitarbeiten, gegebenenfalls gegen die Mehrheit ihrer Partei wenden?**

Ja. Da gibt es auch schon ein Beispiel. Als es im Landtag darum ging, zur Ablehnung eines Abschiebestopps für kurdische Flüchtlinge Position zu beziehen, haben vier Abgeordnete der SPD entgegen der Empfehlung der Landtagsfraktion Stellung bezogen. Und es gibt eine Reihe anderer Beispiele. Drei Abgeordnete bekennen sich öffentlich zum Warener Kreis, nämlich Sylvia Bretschneider, Beate Mahr und Gerlinde Schnell.

**Aber im jüngsten Konfliktfall haben auch sie für die Koalition gestimmt, als es um die grundsätzlichen Bedenken gegen die Erteilung von Spielbanklizenzen ging.**

Ich will nicht im einzelnen bewerten, was dabei in der Landtagsfraktion abgelaufen ist. Ich glaube, daß auch vieles, was in der Öffentlichkeit als Koalitionsstreit hochgespielt wird, letztendlich nicht so viel hergibt. Ob die Spielbankaffaire nun der ausschlaggebende Faktor sein könnte, um die Große Koalition in Frage zu stellen, das muß man sachlich bewerten. Aus meiner Sicht war's das nicht, wobei ich glaube, daß die Große Koalition auf sehr wackligen Füßen steht. Doch wenn sie platzt, dann muß es substantiell etwas mehr sein als eine Spielbankaffaire.

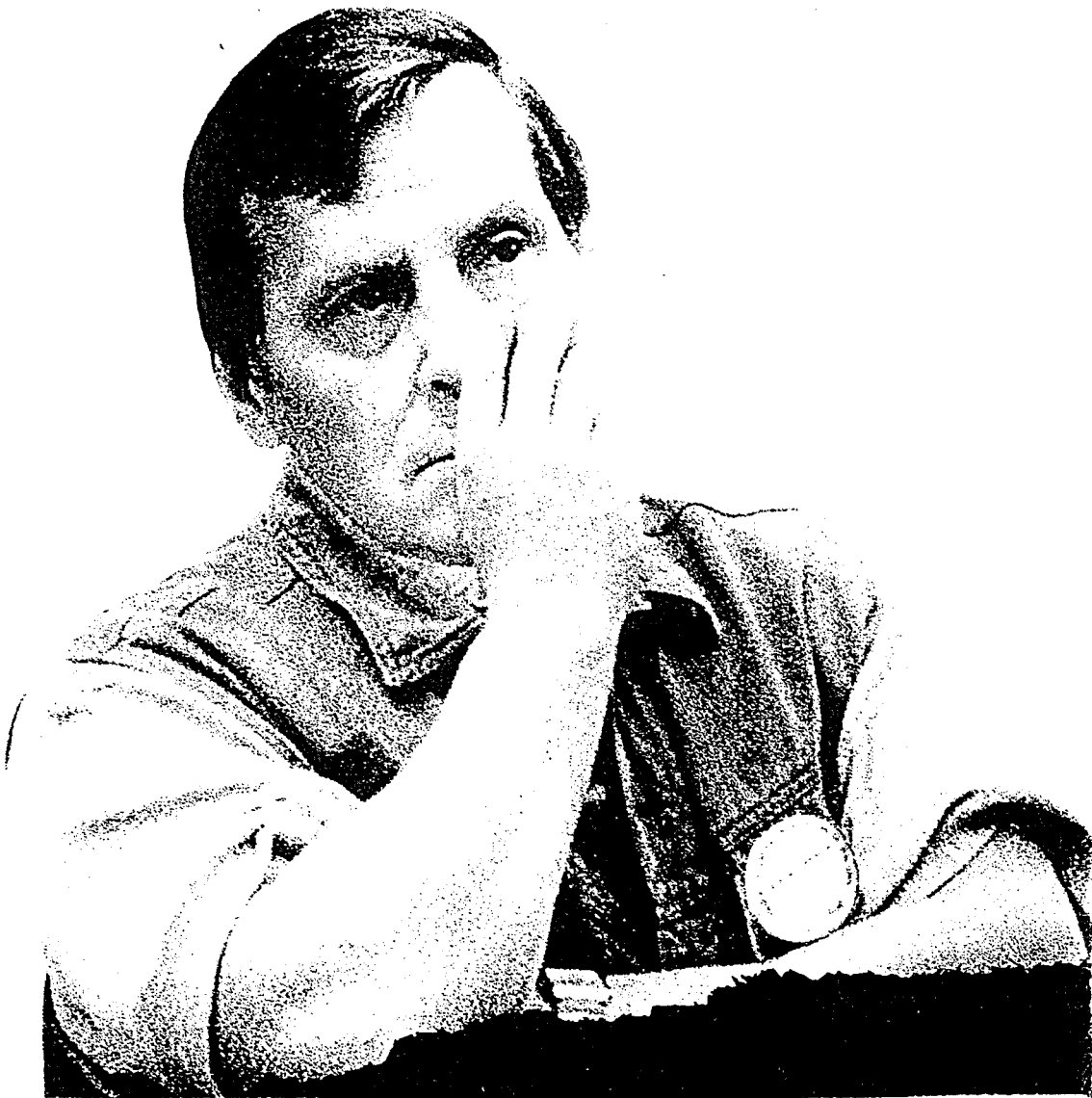
**Was zum Beispiel? Die Schulpolitik?**

Wenn die CDU weiter bei ihrem Kurs bleibt und den jetzt vorliegenden Entwurf eines Schulgesetzes weiter in Frage stellt, ja! Schon dieser Entwurf liegt jenseits der Schmerzgrenze dessen, was wir als Sozialdemokraten in Mecklen-

burg-Vorpommern verkraften können, da schon die Koalitionsvereinbarung ein weitgehender Kompromiß war.

Es gibt allerdings sowohl in der CDU als auch in der SPD starke Kräfte, die sich aus unterschiedlichen Gründen an dieser großen Koalition festklammern.

*Interview:*  
*FRIEDRICH SIEKMEIER*



## Dokument 23

»Zur Schlammschlacht lasse ich mich nicht provozieren«. Interview mit Ingrid Stahmer

In: »Neues Deutschland« vom 5. Oktober 1995



Frau Stahmer, nach Ihren Chancen bei den Berliner Wahlen am 22. Oktober befragt, sagten Sie uns vor Monaten im Interview: „Stolpe hat das in Brandenburg doch auch geschafft“. Was er schaffte, war immerhin die absolute Mehrheit. Was meinen Sie nun, knapp drei Wochen vor den Berliner Wahlen, hier noch schaffen zu können?

Ich finde Spekulationen inzwischen so fruchtlos, daß ich die nicht anstelle. Aber ich halte weiterhin für möglich, daß wir für die SPD die Mehrheit holen.

**Wenn Sie das packen sollten, wonach es demoskopisch kaum aussieht, was bedeute das dann für die Stadt?**

In jedem Fall signalisierte das einen politischen Wechsel. Entweder mit den Grünen jenseits der jetzigen Großen Koalition oder wieder mit der CDU, dann allerdings mit der SPD als Senior-Koalitionspartner.

Den Grünen gegenüber setzen Sie jetzt schon die Latte so hoch, daß das alles etwas realitätsfern wirkt. Sie sagen, mit nur vier, fünf Sitzen Mehrheit gäbe es mit Ihnen und denen eine Regierung nicht.

Es kommt auf eine stabile politische Grundlage an. Es wäre doch realitätsfern, mit einer nur knappen rot-grünen Mehrheit die Stadt sicher und stabil regieren zu wollen. Wir brauchen eine wirklich gesellschaftliche Mehrheit. Die hat es '89/90 nicht gegeben (damals hatte Rosa-Grün ein Plus von sechs Parlamentssitzen - d.R.). Wenn ich da mal etwas früher aus dem Senat nach Hause kam, mutmaßten die Nachbarn schon: Ach, heute ist's wohl geplatzt? Eine solche Stimmung wird es mit mir als regierende Bürgermeisterin in der Stadt nicht geben.

**Für eine gesellschaftliche Mehrheit brauchte es nicht nur Wählervertrauen zu Rot-Grün, wie Sie es nennen, son-**

**dern zuerst einmal für die SPD selbst. Inwieweit schadet die Bundes-SPD den Berliner Genossen?**

Wir spüren, daß es die Sache hier schwieriger für uns macht. Wir denken aber, daß die Wähler klug genug sind, daran zu denken, daß nicht zum Bundestag, sondern zum Berliner Abgeordnetenhaus gewählt wird.

**Da die Berliner SPD aber wie ein Kaninchen auf die Bonner Schlange starrt, müssen die Wähler doch den Eindruck bekommen, Sie hier sind ebenso zerrissen und konturenlos.**

Ich habe immer deutlich gesagt, daß ich den persönlichen Streit zwischen Scharping und Schröder für schädlich halte.

**Aber in der Sache, in der Wirtschaftspolitik, gab es doch keine deutliche Berliner SPD-Positionierung.**

Da irren Sie. Ich habe auch deutlich gesagt, daß wir eine Wirtschaftspolitik brauchen, die die soziale Sicherung der

Arbeitnehmer ebenso einschließt wie günstigste Rahmenbedingungen für Unternehmer. Und da befinde ich mich in Übereinstimmung mit dem, was Gerhard Schröder als Ministerpräsident in seinem Land macht. Ich sage aber ebenso, daß ich so gravierende Unterschiede zwischen Schröder und Scharping gar nicht erkennen kann.

**Wenn es für Sie am 22. Oktober in Berlin nicht reicht, dann werden Sie zuallererst die Schuld in Bonn suchen, oder?**

Bei unserer Wahlanalyse wird die Bundes-SPD eine angemessene Rolle spielen.

**Da baut Herr Schröder schon vor. Dieser Tage sagte er, er halte Sie, Frau Stahmer, zwar für eine tolle Kandidatin, Ihre Wahlkampfangebote allerdings nicht für den großen Wurf.**

Gerhard Schröder kennt sich am besten in Niedersachsen aus, ich in Berlin. Was große

Würfe sind oder nicht sind, merkt man immer erst hinterher. Was wir für die Stadt vorhaben, wenn wir stärkste Partei werden, halte ich nach wie vor für richtig und überzeugend: Da sind zwar nicht die ganz dicken programmatrischen Sensationen drin, aber die Leute auf der Straße, mit denen ich täglich rede, verstehen mich durchaus.

#### Was verstehen die denn?

Daß wir weder markt-schreierische Programme noch Schlamm-schlachten brauchen. Statt dessen solide Arbeit. Zur Schlamm-schlacht lasse ich mich auch nicht provozieren.

**Warum führen Sie einen so pädagogischen Wahlkampf? Sozusagen nur einen für die SPD, aber beispielsweise nicht auch gegen die CDU? Die kämpft Ihnen doch inzwischen plakativ jede Stimme ab!**

Daß unser Wahlkampf gegen die CDU von vielen Medien nicht wahrgenommen wird, finde ich schon erstaunlich. Weil nämlich jede Rede von mir, jede Pressekonferenz die Minuspunkte der CDU und deren infames Doppelspiel ganz klar benennt.

#### Doppelspiel?

Ja, Doppelspiel. Herr Diep-gen gibt sich hier als Regie-render Bürgermeister öffent-lich zutiefst sozial, wohl wis-send, daß das bei seiner Frak-tion und vor allem später beim Kanzler in Bonn ohnehin durchfällt.

**Frau Stahmer, warum nehmen die Medien das alles „nicht wahr“, wie Sie sagen? Ein abgekartetes Spiel gegen Sie, gar eine Blockade durch Chefredakteure?**

Die Medien sind weitgehend auf Wahlkämpfe alten Stils ein-gerichtet. Daß wir mit dem Holzhammer aufeinander los-gehen, uns gegenseitig zu Idio-ten machen. Ich habe immer gesagt, so was will ich nicht. Und ich stehe dazu.

**Auch um den Preis, am 22. Oktober nur zweite Siegerin zu sein?**

Ich will weder solche Form der Wahlkämpfe, noch solche Form von Politik, die damit zu-sammenhängt. Und selbst wenn Bürgerinnen und Bürger das nicht akzeptieren können – ich werde mich nicht verbie-gen.

**Aber das führt dazu, daß mancher Ihnen nicht abnimmt, daß Sie's mit dem „Wechsel“ ganz ernst meinen. Wenn die CDU plaka-tiert: Nie wieder Rot-Grün, nie wieder Kommunisten,**

**warum sagen Sie nicht wenigstens: Nie wieder schwarze Zeiten für diese Stadt, sondern ganz beschaulich: Bessere Politik für Berlin?**

Weil ich mit den Menschen eben genau über diese Politik ins Gespräch kommen will, nicht über künstlich geschürte Ängste. Vielen fehlen ja die direkten Konflikte. Dazu kann ich nur sagen, daß sich Herr Diep-gen weigert, mit mir vor der Kamera oder auch nur vor einem Saal direkt zu diskutieren.

**Fühlen Sie sich von Ihren eigenen Leuten zu schwach verwahlmarkt?**

Noch mal, ich glaube, daß vernünftige Politik vernünftig rübergebracht werden kann und muß. Auch da treibt die CDU übrigens ein Doppelspiel. Hier gibt sich Eberhard Diep-gen quasi staatsmännisch, dort entfesselt sein Wahlkampfchef Radunski die Schlamm-schlacht. Das ist doch alles höchst unglauwbüdig.

**Frau Stahmer, glaubwürdig scheint mir auch nicht, wenn Sie vor der Presse verkünden, die SPD-Senatoren seien die alleinigen Lichtblicke dieses Senats der Großen Koalition gewesen. Wo es doch, so der Volksmund, selbst in der Ehe immer irgendwie zwei Schul-dige gibt, oder nicht?**

Ich vermag an uns SPD-Senatoren lange nicht so viele Fehler zu entdecken, wie an den CDU-Kollegen. Warum soll ich das nicht sagen?

**Wenn das so ist, warum haben Sie es denn in den fünf Jahren nicht wenigstens alle vier Wochen mal so gesagt?**

Ja, ich glaube, es ist ein Fehler gewesen, daß wir unsere Leistungen als SPD-Senatoren nicht immer richtig unterstrichen haben. Und es ist dem-gegenüber grotesk, wie da Herr Diep-gen heute meine Renten- und Sozialangelegenheiten vor der Presse für sich als Erfolg darstellt.

**Aber es wird ihm weitgehend abgenommen in der Stadt.**

Da bin ich anderer Ansicht. Und man muß hinzu noch wis-sen, daß er bei unserer selb-ständigen Ressortaufteilung als Regierender Bürgermeister damit gar nichts zu tun hat (der Regierungschef hat laut Lan-desverfassung keine Richtli-nienkompetenz im Senat – d.R.).

**Nach Ihrer Lesart also noch eines der CDU-Doppelspiele?**

Und ich will Ihnen noch eins nennen. Die CDU betreibt es in bezug auf die PDS. Hier setzt sich CDU-Senator Pieroth mit der PDS-Landesvorsitzenden

Pau einträchtig auf ein Sofa, gleichzeitig wird dort altbak-kene Kommunistenfurcht ge-schürt.

Damit versucht die CDU nicht nur, uns Wähler abspen-tig zu machen, sondern auch von der PDS welche zu sich zu ziehen. Desweiteren sollen die Leute lieber PDS als SPD wäh-len, das ist CDU-Strategie. Wo-bei nachdenklichen PDS-Wäh-lern doch klar sein müßte, daß sie Herrn Diep-gen schon da-durch unterstützen, wenn sie PDS wählen und nicht uns. Nur die SPD kann in Berlin Diep-gen verhindern!

**Das dürften nicht allzu viele PDS-Wähler so sehen. Und**

**bisher fordern Sie die ja auch nicht direkt auf, die PDS nicht zu wählen, sondern nur, die Stimme Ihnen, der SPD, zu geben.**

Wählerinnen und Wähler sind viel klüger, als gemeinhin angenommen wird. Es haben letztes Jahr bewußt viele Leute die PDS gewählt, damit die überhaupt in den Bundestag kommt. Und ich traue diesen Menschen jetzt ebenso zu, daß sie die PDS ganz bewußt eben nicht wählen, wenn es um die Geschicke der Stadt geht.

**Fordern Sie damit PDS-Wäh-ler zu Leihstimmen für die SPD auf?**

Keineswegs, ich appelliere allein an die politische Klugheit der Menschen dieser Stadt.

**Frau Stahmer, Max Weber schrieb schon 1919, daß es in der Politik in erster Linie längst nicht mehr um Inhalte, sondern um Ämterpatronage geht. Auf welche Gruppen muß da die Berliner SPD Rücksicht nehmen?**

Ich will eben auf all solche Angelegenheiten keine Rück-sicht nehmen! Wir brauchen, wie ich dauernd darzustellen versuche, eine ganz andere Poli-tik. Eine mit Leidenschaft, Augenmaß und Verantwortungsgefühl. Ist auch ein Zitat von Max Weber.

**Wenn nicht auf Ämter, neh-men Sie dann in Ihrem ver-haltene Wahlkampf schon auf die CDU als den mög-lichen neuerlichen Senior-partner in einer Großen Koalition Rücksicht?**

Ich sehe angesichts meiner, den Wahlkampfgegner in pro-grammatischer wie in perso-neller Hinsicht angreifenden Äußerungen für Ihre Vermu-tung keinerlei Grundlage. Aber ich muß die CDU doch wohl nicht beschimpfen, oder?

**Sie sagen klar, Frau Stahmer: Mit der PDS geht mit uns nach dem 22. Oktober nichts und gar nichts. Warum über-**

**lassen Sie die Entscheidung darüber nicht einem Partei-tag nach den Wahlen?**

Es hat, das wissen Sie genau, Herr Müller, bereits ein Par-teitag darüber entschieden. Und diese Entscheidung war in Berlin vor dem Wahlkampf nötig. Weil die Mauer genau in Berlin und beispielsweise nicht in Magdeburg gebaut worden ist. Da gibt es nicht das geringste Wackeln in der SPD. Und für etwas anderes als für diesen Parteitagsbeschluß ste-he ich nicht zur Verfügung.

**Wenn es klappt, werden Sie nach dem 22. Oktober Regie-rende Bürgermeisterin. Was machen Sie, wenn es nicht klappt? Werden Sie wieder Senatorin in einem Diep-gen-Senat?**

Wenn überhaupt, dann ma-che ich mir darüber erst nach dem 22. Oktober Gedanken. Ich habe übrigens außer mei-nem politischen auch einen ganz normalen Beruf, den ich jederzeit ausüben kann.



## Dokument 24

»Wo lag Kohl denn vor zwei Jahren?«. Interview mit Rudolf Dressler  
In: »Neues Deutschland« vom 7./8. Oktober 1995

Heute feiert die SPD – die älteste deutsche Partei – in Berlin den 50. Jahrestag ihrer Neugründung. An überschwänglichem Jubel dürfte Mangel sein. Schließlich steckt die 1863 gegründete, 1933 verbotene Partei gegenwärtig im Meinungstief. Nur jeder dritte bis vierte Bundesbürger würde sie heute wählen. Mitte der Woche schickte die Partei sich an, mit einem sozialpolitischen Kongreß in Berlin (ND berichtete) wieder in die Offensive zu kommen. Mit RUDOLF DRESSLER (54), dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion und Präsidiumsmitglied der Partei, versuchte HELFRIED LIEBSCH ins Gespräch über neue Akzente in der sozialdemokratischen Gesellschaftspolitik zu kommen. Den gebürtigen Wuppertaler und anerkannten Sozialexperten drückten andere Sorgen stärker.

Foto: dpa



**Ihr ehemaliger Fraktionschef im Bundestag, Hans-Ulrich Klose, hat sich beklagt, der SPD fehle ein richtiges Projekt. Soll nun die Sozialpolitik die Lücken füllen?**

Wenn die SPD die Gesellschaftspolitik, die Sicherheit der Sozialversicherungssysteme, deren Finanzierbarkeit und Akzeptanz, nicht weiterhin als ihr Thema pflegt, würde das ein nicht abzuschätzendes Maß an Identifikationsverlust bedeuten. Es würde die Partei in viel größere Schwierigkeiten bringen als die augenblicklichen Personalquerelen. Es wäre ein irreparabler Kompetenzverlust.

**Sie sehen keinen Zusammenhang zwischen der Favorisierung des Sozialthemas und dem Akzeptanzverlust der Partei bei den Wählern? Womöglich regt die Leute etwas ganz anderes auf?**

Es ist zugegeben nur ein Thema, aber ein sehr wichtiges. Sozialpolitik von heute

heißt auch Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, heißt Innovation, Technologiepolitik. Das interessiert brennend.

Selbst ein einziger Fall aus diesem großen Feld Gesellschaftspolitik – die Absicht der Koalition, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall um 20 Prozent zu kürzen – hat im Sommer einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Wenn die Leute erst einmal begriffen haben, daß jetzt die gesamten Sicherungssysteme durch die Regierung zur Disposition gestellt werden, dann wird ziemlich viel los sein in Deutschland.

**Nicht viel los scheint im Moment mit Ihrer Partei zu sein.**

Es ist tatsächlich eine Tragik und ein Stück Verantwortungslosigkeit, wenn die SPD mit Personaldebatten die wichtigen Auseinandersetzungen mit dem politischen Kontrahenten überlagert. Wir blockieren uns selbst.

**In dem Thesenpapier, das Sie und Rudolf Scharping der**

**Konferenz vorgelegt haben, gibt es ziemlich große Worte. Von der Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung ist die Rede. Wie soll die denn konkret aussehen?**

Das Konzept dafür habe ich selbst mit anderen ausgearbeitet. Nachlesen können Sie es in unserem Sozialpolitischen Programm, beschlossen 1988 auf dem Bundesparteitag in Münster.

**Ein alter Hut also.**

Im Gegenteil! Je stärker die Armut, je größer die Wohnungsnot, je höher die Sozialhilfeempfänger-Zahlen, desto bedeutsamer wird doch ein solches Konzept!

Die Frage ist, wie unsere Angebote angenommen werden. Freilich ist der Streit Müller gegen Meier rascher erfaßbar.

Womöglich ist die Bereitschaft von Menschen, die ein normales Auskommen haben, ein Konzept zur Grundsicherung, zur Armutsbekämpfung,

zur Festigung der Sozialversicherungssysteme zur Kenntnis zu nehmen, nicht besonders groß. Um so schlimmer, daß wir die bescheidenen Transportmöglichkeiten in die Gesellschaft mit der Personaldebatte blockieren.

**Herrgott, wundert es Sie, wenn angesichts der Talfahrt der SPD öffentlich nach Alternativen zum Parteivorsitzenden gesucht wird?**

Das wundert mich nicht. Ich will aber auf ein paar Sachverhalte aufmerksam machen, was immer daraus zu folgern ist. Heute vor vier Jahren, im Herbst 1991, stand Kohl in der Wählergunst weit unter 30 Prozent. Wir hätten weit über 50 Prozent. Das war drei Jahre vor der Wahl. Damals hieß die Parole in der CDU: Der Kohl muß weg. Niemand glaubte an seine Zukunft – außer Kohl.

1995 gibt es offensichtlich eine Analogie. Ich kenne keinen CDU-, CSU- oder FDP-Politiker, der Scharping Kompetenz abspricht, ihn öffentlich angreift, seine Konzepte verwirft. Ruhe also an der Regierungsfrente.

Ich sehe nur Sozialdemokraten, die an ihm herummäkeln. Das ist natürlich das Besondere, was auch Journalisten besonders interessiert, die Kritik vom politischen Gegner ist das Allgemeine, was keine Zeile wert scheint.

Wir brauchen Selbstdisziplin, ein Stück mehr Geschlossenheit und Zusammengehörigkeitsgefühl, als es von den Konservativen und Wirtschaftsliberalen erwartet wird. Die politische Sache gehört wieder auf die Tagesordnung, die persönliche muß runter. Wenn diese einfachen Voraussetzungen wieder erfüllt werden, sehen wir in ein paar Mo-

naten ein völlig verändertes Bild der Sozialdemokratie. Wir stehen kurz vor dem Parteitag – und ich hoffe, daß in Mannheim der Durchbruch gelingt.

**Die Vorwürfe gegen Rudolf Scharping als „Oppositionsführer“ und Kanzlerkandidaten des ersten Zugriffs konzentrieren sich nicht nur auf Inhalte. Der Mann kann sagen, was er will – es kommt nicht rüber.**

Die Vorwürfe hört und liest man. Nicht zur Rechtfertigung, nur zur Erinnerung: Die Repräsentanten von Artikel 5 unserer Verfassung haben in den 80er Jahren, bis Anfang der 90er Jahre noch Herrn Kohl als den Dorfdeppen der Nation transportiert. Parteien und Politiker können sich doch nicht allein unter den Prämissen, die Sie eben angedeutet haben, ihre Spitzenleute aussuchen. Ist denn einer, der aalglatt ist, der alles professionell handhabt, um niemandem auf den Leim zu gehen, seine politische Botschaft auf den Satz „donnerstags ist es kälter als draußen“ reduziert, die bessere Persönlichkeit für verantwortungsvolle Ämter? Wenn einem Mann wie Scharping Attribute wie verlässlich, fleißig, aufnahmefähig, sachkundig nicht abgesprochen werden, sondern sich die Vorwürfe darauf reduzieren, nicht oder noch nicht die Fähigkeit eines Transporteurs zu verkörpern, kann ich momentan damit leben.

Dieser Mann steht seit Monaten unter einem gnadenlosen Beschuß. Jeden Morgen, Mittag und Abend sieht und hört er die negativsten Dinge über sich. Es ist doch wohl logisch, daß das einen Menschen nicht unberührt läßt. Er muß erst einmal damit fertig werden, sich ein Stück Abprallermentalität aneignen, um das durchzustehen.

**Was Otto Normalverbraucher dem Chef der größten Oppositionspartei vorwirft, ist doch fehlende Angriffslust, scharfe nachvollziehbare Auseinandersetzung mit konservativer Politik und ihren Repräsentanten, die dem Wähler dann auch eine inhaltliche Entscheidung erleichtert.**

Kein Widerspruch. Rudolf Scharping hat eine Rede gehalten, die das vermissen ließ. Kann das der einzige Maßstab sein für oben oder unten, feiern oder steinigen? Nach diesen Maßstäben müßte Kohl schon Jahre politisch tot sein.

Ein SPD-Vorsitzender, der auf dem Weg zum Rednerpult aber den von Genossen aufgestellten Fußangeln ausweichen muß, dem mag's an Angriffslust mangeln. Ich will sagen, auch ein Parteichef kann nur machen, was seine Mannschaft, sein Präsidium, sein Vorstand ihn machen läßt. Deshalb meine Forderung: Laßt ihn – wieder! – machen.

**Wieder?**

Vor zwei Jahren stand Scharping bei 50, Kohl aber

nur bei knapp über 30 Prozent. Nicht Kohl hat Scharping demontiert. Es waren die eigenen Leute, die seinen Handlungsspielraum eingeengt haben. Jeder andere, der vor solche Schwierigkeiten gestellt wird, droht zu scheitern.

Schauen Sie, wir hatten nach der Bundestagswahl sehr wohl eine gute mittelfristige Perspektive. Die Regierungskoalition hat gerade mal vier Stimmen übert. Wenn die eigene Partei durch einzelne ihrer Repräsentanten die Perspektive mißachtet, konterkariert und damit die eigene Bewegung in Schwierigkeiten bringt, in ihrer politischen Darstellungsfähigkeit hemmt, dann kann ich die Kritik doch nicht auf den Vorsitzenden abladen. Er ist doch kein Entertainer, sondern primus inter pares. Unfair und unlogisch ist es anzukündigen, daß man dem nächsten Kandidaten Spielraum gewähren wolle.

**Sie haben jetzt stillschweigend die PDS in Ihre Rechnung einbezogen. Als Ministerpräsidentin Heide Simonis meinte, man müsse die Koalition mit den PDS-Stimmen jagen, mußte sie sich harsche Kritik gefallen lassen.**

Natürlich gehört die PDS zu meiner Rechnung. Sie ist im Bundestag, sitzt in den Ausschüssen. Die Koalition hat sie auch in ihrer Rechnung. Kohl und Schäuble brachten mit ihrer Hilfe den Umzugsbeschluß Bonn-Berlin zustande.

**Sehen Sie folglich in der PDS und in den Grünen natürliche Verbündete, um solche Forderungen wie die bedarfsorientierte Mindestsicherung durchzubringen?**

Das ist nicht der Punkt. Sondern, ob es der SPD gelingt, ihre identitätsstiftenden Programme in der Bundesrepublik wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Daran orientieren sich die Wähler.

**Sozialmißbrauch „von unten“ – wie der bekämpft wird, hat der Bundesarbeitsminister vorgemacht. Die SPD will den Mißbrauch „von oben“ beenden, Steuer- und Subventionsbetrug bekämpfen. Aber wie?**

Indem wir die Gesetze verschärfen. Wir haben jahrelang gefordert, die Regierung hat jahrelang abgelehnt, daß die Absetzbarkeit von Schmiergeldern nicht mehr statthaft ist. Jetzt mit dem Jahressteuergesetz haben wir das endlich

durchgesetzt. Unsere eigenen Querelen haben verhindert, daß das irgendjemandem bewußt geworden ist.

Man muß den politischen Willen haben, man muß die Schlupflöcher stopfen und da, wo kriminelle Handlungen begangen werden – Subventionsbetrug ist kriminell – bestrafen. Feierabend.

**In den jüngsten Reden Scharpings, in Ihren Reden ohnehin, wird der Ton gegenüber der Regierungskoalition schroffer. Von Managern als „Nieten in Nadelstreifen“ sprach Scharping in dieser Woche. Gerhard Schröder indes ist der Meinung, daß sich moderne Gesellschaften nur im Konsens regieren lassen. Eine Illusion?**

Die Regierung will die Löhne bei Krankheit um 20 Prozent kürzen, liegt der Konsens bei zehn Prozent? Die Regierung will die Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre befristen. Liegt vielleicht der Konsens bei zweieinhalb Jahren?

## Dokument 25

Günter Benser: Bemerkenswerte Einseitigkeit. Warum die SPD ihr Jubiläum verlegte

In: »Neues Deutschland« vom 9. Oktober 1995

Habe ich geträumt, oder ist es tatsächlich passiert? Bisher wußte ich es anders: Die Sozialdemokratische Partei befand sich im Oktober 1945 in der sowjetischen Besatzungszone schon im vierten Monat ihres erfolgreichen legalen Neuaufbau. Sie zählte bereits annähernd ein Viertelmillion eingeschriebene Mitglieder. Ihre Orts-, Kreis- und Landesverbände funktionierten. Nicht nur zentral, auch auf Landesebene erschienen sozialdemokratische Zeitungen. Sozialdemokraten stellten die Präsidenten von vier Landesverwaltungen, zahlreiche Landräte und Bürgermeister. Aufrufe und Gesetze, mit denen die Bodenreform, die Schulreform und andere antifaschistisch-demokratische Maßnahmen eingeleitet wurden, trugen ihre Unterschrift. Am 14. September hatte Otto Grotewohl auf einer Funktionärskonferenz große Zustimmung zu seiner selbstbewußten Rede gefunden.

Das Ganze hatte nur einen Haken. Die Initiative zu dieser erstaunlichen Erneuerung der SPD war vom Berliner Zentralausschuß ausgegangen, und dieser hatte sich für eine enge Aktionsgemeinschaft mit der KPD und für eine spätere Vereinigung beider Arbeiterparteien ausgesprochen. Wohl deshalb kann und darf heutzutage die Wiedergründung der SPD nicht mit dem Aufruf des Zentralausschusses vom 15. Juni 1945 datiert werden, sondern mußte vom

Juni in den Oktober und von Berlin nach Hannover verlegt werden. Die kühnen sozialdemokratischen Stimmen des Ostens haben daran offensichtlich keinen Anstoß genommen, womöglich haben sie den Berliner Aufruf des Zentralausschusses der SPD nie gelesen.

Jene Konferenz in Wernigsen, an die wir in bemerkenswerter Einseitigkeit erinnert wurden, markierte nicht mehr und nicht weniger als die Zusammenfassung der Sozialdemokraten der britischen und schließlich auch der übrigen westlichen Besatzungszonen unter dem Programm und der Führerschaft Kurt Schumachers. Hier wurde der folgenschwere Kompromiß vereinbart: Bis zu einem gesamtdeutschen sozialdemokratischen Parteitag sollten Kurt Schumacher und sein Büro als Vertretung der SPD in den Westzonen, der Zentralausschuß als Vertretung der SPD in der Sowjetischen Besatzungszone fungieren. Dies erwies sich als unumkehrbarer Schritt zur Aufspaltung der SPD nach Besatzungszonen mit Folgen, die weit über diese Partei hinausreichten.

Vielleicht haben die Festredner dies alles kritisch analysiert – nur die Medien haben es mich nicht wissen lassen. Wahrscheinlicher ist indes, daß uns die SPD nun den Bären aufbinden will, den uns die CDU schon lange auf ihren Plakaten vorführt.

*Prof. Dr. GÜNTER BENSER*

## Dokument 26

SPD-Vorstand billigt Zweckbündnis mit der CDU. Interview mit Robert Thürmer.

In: »Leipziger Volkszeitung« vom 12. Oktober 1995

Ein wenig Schelte und versöhnende Gesten nach allen Seiten: Mit einem Beschluß hat der Unterbezirksvorstand der Sozialdemokraten zum Konsenspapier der Rathausfraktionen von SPD und CDU Stellung genommen. Vorsitzender Robert Thürmer hofft, damit einen Schlußstrich unter die öffentliche Debatte ziehen zu können. LVZ-Redakteur Thomas Müller sprach gestern mit dem Leipziger SPD-Chef.

*Frage: Sie bezeichnen das Zusammengehen mit der Rathaus-CDU als richtig, kritisieren aber ein wenig das Zustandekommen des Papiers und sagen, Bündnis 90/Grüne stünden der SPD am nächsten. Wollten Sie alle Argumente aus der mehrwöchigen Debatte über das Konsenspapier unter einen Hut bringen?*

Robert Thürmer: Ein Vorstand muß ja ein wenig vermitteln. Die Kernaussage ist: Wir billigen Ziel und Ergebnis der Verhandlungen, die der Fraktionsvorstand mit dem Vorstand der CDU-Fraktion geführt hat. Auch die Mehrzahl der Ortsvereine billigt das. Es gab aber zugleich Kritik am Verfahren;



Robert Thürmer

### VOM VORSTAND DES UNTERBEZIRKS BESCHLOSSEN

„Bündnis 90/Die Grünen stehen uns insgesamt gesehen programmatisch näher als andere Parteien.“

„Weil Leipzig regierbar bleiben muß, haben die Fraktionen von SPD und CDU ... längerfristige Absprachen getroffen. Dabei ist weder von sozialdemokratischen Wahlausagen noch Grundsätzen abgewichen worden. Diese Absprachen stellen keine Koali-

tionsvereinbarung dar. Sie gelten maximal bis zum Ende der aktuellen Wahlperiode.“

„Der Unterbezirksvorstand erwartet, daß vor solchen weitreichenden Absprachen künftig die Gremien der Partei konsultiert werden, Diskussionen parteiintern geführt werden und die Öffentlichkeit nach Abschluß der Diskussion informiert wird.“ (Auszüge)

die Rede war von Geheimniskrämerei. Künftig müssen Vorstand und Regionalkonferenz über sowas vorab informiert werden.

*Was war aus Ihrer Sicht Ziel und Ergebnis der Verhandlungen?*

Die Stadt regierbar zu halten. Die Grünen haben sich nun mal zur Opposition erklärt. Es hätte schlimme Konsequenzen, wenn zum Beispiel im Rathaus der Haushalt durchfallen würde. Also brauchen wir eine praktikable Mehrheit. Mit den Grünen allein geht es sowieso nicht – höchstens bei Tolerierung durch die PDS.

*Und das wollen Sie nicht?*

Nein.

*Auch nicht in Zukunft?*

Es wäre Sache der Fraktion, darüber nachzudenken und die Frage eventuell auf einem Parteitag zur Sprache zu

bringen. Aber ich persönlich schließe es aus. Und ich denke, die übergroße Mehrheit sieht es genauso. Wir würden doch dadurch nur die PDS salonfähig machen.

*Als das Konsenspapier von SPD und CDU rufbar wurde, forderten die Initiatoren des Leipziger Kreises der SPD, mit der gleichen Energie sollten die Chancen für ein rot-grünes Bündnis ausgelotet werden. Damit hatten Sie offenbar Probleme. Warum?*

Mir ist da ein Papier geschickt worden als Diskussionsgrundlage, und zwei Tage später standen die Thesen in der Zeitung. Das geht nicht. Wir sollten erst intern und dann öffentlich diskutieren.

*Wird weiter über Rot-grün geredet?*

Unsere Rathausfraktion hat sich doch zweimal an die Grünen gewandt und gesagt, wir wollen reden. Aber es

kam keine Antwort. Hinterherlaufen werden wir denen nicht.

*Aber wenn Sie sagen, die Grünen stehen Ihnen näher als andere Parteien – müßten Sie da nicht mit Blick auf die nächsten Wahlen jetzt schon versuchen, sich auch praktisch anzunähern?*

Die nächsten Wahlen sind noch weit. Vielleicht hat sich bis dahin das Verhältnis zwischen den Fraktionen wieder entspannt.

*Im Beschluß heißt es, die Absprachen mit der CDU gelten „maximal bis zum Ende der aktuellen Wahlperiode“. Wenn dann beide Parteien wieder gegeneinander antreten: Haben Sie nicht Angst, daß die CDU dann die Erfolge*

*der vergangenen Jahre für sich verbucht und die SPD für alles Negative verantwortlich macht?*

Man muß sehen, wer es dann besser versteht, die Erfolge als die seinen darzustellen. Das ist jetzt nicht unser Problem. Wir müssen jetzt die Stadt regierbar halten.

*Hat die Debatte über das Konsenspapier Gräben innerhalb der SPD gerissen?*

Ach, nein. Man kann doch bei uns fast alles diskutieren. Nur wer gleich in die Öffentlichkeit geht, verhärtet die Fronten. Aber jetzt liegt ein Beschluß vor, und ich erwarte, daß er von allen akzeptiert wird.

## Dokument 27

## Peter von Oertzen: SPD – ein wandelndes Mißverständnis?

In: »Leipziger Volkszeitung« vom 14./15. Oktober 1995

**F**ürs erste und auf kurze Frist

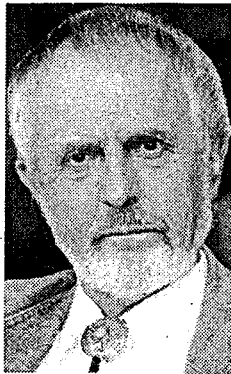
ist die Frage, wie's mit der SPD weitergeht, beantwortet: Die Nominierung von Franz Müntefering zum neuen Bundesgeschäftsführer ist in der Tat, wie Rudolf Scharping erleichtert festgestellt hat, „ein starkes Signal“. Zum ersten Mal seit Holger Börner wird wieder einer aus dem innersten Kern der traditionellen Sozialdemokratie in dieses Amt einrücken, ein Mann zudem mit starker Hausmacht.

Hinter Müntefering steht nahezu der gesamte Landesverband Nordrhein-Westfalen: An der Spitze Landesvater Johannes Rau und sein designierter Nachfolger Wolfgang Clement. Nur der Stellvertretende Landesvorsitzende Christoph Zöpel, übrigens der einzige wirklich überzeugte Anhänger eines rot-grünen Reformprojektes in der SPD-Spitze des Landes, ist wegen seines Widerstandes gegen das Braunkohleprojekt Garzweiler II aus diesem Kreise ausgeschieden.

Die Weichen für den SPD-Parteitag im November sind damit gestellt; denn gegen NRW läuft in Mannheim gar nichts. Scharping wird mit einem respektablen Ergebnis wieder Vorsitzender werden und damit den „ersten Zugriff“ auf die Kanzlerkandidatur bestätigt bekommen. Oskar Lafontaine und vor allem Gerhard Schröder werden hingegen froh sein können, wenn sie bei den Vorstandswahlen nur einen kleinen und nicht-einen ganz großen Denksatz kriegen.

Müntefering, der auch über großen Rückhalt in der

**PETER  
VON OERTZEN**



Bundestagsfraktion vertügt, ist als kompetenter, ausgleichender und doch energischer Organisator anerkannt. Er wird das bisherige Koordinierungschaos in der SPD-Führung wohl einigermaßen bereinigen können. Pannen wie das Hin und Her um ein Einwanderungsgesetz oder der gescheiterte Diätenkompromiß, für die in letzter Instanz der Vorsitzende die Verantwortung trägt, werden sich wohl erst einmal nicht wiederholen. Also: „Alles klar an Bord und Volldampf voraus“ mit Kurs auf den Wahlsieg 1998? Zweifel sind erlaubt.

Scharping ist und bleibt Vorsitzender und (potentieller) Kanzlerkandidat auf Bewährung, wie auch immer der Parteitag verlaufen wird. Es gibt nun einmal in der Satzung die Möglichkeit, den Kanzlerkandidaten durch Urwahl zu bestimmen. Und wenn im Jahre 1997 die allgemeine Lage entsprechend ist, kann niemand einflußreiche Gruppen daran hindern, doch Schröder oder Lafontaine oder wen sonst auch immer ins Rennen zu schicken.

Es ist ein Grundirrtum in der SPD-Debatte, anzunehmen, daß die derzeitige Formschwäche der Partei an den Personalquerelen läge. Das Umgekehrte ist richtig: Personalquerelen kom-

men auf, wenn die Partei nicht gut in Form ist.

1. Der weitverbreitete

Satz: „Auf den Kanzler (den Kanzlerkandidaten) kommt es an“, ist allenfalls halbwehr. 1976 trat der kaum bekannte rheinland-pfälzische Ministerpräsident Helmut Kohl gegen einen Helmut Schmidt an, der sich damals auf der Höhe seines Ansehens befand; am Ende lag die Union 6 % vor der SPD

und Schmidt hätte die Wahl um ein Haar verloren.

2. Die Zeiten der Einmann-Führung in der Politik sind vorbei – trotz allen Mediengetöses. Dafür ist das Geschäft zu kompliziert geworden. Kohl mag 1998 noch von seinen 16 Jahren Amtszeit zehren – ob das reicht, werden wir sehen.

3. Die Opposition jedoch hat dem „Kanzlerbonus“ nichts entgegenzusetzen. Sie braucht ein Team, das langfristig, loyal und sachkompetent zusammenarbeitet. In den 60er und 70er Jahren gab es an der Spitze der SPD eine solche Gruppe, und sie bestand durchaus nicht nur aus Brandt, Schmidt und Wehner. Die vielberufene „Troika“ Scharping, Lafontaine, Schröder war nur die schlechte Karikatur einer solchen Gruppe.

4. Die derzeitige Führungsstruktur mit Präsidium, Vorstand, Bundestagsfraktion und Ministerpräsidenten, die alle nebeneinanderher und durcheinander regieren, überfordert den stärksten Vorsitzenden und den stärksten Bundesgeschäftsführer.

5. Entscheidend ist jedoch, daß das politische Profil der SPD nicht klar ge-

nug ist. Grundsatzprogramm hin, kluge Fachprogramme her – es ist nicht deutlich, wofür die Partei steht. Zu fragen ist:

Welches Europa will die SPD? Wie groß? Wie abhängig oder unabhängig von den USA? Mit oder ohne Atomwaffen? Mit oder ohne eigene europäische Streitkräfte?

Wie will die SPD den Sozialstaat erhalten? Durch Sparen und Privatisieren? Durch Abbau? Durch Umbau? Und wenn, wie dies?

Wie soll angesichts der überwältigenden Macht des transnationalen Kapitals sozialdemokratische Wirtschaftspolitik aussehen? Und was heißt die populistische Phrase „modern“?

Nicht alles Modische ist richtig, nicht alles Althergebrachte ist falsch!

Wie steht's mit dem „ökologischen Umbau“? Für die derzeit in der SPD dominierende NRW-Partei kommen – wie Garzweiler II gezeigt hat – doch immer noch erst die Arbeitsplätze und dann erst die Umwelt.

Wenn es der neuen Führung der SPD gelingt, auf diese Fragen (und andere) überzeugende und allgemeinverständliche Antworten zu geben, kann sie Erfolg haben. Wenn nicht, dann steht die Partei in zwei Jahren wieder da, wo sie heute steht – am Abgrund!

*Der in Hannover lebende Politikwissenschaftler Peter von Oertzen (71) gehörte über zwei Jahrzehnte dem Parteivorstand der SPD an.*

## Dokument 28

»Wenn Wende, dann nur mit uns«. Interview mit Petra Pau und Peter Rudolf Zotl  
In: »Neues Deutschland« vom 14./15. Oktober 1995



**PETRA PAU (32)** ist Berliner Landesvorsitzende der PDS; im Herbst 1992 war sie dem damals zurückgetretenen André Brie auf diesem Posten gefolgt. Bislang nicht im Parlament, ist sie nun Spitzenkandidatin der Landesliste. Sie tritt auch in ihrem Heimatbezirk Hellersdorf an. Frau Pau brauchte im Gegensatz zu all ihren Spitzen-Konkurrentinnen aus anderen Parteien kein extra Wahlkampf-Styling: Die rote Igelfrisur war schon immer ihr Markenzeichen. Von Beruf Lehrerin, verheiratet.

**PETER-RUDOLF ZOTL (51)** ist seit Februar 1993 Fraktionschef; er hatte als Kompromiß-Kandidat von, wie es damals zuge-spitzt hieß, „Revolutionären“ und „Reformern“, Gesine Löttsch abgelöst. Herr Zotl ist promovierter Hochschullehrer für Politikwissenschaft. Verheiratet, zwei Kinder. Direktkandidat im Bezirk Hohenschönhausen.

In einer Woche wird in Berlin gewählt. Petra Pau und Peter Zotl, was empfehlen Sie Ihren Wählerinnen und Wählern für die vier Stimmzettel?

**Pau:** Dreimal PDS und einmal Nein.

Was heißt das genau?

**Zotl:** PDS bei der Erststimme, PDS bei der Zweitstimme, PDS für die Bezirksverordnetenversammlungen (kurz BVV genannt, die 23 Berliner „Kommunalparlamente“ - d.R.) und ein Nein zum Entwurf der Verfassung, genauer: zum faulen Verfassungskompromiß von CDU, SPD und den Grünen.

Klare Empfehlung. Sind Ihre Prognosen auch so klar?

**Pau:** Drittstärkste Partei in Gesamtberlin, stärkste im Osten, und wir ziehen erstmals in eine Westberliner BVV ein. Im Osten stärkste Partei zu werden, birgt die Chance, in diesem oder jenem Bezirk die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister zu stellen.

Könnte man die Gesamthoffnung auch in Zahlen haben?

**Zotl:** Um die 15 Prozent bei den Zweitstimmen ist realistisch.

Und was die Volksabstimmung zur neuen Verfassung angeht?

**Pau:** Da bin ich illusionslos. Die Regierenden haben alles getan, um auch nur Ansätze einer öffentlichen Debatte über Inhalte nicht aufkommen zu lassen. Bei den Medien war übrigens ND das einzige Blatt, das sehr ausführlich und vorurteilsfrei informierte. Jetzt ist in vielen Haushalten ein Text der Kompromiß-Verfasser im Briefkasten gelandet, und der soll suggerieren: Habt Vertrauen in die Verfasser, ihr versteht doch eh nichts davon, stimmt also dafür!

**Zotl:** Ich mache im Wahlkampf die Erfahrung, daß das Interesse an einer Diskussion über Verfassungsdetails zunimmt. Und die Leute wollen

vor allem wissen, warum eine solche politische Kraft wie die PDS ein Nein empfiehlt. Zurück zu den Wahlprozenten: SPD und Grüne sagen: Die PDS verhindert, weil sie voraussichtlich viele Stimmen bekommt, den Wechsel, die Wende weg von derzeit Schwarz-Rot. Mathematisch stimmt das, wollen Sie die Wende nicht?

**Pau:** Wenn es zu dem von der SPD so genannten Wechsel nicht kommt, dann liegt das nicht an der PDS, sondern an der SPD. Weshalb? Nun, dazu reicht ein Blick in die Medien. Womit ich die SPD ihrerseits nicht abhalten will, tiefer zu analysieren. Bekanntlich ist nämlich nicht zu erwarten, daß jemand gewinnt, wenn er nicht weiß, warum er verliert.

**Zotl:** Was heißt hier, Wechsel oder Wende verhindern? Richtig ist, daß die PDS in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Projekten angeboten hat – in der Verkehrs-, in der

Stadtentwicklungs-, natürlich auch in der Sozialpolitik –, wo de facto eine parteiübergreifende Mehrheit zu machen wäre. Genau im Sinne, wenn das ehrlich gemeint wäre, eines Wechsels, gar einer Wende. Keine Revolutionen, schlicht Reformprojekte: ...

**Pau:** ... zu denen SPD und Grüne allein schon eine Debatte mit der PDS verweigert haben. Und wer Inhalten so ausweicht, der soll sich uns bitte nicht als den wahlarithmetischen Buhmann ausrechnen.

**Zotl:** Wenn die SPD derzeit mit einer Nullaussage wirbt – „Eine bessere Politik“, – dann kann sie doch von den Wählerinnen und Wählern nicht verlangen, daß sie daraufhin diese Katze im Sack kaufen. Es ist ohnehin immer alles besser zu machen, dafür brauche ich doch nicht zu werben. Richtig wäre zu sagen: Schluß mit dem jetzigen Kurs, umsteuern! Das sagt die SPD nicht, und darin liegt das Dilemma. Das liegt nicht bei uns.

**Was meinen Sie, warum PDS-Angebote, so es sie gibt, nicht angenommen werden?**

**Zotl:** Alternative Kräfte in SPD und bei den Grünen sehen sehr wohl die Notwendigkeit einer, nennen wir es mal, linken Wende. Aber nennenswerte Kräfte in beiden Parteien haben genau davor Angst. Denn das könnte ja bestimmte Mechanismen, die politische Willensbildung und auch die

Zielsetzung betreffend, verändern.

**Pau:** Es geht in Berlin also um mehr als einen Regierungswechsel. Dieses „Mehr“ wollen als Partei nachdrücklich nur wir. Wenn Wende, dann also nur mit uns. Deshalb bei der Wahl mit den Stimmen keine Experimente machen. Wer wirklich eine Wende will, der wählt PDS.

**Es ist Ihnen also schlichtweg egal, ob eine Koalition „links von der CDU“ zustande kommt oder nicht?**

**Pau:** Nein, das ist uns nicht egal. Die Große Koalition muß weg. Deshalb haben wir auch immer wieder angeboten, gegebenenfalls Rosa-Grün zu tolerieren – wenn sich daraus wirkliche Fortschritte ergäben.

**Gesetzt den Fall, es böte sich eine Chance wie in Magdeburg. Wer würde dann in der Berliner PDS entscheiden, Bisky, Gysi und Brie oder Sie?**

**Pau:** Weder wir beide noch die drei. Es gibt einen Parteitagbeschuß, daß darüber ohnehin nur ein Landesparteitag entscheiden kann.

**Die PDS bleibt also auch parlamentarisch Opposition. Sie kann da viel fordern, aber sie kann kaum verändern. Reicht diese bescheidene Aussicht Ihren Wählern, die PDS stark zu machen?**

**Pau:** Immer mehr Leuten wird klar, daß beispielsweise wichtige soziale Themen ohne die oppositionelle PDS gar nicht mehr auf die Tagesordnung gekommen wären. Etwa das Rentenstrafrecht, Debatten um Mieten und das Wohnen in der Stadt, Stadtentwicklung.

**Zotl:** Hinzu kommt, daß wir unsere politischen Themen, anders als andere Parteien, nicht in abgeschlossenen Zirkeln, sondern immer gesellschaftlich offen, mit Gewerkschaftern, mit Bürgerinitiativen zusammen entwickeln. Wirkliche Fortschrittsimpulse können heute nämlich nur aus der Gesellschaft, nicht aus dem etablierten Parteiensystem, auch nicht aus dem Staat kommen.

**Dies aber zu bewegen, sei die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus, so sogar hier und da Stimmen aus Ihrer Bundesspitze, zu blaß, zu wenig spontan.**

**Zotl:** Kritik ist immer ernst zu nehmen. Inhaltlich haben wir uns aber wohl wenig vor-

zuwerfen. Unsere Konzepte stimmten, unsere oppositionellen Prognosen wurden von der Wirklichkeit leider sogar oft noch übertroffen. Bei einer Beurteilung des parlamentarischen Medien-Images ist allerdings schon zu berücksichtigen, daß wir hier in Berlin in einem echten West-Parlament sitzen. Die Hemmungslosigkeit und die Demagogie gegen die PDS ist nur mit der im Bundestag zu vergleichen.

**Pau:** In dieser Berliner Fraktion hat sich, ich glaube mehr als in anderen Fraktionen, die ganze Entwicklung der PDS mit all ihren Konflikten widergespiegelt.

**Aber was nun hat diese Fraktion substantiell für ihre Wähler erreicht?**

**Zotl:** Wir haben hunderte Anträge und Anfragen eingebracht, wir haben mit dem Mythos der Alternativlosigkeit aufgeräumt, wir haben Tabuthemen ins Parlament geholt.

**Bitte wenigstens ein Beispiel für all dies.**

**Zotl:** Wir haben erreicht, daß auch Berlin in Bonn eine Korrektur des Rentenüberleitungsgesetzes verlangt hat.

**Das klingt ja fast nach einer PDS als das gute Gewissen der Demokratie?**

**Pau:** Wenn die SPD, und teilweise im Wahlkampf auch die CDU, jetzt den Eindruck erwecken, klüger, ja verständnisvoller geworden zu sein, dann nicht, weil sie früher dümmer waren, sondern weil der oppositionelle Druck aus der PDS sie dazu zwingt. Dieser Druck realisiert sich übrigens nicht nur über Demos außerhalb und Debatten innerhalb des Parlaments, sondern maßgeblich auch über die bereits mehrmalige Wiederholung der guten Wahlergebnisse für die PDS.

**Die PDS-Fraktion, nur 21köpfig, hat in fünf Jahren fast 30 Gesetzesanträge eingebracht. Natürlich alle abgelehnt. Ein müßiges Geschäft?**

**Pau:** Natürlich muß sich Opposition nicht den Kopf der Regierung zerschlagen. Sie muß vielmehr immer den Finger auf die Wunde legen. Aber nur, wenn Opposition – auch vom Gesetzentwurf bis zum Finanzierungsvorschlag – ernsthaft ist, wird sie auf Dauer Wirkung haben. Und wer ernst genommen wird von den Wählerinnen und Wählern, der ist natürlich auch gefährlicher für

den politischen Gegner. Den schreckt eine Nur-Nein-Sager-Partei auf Dauer nicht.

**Sind Ihre eigenen Leute und Ihre Wähler nicht mit soviel Vernunfts-Opposition überfordert, wollen die nicht eher, daß Sie noch mehr mit der Faust auf den Tisch hauen?**

**Zotl:** Wenn insgesamt das Vertrauen in Politik wiedergewonnen werden soll, dann geht das nur über Vernunft. Mit langem Atem. Und wir haben als frische parlamentarische Kraft da eigentlich eine gute Ausgangsposition. Also, begründete Kritik, nachprüfbare Alternativen. Gespeist aus gesellschaftlichen, nicht allein aus parteipolitischen Quellen. Diesem Prinzip werden wir wohl auch personell mit unserer Offenen Landes-Wahlliste gerecht.

**Das wollten die Grünen früher so ähnlich auch alles.**

**Gibt es Garantien, daß die PDS deren ambivalenten Weg nicht geht?**

**Zotl:** Wenn Sie die Gründe dafür bei den Grünen analysieren, stoßen Sie auf deren Wandel in der Haltung zur Macht. Das ist auch deutlich dem jüngsten Fischer-Papier anzumerken. Es geht um prinzipienlose Regierungsbeteiligung mit der SPD und zugleich darum, die Konkursmasse der FDP aufzunehmen. Dafür verlassen die Grünen ihre so klugen „grünen“ Ausgangspunkte. Sie setzen nur noch auf den Staat, nicht mehr auf die Gesellschaft.

**Und die PDS, die kommt doch auch immer stärker in staatliche Verantwortung. Vorgeestern erst hat ND über die Macht der Berliner PDS-Stadträte berichtet.**

**Pau:** Garantieerklärungen kann ich keine abgeben. Nur meine Überzeugung kann ich kundtun, daß wir uns die Sicherheit und Gewißheit, diesen Weg der Grünen nicht zu ge-

hen, in der PDS immer wieder neu erstreiten müssen. In Verankerung in der Gesellschaft, nicht in elitären Strukturen.

**Sicher sitzt die PDS nach dem 22. Oktober wieder, vielleicht auch verstärkt, in den elf Ostberliner Bezirksämtern, also in den Bezirks-„Regierungen“. Eine wachsende Belastung für die Glaubwürdigkeit des Oppositions-Signums PDS überhaupt?**

**Zotl:** Entscheidend ist dabei die Grunderfahrung der letzten Jahre. Und die heißt: Es ist für die Menschen allemal besser, wenn eine Stadträtin, ein Stadtrat die PDS im Kopf, als wenn sie oder er die CDU oder die SPD im Rücken haben. Wenn unsere Stadträtinnen und -räte ihre Handlungsspielräume wie bisher in diesem Sinne nutzen, dann sind sie weiterhin echte Alternativen zu den Machtverwaltern aus CDU und SPD.

**Nie ist die PDS so politisiert, wie vor Wahlen. Ein Zeichen dafür, daß die Prioritäten doch „parlamentarisch statt außerparlamentarisch gesetzt sind“?**

**Pau:** Da sollten Sie sich mal von der derzeitigen Wahlkampf-Optik nicht beeindruckten lassen. Ausschlaggebend für das Wahlergebnis wird die Ausstrahlung als Gesamtpartei der letzten fünf Jahre sein. Und da war die meiste Zeit keine Wahl, und die PDS war dennoch präsent.

**Zotl:** Herr Diepgen hat jüngst bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes süffisant gesagt, warum die Beobachtung der PDS in Ostberlin erfolgt: „Genau da sitzen sie doch. An jedem Kneipentisch, in jedem Mieterverein, in jeder Bürgerinitiative.“ Ich denke, daß ist eine verpflichtende Aufforderung des Regierenden Bürgermeisters. Der sollten wir auch weiter folgen.



## Dokument 29

Heinz Niemann: Wenn die eigene Geschichte hinderlich wird. Beredtes Schweigen der SPD zum 50. Jahrestag ihrer Wiedergründung.

In: »Neues Deutschland« vom 16. Oktober 1995

Aufgeregte Leser wollten wissen, wieso vor gut einer Woche auf der Veranstaltung der SPD zum 50. Jahrestag ihrer Wiedergründung nach dem Naziterror kein Wort zu einem Monate vorher sich jährenden Datum gefallen sei: Der Neugründung der SPD in Berlin und in der SBZ (vgl. ND vom 9. Oktober 1995). Während man noch im Vorjahr mit einer großen Konferenz im Reichstag der fünften Wiederkehr jener Veranstaltung in Schwante gedachte, von der sich das MfS einst Aufschluß darüber versprach, was es denn von den Leuten zu halten habe, die dann der Empfehlung Ibrahim Böhmes folgten und sich SDP nannten, hatte sich in diesem Jahr keiner veranlaßt gesehen, sich des 15. Juli 1945 zu erinnern, als der Aufruf des Berliner Zentralkomitees der SPD erschienen war. So schien nun Gelegenheit, einiges nachzuholen!

Die das erwarteten, müssen sich fragen lassen, was sie denn für ein Bild von dieser heutigen SPD haben. Sicher hatte das Beschweigen auch einen wahltaktischen Hintergrund. Sollte man ausgerechnet jetzt – und noch dazu in der Ostberliner Kongreßhalle – allen noch lebenden ehemaligen Sozialdemokraten und ihren Nachkommen erklären, was man von ihnen halte, wo man sie doch gern als Wähler der PDS abluchsen will?! Wie sollte eine Partei, die die Umbenennung der Otto-Groß-Strasse in Wilhelmstraße für richtig hält, mit einem geschichtlichen Erbe umgehen, das ihr so ganz und gar gegen den Strich geht? Sie hat ja schon zu tun mit der Erinnerung an Kurt Schumacher aus Anlaß seines 100. Geburtstages, der lediglich durch die dem äußersten rechten Flügel zugehörige Annemarie Renger Erwähnung fand.

Wenn sie denn selbst an die alles beherrschende These von der Zwangsvereinigung glauben würden, müßte doch das Jubiläum Neugründung im Osten geradezu dazu herausfordern, sich der angeblich so

sehr Betroffenen anzunehmen, die bis 1989 in der SED „zwangsweise“ verbliebenen noch lebenden Sozialdemokraten zu einem Väterkennntreffen zu rufen. Das wäre sicherlich eine spannende Veranstaltung, wenn denn die Genossen der Toskana-Fraktion aus ihren Panzerlimousinen steigen, das Lied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ auf den Lippen und die nächste Diätenerhöhung fest im Blick, in den Saal marschierten. Hatte man sich schon daran gewöhnt, daß die Gründung des ADAV 1863 durch Lassalle als alleiniger Ursprung der SPD zu gelten habe, die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei durch Bebel und Liebknecht 1869 mehr eine Nachgeburt schien, so ist die Weihe der Wellingtoner Konferenz als Gründungsakt der Nachkriegs-SPD doch eine kleine Überraschung.

Aber es hat seine Logik: Von nun an steht am Wiederbeginn der SPD allein die westzonale Neugründung und die Abgrenzung gegenüber den damals die Mehrheit bildenden 640 000 ostdeutschen Sozialdemokraten (in den Westzonen sind erst ein Jahr später 633 000 organisiert), die – mit welchen Illusionen, Skrupeln und Absichten auch immer – in die SED gingen und (bis auf einige zehntausend) dort auch blieben. Hauptsächlich wohl im Gegensatz zur kapitalistischen Restauration im Westen deswegen, weil immerhin der ernsthafte Versuch unternommen wurde, Faschismus mit der Wurzel auszurotten, das Großkapital zu enteignen, Großgrundbesitz in Bauernhand zu geben, bürgerliches Bildungsprivileg zu brechen, Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit für alle Menschen zu garantieren, Forderungen übrigens, die auch Kurt Schumacher damals erhob!

Nein, es sind nicht Personalquerelen, die die heutige SPD beuteln. Das bejammerenswerte Bild der SPD ist

im Grunde die Widerspiegelung zweier sich verflechtender Prozesse: Die ausufernde Strukturkrise des westlichen industriellen Systems verlangt nach ökonomischer und machtpolitischer Absicherung durch wachsende Unterordnung des Staates unter die Wirtschaft. Das äußert sich in der „Standort-Deutschland-Debatte“ und geht einher mit dem Umbau genannten Abbau des Sozialstaates, und zum zweiten zeigt es sich in den Ausbau des Rechtsstaates genannten antiliberalen Bestrebungen zum Abbau von Demokratie und Freiheitsrechten.

Unter diesen Bedingungen braucht es keine Programmparteien, die auf geistig-weltanschauliche Bindung von Anhängern aus sind. An ihre Stelle tritt – am besten in Form eines Zweiparteiensystems wie in den USA oder England – die „Allerweltpartei“, deren wichtigste Funktion die Auswahl von Kandidaten für Mandatsträger und die Regulierung des Zugangs zu den Pfründen ist. Da wird die Geschichte nur hinderlich. Zeigt sich die SPD immer mehr realitätsfremd, so wird sie nicht von ungefähr auf einem Auge geschichtsblind. Nicht zufällig auf dem linken.

## Dokument 30

## Für eine souveräne SPD. Thesenpapier Thüringer Bundestagsabgeordneter wertet Große Koalition als »Ende der Demokratie«

In: »Neues Deutschland« vom 20. Oktober 1995

**Fünf Thüringer SPD-Bundestagsabgeordnete – Iris Gleicke (Schleusingen), Christoph Matschie (Jena), Gerhard Neumann (Gotha), Dr. Edelbert Richter (Weimar) und Gisela Schröter (Sondershausen) – sowie acht ihrer Mitarbeiter haben ein Thesenpapier vorgelegt, in dem sie die Situation ihrer Partei in Ostdeutschland und speziell in Thüringen kritisch analysieren. ND dokumentiert große Auszüge:**

Souveränität bedeutet Offenheit, nicht Abschottung. Die SPD muß der Tendenz entgegenwirken, Kommunikation nur mit sich selbst zu betreiben. Nicht nur aufgrund unserer dünnen Personaldecke, sondern auch aufgrund des Abbruchs einer eigenständigen demokratischen Entwicklung in Ostdeutschland waren wir bisher nicht ausreichend in der Lage, die für eine Partei notwendige Kommunikation mit allen Kräften der Gesellschaft herzustellen...

### Mit realen Mächten auseinandersetzen

Natürlich wirkt die DDR-Vergangenheit nach und muß aufgearbeitet werden. Die Frage ist aber, ob denn die Verheerungen, die die SED angerichtet hat, nicht in der Tat inzwischen überschattet werden von den „Abwicklungen“ und Demütigungen, die die CDU-Politik seit der Wende in Ostdeutschland jedenfalls mitverantworten hat? Man muß sich den historisch unvergleichlichen Vorgang vor Augen halten: Innerhalb dieser wenigen Jahre zwei Drittel der Industrie vernichtet, eine höhere Arbeitslosigkeit als zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, zwei Drittel des wissenschaftlichen Personals entlassen, 85 % des Wirtschaftsvermögens überhaupt und 94 % des Firmenvermögens in westliche Hände übergegangen, die Schließung von Jugendclubs oder Theatern usw.

Angesichts dessen kommt es aber nicht darauf an, den ideologischen Streit zu führen, wer nun Schuld ist an der Misere, sondern darauf, aus der Misere herauszukommen! Wollen wir also weiter hauptsächlich gegen die Gespenster der Vergangenheit kämpfen (als da

eben sind Kommandowirtschaft, Volkseigentum usw.) oder uns mit den realen Mächten der Gegenwart (als da sind die Macht der Banken, des Weltfinanzmarktes, der großen Konzerne, der Markti-deologie usw.) auseinandersetzen?

### Auf SPD-geführte Regierung verzichtet

Der große Gewinn der Großen Koalition in Thüringen ist, daß wir die Politik jetzt mitgestalten können, aus der beträchtlichen Ohnmacht der Opposition, wie wir sie ja immer wieder erfahren mußten, herauskommen. Wir können jetzt unseren Blick für das wirklich Mögliche schärfen, uns in Verantwortung einüben und so an Profil gewinnen. Die Kehrseite ist, daß wir auf die Bildung einer von uns geführten Regierung verzichtet haben, obwohl sie möglich gewesen wäre. Wir können daher nicht als stärkerer Koalitionspartner unser Programm in den Vordergrund stellen, sondern müssen Kompromisse mit der CDU schließen und werden damit in der Öffentlichkeit an Profil verlieren.

Wir müssen aufpassen, daß unser Mitregieren nicht als ein Bekenntnis zur „führenden Rolle“ der CDU in Deutschland mißverstanden wird! Partei- und Regierungsämter sind daher möglichst zu trennen.

Warum haben wir auf eine von der SPD geführte Regierung verzichtet? Weil sie nur mit Hilfe der PDS möglich gewesen wäre. Und warum wollten wir das nicht? Zunächst aus dem moralischen Grund, daß das für uns nicht die „richtigen Leute“ waren, Leute nämlich, die eine Diktatur mit getragen haben, die sich erst unter dem Druck der Herbstrevolution '89 „gewandelt“ ha-

ben, kurz: deren demokratische Gesinnung zweifelhaft ist.

Das war nun zwar sehr redlich von uns; aber abgesehen davon, daß die CDU ja keineswegs so redlich gehandelt hat, sondern 1990 die Blockflöten ohne weiteres integriert hat; und abgesehen davon, daß es politisch klug und ein Zeichen von Souveränität ist, sich mit dem Sieg über einen Gegner zu begnügen, ihn nicht weiter zum Feind zu machen: Spielt denn in der Politik überhaupt Gesinnungsethik oder nicht vielmehr Verantwortungsethik die entscheidende Rolle? Und zwar nicht bloß notgedrungen, sondern aus dem prinzipiellen Grund, daß die Beurteilung der Gesinnung anderer klare Grenzen hat! Wer sie überschreitet, betreibt Gesinnungsschnüffelei und gerät in die Nähe der Jakobiner! Wenn in der PDS bestimmte Klärungsprozesse erfolgt sind, wird unsere Entscheidung zu überdenken sein. Kann denn eine Partei sich an ethischen Normen als solchen orientieren ohne Rücksicht auf die voraussehbaren Folgen? Dürfen wir um dieses Moralismus willen weiteren Sozialabbau in Kauf nehmen? Zweifelhafte ist auch die hehre demokratische Gesinnung der CDU, die eben diesen Sozialabbau betreibt und damit die Demokratie gerade untergräbt!...

Ostdeutschland ist ganz überwiegend kein Land der „Besserverdienenden“ und wird es auf absehbare Zeit auch nicht werden. Das ist nicht nur eine Folge der DDR-Wirtschaft, sondern auch der Verluste an Wirtschaftskraft und Eigentum im Prozeß der Wiedervereinigung. Es ist zugleich eine Herausforderung für die SPD, der sie sich noch nicht ausreichend gestellt hat.

### Klarere Parteinahme für Ostdeutschland

Unsere ostdeutschen Probleme können nur im gesamtdeutschen Zusammenhang gelöst werden. Wir bekennen uns zur Einheit Deutschlands. Eine wirkliche Lösung der Probleme gelingt aber in der Demokratie nicht durch Verwischung der Differenzen, sondern nur durch ihr klares Hervortreten! Deshalb müssen die ostdeutschen Interessen von uns stärker wahrgenommen und zur Geltung gebracht werden. Wir sollten als Partei die Enttäuschungen der Ostdeutschen aufarbeiten und ihr Selbstbewußtsein stärken helfen, und in der Regierung das föderale System zu gemeinsamen Aktionen der neuen Länder nutzen.

Eine große Koalition ist dann gerechtfertigt, wenn eine Krisensituation vorliegt, die Zusammenfassung aller Kräfte und ein gemeinsames, entschiedenes Handeln notwendig ist. Das ist bei uns zweifellos der Fall. Man kann die Abneigung der Leute gegenüber dem Streit der Parteien und ihre Sehnsucht nach Harmonie und Stabilität als Bestätigung dafür ansehen.

Dennoch sollten wir nicht vergessen: Eine Große Koalition ist in gewisser, wesentlicher Hinsicht das Ende der Demokratie! Denn sie beraubt die Gesellschaft der wirklichen Opposition und damit der öffentlichen Auseinandersetzung, des dialogischen Prinzips. Und sie befördert die herrschende Politikverdrossenheit: Wozu noch zur Wahl gehen, wenn sich herausstellt, daß gar nichts zur Wahl stand, „alles egal“ ist? Um er Demokratie willen muß unsere Regel daher sein: es handelt sich hier um keine Ehe, wir brauchen die CDU jetzt nicht etwa zu lieben, es handelt sich nicht einmal um eine Vernunftehe, sondern nur um ein aus Not geborenes Zweckbündnis auf Zeit! Auch wenn andere Optionen momentan nicht aktuell sind, so müssen sie doch ausdrücklich offengehalten werden.

## Dokument 31

Lothar Bisky: Schütteln wir schon mal die Betten auf

In: »Neues Deutschland« vom 21./22. Oktober 1995

**H**err, wie groß ist dein Tierreich, möchte man beim Anschauen der Plakate zur Berlin-Wahl ausrufen. Tapsige Bären, subversive Pelzläuse, kopulierende Frösche – es fehlt eigentlich nur noch das Kamel, für das die Wahlkampfmanager augenscheinlich den Wähler halten.

Sei's drum.

Was uns angeht, so haben wir alles gesagt. Das wahlmündige Volk von Berlin konnte sich von seinen Mandatsträgern auf allen Ebenen Rechenschaft legen lassen und unsere Kandidaten für die nächste Runde, ob nun ohne oder mit Parteibuch, genau in Augenschein nehmen. Beim Urnengang weiß jeder, woran er mit uns ist, und für Berlin gilt allemal, daß Stimmung sich in Stimme ausdrückt.

Einen Moment lang hatte ich den Eindruck, daß die Strategen der anderen Parteien aus den letzten Waffengängen die einzig richtige Konsequenz gezogen hätten: Es nützt nichts, die PDS zu bespeien, zu dämonisieren, zu bepöbeln, zu stigmatisieren – das hebt das Selbstbewußtsein der Wählerinnen und Wähler nur an und verstärkt den ostdeutschen Nun-Gerade-Effekt. Als Blauauge hätte man auch annehmen können, ein zivilisatorischer Ruck sei durch die Republik gegangen und fortan würde zwar leidenschaftlich, aber mit Respekt voreinander um die Sache gestritten. Aber da mußte das Auge schon ziemlich blau sein.

Mit dumpfer deutscher Kontinuität kam, was kommen mußte: Seht her, das ist der Pranger, und das ist

Von  
**LOTHAR  
BISKY**



die PDS. Daß in Deutschland der politische Gegner automatisch der persönliche Feind ist, ist doppelt unappetitlich. Wir, die wir jetzt also „Läuse“ sind, machen uns fröhlich auf, dem tumblenden Bären, der gern weltstädtisch posiert und doch am liebsten Provinzpflaumen frißt, als linke Opposition in den Pelz zu gehen. Wenn am 22. Oktober nach 18 Uhr die Deuter wieder über des Volkes unergründliche Wahlweisheit brüten, werden sie auch dieses Mal nicht verfehlen, die PDS-Wähler als unverbesserliche Vollidioten, die einem Yesterday-Club hinterherjamern, zu deklassieren. Welch ein Verständnis von Demokratie...

Unsere gute Arbeit, inklusive Hoch-Reden durch die Mithbewerber, wird uns in den Stand setzen, den Bonnern hier in Berlin schon mal richtig die Betten aufzuschütteln. Die werden sich mit ihrer Umzieherei zwar noch hübsch was trödeln, aber vielleicht gewöhnen sie sich prophylaktisch schon mal an den Gedanken, daß zur Weltstadt Berlin ein breites linkes politisches Spektrum gehört.

Jedes Jahr hat sich die Parteienlandschaft ein kleines Stück nach rechts gedreht. Links von der Mitte, wo einst das Herz eines SPD-Bundeskanzlers noch schlagen durfte, ist längst gähnende Leere. Wer dort die Grünen noch vermutet,

befindet sich wohl nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Sicher gibt es noch ein paar versprengte ehrliche Häute, aber der Trend weist deutlich auf die Raufe.

Die deutsche Sozialdemokratie bietet ein Bild des Jammers, und das bundespolitische Hauen

und Stechen wird nach dem 22. Oktober erst richtig in die Gänge

kommen. Aber wer in dieser Nacht der langen Messer meint, es handle sich um ein pures Personal-Rondo, läuft an zu kurzer Leine. Die SPD ist in einer schweren Sinnkrise, sie beraubt sich im Geschwindigkeit ihrer sozialen und politischen Traditionen. Es ist schon unverfroren, wenn sich Frau Stahmer in ihrem „brillanten“ Wählerbrief als Garant für die Beseitigung des Rentenstrafrechts darstellt, obwohl ihre Partei mitverantwortlich für dieses Unrecht ist und bisher nichts, aber auch rein gar nichts für seine Beseitigung getan hat. Doch keine Bange: Wenn der Großkanzler der Christenunion eines glücklichen Tages den Blick auf seine Partei nicht mehr verstellt, wird man einen prima Scherbenhaufen sehen – will sagen, der Sinnkrisenteufel holt die CDU auch noch ein. Daß der in Rede stehende Teufel die FDP bereits weggeräumt hat, braucht heutzutage nur noch einen Nebensatz.

Wie auch immer am 22. unter dem Berliner Bruchband abgerechnet wird – es dürfte reichlich Öl ins bundespolitische Feuer geben. Die Tollkühnsten im Adenauer-Haus träumen für ihren sonstens ungeliebten Rathausleiter in der Berliner Dependance schon von einer Allein-Regentschaft. Dann wird aber im nächsten Sommer die Republik mal richtig umgekrempelt: vorgezogene Bundestagswahlen, die FDP fährt in den Orkus und der Kanzler mit seinen bayerischen Satrapen steht allein auf der Kommando-Brücke und kann seine Angelegenheiten in aller Ruhe ordnen. Auf die Schwindsucht der SPD ist in jedem Falle Verlaß. Und so manches bündnisgrüne Oberstübchen denkt sich die Welt eckig – die

Stärke der eigenen Partei ist dann nicht etwa Produkt sozialdemokratischer Schläfheit, sondern Ergebnis properer Politik.

Ich bin sicher: Die Berliner Wählerinnen und Wähler lassen sich nicht kirren machen von Apokalypsen und Adam-Ries-Gau(c)keleien. Die PDS ist der oppositionelle Turbo-Lader, den die Stadt bitter nötig hat. Je höher das Betriebsergebnis am 22. Oktober, je deutlicher Wahlaussage zugunsten linker, sozialistischer Opposition, desto leichter wird zum Beispiel auch Gregor und seinem Trupp die Arbeit in Bonn. Berlin wählt, Bonn sieht rot. Also: Lassen Sie sich am 22. nicht aufhalten...

## Dokument 32

Jetzt Optionen in Richtung PDS? Interview mit Gerd Schuchardt

In: »Neues Deutschland« vom 23. Oktober 1995

Ihre Fraktion hat sehr heftig auf das Thesenpapier von 13 SPD-Mitgliedern „Für eine souveräne SPD“ reagiert. Befürchten Sie, dadurch könnte die Koalitionsarbeit in Thüringen belastet und Ihr Spielraum enger werden?

Nein, die Koalitionsfrage ist hiervon überhaupt nicht berührt. Erheblichen Unmut gab es in der Landtagsfraktion, weil man dort der Meinung ist, insbesondere die Bundestagsabgeordneten sollten durch aktives Engagement in ihrem Bereich, der Bundespolitik, zur Profilierung der Partei beitragen, statt Selbstverständlichkeiten, die die Landespolitik betreffen, in ein Thesenpapier zu schreiben. Es bedurfte dieser Thesen nicht. Die Umstände, unter denen das Papier in die Öffentlichkeit kam, wurden als wenig hilfreich und befremdlich empfunden. Der Landesvorstand hat das Papier zurückgewiesen.

Ihm gehören auch Unterzeichner der Thesen an. Bedeutet das eine Spaltung des Landesvorstandes?

## FragWÜRDIG

## Jetzt Optionen in Richtung PDS?

Fragen an Dr. GERD SCHUCHARDT, Thüringer SPD-Landesvorsitzender



geb. 1942, in der DDR wissenschaftlicher Mitarbeiter im VEB Kombinat Carl Zeiss Jena. SPD-Mitglied seit 1990. Thüringer SPD-Landesvorsitzender, stellvertretender Thüringer Ministerpräsident und Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

Die Verfahrensweise ist im Landesvorstand einstimmig heftig kritisiert worden. Und

es waren Mitglieder anwesend, die zu diesem Papier standen.

Aber es gab Enthaltungen?

Es gab Enthaltungen. Aber keine Gegenstimmen.

Inzwischen ist deutlich geworden, daß die Auffassungen über den Umgang mit der PDS in der SPD differieren. Sie lehnen Zusammenarbeit strikt ab, andere, zum Beispiel Innenminister Dewes, wollen Optionen offenhalten. Ist das ein Diskussionsthema in der Partei, bei dem es noch Veränderungen der Haltung geben könnte?

Ein Diskussionspunkt ist es ganz offensichtlich seit langer Zeit. Es sind ja immer wieder Mitglieder herausgetreten, die

sagen, man sollte Optionen in Richtung PDS ins Auge fassen. Ich bin anderer Meinung. Und ich bin davon überzeugt, daß auch die große Mehrheit der Thüringer SPD derartige Optionen nicht will.

Nun gibt es vielfache Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene. Wie stehen Sie dazu?

Es gibt auch auf Landesebene im Thüringer Landtag Gespräche über Sachfragen. Ich respektiere die PDS natürlich als einzige Opposition im Thüringer Landtag. Und ich habe mich dafür eingesetzt, daß sie parlamentarisch anständig behandelt wird, daß sie zum Beispiel – ihrem Proporz im Landtag entsprechend – einen Vizepräsidenten zugesprochen bekommt. Ich setze mich auch dafür ein, daß die Anträge der PDS auf die Tagesordnung kommen und behandelt werden. Das ist gar keine Frage, das gehört zum Respekt vor ihrer Oppositionsrolle. Aber Optionen in Richtung PDS halte ich für falsch, und dazu stehe ich.

Fragen: PETER LIEBERS  
Foto: dpa/BAUER

Dokument 33

Michael Müller: Der Preis des Beharrens. Alte Krise der SPD und künftige Stärke der PDS. »Neue Optionen« im Gespräch

In: »Neues Deutschland« vom 24. Oktober 1995

**Die Wahlverlierer des Sonntags in Berlin sind die Sozialdemokraten, die Gewinner sind die Grünen und, noch etwas spektakulärer: die PDS. Daraus ergeben sich einige Fragen: Was und warum ist was passiert? Und was wiederum folgt aus dem, was da passierte? Anregungen zur Analyse und Hinweise zu ersten Tendenzen von MICHAEL MÜLLER.**

Die einfachste Erklärung für die Schlappe der SPD, für das Minus von 7 Prozent zu den Vorwahlen, also für den Fall von gut 30 auf gut 23 Prozent, ist die einer aktuellen Partei-Krise.

Geht man aber von den Berliner Wahlergebnissen der letzten Jahrzehnte aus, so hat diese „Wahl-Krise“ der SPD bereits 1967 begonnen. Bei 62 Prozent! Zwei der Abwärts-schritte seither waren sogar noch größer als der vom Sonntag.

Die Schlappe überraschte also kaum. Es sei denn, man verschloß, wie mancher an der Spitze dieser Partei, Augen und Ohren. Diese historische Abwärtskurve deutet auch auf dies hin:

Der Einbruch kann nicht allein mit der für Berlin erstmaligen Beteiligung der SPD an einer Großen Koalition (seit 1990) zusammenhängen. Und er ist ebensowenig allein aus irgendwelchen „Brüchen des historischen Verlaufs“ zu erklären, also aus dem sogenannten Einigungsprozeß.

Wirkliche Ursache der SPD-Situation in Berlin, die eine Tageszeitung gestern titeln ließ: „SPD deutlich über fünf Prozent“, ist die Krise der bundesdeutschen Sozialdemokratie. Die bekanntlich auch nicht erst mit dem sommerlichen „Streit“ Scharping-Schröder oder mit dem Mauerfall von 1989 begann.

**Filzokratie platzte**

Sie schwärzt viel länger. In Westberlin reifte sie einst zu ganz spezifischen Formen, die der SPD hier bis heute anhängen. Da war exemplarisch 1980/81 die Garski-Affäre. Nach fast 35jähriger sozialdemokratischer Vorherrschaft platzte in der städtischen In-

sellage eine Filzokratie auf. Bestehend aus SPD, Öffentlichem Dienst, subventionsgespickten Unternehmen. Der bis dahin größte Finanzskandal der Nachkriegszeit. Der Regierende Bürgermeister Stobbe mußte im Januar '81 zurücktreten. Hans-Jochen Vogel löste ihn ab, doch auch er mußte nach Neuwahlen gehen.

Die SPD ist hier wahlpolitisch seither weg aus der ersten Reihe. Aber sie stand und steht weiterhin unter dem inneren und äußeren Druck, wann immer nur möglich wenigstens zu einer Macht-Teil-habe zu kommen. Denn Filzokratie entwickelt eine „Beharrungs-Dynamik“. Man meint, bei Strafe völligen Untergangs, nicht mehr aufhören zu dürfen. Gestern kleideten das führende SPD-Leute in die selbstlos klingende Formel: „Wo immer die Chance sich bietet, wollen wir mitregieren, um zu verändern.“

Das ist blanke Demagogie. Die SPD hat längst aufgehört, wirklich etwas zu verändern. Zumindest irgend etwas, was ihr Parteiprogramm eigentlich von ihr forderte.

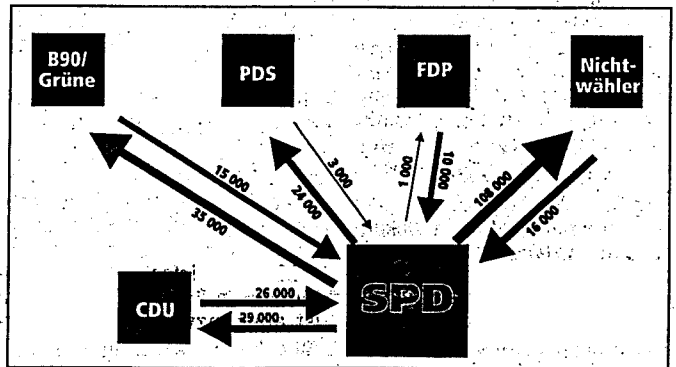
**Für Schröder**

Dies nun alles wiederum betrifft nicht die Berliner Sozialdemokratie. Zu der gehört nämlich unter anderem auch, daß sie einst gegen den sogenannten Asylkompromiß ihrer Bonner Mutter-Partei votierte. Und daß sie bei der Urwahl nicht für Rudolf Scharping als Kanzlerkandidat, sondern für Gerhard Schröder plädierte. Zur Berliner SPD gehört auch, daß sie im Dezember 1994 mehrheitlich, aber eben längst nicht einhellig den „Abgrenzungsbeschluß“ zur PDS faßte:



Auch nach dem Berliner Debakel vom Sonntag noch Rücken an Rücken: SPD-Spitzenfrau Ingrid Stahmer und CDU-Spitzenmann Eberhard Diepgen ND-Foto: Burkhard Lange

**Wählerwanderung**



Grafik: ND/Archiv

165 von 235 Delegierten eines Landesparteitages stimmten mit Ja. Die gleichen Delegierten waren allerdings an anderer Stelle in jubelnden Beifall ausgebrochen, als Lea Rosh in der Debatte die rhetorische Frage stellte: „Zusammenarbeit mit der PDS? Na und, ich kann mir Schlimmeres vorstellen.“

Es ist an solchen Kräften in der SPD, jetzt zu reagieren. Und es gibt Anzeichen, daß sie sich zumindest in Berlin formieren. Nicht zuletzt das PDS-Wahlergebnis vom Sonntag wird dahingehend Druck machen. Rund 20 000 Wähler hat die SPD dabei schließlich an die PDS, genausoviel übrigens auch an die Grünen verloren.

Die PDS hat im Ostteil Berlins einen bravourösen Erfolg erzielt. Und dies natürlich besonders im Kontrast zur SPD, deren Platz sie dort nicht nur schlicht übernommen, sondern für sich auch gleich enorm ausgebaut hat. Über 36 Prozent der Stimmen. Die SPD lag dort als bisherige Nr.1 bei 32 Prozent.

Was die Stimmen für Gesamtberlin angeht, sei jedoch darauf verwiesen, daß die PDS zumindest das Ergebnis der Bundestagswahl von 1994 nicht überbot, sondern mit 14,6 Prozent etwa hielt. Die Grünen haben das ihre übrigens vergleichsweise von 10,2 auf 13,3 Prozent ausgebaut. Und für diese 14,6 Prozent

reichten der PDS, wegen der im Vergleich zur Bundestagswahl 1994 geringeren Wahlbeteiligung, 244 000 Stimmen. Damit haben am Sonntag in Berlin absolut fast 45 000 Menschen weniger PDS gewählt, als am 16. Oktober 1994.

Das betrifft in Relationen natürlich auch die anderen Parteien. Aber eben auch die PDS, die gestern in einer Pressekonferenz u.a. einschätzte: „PDS und Grüne sind in der Addition erstmals in einem Bundesland stärker als die SPD. Damit können sich für die Zukunft völlig neue politische Optionen ergeben.“

Vielleicht wäre bei dieser Einschätzung noch zu berücksichtigen, daß sich „neue Optionen“ – siehe etwa Magdeburg –, wenn überhaupt, nur langsam vollziehen. Und viel-

leicht wäre auch noch zu bedenken, daß die politische Linke vielleicht doch nicht nur aus PDS und den Grünen besteht.

Noch ist die SPD nämlich in Berlin von insgesamt etwa 400 000 Leuten gewählt worden. Als strategisches Ziel scheint es für diese „politische Linke“ wohl illusorisch, alle diese Wähler auch noch zu sich zu ziehen. Strategisch vorstellbarer da schon eher, die SPD künftig wieder mehr an diese „politische Linke“ zu binden.

Die Grünen werden daran kein gesteigertes gemeinsames Interesse mit der PDS zeigen. Bei der PDS wäre es allerdings denkbar, ihren realen Zugewinn an politischer Stärke in Berlin auch daran zu messen, wie sie genau diesen Prozeß in und mit der SPD künftig befördert.

## Dokument 34

## Das Ergebnis in der Spreemotropole: Eigenheit der Bundeshauptstadt oder Brennglas für die Deutschlandpolitik? 12 Fragen nach der Berlin-Wahl, den Gründen und den Folgen

In: »Leipziger Volkszeitung« vom 24. Oktober 1995

**1** Was sind das für Leute, die PDS wählen?**Forschungsgruppe Wahlen**

**Mannheim:** Besonders erfolgreich war die PDS bei den Angestellten und Beamten im Osten, wo sie 40 Prozent der Stimmen erhielt, sowie bei der großen Gruppe der Konfessionslosen (43 Prozent). Vor allem bei den unter 25jährigen sowie bei über 60jährigen hat die PDS bei den Männern (43 Prozent) viel besser abgeschnitten als bei den jeweils gleichalten Frauen (34 bzw. 29 Prozent).

**Infas:** Die PDS hat große Teile der jungen Generation für sich gewonnen. Sie wurde unter den 18- bis 24jährigen mit 39 Prozent bei weitem stärkste Partei.

**Michael Th. Greven:** Die PDS hat sich als ostdeutsche Interessenpartei etabliert. Die Abgrenzungspolitik der konservativen Parteien und der SPD treibt der PDS immer mehr Wähler zu. Die PDS versteht es erfolgreich, das Unbehagen aufzugreifen und sich als Repräsentantin des Ostens darzustellen. So kann jede Art von Unzufriedenheit im Osten einen einfachen Ausdruck finden: Um die im Westen zu ärgern, braucht man nur PDS zu wählen. Während andere Parteien versuchen, den zweifellos im Bewußtsein noch vorhandenen Ost-West-Gegensatz zu leugnen, kann ihn die PDS gewissermaßen symbolisieren. Nur ein kleiner Teil der PDS-Wähler fühlt sich dem alten System verbunden. Viel größer ist der Teil, der aus den verschiedensten Gründen, von der Arbeitslosigkeit bis zur Nichtanerkennung der eigenen Identität, die PDS wählt, um es den als westlich empfundenen Parteien zu zeigen.

\*

**2** Warum laufen der SPD so viele Wähler davon?

**Michael Th. Greven:** Gründe sind zum einen die Bonner Querelen, zum anderen die Art und Weise der Kandidatenkür bei der SPD. Sowohl Parteichef Rudolf Scharping als auch die Berliner Spitzenkandidatin Ingrid Stahmer sind aus einer innerparteilichen Wahl hervorgegangen. Diese funktioniert aber nach einer anderen Logik als die allgemeine Wahl. Ingrid Stahmer, die sicherlich innerhalb der SPD-Mitgliedschaft gegen Walter Momper nicht überraschend gewonnen hat – wegen ihrer sympathischen Fähigkeit, zu integrieren und auszugleichen zwischen

den Flügeln. Das aber ist nicht dasselbe, was im Landtagswahlkampf eine Rolle spielt. Das gleiche trifft auf Scharping zu. Er ist in den Augen der allgemeinen Wählerschaft kein geeigneter Kanzlerkandidat. Gefragt sind hier mehr starke Führungsfiguren.

Das zweite Trauma der SPD ist ihre Aufspaltung in zwei große Flügel, einen linken und einen rechten.

\*

**3** Wie geht es weiter mit dem Senat?

**Reinhard Zweigler, Berliner Korrespondent unserer Zeitung:** Nach der verheerenden Wahlschlappe der SPD und einem „blauen Auge“ für die CDU wird Berlin nicht ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen können. Es stehen schwierige und langwierige Koalitionsverhandlungen ins Haus. Dabei überraschten gestern SPD-Politiker, wie der Parteilinke und Kreuzberger Bürgermeister Peter Strieder mit der Botschaft, in der SPD gebe es keine Mehrheit für eine Fortsetzung der Großen Koalition. Der Wahlsieg der Union könnte ein Pyrrhussieg gewesen sein, denn die SPD ist derart verunsichert und auch sauer über den diffamierenden Wahlkampf der CDU, daß ein neuer Diepgen-Stahmer-Senat ernsthaft gefährdet scheint. Aber natürlich ist sich die SPD darüber im klaren, daß ein rot-grünes Bündnis unter Duldung der PDS erst recht nicht zu machen ist. Das Problem der SPD, die in Berlin kontinuierlich in der Wählergunst abbaute, lähmt den Senat und strahlt auch auf die mitregierende CDU aus. Wahrscheinlich wird erst ein außerordentlicher SPD-Landesparteitag am 7. November darüber befinden, ob die Partei ins Rote Rathaus zurückkehren wird.

\*

**4** Geht die SPD über kurz oder lang doch auf die PDS zu?

**Dieter Wonka, Bonner Korrespondent unserer Zeitung:** Im Vergleich zur mitglieder- und wählerstarken PDS ist die Ost-SPD nicht viel mehr als eine Splitterbewegung. Für eine Volkspartei wie die Sozialdemokraten kann das kein Dauerzustand sein. Da auf absehbare Zeit nicht zu erkennen ist, wie die SPD den politischen Durchbruch in den neuen Ländern schaffen kann (vor allem auch: mit wem? – etwa mit „charismatischen“ Figuren wie Karl-Heinz Kunckel oder Gerd Schuchardt?), wird



Freut sich über den Wahlsieg der CDU: Eberhard Diepgen. Foto: AP

ihr nichts anderes übrig bleiben, als aus der Ecke der PDS-Beschimpfer herauszukommen. Zumal das nach dem Experiment von Sachsen-Anhalt sowieso nicht sehr überzeugend ist. Die Konkurrenz nach links hin (Bündnisgrüne und PDS) ist für die SPD zu stark, als daß sie gegen sie eine mehrheitsfähige Ausgangsposition erreichen kann. Noch ist es Zeit, daß in der Parteispitze dazu vorbereitend geplant und diskutiert werden kann. Andernfalls wird es in Kürze vor Ort „losgehen“, dann aber ganz ohne Bonner Einfluß.

\*

**5** Regiert eine PDS-Bürgermeisterin das Regierungsviertel?

**Reinhard Zweigler:** Spannend wird die Besetzung der elf Ost-Berliner Bezirksämter allemal. In neun Bezirksversammlungen wurde die PDS stärkste Fraktion. In Berlin-Mitte, wo sich neben Tiergarten große Teile des künftigen Regierungsviertels befinden, erreichten die Linksozialisten 19 von 45 Sitzen. Und die bisherige Fraktionschefin Sylvia Jastrzemski, die über 40 Prozent Wählerstimmen einfuhr, ist durchaus gewillt, neue Bürgermeisterin im Herzen der Hauptstadt zu werden. Sie



Bürgermeister  
Ernst Reuter, 1948



Bürgermeister  
Willy Brandt, 1963



Bürgermeister  
Klaus Schütz, 1975



Spitzenkandidat  
Hans Apel, 1985

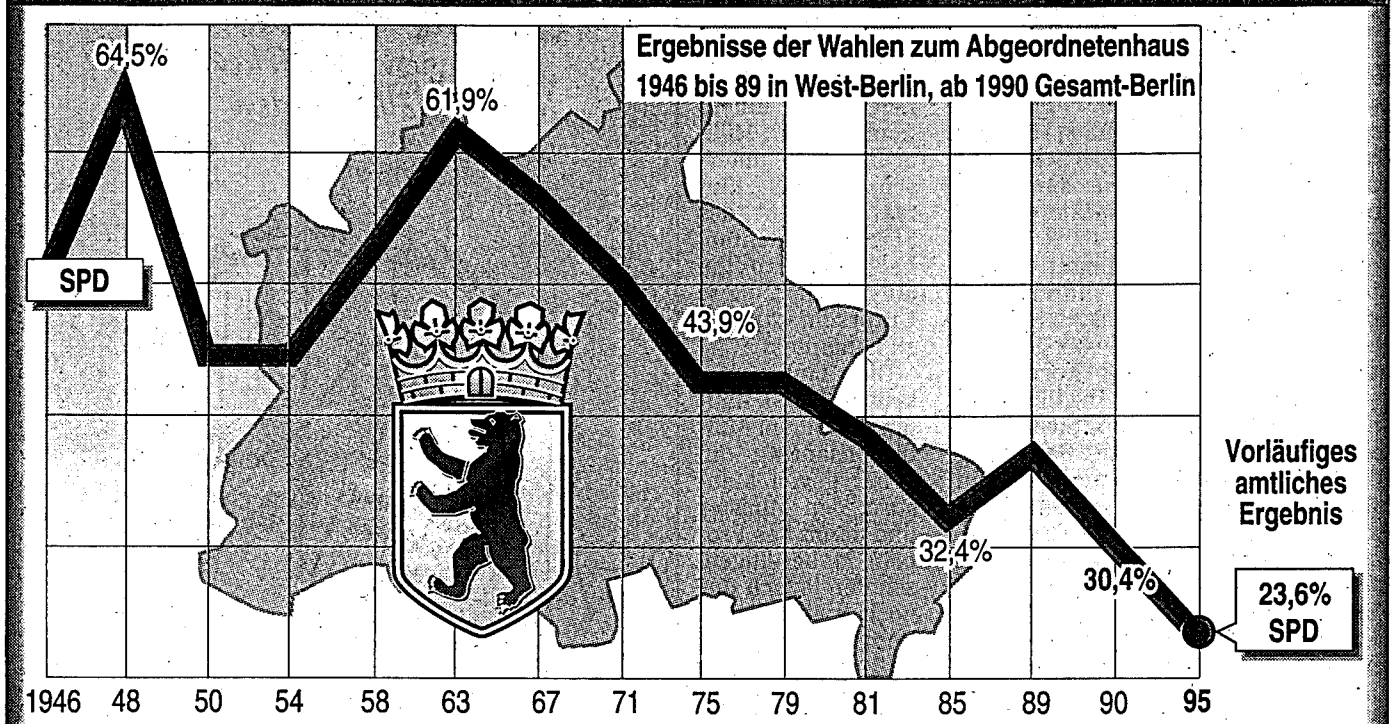


Bürgermeister  
Walter Momper, 1990



Spitzenkandidatin  
Ingrid Stahmer, 1995

## SPD in Berlin – Partei im freien Fall



möchte den bisherigen Amtsinhaber von der SPD ablösen. Und laut Berliner Wahlarithmetik stehen der PDS hier ohnehin drei von fünf Stadträten zu. Ob allerdings der Durchmarsch auf den Bürgermeisterstuhl gelingt, hängt von der Einigkeit bzw. Uneinigkeit der anderen Parteien, CDU, SPD und Grüne, ab. Wenn nur vier Nicht-PDS-Abgeordnete ausscheren, hätte der Kanzler eine tiefrote Bürgermeisterin – wenn auch nur mit bescheidenen Kompetenzen, was die Hauptstadt-Planung betrifft – vor der Haustür. Bis Dezember muß die Amtsbesetzung entschieden sein.

\*

### 6 Bleibt Rexrodt das einzige Opfer?

Dieter Wonka: Außer mit Günter Rexrodt (als FDP-Landesvorsitzender) wird vermutlich niemand ein personelles Opfer aus der Berlin-Wahl erbringen. Die SPD-Spitzenkandidatin Ingrid Stahmer machte zwar einen denkbar

unprofessionellen Wahlkampf, denkt aber trotz eines Minus von 6,8 Prozent nicht ans Aufhören. Im Gegenteil. Wie ihr Vorsitzender Scharping scheint es bei Sozialdemokraten momentan so zu sein, je größer die Niederlage, umso beharrlicher bleibt man im Amt. Das hat auch bereits die sächsische SPD nach der letzten Landtagswahl vorexerziert. Grüne, PDS und CDU haben, aus unterschiedlichen Gründen, keine Veranlassung zu personeller Neuorientierung.

Auch ohne das FDP-Amt wird der Liberale Rexrodt aber wohl Wirtschaftsminister in Bonn bleiben dürfen. Zwar ist er seit Sonntag politisch noch sehr viel weniger wert, aber wenn er ginge, käme die ganze FDP-Mannschaft an Kohls Seite (z.B. Außenminister Kinkel) ins Rutschen. Und das wollen weder Kohl, noch FDP-Chef Gerhardt.

\*

### 7 Hat die FDP noch eine Zukunft?

Michael Th. Greven: Das sich abzeichnende Verschwinden der FDP gehört zu den dramatischen Veränderungen der Parteienlandschaft. Der Liberalismus hat sich in Deutschland zu Tode gesiegt. Einfach dadurch, daß er heute in allen demokratischen Parteien verankert ist. Der Wirtschaftsliberalismus ist bei der Union und im Grunde auch schon bei der SPD gut aufgehoben. Niemand kann jedoch voraussagen, ob die FDP es nicht doch noch einmal in den Bundestag schafft. Allerdings ist sie jetzt schon eine eigenartige Partei, praktisch ohne Verankerung in den Ländern.

\*

### 8 Was stört die Nichtwähler an der Politik?

Michael Th. Greven: Es gibt kein nachlassendes Politikinteresse, sondern eine sinkende Integrationskraft des Parteiensystems. Untersuchungen zeigen, daß gerade ein großer Teil der



hochinformierten und politisch sehr interessierten Bevölkerung nicht wählen geht. Man wendet sich ab von den Parteien, aber nicht von der Politik. Das betrifft deshalb vor allem sozialdemokratische Wähler, weil die Zukunftsthemen zuerst im linken Spektrum auftauchen. Und hier finden die größten Enttäuschungen statt, wenn die Parteien nichts anzubieten haben.

### 9 Welche Rolle spielten die Spitzenkandidaten...

**Forschungsgruppe Wahlen Mannheim:** Die Zufriedenheit mit der Arbeit der Berliner CDU und ihres Spitzenkandidaten Eberhard Diepgen war gerade gegenüber der SPD vergleichsweise groß. So plädierten 50 Prozent aller Berliner für Diepgen als Regierenden Bürgermeister, nur 32 Prozent sprachen sich für Ingrid Stahmer aus. Diepgen besitzt bei den wichtigsten politischen Eigenschaften einen klaren Vorsprung vor Stahmer. Auch bei den Kompetenzen zur Lösung der wichtigsten Probleme in Berlin verfügt die CDU zumeist über einen Vorsprung vor der SPD. Besonders deutlich fällt dieser bei der Wirtschaftskompetenz aus: 50 Prozent trauen eher der CDU, nur 15 Prozent eher der SPD zu, die Wirtschaftslage in Berlin zu verbessern.

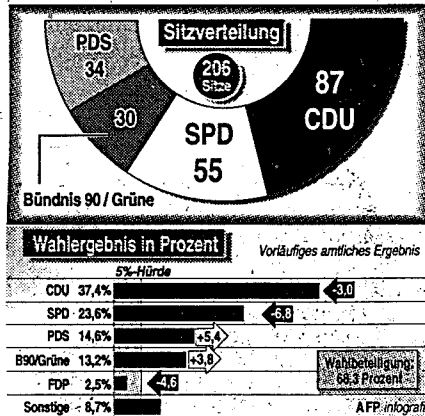
### 10 ... und Kohl und Scharping?

**Dieter Wonka:** In Berlin trafen mit Helmut Kohl und Rudolf Scharping der Plus- und der Minus-Mann der deutschen Politik aufeinander. So schlecht wie Scharping wurde noch nie ein Kanzlerkandidat öffentlich bewertet. Das war mitverantwortlich für das schlechteste SPD-Nachkriegsergebnis. Während Helmut Kohl in den zurückliegenden Berliner Wahlen sich eher als Belastung für die CDU erwies, war er diesmal das Zugpferd. Die eher blasse Berliner CDU mit Eberhard Diepgen an der Spitze konnte die fehlende eigene Attraktivität durch vielfältigen Kohleinsatz halbwegs erfolgreich überdecken.

### 11 Welche Auswirkungen hat Berlin auf Bonn?

**Dieter Wonka:** Interessant wird sein, wann die Bündnisgrünen (vielleicht durch ein weiteres „Wende-Papier“ ihres Vordenkers Joschka Fischer?) doch noch Bewegung in der Koalitionsfrage signalisieren. Ständig gewinnt die Partei, aber meist nur das, was die SPD verliert. Weil Eins minus Eins nach Adam Riese Null ergibt, das rot-grüne Lager in etwa gleich stark bleibt, müssen sich

die Bündnisgrünen offensiver als bisher einer Koalitions-Option mit der CDU öffnen. Zumal innerhalb der Union ein umgekehrter Prozeß stattfindet. Die FDP als kränklicher Partner scheint nicht mehr in der Lage, die fehlenden Prozente zum Regieren zusammenzubringen. Selbst dann nicht, wie in letzter Zeit, wenn die Liberalen von der Union gehätschelt und geschont werden. Gut möglich, daß sich das politische Koalitionsklima wieder verschärfen wird.



### 12 Kann es überhaupt auf absehbare Zeit zu einem rot-grünen Bündnis kommen?

**Dieter Wonka:** Eine Koalition zwischen SPD und Bündnisgrünen auf Bundesebene kann es unter drei Voraussetzungen geben: Erstens: Die SPD führt offensiv einen solchen Koalitionswahlkampf, bietet dadurch unentschlossenen Wählern ein Projekt-Angebot. Zweitens: Die FDP fällt tatsächlich als Partner für die Union mangels Masse auf Bundesgebiet aus. Drittens: Die SPD kommt mit der PDS in den neuen Ländern auf die eine oder andere Weise ins Reine (entweder radikale Ausgrenzung oder erdrückende Umarmung). Dann gäbe es auch gegen eine weiterhin von Kohl geführte Union mittelfristig eine Mehrheitsschance. Ganz anders sieht die Sache aus, wenn der amtierende Bundeskanzler sich auf das politische Altenteil zurückzieht. Dann werden viele Karten neu gemischt, der Kanzler-Bonus fällt weg. Und sollte die SPD nicht immer auf ihrem Ansehens-Tiefpunkt verharren, wie momentan, dann kann es rot-grün schaffen. Und vermutlich würden nicht einmal die Lichter in Deutschland ausgehen und die Industrie würde ihren Rückzug aus Deutschland auch nicht sehr beschleunigen.

## Dokument 35

Elmar Pieroth: PDS-Anhänger heute, CDU-Wähler morgen. Die Union muß auf die Menschen, die für die SED-Nachfolger stimmen, versöhnend zugehen

In: »Tagesspiegel« vom 20. Oktober 1995

### POSITIONEN: WIE HALT' ICH'S MIT DER PDS?

*Der Erfolg der PDS bei der Berliner Wahl wirft erneut die Frage auf, wie die anderen Parteien mit ihr umgehen sollen: Ausgrenzen? Bekämpfen? Kooperieren? Gastautoren debattieren im Tagesspiegel.*

Das Wahlergebnis zeigt eine klare Polarisierung zwischen CDU und PDS. Die CDU ist die stärkste politische Kraft in ganz Berlin, die zweitstärkste in den östlichen Bezirken. Damit ist sie dort der einzige echte Herausforderer der PDS. Wir müssen uns

gegen die, auch als „demokratischer Sozialismus“ getarnt, immer wieder das gleiche bewirken wird: Mehr Staat, mehr Bevormundung und am Ende ein wirtschaftliches und moralisches Desaster, wie es die SED für die DDR verursacht hat.

Etwas ganz anderes sind die PDS-Wähler. Das sind nicht unsere Gegner, sondern vielfach CDU-Wähler von morgen. Sie denken häufig sehr bürgerlich und konservativ, wollen Stabilität, Sicherheit und Ordnung – Dinge, die nur die CDU tatsächlich bieten kann. Indem wir mit der PDS kämpfen und streiten, müssen wir zugleich die Menschen, die

Zweite Kraft im Osten zu werden, ist für die Berliner CDU erst der Anfang. Mit meinem Wahlergebnis bin ich überhaupt nicht zufrieden, auch wenn ich mit 4,6 Prozent die höchste Erst/Zweitstimmendifferenz der CDU-Direktkandidaten erreicht habe. Aber es ist ein erster Schritt, der gezeigt hat, daß es möglich ist, etwas gegen die PDS-Mehrheiten in den östlichen Bezirken zu erreichen – in der direkten Konfrontation vor Ort. Dort, wo die PDS bisher glaubte, ein „Heimspiel“ zu haben, im Kiez, werden wir durch Präsenz vor Ort, kontinuierliche Basisarbeit und den Einsatz unserer Kompetenz die Menschen für uns gewinnen. Die CDU wird dafür noch stärker als bisher als Kiezpartei arbeiten müssen. Aber wenn wir die 14,6 Prozent der PDS nicht hinnehmen wollen, ist das der einzig mögliche Weg.

Wir müssen auf die Menschen zugehen, mit ihnen reden und ihnen damit zeigen, daß die PDS sie täuscht: Daß „Wessis“ gar nicht feindlich sind. Und, daß Wessis zuhören und die Gedanken und Gefühle der Ostberliner erkennen und respektieren. Und dann werden wir „Wessis“ erkennen, daß viele PDS-Wähler gar keine Kommunisten sind, so gerne die PDS das auch hätte.

Dafür müssen wir viele ganz persönliche Gespräche mit den Menschen in den östlichen Bezirken führen. Nicht im Wahlkampf, sondern ständig und in privater Atmosphäre, im Wohnzimmer. Viele solcher Gespräche haben schon begonnen. Und sie haben den Menschen – Ost wie West – viel gebracht. In viereinhalb Monaten Kiezarbeit und Gesprächen vor Ort habe ich viereinhalb Prozent Erststimmenvorsprung erreicht. Wenn wir die nächsten vier Jahre konsequent nutzen, können wir die Menschen im Osten gewinnen und damit zukünftig die PDS-Mehrheiten verhindern.

*Der Autor, Senator für Finanzen in Berlin, hat für die CDU in Hellersdorf kandidiert und ist der PDS-Kandidatin unterlegen.*

## PDS-Anhänger heute, CDU-Wähler morgen

*Die Union muß auf die Menschen, die für die SED-Nachfolger stimmen, versöhnend zugehen / Von Elmar Pieroth*



deshalb hart mit der PDS auseinandersetzen und ihre gefährliche Ideologie des Sozialismus enttarnen und offenlegen. Diese Ideologie, die die PDS hinter dem dünnen Schleier vermeintlicher Bürgernähe versteckt hält, gilt es zu bekämpfen. Die PDS lebt bis heute von der Spaltung, etwa, wenn sie dazu auffordert, den Bundeskanzler der Deutschen Einheit, Helmut Kohl, in Berlin mit einer starken PDS zu empfangen. Das bedeutet nicht, über die vergangenen Fehler der SED zu streiten, sondern sich mit der PDS von heute auseinanderzusetzen. Denn diese PDS lebt für die gleiche Ideologie – eine Ideolo-

Wähler durch Versöhnen gewinnen. In einer Umfrage vom Ende letzten Jahres erklärten 63 Prozent der PDS-Wähler, sie könnten sich vorstellen, auch eine andere Partei zu wählen. Dieses Wählerpotential von über 200 000 Menschen darf auf keinen Fall aufgegeben werden. Denn es sind nicht nur alte, frühere Kader, die schon immer SED, jetzt PDS gewählt haben. Sondern zunehmend auch junge Menschen, mit denen wir über unsere Werte sprechen und ihre Herzen gewinnen müssen. Denn nur so erreichen wir, daß Gysis vier direkte Bundestagsmandate in Berlin nicht gesichert bleiben.

## Dokument 36

Grüne suchen nach linker Mehrheit jenseits der CDU. Interview mit Michael J. Weichert

In: »Leipziger Volkszeitung« vom 4./5. November 1995

## Sprecher Weichert: Tolerierung durch PDS denkbar

Die Bündnisgrünen sind raus aus der Stadtregierung. Ihre „Fundamentalopposition“ sei daran schuld, daß man nicht mit ihnen zusammenarbeiten könne, hieß es zuletzt mehrfach in der SPD-Spitze. Ist damit die Option für Rot-grün in Leipzig verspielt? LVZ-Redakteur Thomas Müller fragte den Sprecher des Kreisverbands von Bündnis 90/Die Grünen, Michael J. Weichert.

*Frage: Ihre Kandidatin Marion Schole hat vor einem Jahr die Wahl zum Beigeordneten für Umwelt und Ordnung gegen Holger Tschense von der SPD verloren. Danach erklärte Ihre Fraktion, nunmehr in die Opposition zu gehen. Fühlen Sie sich noch wohl in dieser Rolle?*

Michael J. Weichert: Wir haben zur Kommunalwahl 14 Prozent der Stimmen gehabt und dann gefordert, daß wir auch in der Rathausspitze vertreten sein wollen. Die Forderung war legitim. Nachdem die Beigeordnetenwahl verloren war, haben wir gesagt: Wir müssen jetzt nicht mehr alle Entscheidungen mittragen.

*So nett haben Sie es nicht formuliert. Sie haben sich zur Opposition erklärt. Leute aus der SPD-Fraktionspitze sagen, Sie würden jetzt von vornherein alles ablehnen, was aus der SPD und aus der Verwaltung kommt.*

Das stimmt nicht. Das ist auch nicht unser Oppositionsstil. Wir haben auch seither mindestens der Hälfte aller Vorlagen aus der Verwaltung zugestimmt. Aber wir schauen auch genau hin, ob die Vorschläge unseren politischen Auffassungen entsprechen.

*Oft macht der Ton die Musik. Warum gehen Sie verbal teils derart zur Sache?*

Man muß doch Profil zeigen. Das ist genau das, was die SPD nicht tut. Und in der großen Koalition, die sie jetzt praktisch mit der CDU eingegangen ist, ist sie nicht wahrnehmbar. Das ist ihr Problem.



Sprecher Michael J. Weichert, 42-jähriger Gastwirt, sitzt für die Grünen im Stadtrat. Foto: Uwe Pullwitt

*Bleibt Rot-grün dennoch eine Option für Leipzig?*

Auf jeden Fall. Hier haben zuletzt 60 Prozent der Leute links von der CDU gewählt. Das spricht doch für Rot-grün.

*Derzeit ginge das nur bei Tolerierung durch die PDS. Die SPD lehnt dieses Modell strikt ab. Sie wohl nicht?*

Ich kann mit den PDS-Leuten im Stadtrat gut zusammenarbeiten. Sie sind teils sehr engagiert. Ich per-

sönlich halte es für vorstellbar, in Leipzig eine rot-grüne Stadtregierung mit Tolerierung durch die PDS zu haben.

*Ist das Mehrheitsmeinung innerhalb Ihrer Partei?*

Es gibt auch andere Auffassungen. Aber meine Position ist: Ich möchte nicht nur bündnisgrüne Politik formulieren, ich möchte sie auch umsetzen. Da muß ich sehen, wie das zu machen ist. Und wenn die PDS signalisiert, daß sie Rot-grün tolerieren würde, nehme ich das dankbar an. Ich

denke, auf kommunaler Ebene ist diese Position mehrheitsfähig.

*Ernsthaft stellt sich die Frage ja wohl ohnehin erst nach der nächsten Kommunalwahl, also 1999. Könnte es dann aus Ihrer Sicht sogar eine Koalition mit der PDS geben?*

Es ist zu früh, das zu sagen. Die PDS müßte sich dafür auf jeden Fall noch stark verändern. Sie müßte sich von der SED lossagen und von einigen Utopien.

*Zurück zu Rot-grün: Die Fronten sind derzeit verhärtet. Bei der SPD heißt es, Sie würden Gesprächsangebote nicht annehmen. Warum nicht?*

Das ist doch gar nicht wahr. Vielleicht sind zur Fraktionspitze der SPD die Fronten verhärtet. Die hat sich offenbar auch ein Stück von der SPD-Basis entfernt. Mit anderen Leuten aus der SPD reden wir durchaus.

*Glauben Sie, daß daraus ein Wahlbündnis werden kann?*

Das wissen wir erst in ein, zwei Jahren. Aber dann müssen wir es wissen. Denn die Frage ist doch: Was passiert am Tag nach Lehmann-Grube? Dann brauchen wir möglichst einen Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters, der von SPD, PDS und uns unterstützt wird.

*Kann das Bürgermeister Wolfgang Tiefensee sein, der gerade verkündet hat, er trete jetzt in die SPD ein?*

Er kann es sein. Aber da möchte ich mich überhaupt noch nicht festlegen.

## Dokument 37

Angstgegner PDS? Fragen an Heiko Mau, Berliner Juso

In: »Neues Deutschland« vom 4./5. November 1995

## FragWÜRDIG

**Angstgegner PDS?**

Fragen an HEIKO MAU, Berliner Juso



**HEIKO MAU**  
(28), Student, war 1990/91 Vorsitzender der Berliner Jusos. Er unterzeichnete eine Erklärung, in

der sich junge SPD-, Bündnis 90/Grüne- und PDS-Mitglieder gegen eine Große Koalition in Berlin wenden.

**D**iverse CDU- und SPD-Politiker meinen, der Wählerwille verlange wieder eine Große Koalition. Wie deuten Sie ihn?

Da gibt es nicht viel zu deuten. Die Große Koalition ist aus meiner Sicht abgewählt worden. Die 410 000 Stimmen, die sie verloren hat, sprechen eine klare Sprache.

In der Ost-SPD spricht seit einiger Zeit alles von der PDS, aber kaum einer will etwas mit ihr zu tun haben. Ist die PDS ein Angstgegner?

Der Fehler der letzten Jahre war, daß man die PDS entweder als Gespenst dargestellt oder quasi als Tabu angesehen hat. Die Parole lautete: Die PDS wird es in einigen Jahren nicht mehr geben. Aber von Wahl zu Wahl, zuletzt in Berlin, stand man dann fassungslos vor ihren Ergebnissen.

Wie sollte die SPD mit der PDS umgehen?

Man muß ausloten, wo gemeinsame Inhalte und Politikansätze sind. Aber ich befürchte, daß die SPD das erst dann versucht, wenn es machtpolitisch nicht mehr zu umgehen ist. Genau dem muß vor-

gebeugt werden. Wir müssen uns inhaltlich auseinandersetzen und überprüfen, inwieweit die These der SPD-Führung stimmt, die PDS habe nur Populismus zu bieten, und ob Projekte gemeinsam mit der PDS möglich sind.

Sie halten das für möglich?

Dazu gibt es keine Alternative, gerade in Berlin, wenn die SPD sich nicht für immer auf die große Koalition festlegen und damit ihre Identität verlieren will.

Meinen Sie, daß in der SPD befürchtet wird, sich bei einer solchen Kooperation selbst zu verändern?

Sie wird sich neu orientieren und ein sozialdemokratisches Projekt formulieren müssen. Dazu gehört die Bindung der Kräfte links von der CDU.

**Linke Sozialdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern schreiben dem Magdeburger Modell eine Pilotfunktion für Ostdeutschland zu.**

Was in Magdeburg passiert, gehört zu den wenigen Lichtblicken sozialdemokratischer Politik in den letzten Jahren. Das Magdeburger Modell ist ja erfolgreich, anders als die Her-

angehensweise der Berliner SPD. Insofern hat es tatsächlich Zukunftschancen.

Viele SPD-Politiker sagen, Berlin sei ein solches Modell nicht zuzumuten, weil hier die Mauer stand.

Das ist im Grunde die konsequente Fortsetzung der CDU-Kampagne. Wenn man die PDS als kommunistisch an die Wand malt, dann ist es schwierig klarzumachen, daß die PDS inzwischen eine normale Partei mit einer bestimmten Wählerschaft ist. In der Hinsicht ist Richard von Weizsäcker deutlich weiter als viele Berliner Sozialdemokraten.

Was wünschen Sie sich vom SPD-Landesparteitag?

Er sollte sich gegen eine Große Koalition entscheiden. Die Opposition könnte nach diesem Desaster eine Chance sein, wenn die SPD lernt, Partner für ein linkes Projekt zu suchen. Ich glaube, die CDU benutzt ihre Ablehnung einer Minderheitsregierung als Druckmittel, das einigen in der SPD ganz gelegen kommt.

Fragen: WOLFGANG HÜBNER  
Foto: Robert Grahn

## Dokument 38

## Peter Richter: Berliner Menetekel fördert Umdenken. Von unten wächst langsam Dialog SPD-PDS

In: »Neues Deutschland« vom 6. November 1995

Von PETER RICHTER

„Einen Wolf in Omas Kleidern“ hat CDU-Generalsekretär Peter Hintze kürzlich die PDS genannt und wollte damit wohl die SPD vor jedweden Dialog mit letzterer warnen. Doch viele Sozialdemokraten im Osten sehen die Risiken inzwischen umgekehrt: sie befürchten, daß ihre Abgrenzung von der PDS dieser – wie in Berlin – Wähler zutreibt und sie vor allem deshalb Gefahr laufen, zur unbedeutenden Größe im politischen Kräftespiel zu werden.

Daher werden in den östlichen SPD-Landesverbänden Stimmen vernehmlicher, die nach einem neuen Herangehen an das Phänomen PDS rufen. Nach Sachsen-Anhalt, wo das Problem bereits vor mehr als einem Jahr mit der PDS-tolerierten rot-grünen Minderheitsregierung pragmatisch angegangen worden war, und neben der gegenwärtigen Debatte in Berlin sind es vor allem die Sozialdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, die nicht ohne Grund argwöhnen, daß ihre Partei in der großen Koalition an Identität einbüßt.

## Zwei Papiere aus dem Norden

Zwei Papiere aus Mecklenburg-Vorpommern formulieren das ungeschminkt. „Zweckbündnisse mit konservativen Parteien verschleppen die Probleme und leisten einer weiteren, zwar sozialpolitisch leicht korrigierten, aggressiven Wachstumspolitik Vorschub“, stellen Sozialdemokraten im Warener Kreis, der sich als nordostdeutscher Ableger des linken Frankfurter Kreises in der SPD versteht, in einem Thesenentwurf fest und ziehen die Schlußfolgerung: „Koalitionen mit der CDU und FDP lehnen wir grundsätzlich ab.“

Nicht sehr weit davon entfernt ist Siegfried Friese, früher Vorsitzender des Landesparteirats und jetzt innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, wenn er schreibt: „Koalitionen mit konservativen Parteien bringen uns unseren Zielen nicht näher. Zukunft hat nur ein rot-grünes Reformbündnis.“ Und er geht noch einen Schritt weiter: „Das Magdeburger Modell ist eine denkbare Alternative, um einen Regierungswechsel zustande zu bringen.“

Im Schweriner Landesvorstand der SPD wiegelt man ein wenig ab. „Diese Papiere stehen keinesfalls im Zentrum der innerparteilichen Diskussion“, sagt Volker Jennejahn, stellvertretender Landesgeschäfts-

führer, räumt aber ein, daß die Stimmung an der Basis „etwas gereizt“ ist. Komme es bei den derzeit strittigen Fragen in der Koalition – Schulgesetz, Gleichstellungsgesetz, Verzicht auf Einsparungen beim 2. Arbeitsmarkt und der Wirtschaftsförderung – nicht zu einem Konsens mit der Union, „könnte es sehr eng werden und die Basis sich einen anderen Standpunkt bilden, als sie bisher mehrheitlich eingenommen hat“.

Die SPD versteht sich zwar als „kritischer Koalitionspartner“, will aber an ihrer Treue zum Bündnispartner CDU derzeit keinen Zweifel lassen. Gleichzeitig bremst sie Kontakte auf unterer Ebene zur PDS kaum ab. Die Oppositionspartei stellt zunehmende Bereitschaft in den Unterbezirken fest, sich mit ihr über die normale Absprache in den Kommunalparlamenten hinaus zu beraten. So gibt es eine rege Diskussion zur Schulpolitik in Mecklenburg-Vorpommern, die in der Koalition sehr strittig ist. Daran nimmt der Staatssekretär aus dem SPD-

geführten Ministerium ebenso selbstverständlich teil wie der bildungspolitische Sprecher der PDS-Fraktion.

Auf Landesebene jedoch ergreift die SPD kaum entsprechende Initiativen, wobei wohl der Druck eine Rolle spielt, dem die Landespartei aus Bonn ausgesetzt ist. Jennejahn deutet das vorsichtig an, wenn er auf unterschiedliche Geschichtserfahrungen verweist und die Notwendigkeit, gerade bei solchen Vorhaben die westdeutschen Sozialdemokraten „mit ins Boot zu holen“.

## Schuchardt muß Dewes weichen

In Thüringen entwickelt sich die Diskussion ganz ähnlich, jedoch innerhalb der Landes-SPD kontroverser. Parteichef Gerd Schuchardt hatte dem Papier „Für eine souveräne SPD“, das auch fünf Bundestagsabgeordnete unterzeichneten, eine Absage erteilt, während der aus dem Saarland stammende Innenminister Dewes für ein unverkrampfteres Verhältnis zur PDS plädiert. Damit ist er offensichtlich in Thüringens SPD mehrheitsfähig. Dewes wird im Frühjahr als Vorsitzender kandidieren, während Schuchardt nicht noch einmal antritt.

Noch ist bis zu Wahlen etwas Zeit, aber nach dem Menetekel von Berlin zweifeln immer mehr ostdeutsche Sozialdemokraten an der Weisheit des von oben verordneten „Weiter so!“ gegenüber der PDS.

## Dokument 39

Michael Schumann: Der Wähler will eine Partei links der SPD

In: »Tagesspiegel« vom 9. November 1995

Der Berliner Wahlerfolg der PDS hat unbestrittenen viele Väter: das bürgernahe Agieren einer aktiven Parteibasis, das Aufgreifen einer verbreiteten Proteststimmung gegen das Institut der großen Koalition, das die parlamentarische-demokratische Auseinandersetzung entwertet, den Wunsch vieler Wählerinnen und Wähler, ein originäres ostdeutsches Selbstbewußtsein angesichts westdeutscher, respektive Westberliner Dominanz zu dokumentieren, die Akzentuierung von Alltagsproblemen, die den Menschen unter den Nägeln brennen, eine vielfach unkonventionelle Art, um Stimmen zu werben und anderes mehr...

Der entscheidende Faktor ist freilich die Enttäuschung über die SPD. Was sich in der alten Bundesrepublik seit 15 Jahren ereignet, hat den Osten in einer Art nachholender Entwicklung jetzt erreicht: Die SPD wird als Partei erfahren, die keine Alternative zu den Konservativen ist. In Brandenburg ist dieses Defizit 1994 noch einmal durch das Charisma Stolpes kompensiert worden. In Berlin wurde es durch das Fehlen einer charismatischen Figur gleichsam ausgestellt.

In dieser Situation wird die PDS für viele ein Angebot. Sie hat sich trotz jahrelanger Anfeindung und Ausgrenzung nicht unterkriegen lassen. Das bringt ihr Sympathien.

## Der Wähler will eine Partei links der SPD

*Nicht weil sie bessere Lösungen hat, wird die PDS gewählt, sondern weil sie vieles in Frage stellt / Von Michael Schumann*



Sie hat einen Sinn für's Praktische bewiesen. Das bringt ihr Vertrauen. Das Gysi-Bisky-Personal kann sich sehen lassen. Ohne es sich leicht zu machen und vor der geschichtlichen Verantwortung zu flüchten, steht es nicht für das Gestern, sondern für das Heute und Morgen. Die Ostdeutschen wissen aus Erfahrung: die paßten in kein Politbüro. Sie nachträglich in dieses Licht zu rücken, verfährt nicht. Und: die PDS redet noch von Visionen. Sie beschwört keinen Heilsweg und

Gehorsam gegenüber dem „ganz Anderen“ wie weiland die SED, aber sie besteht auf der Möglichkeit von Alternativen in der großen Politik ebenso wie in der Regelung von Alltagsfragen.

Die prägende Erfahrung vieler Ostdeutscher aus den „Wendezeiten“ kulminiert in der Einsicht (oder wohl mehr noch dem Gefühl), daß das „Weiter so“ der politischen Klasse und ihre Verabredung, das Infragestellen des Bestehenden in das Abseits der

Gemeingefährlichkeit und Verantwortungslosigkeit zu stellen, zur Sterilität in der Politik führt. Die Zeche bezahlen dann allemal die kleinen Leute.

Das Votum für die PDS rührt nicht aus der Überzeugung, sie hätte den Schlüssel für die Lösung aller Probleme in der Hand. Es resultiert vor allem aus der geschichtlichen Erfahrung der Ostdeutschen, daß die Verbannung des Alternativen, die Verweigerung gegenüber politischen Kräften, die den Gedanken an eine grundsätzliche Reform gerade angesichts des unübersehbaren Problemstaus nicht ad acta legen, nur verhängnisvolle Folgen zeitigen kann.

Wie soll man mit der PDS umgehen? Das Wählervotum besagt zuerst und vor allem: Eine demokratische politische Linke jenseits von Scharpings SPD soll auch in Deutschland zum unverzichtbaren und selbstverständlichen Bestandteil der demokratischen politischen Kultur werden, die sich an einem kreativen Umgang mit den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu bewähren hat.

*Der Autor ist Mitglied des PDS-Parteivorstands und gehört dem Brandenburgischen Landtag an.*

## Dokument 40

## Streit in der SPD gefährdet Existenz der Partei im Osten. Interview mit Karl-Heinz Kunckel

In: »Leipziger Volkszeitung« vom 11./12. November 1995

**Frage:** Welches Ergebnis erwarten Sie für Ihre Partei bei den nachgezogenen Kreistagswahlen Anfang Dezember?

**Karl-Heinz Kunckel:** Unser Ziel ist die deutliche Verbesserung unserer Stimmenergebnisse der Wahlen von 1990. Es ist sicherlich etwas vermessen, anzunehmen, daß wir – speziell in der Gegend um Dresden – stärkste Partei werden. Wir wollen aber einen deutlichen Zuwachs an Mandaten. Mit Manfred Müntjes im Kreis Meißen-Radebeul und Thomas Delling im Kreis Westlausitz/Dresdner Land haben wir bei den Kommunalwahlen hervorragende, regional verwurzelte Kandidaten. Sie führen eine engagierte Auseinandersetzung. Die Linie der CDU bei der Kreisreform spielt möglicherweise eine für uns vorteilhafte Rolle.

*Sie nehmen an, daß sich der Bundestrend gegen die SPD bei diesen Wahlen nicht bemerkbar machen wird?*

In der Landespolitik macht der Bundestrend die Stimmung. Das merke ich als Landesvorsitzender schmerzlich. Vor allem bei der Motivation der Parteimitglieder. Aber es ist gelungen, die Leute nach dem Bonner Sommertheater bei der Stange zu halten. In den Kommunen ist das anders.

*Die wählen nicht Rudolf Scharping.*

Nein, sie wählen die Leute, die sie kennen, auch unabhängig von den Parteien. Wie groß der Einfluß der Großwetterlage ist, ist schwer zu sagen: Meine Kollegen in Bonn müssen sich allerdings mal überlegen, was sie anrichten. Möglicherweise fällt es den Menschen im Westen leichter mit dem parteiinternen Streit umzugehen als dem harmoniebetonter Ostbürger. Zumal wenn es in der Auseinandersetzung um Personen geht. Im Osten ist dieser Streit für die SPD existenziell.

*Gegen wen richtet sich Kritik der sächsischen Parteibasis?*

Da wird keiner, ob er nun Schröder heißt oder Scharping, ausgespart.

*Müssen die Aufgaben an der Parteispitze auf mehrere Schultern verteilt werden?*

Das muß ohnehin geschehen. Auf einen Mann wie Gerhard Schröder, dessen Art mit dem Parteivorsitzenden umzugehen ich mißbillige, oder auf Heide Simonis will ich deshalb auch nicht verzichten. Der Vorrat an hervorragenden Leuten ist in jeder Partei

begrenzt. Es muß klar sein, wer was macht und wie wir miteinander umgehen. Auf dem Mannheimer Parteitag in der nächsten Woche wählen wir den Parteivorsitzenden, und dafür gibt es mit Scharping einen Kandidaten. Die Frage nach dem Kanzlerkandidaten stellt sich erst Anfang 1998.

*In Magdeburg regiert schon länger als ein Jahr die PDS-tolerierte rot-grüne Minderheitsregierung. Ist die PDS kein rotes Tuch mehr?*

Es ist ein Stück weit Normalität geworden mit der PDS umzugehen. Sie bleibt aber politischer Gegner und Konkurrent. Um die 20 Prozent der Wähler, die im Osten für die PDS stimmen, wollen wir werben, das sind linke Wähler, unsere Klientel. Es wächst die Einsicht, daß diese Partei nicht allein mit dem Hinweis auf ihre Vergangenheit kleinzukriegen ist. Ich muß sie argumentativ zurückdrängen. Da halte ich Diskussionen über Bündnisse mit der PDS für wenig hilfreich. Wie soll ich meinen Leuten erklären, warum sie uns wählen sollen, wenn wir Bündnisse schließen wollen. In der PDS gibt es viele, die eigentlich Sozialdemokraten sind. Diese will ich erreichen und als Mitglieder in der SPD sehen.

*Damit werden Sie doch das Problem nicht los. Soll es die nächsten Jahre keine linken Regierungsmehrheiten im Osten geben?*

Die Frage ist, wie man es gestaltet, wenn es linke Mehrheiten gibt. Ich habe sehr viel Sympathie für den Höpnerschen Weg. Ziel ist es jedoch, eine Mehrheit zu haben. Ich halte Minderheitsregierungen nicht für das Ziel aller Wünsche. Ich denke, daß wir in Folge von Höpners Politik bei der nächsten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ein rot-grünes Mehrheitsbündnis haben werden.

*Das Magdeburger Modell trägt doch aber auch zur Bestätigung der PDS bei.*

Ich setze mehr auf die andere Seite, auf eine erfolgreiche Regierung Höpner. In Sachsen bleibt unser Hauptziel die Attacke auf die Regierung Biedenkopf. Aber wir stehen natürlich auch in Konkurrenz zur PDS. Dabei müssen wir bei den Wählern die Bauchlagen besser treffen, daran hakt's. Die PDS ist östlicher und populistischer. Ich werde nicht zum Populisten werden, aber wir müssen verständlicher werden, in wenigen Sätzen das Wesentliche sagen.

Interview: Sven Siebert

Karl-Heinz Kunckel, Chef der Sozialdemokraten, im Interview

# Streit in der SPD gefährdet Existenz der Partei im Osten

## Dokument 41

Marcel Braumann: Sachsen: Alternative zur CDU-Mehrheit. Im neuen Kreis Meißen-Radebeul verbünden sich SPD und PDS zur Landratswahl

In: »Neues Deutschland« vom 13. November 1995

*Aus Meißen*  
**MARCEL BRAUMANN**

Ralf Eißler, Kreisvorsitzender der PDS Meißen, war sichtlich zufrieden über den Coup, der ihm soeben geglückt war: Mit 48 gegen 3 Stimmen votierten Delegierte aus dem künftigen Landkreis Meißen-Radebeul im Meißner „Domherrenhof“ für die Unterstützung des SPD-Landratskandidaten Manfred Müntjes. Und Sozialdemokrat Müntjes, der zuvor bei den PDS-Genossen für die Chancen einer „Mehrheit links von der CDU“ geworben hatte, präsentierte sich zur gemeinsamen Pressekonferenz.

Die Wiege dieser republikweit erstmaligen Verbindung steht im nahen Coswig. Dort hatten die Kommunalpolitiker Sven Böttger (SPD) und Diet-

mar Rode (PDS) nicht zuletzt bei einem Bürgerbegehren zur Gestaltung des zentralen Platzes zusammen Problembewältigung geprobt. Als Ralf Eißler zunächst am 14. Oktober zum Landratskandidaten der PDS

### ND-Report

gekürt wurde, beschloß die Partei eingedenk dieser Zusammenarbeit die Einsetzung einer Arbeitsgruppe. Ziel: Verhandlungen mit der SPD.

Die Arbeitsgruppe, die mit mehreren Abgesandten des SPD-Kreisvorstands zu Gesprächen zusammentraf, empfahl schließlich einstimmig, mit Müntjes gemeinsame Sache zu machen. Der Kreisvorstand der PDS schloß sich ebenso

einstimmig an, und Eißler verzichtete darauf, seine Kandidatur offiziell anzumelden. Damit steht ein Kandidat der Linken zwei Konkurrenten auf der Rechten gegenüber: der amtierenden Landrätin Renate Koch (CDU) und dem parteilosen DSU-Bewerber Lutz Orgus.

Im Gegensatz zu Frau Koch nahm Orgus die Einladung der PDS an, sich gestern auf der Pressekonferenz vorzustellen. Orgus hat übrigens die Zulässigkeit der Müntjes-Kandidatur angefochten, da dessen Unterlagen verspätet eingereicht worden seien. Müntjes wiederum wirft dem Landratsamt vor, die SPD durch falsche Angaben irreführt zu haben. Das Regierungspräsidium findet bislang die Bewerbung von Müntjes in Ordnung.

Müntjes, der auch Chef des SPD-Unterbezirks Dresden-Elbe-Röder ist und in Radebeul wohnt, teilte mit, daß SPD-Landesvorsitzender Karl-Heinz Kunckel über den ungewöhnlichen Umgang mit der PDS informiert sei. PDS-Landeschef Peter Porsch freute sich gestern in einer schriftlichen Erklärung über die Aussicht, „daß es auch in Sachsen Alternativen zur Alleinherrschaft der CDU gibt“. So könne er „einen gemeinsamen linken Kandidaten“ nur begrüßen, auch wenn dieser Weg „nicht ohne Risiken“ sei.

Müntjes kündigte vor den PDS-Delegierten die Stoßrichtung des Wahlkampfes an: „Der politische Gegner sitzt rechts.“



## Dokument 42

»Manchmal sind wir Sozialdemokraten sicher zu brav«. Interview mit Anke Fuchs  
In: »Neues Deutschland« vom 13. November 1995



Anke Fuchs gehört zu sozialdemokratischem Urgestein. Nicht nur, weil sie als Tochter des einstigen Hamburger Bürgermeisters Paul Nevermann in einer Familie mit alter SPD-Tradition aufwuchs. Die 58jährige war Staatssekretärin, Ministerin, Bundesgeschäftsführerin – und sammelte im Osten bittere Erfahrungen. 1990 blieb sie bei der sächsischen Ministerpräsidenten-Wahl gegen Kurt Biedenkopf chancenlos. Doch Anke Fuchs ist ausdauernd. Was sich auch bei den innerparteilichen Zerreißproben zeigt, in denen sie sich als Scharping-Fan outete. ND-Mitarbeiterin GABRIELE OERTEL sprach mit der SPD-Politikerin.

Foto: WEREK/Salz

Die SPD zeigte sich in den letzten Monaten zerissen. Der Erwartungsdruck an den morgen beginnenden Parteitag ist groß. Zurecht?

In Mannheim soll die Schwächeperiode der Partei abgeschlossen werden. Die Bundesrepublik braucht eine starke Sozialdemokratie. Inhaltlich sollen Signale ausgehen in Richtung Friedenspolitik, die SPD hat zudem ein Papier zur ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft verabschiedet, wir haben einen wirtschaftspolitischen Antrag vorgelegt – als Dreiklang zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialen Problemen.

In diesem Leitantrag wird der Umbau des Sozialstaates angemahnt. Nimmt die SPD Argumente von Koalition wie Arbeitgebern auf?

Nein. Umbau des Sozialstaates heißt für uns, sich nicht mit Arbeitslosigkeit abfinden. Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovation schaffen nicht genügend Arbeit. Also brauchen wir einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt und aktive Arbeitsmarktpolitik.

Und dies wollen wir nicht allein vom Beitragszahler bezahlen lassen – sondern aus dem Steuersäckel. Denn hierbei handelt es sich um gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Insofern ist unser Vorschlag für eine ökologische Steuerreform ein Stückchen Umbau des Sozialstaates. Die Arbeitslosigkeit und ihre finanziellen Folgen aus Steuermitteln zu bezahlen, ist schon deshalb nötig, um die Kommunen zu entlasten, die über Sozialhilfe den größten Anteil zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit bezahlen. Unser Umbau ist eine zukunftsorientierte Veränderung.

Aber dennoch ein Abbau?

Abbau der Arbeitslosigkeit.

... und des Sozialstaates.

Nein. Im Grunde wollen wir das Netz fester knüpfen. Die sozialen Sicherungssysteme müssen wieder für die Menschen und ihre Risiken da sein – Arbeitslosenversicherung nur für die Arbeitslosen, Krankenversicherung für die Kranken und Wohngeld für die Wohnungs- und Obdachlosen.

Die SPD will einen industriepolitischen Dialog. Ist das der Beschäftigungspakt von IG-Metall-Chef Zwickel?

Ich wundere mich über die Gewerkschaften, denn klar ist doch, daß sie mit dieser Bundesregierung einen Beschäftigungspakt nicht hinkriegen. An dem Tag, an dem die IG Metall ihr Programm vorlegte, hat Blüm durch das Kabinett die Kürzung der Arbeitslosenhilfe durchgebracht. Daran sehen Sie, daß diese Bundesregierung das soziale Klima nicht verbessern will.

Ein industriepolitischer Dialog heißt nicht, wir wollten staatlich lenken und wieder ein bißchen zurück in Investitionspolitik des Staates. Wir haben gelernt, daß Marktwirtschaft, sozial und ökologisch definiert, für den einzelnen größere Chancen bringt. Dazu brauchen wir sozialen Frieden als Produktivitätsfaktor. Und das heißt, sich nicht mit Arbeitslosigkeit abzufinden.

Marktwirtschaft bringt mehr Chancen – viele im Osten sehen das derweil anders.

Meine Enttäuschung ist, daß wir die Wiedervereinigung zu einem Zeitpunkt gemacht haben, als im Westen Reformbedarf war. Wir hatten 1990 Reformbedarf was Arbeitsplätze anlangt, im ökologischen und sozialen Fragen. Und insofern haben wir uns in einem nicht so guten Zustand nach Osten bewegt. Deswegen sind auch unsoziale Instrumente im Osten eingeführt worden – wenn Sie nur daran denken, wie falsch die Eigentumsfragen mit dem verhängnisvollen Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ gelöst wurden. Das Wort Industriepolitik wurde von der jetzigen Regierung überhaupt nicht in den Mund genommen. Fest steht, die Vereinigung wurde zu brutal und zu wenig sensibel gemacht.

Hat die SPD hartnäckig genug gegengesteuert?

Wir haben in Verhandlungen mit der Bundesregierung enorm gekämpft. Die Konsequenz wäre gewesen, daß wir den Einigungsvertrag insgesamt abgelehnt hätten. Ich glaube, wir hatten nicht die Kraft, es an Eigentum und

### Geht es der SPD nicht immer nur um das kleinere Übel – beim Einigungsvertrag, beim Mietenüberleitungsgesetz, beim Sozialabbau?

Angesichts der Mehrheitsverhältnisse ist zu fragen: Was kann ich für Menschen bewegen? Da kann ich nein sagen zu allem und die Regierung vorführen, oder ich kann da, wo ich Gestaltungschancen habe, mitgestalten. Und da muß ich Kompromisse eingehen. Manchmal sind wir sicher zu brav. Und wir könnten in der einen oder anderen Frage auch nachhaltiger unsere Argumente vortragen. Würden wir aber zu allem nein sagen, dann käme gar nichts zustande.

### Gerhard Schröder hat gesagt, es gibt keine sozialdemokratische, sondern nur noch eine moderne oder eine unmoderne Wirtschaftspolitik.

Da irrt Herr Schröder. Denn das Sich-nicht-Abfinden mit Massenarbeitslosigkeit ist der Kernunterschied zwischen der SPD und der jetzigen Regierung. Der konzeptionelle Ansatz, zu dem Gerhard Schröder sich nicht durchringen kann, ist ein weiterer Unterschied. Wenn als einziges Modell in der Welt die Marktwirtschaft übriggeblieben ist, dann hat ja nicht der Kapitalismus gesiegt, sondern die Freiheit.

### Und das heißt?

Die Menschen wollen in Freiheit leben – mit sicheren Arbeitsplätzen, bezahlbaren Wohnungen und sozialer Sicherung. Wenn jetzt weltweit nur noch Marktwirtschaft angeboten wird, dann muß sie sozial und ökologisch werden, und dann müssen wir neu definieren, was wir angesichts der Globalisierung der Märkte und der Europäisierung unseres wirtschaftlichen Handels unter sozialer und ökologischer Marktwirtschaft verstehen. Dann brauchen wir internationale Regeln und Strategien, wie man Globalisierung und Arbeitsplätze hier miteinander verzahnt. Das finde ich sehr sozialdemokratisch.

### Haben Sie Alternativen?

Gebraucht wird eine gemischte Politik, soviel Staat wie nötig, soviel Markt wie möglich. Und das ist anders als bei der jetzigen Kohl-Regierung, die allein auf den Markt setzt. Der Markt ist blind für soziale Gerechtigkeit, für ökologische Schäden und insbesondere für Arbeitsplätze. Es gibt nicht das Rezept, es gibt nur eine Fülle von Instrumenten. Solche, die helfen, aktive Wirtschafts- und Industriepolitik zu betreiben.

Da hat Herr Schröder nun wieder recht. Es bringt nichts, wenn wir sagen, Automobile sollen woanders hergestellt werden, sondern, wenn ich diese Industrie habe, ist es auch richtig, dafür zu sorgen, daß Arbeitsplätze hierbleiben, solange es irgendwie geht.

### Und wo liegt Schröder falsch?

Er liegt insofern falsch, als er den Eindruck erweckt, Branchenlobbyismus sei Wirtschaftspolitik. Das ist mir zu wenig. Weil er mit diesem Branchenlobbyismus nicht nur die Automobilindustrie fördert, was die Produktion anlangt, sondern weil er dann auch gegen Tempolimit oder Mineralölsteuererhöhung ist.

### Aber ganz ohne Subventionen geht's offenbar nicht?

Wenn ich Wertindustrie will, muß ich Wertindustrie unterstützen. Für die SPD sind Subventionen in solchen Bereichen nicht per se etwas Böses – sondern Verantwortung für Industriebranchen, die allein nicht wettbewerbsfähig sind. Wir müssen vor allem in der EU dafür sorgen, daß gemeinschaftlich arbeitsmarktorientierte Politik durchgesetzt wird. Wenn alles durchbuchstabiert ist, kommt das Thema öffentlicher Arbeitsmarkt. Das ist kein sozialer Klimbim, wie die Bundesregierung sagt, sondern das ist Teil ordentlicher Wirtschaftspolitik.

### Die Arbeitslosenzahlen werden dennoch hoch sein.

Das ist richtig. Es wird dauern. Wir haben kein Patentrezept. Aber mit 100 000 Leuten, die ich in Arbeit bringe, entlasten wir das ganze Sozialsystem. Deshalb ist unser ökologisches Programm so wichtig. Wenn wir wissen, wir sind Weltmeister im Export von Umweltechnologie – dann muß in diese Branche hinein innovativ investiert werden. Wir wollen sozusagen den Faktor Umwelt belasten und den Faktor Arbeit entlasten. Ökologie hat ihren Preis, deshalb wollen wir eine moderate Anhebung der Energiepreise. Alternative heißt, daß man die ökologischen Probleme ernst nimmt und durch eine soziale ökologische Marktwirtschaft gestaltend eingreift.

### Die Bundestagsfraktion muß das Zentrum der Opposition sein, sagt Rudolf Scharping. Wird von der SPD nicht allzuoft anstelle konkreter Gegenentwürfe nur Kritik an der Regierungspolitik geübt?

Wir haben auch konkrete Gegenentwürfe. Aber die kom-

men nicht rüber, weil die SPD zu sehr mit sich selbst beschäftigt war. Wenn sie alle Anträge von uns lesen...

### Die berühmte Papierlage.

Papierlage reicht nicht. Sie muß auch offensiv vermittelt werden. Ich finde es schade, daß diese Gesellschaft so verkrustet ist, daß es keine Debatten um die Sache mehr gibt. Und wir müßten eigentlich diejenigen sein, die Sachdebatten so intelligent anfangen, daß die Leute nachfragen, was in unseren Papieren steht. Nach 13 Jahren Oppositionsarbeit steckt aber auch ein bißchen Frust in unseren Knochen.

### Frust haben auch die ostdeutschen SPD-Mitglieder.

Die ostdeutschen Kollegen führen organisatorische Schwäche und hinter Erwartungen zurückgebliebene Mitgliederzahlen darauf zurück, daß die SPD eine Westpartei ist. Der Vorwurf ist überzogen. Wenn sich auch Denken und Fühlen tatsächlich wieder auseinanderdividiert. Die Westdeutschen sind in den 5 Jahren wieder westlicher geworden.

### Was halten Sie von der Meinung, Koalition gibt es nur in der Regierung, nicht in der Opposition?

Das halte ich für richtig. Eine Oppositionskoalition ist unsinnig, wenn man keine Mehrheiten hat. Ich gehe eine Koalition nur ein, weil ich Mehrheiten will.

### Aber wäre es nicht besser, die Opposition zu bündeln?

Nein, das halte ich für unsinnig. Sie sehen ja an manchen Anträgen, daß die drei Oppositionsparteien durchaus denselben Inhalt haben. Aber ich halte nichts davon, wenn wir unser Profil aufgeben und gemeinsame Sache machen. Wir setzen ja nichts durch. Wir schweißen nur die Koalition zusammen.

### Gibt es dennoch in Sachfragen eine Zusammenarbeit mit Bündnis 90/Grüne?

Nicht in dem Sinne, daß wir organisierte Zusammenarbeit haben. Manchmal werden Anträge, die identisch sind, gemeinsam eingebracht. Aber jede Fraktion legt Wert darauf, eigenständig zu agieren. Wir Sozialdemokraten wollen unsere eigene Oppositionspolitik machen. Ich bin für Eigenständigkeit, weil eine solche große Volkspartei wie die SPD eine mehrheitsorientierte Politik verfolgen muß. Und wir müssen erst einmal wissen, was wir eigentlich wollen. Und

können nicht von vornherein darauf schielen, was ein möglicher Koalitionspartner dazu sagt. Es gibt keine natürlichen Koalitionen, wie man das von Rot-Grün sagt – sondern immer nur Zweckbündnisse.

### Für die PDS besteht nach wie vor Quarantäne?

Ich habe da einen sehr viel gelasseneren Zugang. Wir werden sehen, wie das in Sachsen-Anhalt weitergeht. Mit Ausgrenzung und Beschimpfung haben wir schon bei den Grünen schlechte Erfahrungen ge-

macht. Die PDS ist für mich die Nachfolgepartei der SED. Wichtig ist jedoch die Frage, wie man mit einer Partei umgeht, die sehr viele Wähler um sich versammelt. Und da darf man nicht hysterisch reagieren. Die SPD muß lernen, sich der Kampagne „Rote Socken“ zu erwehren und offensiv dann auch entlarven, was die CDU-Blockflöten in der DDR alles mitveranstaltet haben.

### Im Osten ist die PDS eine Konkurrenz für die SPD.

Deswegen will ich sie ja auch austrocknen. Das Ziel ist, die PDS durch eine gute sozialdemokratische Politik überflüssig zu machen. Wir wollen keine Partei links neben uns. Aber auf dem Weg dahin muß demokratisch vernünftig miteinander umgegangen werden.

### Warum will die SPD keinen linken Nachbarn?

Weil wir die linke Volkspartei sind, und weil wir von unserer Programmatik her für die Mehrheit der Menschen, insbesondere im linken Spektrum, ein gutes Politikangebot zu formulieren haben – das ist und bleibt unsere Aufgabe. Ich gebe nie das Ziel auf, am liebsten als SPD allein zu regieren. In diesem heutigen Parteinenspektrum geht das alles nicht, das weiß ich auch. Und dann bin ich auch bereit, eine Koalition einzugehen. Aber ich bin nicht bereit, von vornherein in Lagern zu denken.

### Ein Politikforscher hat die SPD aufgeteilt – in die, die sozialstaatliche Prinzipien bewahren wollen, in kühle Pragmatiker und in die mit neoliberalerem Gedankengut. Wo sehen Sie sich?

Ich sehe mich in allen dreien. Ich fühle mich programmatisch in der Mitte der SPD. Die Menschen kommen aus unterschiedlichen Motiven zu uns. Die einen, weil für sie Sozialstaatlichkeit das wichtigste ist, andere, weil sie pragmatisch die Gesellschaft verändern

wollen, und die dritten, weil sie liberale Positionen wichtig finden. Aber in der Partei müssen sie sich bündeln. Kampfkraft kommt nur, wenn diese Milieus zu Mehrheitspolitik umformuliert werden.

**Wo würden Sie denn Herrn Scharping sehen?**

In der pragmatischen, sozialstaatlichen, ökologischen und ökonomischen Mitte.

**Und wo sehen Sie Schröder?**

Bei den Pragmatikern.

**Nicht bei den Neoliberalen?**

Er entpuppt sich als pragmatischer Wirtschaftsliberaler. Er ist in seinen Grundsätzen zu Mitbestimmung, Ausbildung und Innovation in der Mitte der Partei. Mein Eindruck ist allerdings, daß er durch die wirtschaftlichen Probleme, die er als Ministerpräsident hat, manches zu pragmatisch sieht, aber konzeptionell nicht verinnerlicht.



## Dokument 43

## Claus Peter Müller: Wollen wir diese Menschen abseits stehen lassen? In Erfurt diskutieren Sozialdemokraten über das Verhältnis zur PDS

In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 14. November 1995

ERFURT, 13. November. Nein, die SED-Veranstaltung finde nicht hier statt, teilte die Bedienung in der Erfurter Gaststätte Hopfenberg einer Besucherin mit. Die seien in die Räume der evangelischen Thomasgemeinde gegangen. Freilich hatte sich die Bedienung versprochen. Schließlich wollte die Besucherin nicht zu einer SED-, sondern zu jener SPD-Veranstaltung, die im „Neuen Deutschland“ vom 20. Oktober angekündigt worden war. Die Autoren eines vom Neuen Deutschland dokumentierten Papieres wollten diese Schrift allen Interessierten zur Diskussion stellen. Das Papier war von Thüringer Sozialdemokraten, darunter fünf Bundestagsabgeordneten, unter dem Titel „Für eine souveräne SPD“ jüngst vorgestellt worden. In der Thesensammlung wird die große Koalition als Ende der Demokratie bezeichnet und darauf hingewiesen, die Thüringer SPD habe auf eine von ihr geführte Regierung verzichtet. Rein rechnerisch verfügen SPD und PDS im Landtag zu Erfurt über eine Mehrheit. Nachdem das Papier vorgestellt worden war, gab der bisherige SPD-Landesvorsitzende und Wissenschaftsminister Schuchardt bekannt, er werde nicht mehr für das Parteiamt kandidieren. Einen Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Papieres und seinem Entschluß aufzugeben tritt Schuchardt, ein Gegner der Zusammenarbeit mit der PDS, ab. Er schlug Innenminister Dewes für den Parteivorsitz vor. Dewes wiederum hatte schon vorher gesagt, er halte die PDS für potentiell koalitionsfähig. Auf einer Pressekonferenz in Erfurt sagte er, die PDS gelte es überflüssig zu machen. In einem Interview, das drei Tage später in der Zeitschrift „Der Spiegel“ erschien, wurde er mit den Worten zitiert: „Für die SPD muß es in den neuen Ländern perspektivisch möglich sein, mit den Bündnisgrünen und mit einer reformierten PDS zusammenzuarbeiten.“

Auf die Frage, ob es die PDS überflüssig zu machen oder perspektivisch einzubeziehen gelte, was zwei grundlegend unterschiedliche Ziele sind, fanden die mehr als 50 Sozialdemokraten und Interessierte, die im Gemeindehaus zusammengekommen waren, keine Antwort. Auch Dewes konnte sie nicht geben, denn er war nicht erschienen. Doch sein Büroleiter war da und sagte, nicht alle in der SPD seien mit

dem Papier einverstanden. Es sei das Manifest eines linken Flügels. Neben dem Tagungspodium war in großen Lettern die Losung zu lesen: „Das Huhn weiß, daß der Tag angebrochen ist, läßt jedoch den Hahn krähen.“ Entschuldigen ließ sich auch der Thüringer DGB-Vorsitzende Spieth, Sozialdemokrat und Verfechter einer Reform-Mehrheit links der CDU. Er habe einen privaten Termin, schrieb Spieth zur Entschuldigung, sichere dem Vorhaben einer souveränen SPD aber seine prinzipielle Zustimmung zu.

Der SPD-Kreisvorsitzende von Saalfeld-Rudolstadt, Botz, fragte, welche „bestimmte Klärungsprozesse“ in der PDS die Autoren des SPD-Papieres meinten, nach denen die SPD ihre ablehnende Haltung gegenüber der PDS überdenken solle. Botz sagte, es gelte die PDS in ihren kommunistischen und sozialdemokratischen Teil zu zerlegen. Schuchardts „sture Haltung“ gegenüber der PDS habe nicht funktionieren können, da sie nur auf die Bundes- und Landesebene beschränkt gewesen sei, nicht aber für die Zusammenarbeit in den Kommunen gegolten habe.

Eine DiskutantIn aus Rudolstadt, Gudrun Sauer, bekannte sich zur Sozialdemokratie „von innen heraus“. Sie vertrete die Arbeiterklasse, das Volk. Sie habe die Vereinigung von SPD und KPD zur SED unter dem Zwang von Panzern noch miterlebt. Es sei damals soviel sozialdemokratisches Gedankengut in die SED eingebracht worden: „Warum wollen wir diese Menschen abseits stehen lassen?“ Auch der Landtagsabgeordnete Weyh dachte laut darüber nach, mit den Vernünftigen in der PDS zu reden. Vielleicht lasse sich „ja in Zukunft mit denen etwas machen“. Doch Weyh kennt nicht nur einige nette Leute von der Partei des Demokratischen Sozialismus, sondern auch deren Programm. Die PDS nehme immer noch Rückbezug auf den Kommunismus, fordere die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, stelle die parlamentarische Demokratie in Frage, indem sie dem außerparlamentarischen Kampf den Vorrang gebe, woraus sich schließlich eine zerstörerische Wirkung auf diesen Staat entfalte.

Unterdessen ließ der Bundestagsabgeordnete Richter die Versammelten wissen, die Vergangenheit sei ihm „relativ gleichgültig“. Natürlich sei die Vergangenheit

aufzuarbeiten, aber das „müssen wir mehr mit links machen“, denn es gebe „verdammte noch mal eine Gegenwart“. Die große Koalition sei nicht in jeder, aber in gewisser und wesentlicher Hinsicht das Ende der Demokratie. Das „dialogische Prinzip“ gerate in Gefahr, eine gewisse Nähe zu DDR-Zeiten sei festzustellen.

Die Sozialdemokraten offenbarten ihr Versagen während der vergangenen Jahre, ihre Unterlegenheit gegenüber der PDS. Mit PDS und SPD sei es wie mit dem Hasen und dem Igel. Immer wenn die SPD ein Thema gefunden habe, sei die PDS schon da. Die PDS, die zum Beispiel Mieter- oder Rentenberatung anbietet, betreibe Dienstleistung für die Bürger, sagte der Bundestagsabgeordnete Sorge, der besagtes Papier nicht unterzeichnet hat. Die PDS höre zu, begreife die Probleme, verfüge über riesige Bataillone, einen funktionierenden Parteiapparat, und „die haben einen Gysi“. Einen weiteren Unterschied zur PDS ergänzte der SPD-Fraktionsvorsitzende aus Gera, Beer: Die SPD habe weniger Geld als die PDS.

Zugleich wurde im Gemeindehaus der Thomaskirche deutlich, wie tief die Ost-West-Spaltung in der SPD reicht. Die frühere SPD-Landesvorsitzende, Bundestagsabgeordnete und Mitunterzeichnerin des Papieres für eine souveräne SPD, Gisela Schröter, gestand, sie habe mehr als drei Jahre zwar dem SPD-Präsidium angehört, aber „als Blumenkübel dazwischen gesessen“. Ein Sozialdemokrat, der sich als Wossi beschreibt, weil er aus dem Westen kommt, nun aber im Osten lebt, stieß auf Widerspruch. Viele Leute hier wüßten nicht, daß es im Westen in bestimmten Bevölkerungsgruppen einen kontinuierlichen Verarmungsprozeß gebe, während sich hier, im Osten, in den vergangenen Jahren für jeden ein kontinuierlicher Aufschwung vollzogen habe. Er verstehe nicht, warum jene in die Verantwortung gebracht werden sollen, die 40 Jahre bewiesen haben, daß sie mit der Verantwortung nicht umgehen können. Die Unruhe schwoll an. Zwischenrufer unterbrachen den Redner, als er ausführte, daß die DDR-Produkte in einer freien Wirtschaft keine Chance auf dem Markt hätten. „Bei dir merkt man, daß du nicht aus dem Osten kommst. Du bist aus dem Westen. Das verstehst du nicht“, wurde dem Redner entgegnet.

## Dokument 44

Heinrich August Winkler: Die Mär von der linken Mehrheit. Ein Pakt der SPD mit der PDS könnte der Union zur Alleinregierung verhelfen

In: »Tagesspiegel« vom 14. November 1995

## Die Mär von der linken Mehrheit

Ein Pakt der SPD mit der PDS könnte der Union zur Alleinregierung verhelfen / Von Heinrich August Winkler



Eine Mär beginnt sich in den Köpfen einzunisten: der Glaube, es gebe in Deutschland eine „Mehrheit links von der Union“. Das Berliner Wahlergebnis vom 22. Oktober dient als jüngster Beweis: Zählt man die Stimmen für SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS zusammen, so kommt man auf 51,4 Prozent, während die CDU nur 37,4 Prozent erhielt. Kein Wunder, daß sich nun auch in Berlin mancher, der sich für „links“ hält, überlegt, wie die numerische Mehrheit in eine politische Mehrheit verwandelt werden kann.

Wer dieses Ziel anstrebt, hat zwei Optionen: eine offene oder eine stille Koalition mit der Partei des Demokratischen Sozialismus. Eine offene Koalition gibt es bislang in keinem deutschen Land, eine stille seit dem Juli 1994 in Sachsen-Anhalt: in Gestalt der Tolerierung von Reinhard Höppners Minderheitsregierung aus SPD und Bündnisgrünen durch die PDS. Inzwischen mehren sich die Anzeichen, daß „Magdeburg“ nur ein Anfang war. In Sachsen-Anhalt pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß eine Koalition

„Hegemonie in Deutschland: Es wäre erstaunlich, wenn eine solche Vision nicht ihre Jünger hätte.

Visionen sind eines, „doch hart im Raume stoßen sich die Sachsen“, wie es bei Schiller heißt. Die PDS hat in den neuen Bundesländern rund 120 000 Mitglieder, viermal so

viel wie die SPD. Wem da innerhalb der wie auch immer vereinten Linken die Hegemonie zufiele, ist nicht zweifelhaft. Die PDS ist zwar keine klassische Kaderpartei mehr, aber sie verfügt über disziplinierte Kader, und das erklärt ihre Wahlerfolge zu einem nicht geringen Teil. Sie hat Stalin eine Absa-

ge erteilt, eine klare Abkehr von Lenin dagegen bis heute nicht vollzogen. Die Revolution der Bolschewiki vom Oktober 1917 gilt der umbenannten SED laut Parteiprogramm vom Januar 1993 noch immer als „welthistorisches Ereignis“, dem die „Menschheit grundlegende günstige Entwicklungen im 20. Jahrhundert“ verdanke. Die PDS kämpft gegen die „Verwestlichung des Ostens“ und für die Auflösung der NATO und unterscheidet sich damit fundamental von den postkommunistischen Parteien Ungarns und Polens, die ihre Länder möglichst rasch dem atlantischen Bündnis angliedern wollen. Gegenüber der parlamentarischen Demokratie und der pluralistischen Gesellschaft hat die PDS so viele Vorbehalte, daß nur eine Folgerung übrig bleibt: Diese Partei ist noch lange nicht in der politischen Kultur des Westens angekommen.

Die Sozialdemokratie muß sich mit der PDS inhaltlich hart auseinandersetzen und zugleich um ihre Wähler werben. Dazu gehört, daß die SPD auf plakative Polemik gegenüber der PDS verzichtet, dafür aber den

mit der PDS für die beiden Regierungsparteien längst kein Tabu mehr ist. In Thüringen haben jüngst 13 namhafte Sozialdemokraten, darunter vier Bundestagsabgeordnete, öffentlich erklärt, daß die SPD ihre Entscheidung für die Große Koalition überdenken müsse, „wenn in der PDS bestimmte Klärungsprozesse erfolgt sind“. Und der „Warener Kreis“ der „Sozialdemokratischen Linken in Mecklenburg-Vorpommern“ propagiert neuerdings unverblümt den „Machtwechsel in Bonn und Schwerin über Rot-Grün und falls notwendig mit PDS-Tolerierung bzw. -Koalition“.

Von der Tolerierung durch die PDS zur Koalition mit der PDS ist es also nur ein Schritt. Aber würde es der letzte sein? In der Logik der „Warener Thesen“ liegt es, weiterzugehen und das heute noch Undenkbare zu denken: die Fusion der beiden Parteien, die sich zum „Demokratischen Sozialismus“ bekennen. Die Wiedervereinigung der seit 1917 gespaltenen sozialistischen Bewegung als Vollendung der staatlichen Wiedervereinigung und dauerhafte Sicherung einer „lin-

sozialdemagogischen Charakter vieler Versprechungen dieser sich „links“ gebenden Gegnerin um so genauer herausarbeitet.

Eines aber sollte sich schon aus Gründen der politischen Vernunft verbieten: eine Partnerschaft zwischen SPD und PDS. Wenn SPD und Bündnisgrüne sich auf ein solches Experiment einließen, würde sich die „Mehrheit links von der Union“ rasch als Trugbild erweisen. Die beiden demokratischen Linksparteien müßten in diesem Fall damit rechnen, einen beträchtlichen Teil ihrer Wähler und Mitglieder zu verlieren. Innerhalb der „Linken“ würden sich die Gewichte zugunsten der PDS verschieben, innerhalb der Wählerschaft zugunsten der Unionsparteien. Eine absolute Mehrheit der CDU/CSU in Gesamtdeutschland als Folge von Linkskartellen in Ostdeutschland: Das ist ein paradoxes, aber keineswegs unwahrscheinliches Szenario.

Der Autor lehrt Geschichte an der Humboldt-Universität.

Foto: Gezeit

## Dokument 45

»Ich hoffe jetzt auf eine gute Sacharbeit«. Interview mit Heide Simonis

In: »Neues Deutschland« vom 17. November 1995

## HEIDE SIMONIS, Ministerpräsidentin Schleswig-Holsteins:

**Die SPD hat einen neuen Vorsitzenden. Was erhoffen Sie sich von dieser Wahl?**

Wir haben eine klare Entscheidung. Jetzt muß Schluß sein mit den Personaldebatten. Ich hoffe jetzt auf gute Sacharbeit in der Partei und in der Bundestagsfraktion. Zusammen mit den SPD-Ministerpräsidenten muß es nun gelingen, eine Alternative zu der verhängnisvollen Politik der Bundesregierung darzustellen.

**Sie haben gesagt, die SPD sollte im Bundestag hin und wieder die Stimmen der PDS benutzen, um die Koalition in Schwierigkeiten zu bringen. Als bekannt wurde, daß Oskar Lafontaine sich mit Gregor Gysi treffen will, erklärte der SPD-Bundesgeschäftsführer, damit solle die PDS klein gehalten werden. Was ist nach Ihrer Meinung normaler Umgang mit der PDS?**

Ich habe ja klar gemacht, daß ich es als Fehler betrachte, die PDS-Wähler auszugrenzen, weil sie dann nicht uns wählen, sondern noch stärker aus einer Trotzhaltung heraus PDS. Die PDS ist für mich kein Koalitionspartner. Aber ich muß sie wahr-



nehmen, und wenn ich mich mit ihren Wählern auseinandersetze, muß ich mich auch mit der Partei und ihrer Programmatik auseinandersetzen.

**Woher rühren denn die Unsicherheiten in der SPD beim Umgang mit der PDS?**

Die SED war Realität in der DDR, und sie war dafür verantwortlich, daß die Sozialdemokraten mit der Kommunistischen Partei zwangsvereinigt wurden. Von daher ist die Abwehrhaltung gegenüber der PDS sehr verständlich. Aber inzwischen gibt es ja Versuche, zu sehen, wo ehemalige SED-Mitglieder sich gewandelt haben, wo die PDS sich auf demokratische Positionen zubewegt, die wir nicht verlassen werden. Und da es in den neuen Bundesländern auf der Ebene Landräte und Bürgermeister eine ganze Menge CDU-PDS-Koalitionen gibt, denke ich, daß auch die CDU davon überzeugt sein muß, daß sich die PDS in diesen Bereichen anders darstellt als die SED früher.

**Sie haben auf dem Parteitag hier gesagt, daß die SPD oft Themen hinterherläuft, die von den Konservativen vorgegeben werden, daß sie nur selten selbst in die Offensive kommt. Woran liegt das?**

Ich habe mich darüber geärgert, daß beispielsweise Herr Pieroth, Herr Bergner, Herr von Weizsäcker, alles ehrenhafte Menschen, ganz offen dafür plädiert haben, un-

befangen mit der PDS umzugehen, während wir offensichtlich zum Teil Berührungängste haben. Das war ein Beispiel von vielen, wo ich der Meinung bin, wir hätten agieren statt reagieren können. Wir haben zu lange gewartet, das Loch im Bundeshaushalt anzuprangern. Aber vielleicht trägt zu unseren Problemen auch bei, daß nicht alles so schnell in der Zeitung erscheint, was in der Partei aufgegriffen wird. Und teilweise hatte ich das Gefühl, wir waren zu sehr mit uns selbst beschäftigt und haben deshalb zu spät bemerkt, daß die CDU wieder etwas anschiebt. Aber so stimmig, wie oft behauptet wird, ist das Bild von CDU und FDP ja auch nicht. Letztes Beispiel, Gott sei Dank, war die Ausladung des iranischen Außenministers. Wobei ich da noch nicht sicher bin, ob die PDS aus taktischen Gründen mitgemacht hat oder aus Überzeugung.

**Das gesamte Problem Aufbau Ost ist auf diesem Parteitag ziemlich an den Rand geraten.**

Wir hatten es ja anders vorgesehen. Aber wir sind in Zeitverzug geraten, und deshalb wurde das Ostthema wie auch ein anderes wichtiges Thema nicht in einem gesonderten Forum behandelt, sondern in den normalen Parteitagsablauf integriert.

**Eine Unterschätzung der Ostproblematik sehen Sie nicht?**

Nein.

Fragen: WOLFGANG HÜBNER

## Dokument 46

André Brie: Oskar! Aber was heißt das?

In: »Neues Deutschland« vom 18./19. November 1995

Rudolf heißt jetzt Oskar. So könnte der Führungswechsel in der SPD von Linken eingeschätzt werden, die Differenzierungen im sozialdemokratischen Lager für überflüssig halten. Rudolf heißt jetzt Otto (Grotewohl) – das ungefähr wollen die vereinten Generalsekretäre von CDU, CSU und FDP weisma-

chen. Was aber wird die Wahl Lafontaines für die künftige SPD-Politik, für Alternativen zu Kohl und für die Verhältnisse zwischen den gesellschaftspolitischen Reformkräften in der BRD tatsächlich bedeuten?

Die SPD-Mitglieder und -Funktionäre haben in den vergangenen Monaten unter der Politik und Nichtpolitik ihrer Führung entsetzlich gelitten. Das war immer wieder zu hören. Nicht oder kaum zu hören war, daß das SPD-Erscheinungsbild nicht primär in den Hahnenkämpfen zwischen Scharping, Schröder und Lafontaine bestand, sondern in einer „Christ-Demokratisierung“ der SPD-Politik. Mag sein, daß das sozialdemokratische Image, die Wahlergebnisse und die Nerven „gelitten“ haben, betroffen waren aber vor allem Millionen sozial ohnehin nicht privilegierte Menschen: Kranke, Arbeitslose, Flüchtlinge, Frauen...

Die reale Politik interessiert mich mehr als ihre Darstellung, zumal die SPD nicht nur Fehler gemacht hat, sondern auch einen genialen, inzwischen aber schon etwas überstrapazierten Einfall hatte. Obwohl sie in der damaligen Volkskammer bzw. im Bundesrat dem verhängnisvollen Prinzip Rückgabe vor Entschädigung, der Altschuldenrege-

Von  
André  
Brie



## Oskar! Aber was heißt das?

lung, dem Rentenstrafrecht etc. zugestimmt hatte (während die PDS mit guten Gründen Nein sagte), gibt sie sich heute nicht unwirksam als Vorkämpferin von Veränderungen aus und plagiiert damalige PDS-Argumente. Vieles an Alternativen, an sozialerer und gerechterer Politik in Ostdeutschland, in der gesamten Bundesrepublik und in Europa, Herr Stolpe, wäre nicht unrealistisch, wie Sie es an den PDS-Forderungen bemängeln, wenn es die SPD nicht seit 1990 unrealisierbar gemacht hätte. Sie müßten sich doch zumindest daran erinnern, daß Sie persönlich es waren, der das Nein der SPD zur Erhöhung der Mehrwertsteuer 1992 im Bundesrat durch und zerbrochen hat. Und wie verhielt es sich mit dem „Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm“, der Beseitigung des Asylrechts oder der Pflegeversicherung, dem frauenfeindlichen Rückschritt beim Abtreibungsrecht oder der Grundgesetzänderung zugunsten der eigenen Diäten?

Wenn sich unsereiner mit der SPD beschäftigt, läuft er Gefahr, über Gebühr verbittert zu klingen. Unter Verwandten reagiert man auf Differenzen und Enttäuschungen immer empfindlicher als unter Fremden. Selbst der kommunistische

Vorwurf „Wer hat uns verraten? – Die Sozialdemokratie!“ lebt noch von der Voraussetzung: Von jedem hätten wir das erwartet, von

Euch, die Ihr die gleichen Eltern habt wie wir, nicht! Die deutsche Sozialgesetzgebung war Ende des 19. Jahrhunderts von der Sozialdemokratie und einsichtsvollen Kreisen der Bourgeoisie um Bismarck durchgesetzt worden. Finanziert wurde sie jeweils von den Beschäftigten und den Unternehmen gemeinsam. Die Pflegeversicherung am Ende des 20. Jahrhunderts – wieder mit der SPD zustande gekommen – wird nur noch von den Arbeitenden bezahlt. Ralf Dahrendorf, einer der wenigen verbliebenen großen Liberalen, sprach vor einigen Jahren vom Ende des sozialdemokratischen Zeitalters. Dieses Ende habe mit dem Zerfall der traditionellen sozialdemokratischen Milieus, vor allem aber mit dem gesellschaftlichen Triumph des Sozialdemokratismus zu tun, mit dem der Gegenstand, das Ziel seines politischen Kampfes, verschwinde. Darüber ließe sich streiten.

Die SPD hat unter Scharping ihre sozialdemokratischen Axiome aber selbst in Frage gestellt. Parteipolitisch war es in den letzten Jahren für die PDS vergleichsweise leicht, eigenes Profil in dem immer größer werdenden Raum links von der SPD zu entwickeln. Aber das ist eine sekundäre Frage. Die PDS ist nicht für die PDS da. Ihre Mitglieder sind in dieser schwierigen und unbequemen Partei, weil sie sich nicht abfinden können und wollen mit ei-

ner Gesellschaft, die Massenarbeitslosigkeit, weltweit ökologische Zerstörung, Militarisation und die grauenvollen Nöte in den Ländern des Südens produziert, politische Ohnmachtsgefühle und gesellschaftliche Kälte fördert. Es war meist unmöglich mit der Scharping-SPD, politische oder gar gesellschaftliche Veränderungen zu denken und real zu beginnen. Wird sich das ändern mit Lafontaine? Darauf gibt es bisher eher spekulative Antworten.

Für einen prinzipiellen Kurswechsel spricht fast nichts. Lafontaine wird sicherlich dafür eintreten, die Grenzen für sozialdemokratisches Mittun bei der Militarisation bundesdeutscher Politik etwas enger zu ziehen. Das parlamentarische Oppositionsprofil der SPD im Bundestag und Bundesrat wird schärfer werden. Das gesellschaftspolitische bleibt auch nach Mannheim nebelhaft. Gegenüber der PDS wird die Sprachlosigkeit seitens der SPD-Spitze überwunden werden. Aber ob die Gespräche Small Talk, pure Werbung um die PDS-Wählerinnen und Wähler oder zusätzlich auch die Einleitung eines gesellschaftlichen Reformdiskurses sein werden, ist offen und wird nicht zuletzt von der Entwicklung der PDS selbst abhängen. Sie wird für die SPD keine Partnerin sein, wenn sie sich anpaßt, sondern nur dann, wenn sie ihren demokratischen und sozialistischen Charakter und ihre Politikfähigkeit ausprägt.

André Brie (45)  
ist Vorsitzender der  
Grundsatzkommission  
der PDS

## Dokument 47

»Gespräch Lafontaine-Gysi sinnvoll«. Interview mit Reinhard Höppner

In: »Neues Deutschland« vom 18./19. November 1995

REINHARD HÖPPNER, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt:**„Gespräch Lafontaine-Gysi sinnvoll“**

**Bei der Wahl zum SPD-Vorstand haben drei Ostdeutsche die meisten Stimmen bekommen. Ihr Kommentar?**

Das war ein eindeutiges Signal für die Ost-SPD, wenn man bedenkt, daß Regine Hildebrandt von etwa nur 50 und ich von etwa nur 70 Delegierten nicht gewählt wurden. Bei einer Listenwahl, wo man seine Stimmen über viele Kandidaten verteilen kann, ist das ein klares Signal dafür, daß man die Integration der ostdeutschen Politiker will, daß man ihre Leistung anerkennt. Für mich erwächst aus diesem Wahlergebnis eine Verpflichtung, unsere Stimme einzubringen in die vielen Sachdiskussionen in Gesamtdeutschland.

**Welche gesamtdeutsche Kompetenz hat die Ost-SPD?**

Wir haben jetzt in zwei Ostländern den Regierungschef, in den anderen außer Sachsen sitzen wir mit in der Koalition. Das heißt, wir sammeln in diesem Bereich viele Erfahrungen, und zwar nicht nur bezüglich ostdeutscher Probleme, sondern der Probleme in Deutschland insgesamt. Zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt,



beim Umgang mit den Schwierigkeiten, die sich aus der Reduzierung von geschätzten Steuereinnahmen ergeben. Da wird man, wenn im Westen diese Konflikte zunehmen, uns fragen, wie wir das gelöst haben. Und das müssen wir dann einbringen.

**Die vielen Stimmen für Sie – ist das eine Bestätigung für das Magdeburger Modell?**

Das scheint mir ziemlich eindeutig so zu sein, und damit scheint auch die Frage, ob unser Weg von der Gesamt-SPD mitgetragen wird, klar beantwortet zu sein. Der Parteitag

hat gezeigt, daß man über Personen sehr viel an politischen Inhalten bewertet. Es sind ja auch Leute abgestraft worden.

**War auch der Führungswechsel von Scharping zu Lafontaine ein inhaltliches Signal?**

Dies war nun keine inhaltliche Entscheidung, sondern wirklich eine Personalentscheidung. Die Positionen der beiden liegen nicht weit auseinander. Ich glaube, daß wir nach dem Tief einen Neuanfang brauchten. Wir brauchen an der Spitze der SPD ein neues Politikmanagement. Das erwartet der Parteitag von Lafontaine, und ich bin guter Hoffnung, daß er das schaffen kann.

**Was sagen Sie zu dem umstrittenen Gespräch zwischen Oskar Lafontaine und Gregor Gysi, das geplant ist?**

Das Gespräch ist ja vor dem Parteitag vereinbart worden. Ich bin überzeugt, daß wir in Deutschland nicht zuviel, sondern zuwenig miteinander reden, quer durch alle Parteien. Deswegen halte ich solch ein Gespräch für sinnvoll. Ob es

nun zum geplanten Zeitpunkt zustandekommt, wird man sehen. Aber ich denke, daß Oskar Lafontaine nicht zulassen wird, daß die PDS von der CDU als Keule gegen die SPD verwendet wird. Wir werden uns durch die CDU keine Angst vor der PDS machen lassen. Und das wird sich auch dokumentieren in vernünftigen Gesprächen, die ein Parteivorsitzender mit anderen Parteivorsitzenden und Spitzenpolitikern führen kann und muß.

**Welche Chance geben Sie Mehrheiten links von CDU und FDP über Sachsen-Anhalt hinaus?**

Ich habe mich vor anderthalb Jahren, als wir in Magdeburg unsere Regierung bildeten, sehr geärgert, daß mir von draußen reingeredet worden ist. Das werde ich jetzt nicht wiederholen. Ich bin allerdings der Meinung, daß es gerade in großen Koalitionen nicht gut ist, wenn man alternativlos dem größeren Partner ausgeliefert ist, wie die SPD in einigen Bundesländern. Und darum halte ich das vernünftige Nachdenken über Alternativen für notwendig und richtig.



## Dokument 48

## Heinz Vielain: Glos über Weisäcker: Irreführend und falsch

In: »Welt am Sonntag« vom 19. November 1995

Von HEINZ VIELAIN

Bonn

Die bayerische CSU fordert eine „sorgfältige Beobachtung“ der SED-Nachfolgepartei PDS durch die Verfassungsschutzämter. Das ist das Ergebnis einer internen Studie, in der die CSU prüfen ließ, wie es um die Verfassungsmäßigkeit der PDS bestellt ist.

In dem Papier, das WELT am SONNTAG vorliegt, wird unter anderem behauptet:

☉ „Die PDS sieht in der rechtsstaatlichen Aufarbeitung der SED-Stasi-Verbrechen ‚politische Strafverfolgung‘ und ‚politische Strafjustiz‘. Sie zeigt damit, was sie vom Rechtsstaat und der Rechtsstaatlichkeit hält, nämlich nichts.“

☉ „Der PDS-Bundestagsabgeordnete Gerhard Zwerenz diffamiert die Widerstandskämpfer gegen die SED-Diktatur als eine ‚Handvoll gutbedienter Spätdissidenten‘, als ‚paranoide Revolutionsparodisten‘ und als ‚Hitlers Kinder‘. Für den Fall der ‚nächsten Wende‘ droht er offen mit Verfolgungsmaßnahmen und offenbart so seine demokratiefeindliche

Gesinnung und Menschenverachtung.“

☉ „Solange dies Zustimmung in der PDS findet, ist die PDS alles andere als eine demokratische Partei. Die Verfassungsschutzämter müssen die PDS sorgfältig beobachten.“

☉ „Die PDS paktiert und agiert mit zweifelsfrei links-extremistischen Gruppen und scheut auch vor Kontakten mit der verbotenen kurdischen Terrororganisation PKK und zum Umfeld der RAF nicht zurück.“

☉ „Die PDS ist also eine Gefahr für die innere Sicherheit unseres Landes. Sie nimmt bewußt eine Gefährdung des inneren Friedens in Kauf.“

☉ „Die PDS proklamiert eine

Politik der uneingeschränkten Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland. Sie nimmt damit bewußt ein Wieder-Er-

starken des Rechtsextremismus in Kauf, kalkuliert auf ein gegenseitiges Hochschaukeln.“

☉ „Die PDS schadet mit ihrer auf Spaltung angelegten und Zwietracht säenden Politik den berechtigten Interessen der Menschen in Ostdeutschland.“

☉ „Sie lehnt wesentliche Grundsätze und Grundlagen unserer freiheitlich, demokratischen Grundordnung ab. Statt der Sozialen Marktwirtschaft will sie dirigistische,

sozialistische

Planwirtschaft.“

☉ „Die PDS fordert die Überwindung der Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums.“

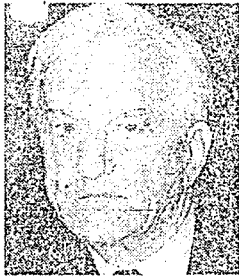
☉ „Sie will Deutschland wehrlos machen; sie fordert die Abschaffung von Bundeswehr und Auflösung der Nato.“

☉ „In ihrer breiten Mehrheit lehnt die PDS einen radikalen Bruch mit der SED und deren Unrechtspolitik

ab. Zaghafte Stim-

men eines inneren Erneuerungsprozesses werden kaltgestellt, die Kommunistische Plattform mit zweifelsfreien Altstalinisten wird ausdrücklich integriert.“

In diesem Zusammenhang äußerte sich Michael Glos, Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, gegenüber WamS auch zur Meinung von Altbundespräsident Richard von Weizsäcker, die PDS müsse entweder verboten oder als demokratisch so respektiert werden. Dies sei ebenso irreführend wie falsch, meint Glos. „Politisch bekämpfen und gleichzeitig beobachten“, so der CSU-Politiker, sei „der richtige und erfolgreiche Weg.“



**Richard von Weizsäcker**, 75, Bundespräsident vom 23. 5. 1984 bis 30. 6. 1994, fordert, die PDS entweder zu verbieten oder zu respektieren

## Dokument 49

## In der Bredouille. Interview mit Gregor Gysi

In: »Die ZEIT« vom 24. November 1995

## Interview mit Gregor Gysi, Chef der PDS-Gruppe im Bundestag

**DIE ZEIT:** Herr Gysi, Sie haben bei Oskar Lafontaine um ein Gespräch nachgesucht. Ende des Monats ist es soweit. Was möchten Sie mit ihm besprechen?

**Gregor Gysi:** Mir geht es um die Frage, wie man den Umgang zwischen SPD und PDS normalisieren kann. Um Koalitionen oder Bündnisse wird es nicht gehen.

**ZEIT:** Ist Lafontaine ein Glücksfall für die PDS, das Ende der Isolation?

**Gysi:** Von einem Glücksfall würde ich nicht reden, aber man kann annehmen, daß ein vernünftigerer Umgang beider Parteien wahrscheinlicher geworden ist.

**ZEIT:** Sendet die SPD Öffnungssignale, um einen Pakt zu schmieden oder um Ihnen Wähler abzunehmen?

**Gysi:** Es gab immer unterschiedliche Konzepte, die PDS kleinzukriegen. Die einen wollten uns scharf angreifen, andere uns ignorieren. Wieder andere wollen uns in die Verantwortung ziehen und dadurch „entzaubern“. Vielleicht gewinnt diese Variante jetzt an Bedeutung, da die anderen Methoden nicht sehr erfolgreich waren. Aber für die SPD gibt es noch eine andere Überlegung: Kann sie es sich weiter leisten, im Osten allein auf große Koalitionen angewiesen zu bleiben?

**ZEIT:** Kann es sich die PDS leisten zu regieren? Sie würde ja damit nicht nur Macht, sondern auch Verantwortung übernehmen, für Verhältnisse, die sie bislang bequem kritisieren konnte?

**Gysi:** Für die Erneuerung der PDS war die Oppositionsrolle unverzichtbar. Wenn die PDS irgendwann in eine Koalition einträte, würde sie für einige ihrer Anhänger an Attraktivität verlieren. Wenn andererseits klar wäre, daß die PDS niemals mitregieren und mitentscheiden kann, wird das auf Dauer auch nicht ihre Attraktivität steigern. Es kann eine Situation geben, in der wir keine andere Wahl haben.

**ZEIT:** Nein sagen kann man immer.

**Gysi:** Wenn die SPD in Thüringen oder in Mecklenburg den Mut hat, sich aus der großen Koalition zu befreien, werden wir Tolerierung oder Duldung vorschlagen. Ließe sie sich darauf nicht ein, kämen wir unter großen Druck, weil wir der SPD nicht länger vorwerfen könnten, daß sie den Kompromiß nach rechts sucht.

**ZEIT:** Die SPD kann also die PDS zwingen, ihr Juniorpartner zu werden?

**Gysi:** Sie kann uns in die Bredouille bringen, ob als Juniorpartner, das hängt von den Wahlergebnissen ab. Wenn die alle so aussehen wie in Ostberlin, käme es umgekehrt.

**ZEIT:** Ist die PDS auf eine Auseinandersetzung überhaupt vorbereitet?

**Gysi:** Ich kämpfe gegen die Ausgrenzung, weil für die Partei die inhaltliche Herausforderung wichtig ist. Wenn wir ein Konzept vorlegen, dann wird dem nicht widersprochen, das wird einfach ignoriert. An eine politische Auseinandersetzung



**Gregor Gysi:**  
Will die SPD im  
Osten allein  
auf große  
Koalitionen  
setzen?

sind wir kaum gewöhnt. Das ist ein Unsicherheitsmoment, aber auch eine Chance.

**ZEIT:** Worin wird sich eine koalitionswillige PDS von SPD und Grünen unterscheiden?

**Gysi:** Programmatisch ist der Hauptunterschied zu den Grünen die zwingende Verbindung von sozialer und ökologischer Frage. Und anders als für die SPD ist für uns Systemkritik nicht tabu. Doch wenn es eine Mehrheit links von der Union gibt, wird den drei Parteien gar nichts anderes übrigbleiben, als sie irgendwann zu nutzen.

**ZEIT:** Das ist dann die Konstellation für '98?

**Gysi:** Eine rechnerische Mehrheit würde nicht genügen. Aber wenn es ein gesellschaftliches Reformklima gibt, wird uns niemand aus der Verantwortung entlassen. Doch dafür muß man etwas tun. Sich als effizienterer, ein bißchen sozialerer Verwalter des Bestehenden zu präsentieren, das reicht nicht. Und ich denke, Oskar Lafontaine hat das erkannt.

Die Fragen stellten J. Buchsteiner und M. Geis

Dokument 50  
Grüße an Oskar  
In: »Berliner Linke« vom 24. November 1995

*Nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden erhielt Oskar Lafontaine ganze Berge von Glückwünschen. Auch jagte eine Stellungnahme zum Führungswechsel bei den Sozialdemokraten die andere. Von den Schreiben, die aus dem Osten kamen, dokumentiert die »Linke« drei erstmals im vollen Wortlaut:*

*Per Fax übermitteltes Glückwunschsreiben des PDS-Bundesvorsitzenden vom 16. November:*

Lieber Oskar Lafontaine, zuweilen und unvermutet spendiert sich die deutsche Geschichte eben doch einen Ruck. Das freut mich. Ich möchte Ihnen recht herzlich zu Ihrer Wahl zum SPD-Bundesvorsitzenden gratulieren. Vielleicht ist für Sie von höherem Erkenntnisgewinn, daß ich gerade dabei bin, mein Dienstzimmer mit dem Geschenk, das Sie Ihrem Landsmann gelegentlich seiner 87er Staatsvisite überreichten, zu schmücken. Daß es Ihnen an Kraft fürs Unpopuläre nicht fehlt, habe ich jederzeit zu würdigen gewußt. Von dieser Kraft wünsche ich Ihnen alles nur Erdenkliche. Möglicherweise sehen Sie sich trotz der Bürde Ihrer Ämter in der Lage, mich bei Gelegenheit mit einem guten Essen zu qualifizieren. Ihnen ist ja geläufig, daß die PDS gern, willig und gut lernt. Nochmals herzlichen Glückwunsch Mit Vorzug und der Ihre  
Lothar Bisky

*Erklärung des Vorsitzenden der PDS-Bundestagsgruppe, Gregor Gysi, vom 16. November*  
Zu seiner Wahl zum Vorsitzenden der SPD übermittle ich Oskar Lafontaine meinen herzlichen Glückwunsch. Mit Oskar Lafontaine übernimmt eine

## Grüße an Oskar

gestandene sozialdemokratische Persönlichkeit die Führung der Partei. Damit besteht die Chance, daß die SPD wieder an Profil gegenüber der CDU gewinnt. Auf der anderen Seite bleiben alle politischen und strukturellen Schwächen der SPD bestehen. Der Kampf um Akzeptanz und Wählerstimmen zwischen der SPD und der PDS wird von uns konsequent fortgesetzt werden. Für die politische Kultur und die weitere Entwicklung unseres Landes ist eine demokratisch-sozialistische Partei mit eindeutig sozialem und antimilitaristischem Profil unverzichtbar. Eine solche ist die SPD nicht und wird sie nicht werden. Die Wahlen in der SPD zeigen überdies, daß sich an der Westdominanz in der Partei nichts ändern wird. Zu sachlicher Zusammenarbeit war und bleibt die PDS bereit, denn ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit ist nur mit politischen Kräften links von CDU/CSU und FDP durchzusetzen.

*Erklärung des PDS-Bundesvorsitzenden, Prof. Dr. Lothar Bisky, vom 16. November*  
Zunächst möchte ich Oskar Lafontaine zu seiner Wahl meine herzlichen Glück-

wünsche ausdrücken. Ich verbinde mit dieser Wahl, der ein klares Votum der Delegierten zugrunde liegt, die Hoffnung, daß die SPD fortan in der Lage ist, wieder deutlich konturierte Politik zu machen.

Oskar Lafontaine, dessen Entscheidungsfreudigkeit und politische Qualitäten ich immer geschätzt habe, kann dazu beitragen, seine Partei auf allen Politikfeldern wieder glaubwürdig zu machen. Ich binde an die Wahl Lafontaines gleichzeitig die Hoffnung, daß die deutsche Sozialdemokratie den Mut zum Kurswechsel im Umgang mit der PDS hat. Ob es eine Mehrheit links von der Mitte gibt, ist keine Frage, sondern eine Tatsache. Man muß sie politisch nur wollen. Die PDS ist zu Gesprächen auf allen Ebenen, wenn sie ohne Vorbedingungen stattfinden, immer bereit gewesen und wird es bleiben.

Mit Oskar Lafontaine hat die deutsche Sozialdemokratie eine reelle Chance zur politischen Erneuerung. Eine reelle Chance, verlorenes Terrain zurückzugewinnen. Mit Oskar Lafontaine könnte sich die SPD endlich wieder von der CDU unterscheiden. Das wäre erfreulich.

## Dokument 51

SPD/PDS. Umarmen, Erdrücken

In: »Focus«, Nr. 47/1995



## Der unbestimmte Kurs von Oskar Lafontaine verunsichert die Genossen in den neuen Ländern

Eine Stunde vor Mitternacht gerät Mecklenburg-Vorpommerns stellvertretender Regierungssprecher Thomas Freund ins Schwärmen. „Wir haben jetzt den Rücken frei.“ Der Parteitag in Mannheim habe das Thema PDS nicht angefaßt, strahlt der Gehilfe von SPD-Wirtschaftsminister Harald Ringstorff. Eine Öffnung zur PDS sei mit dem umtriebigen Parteichef Oskar Lafontaine nun viel leichter möglich als mit dem grundsatztreuen Sozialdemokraten Rudolf Scharping.

**Wenn er sich da mal nicht täuscht.** Tatsache ist: Das Beharren Lafontaines, auch nach seiner Wahl an dem lange geplanten Treffen mit Gregor Gysi festzuhalten, bringt nicht nur beim politischen Gegner, sondern auch in die eigenen Reihen Verunsicherung.

Schon fürchten die SPD-Wahlkämpfer in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die verheerende Außenwirkung eines SPD/PDS-Spektakels.

Auch die gescheiterte Berliner SPD-Spitzenkandidatin Ingrid Stahmer war sichtlich irritiert. Verständlich, schon während des gesamten Wahlkampfes hatte sie sich immer wieder gegen den

Vorwurf wehren müssen, letztlich doch mit Hilfe der PDS regieren zu wollen.

Noch kurz nachdem Lafontaine SPD-Chef wurde, forderte die Berliner Sozialsenatorin den frisch Gekürten auf, sein lange geplantes Treffen mit Gregor Gysi Ende November abzusagen. Heftig kritisierte sie das „Gerenne um Gespräche mit der PDS“ als Versuche, die PDS hoffähig zu machen.

Doch nach einem Gespräch mit dem



Saar-Napoleon sieht Ingrid Stahmer die Sache völlig anders: Lafontaine habe ihr nicht nur versichert, daß er sich über die besondere Situation der Berliner SPD im klaren sei, er habe ihr darüber hinaus auch zugesagt, vor seinem Treffen mit Gysi mit den Hauptstadt-Genossen zu reden. Stahmer: „Weder Ausgrenzung noch Anbiederung, sondern Auseinandersetzung ist das Gebot der Stunde.“

Dies gelte erst recht für das Jahr 1996. Stahmer weiß: „Ausgerechnet 1996. Wenn die PDS dann 50 Jahre Zusammenschluß der ‚sozialistischen Parteien‘ SPD und KPD feiert, werden wir Westberliner Sozialdemokraten 50 Jahre Kampf gegen die Zwangsfusion feiern.“ Gerade dann mit der PDS zu kungeln, sei ein verheerendes Signal für gestandene konservative Sozialdemokraten.

**Das wissen** auch Lafontaine und seine Berater. „Die PDS ist unser politischer Gegner“, so ein Lafontaine-Vertrauter. „Wir wären doch mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir die Partei durch Koalitionen im Osten im Westen salonfähig machen und alteingesessene Westsozis verprellen.“

**Der Saarländer** setzt darauf, mit seinem aggressiven Linkskurs die PDS-Wähler zu gewinnen. Während Scharping in bester Kurt-Schumacher-Tradition jegliches Gespräch mit den Kommunisten ablehnte, soll nun versucht werden, die SPD als linke Alternative zur PDS zu etablieren. Denn noch immer krankt die SPD an einer Fehlentscheidung der Wendezeit.

Damals sperrte sie sich grundsätzlich gegen die Aufnahme alter SED-Mitglieder in die SPD – während „die CDU keine Hemmungen hatte, die zwei für Mauerbau und Stacheldraht mitverantwortlichen kommunistischen Parteien, nämlich die Ost-CDU und die Bauernpartei, zu integrieren“, wie Lafontaine in Mannheim möglichst in jedem Interview betonte.

Wie es gehen könnte, zeigt das Beispiel Brandenburg. Während alle anderen Ost-SPD-Landesverbände mit ihrem strikten Abgrenzungskurs scheiterten, schaffte ausgeredet der mit seiner DDR-Vergangenheit kokettierende Manfred Stolpe in Brandenburg als einziger eine absolute SPD-Mehrheit.

Seit der Wahl Lafontaines werden die Karten neu gemischt. Noch bis Mittwoch vergangener Woche war die SPD Mecklenburg-Vorpommern drauf und

dran, die Weichen für ein Platzen der großen Koalition zu stellen, um mit Hilfe der PDS an die Macht zu gelangen. Jetzt scheint sich auch an der mecklenburgischen Küste der Wind wieder zu drehen. Einflußreiche SPD-Kommunalpolitiker wie die Bürgermeister der Hansestädte Wismar, Rosemarie Wilcken, und Rostock, Arno Pöker, wollen die PDS-Planspiele im Norden blockieren.

„**Die SPD tut gut daran**, ihre eigenen Ziele den Wählern und Menschen zu verdeutlichen. Die PDS besetzt im Osten klassische sozialdemokratische Themen und Ziele“, legt Rosemarie Wilcken die Strategie fest. „Eine Unterstützung der PDS kann uns auf Dauer nur Stimmen kosten, wenn wir nicht die Initiative ergreifen.“

**Die Tonlage** hat sich deutlich geändert. „Das CDU-SPD-Bündnis ist siche-



Ulrich

**KEINE EINHEITLICHE MEINUNG: „Ossis“ Wolfgang Thierse und Reinhard Hoppner**

rer, als manche glauben“, so SPD-Landeschef Harald Ringstorff demütig in Mannheim. „Zur Zeit gibt es keine Überlegungen“, beschwichtigt der Ost-Genosse, „eine Minderheitsregierung zu bilden.“ Nur noch eine Handvoll Ausstiegsgegner soll es in der Schweriner Landtagsfraktion der SPD geben.

Auch in Thüringen regt sich der Widerstand gegen einen Regierungswechsel mit der PDS. Landesvize Gerhard Botz schwört: „Es wird in Thüringen keine Mehrheit dafür geben, worüber in Mecklenburg-Vorpommern laut gesprochen wird.“

Demnächst will Lafontaine einen SPD-Bezirk im Freistaat Sachsen besuchen. Populistisch könnte er die PDS ausstechen. Umarmen und erdrücken, heißt seine Devise. ■

## Dokument 52

Dieter Wonka: Bedenkzeit

In: »Leipziger Volkszeitung« vom 25./26. November 1995



## DEUTSCHLAND

**UMSTRITTENE VERABREDUNG:**  
Oskar Lafontaine will sich am  
29. November mit Gregor Gysi treffen

Gelassenheit ist angebracht, wenn es um die PDS geht. Weder stehen Kommunisten mit einem Fuß im Kanzleramt, noch hat ein Links-Bündnis realistische Mehrheitschancen – auch nicht nach der Wahl eines links redenden Lafontaine – und schon gar nicht wird die PDS zur gesamtdeutschen Partei mit Einfluß, nur weil westdeutsch gebliebene SPD und ostdeutsch verharrende PDS Händedruck und Gedanken austauschen.

Solange die PDS gewählt wird, sie Parlamentssitze erreicht, ist sie einer von vielen Wettbewerbern – ein politisches Problem: Und wenn sie, wie in Berlin, auf besonderen Zuspruch bei den Erstwählern stößt, in den neuen Ländern als Vertreterin ostdeutscher Interessen bisweilen präsender als die SPD ist, dann sollten alle den Umgang mit den PDS-Wählern suchen. Dazu gehört aber auch ein demokratischer, fairer und gelassener Umgang mit den Repräsentanten der Partei. Zur Demokratie gehört der Dialog. Rüde Ausgrenzungen à la CDU-Generalsekretär Hintze oder schändlich-taktische Avancen seitens mancher SPD-Provinzpolitiker, wie in Mecklenburg-Vorpommern, sind wenig politisch noch hilfreich.

Die PDS will derzeit nicht regieren, sagt Gysi. Glauben wir es ihm. Läge nicht der Grauschleier über dem „IM Notar“, dann könnten sich alle mit ihm über Vergangenheit und Zu-

kunft, über Ostdeutschland und Opposition unterhalten. Das wäre bisweilen interessanter, als der Dialog mit dem einen oder anderen CDU-Block-Veteran. Es würde aber auch schnell offenkundig, daß hinter den geschliffenen Worten und der treffsicheren Polemik ein programmatisches Sammelsurium steckt, mit dem die PDS kaum regieren könnte, selbst wenn sie wollte. Aber wie sollte das gehen, wenn die kommunistische Plattform den Stalinismus glorifiziert und immer wieder ein Stasi- und Partei-Aktivist für Nostalgie unter dem Motto „Ich bereue nichts“ wirbt?

Die reale Gefahr, so sie von der PDS ausgeht, ist in Wirklichkeit relativ gering. Das weiß natürlich auch der Kanzler. Da er nach der Wende sogar beim Zugriff auf die Block-Parteien schneller als die SPD war, hat er jetzt leicht spoten angesichts schwieriger gemeinsamer Gehversuche von Lafontaine-Partei und Gysi-PDS.

Daß Kohl gestern aber deutlich nervös auf linke SPD-Dehnübungen reagiert hat, verwundert. Denn die SPD-PDS-Strategie wirkt noch immer reichlich dilettantisch. Doch da das Treffen zwischen Gysi und Lafontaine verschoben wurde, hat man ja beiderseits noch etwas Zeit zu politischer Besinnung – Wie steht es denn mit der Zusammenarbeit? Und der Kanzler kann sich wieder beruhigen und dann den Blick auf das eigentliche Sorgenkind, die marode FDP, richten.

## Dokument 53

Kurt Biedenkopf: Wir müssen uns mit den Defiziten befassen, die die PDS anspricht

In: »Leipziger Volkszeitung« vom 25./26. November 1995

VON KURT BIEDENKOPF

Die deutschen Fernseh-Talkshows haben ein neues Mode-Thema: Der Umgang der demokratischen Parteien mit der PDS. Das Angebot an Ratschlägen ist breit.

Ratschlag Nummer eins: PDS ignorieren oder gar ausgrenzen.

Ratschlag Nummer zwei: parlamentarische Zusammenarbeit oder gar Koalition mit der PDS, um sie in der Verantwortung zu „entzaubern“.

Die Vorschläge unterscheiden sich voneinander wie die politischen Lager, aus denen sie stammen. Ihnen ist aber gemeinsam, daß sie darauf zielen, die Wählerschaft der PDS zu gewinnen. Das Ziel ist in einer Demokratie legitim. Aber das Werben um die Zustimmung



Kurt Biedenkopf

der Menschen, die die PDS gewählt haben, sollte über die politische Auseinandersetzung mit den Zukunftsentwürfen der PDS geschehen.

Die PDS ist dem Sozialismus verpflichtet. Der Sozialismus ist jedoch keine Antwort auf die Fragen der Zukunft in Deutschland und in Europa. Der Sozialismus ist mit der Marktwirtschaft unvereinbar, sozialistische Politik ist investitionsfeindlich, sie schafft deshalb nicht Arbeitsplätze, sondern sie verhindert ihre Entstehung. Alles, was die PDS vorschlägt, läuft auf die Erweiterung der staatlichen Zuständigkeit, auf einen Ausbau der staatlichen Aufgaben und die Erhöhung der staatlichen Ausgaben hinaus. Der Staat soll wieder für alles zuständig sein. Aber genau diese Allzuständigkeit hat zum vormund-schaftlichen Staat und zur Katastrophe der DDR geführt.

Die klare politische Auseinandersetzung mit der PDS ist also eine Auseinandersetzung über die Frage, ob wir es mit einem neuen Sozialismus in Deutschland versuchen sollen. Unsere Aufgabe in dieser Auseinandersetzung ist es, die Wähler über die Folgen der beabsichtigten Politik der PDS aufzuklären, indem wir die PDS beim Wort nehmen. Was würde in Sachsen oder in

Deutschland geschehen, wenn diese Partei Regierungsverantwortung über-nähme? Wie würde dieses Land aussehen, wenn die PDS ihre Rezepte von gestern zur Bewältigung der Probleme von morgen anzuwenden versuchte? Die Antwort auf diese Fragen wird zu der Erkenntnis führen, daß es nicht gut für unser Land ist, wenn die PDS regiert oder mitregiert. Ich bin überzeugt, daß selbst viele Wähler der PDS das Grausen packt, wenn sie sich vorstellen, daß die politischen Ziele der PDS im geeinten Deutschland ganz oder auch nur teilweise verwirklicht würden. Denn der weit überwiegende Teil der heutigen PDS-Wähler will keine Rückkehr des Sozialismus. Das heißt: Wir müssen im harten, aber fairen politischen Wettstreit die Menschen über die Folgen der beabsichtigten Politik aufklären. Aufklärung ist die Voraussetzung für kluge Wahlentscheidungen.

Wenn wir die Menschen gewinnen wollen, müssen wir uns jedoch auch mit den Defiziten befassen, die die PDS mit Erfolg anspricht. Niemand leugnet, daß solche Defizite bestehen. Sie durch gute Arbeit Stück für Stück zu beseitigen,

Osten und ihren persönlichen Erfahrungen. Menschen im Westen, die die Bedingungen des Lebens in der DDR nur von fern beobachtet haben, verstehen häufig die Tragweite dieser besonderen Erfahrungen nicht. Ihnen fehlt deshalb auch die Autorität und die Glaubwürdigkeit, die für die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit unerlässlich ist.

Übrigens: Man kann nur begrüßen, daß sich Oskar Lafontaine entschlossen hat, jetzt, gut fünf Jahre nach der Einheit, den Kontakt mit den Menschen in Ostdeutschland zu suchen. Wenn er tatsächlich verstehen lernen will, wo uns im Osten der Schuh drückt, dann kann er das hier viel besser erfahren als bei noch so vielen interessanten Gesprächen mit Herrn Gysi in Saarbrücken oder in Bonn.

## KLAR POLITIKER SCHREIBEN IN UNSERER ZEITUNG TEXT

bedeutet auch, Probleme zu beseitigen, von denen die PDS lebt. Diese Probleme sind häufig nicht ökonomischer Natur. Sie resultieren vielfach aus dem gedankenlosen und gefühllosen Umgang mit dem Selbstwertgefühl der Menschen im

## Defizite

# , die die PDS anspricht

## Dokument 54

Neue Sau. Die Wahl Lafontaines beflügelt die SPD-Oberen in Schwerin und Erfurt: Sie peilen bereits den Partnerwechsel an – von der CDU zur PDS

In: »DER SPIEGEL«, Nr. 48/1995

**A**ngela Merkel, Vorsitzende der CDU in Mecklenburg-Vorpommern und Umweltministerin in Bonn, reagierte verbiestert, als sie die neuesten Nachrichten von daheim hörte. Die Sozialdemokraten, mit der Union in einer Großen Koalition verbunden, so meldeten die Parteifreunde von der Ostsee, seien auf dem Absprung.

Seit fast einem Jahr regieren SPD und CDU in Schwerin – eher gegeneinander. Immer wieder gibt es Stunk, mal um das Schulgesetz, mal um Spielbanken.

Anlaß für Merckels jüngsten Seufzer war die Forderung des Rügener SPD-Linken Udo Knapp, Regierungschef Berndt Seite von der CDU solle Ende nächsten Jahres zugunsten seines SPD-Stellvertreters Harald Ringstorff seinen Stuhl räumen. Der Platztausch zur Halbzeit der Legislaturperiode sei nur recht und billig.

Warum die Koalition „nicht mal vier Wochen ruhig regieren“ könne, klagte Merkel: „Muß denn die Schweriner SPD jede Woche eine neue Sau durchs Dorf treiben?“

Es könnte bald noch dicker kommen: Seit der neue SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine offen die PDS als möglichen Bündnispartner der Sozialdemokraten in Bonn und anderswo hoffiert, verspürt Genosse Ringstorff, Vorsitzender der SPD Mecklenburg-Vorpommerns, heftigen Auftrieb.

Ringstorff hatte sich nach der Landtagswahl im Oktober letzten Jahres aus Parteiräson mit Seite zusammengetan, obwohl sein Herz schon damals für eine – rechnerisch mögliche – Liaison mit der SED-Nachfolgepartei schlug. Im Landtag hat die SPD 23 Sitze, die PDS 18 – die CDU dagegen nur 30.

Doch der damalige SPD-Bundesvorsitzende Rudolf Scharping war strikt dagegen: „Es wird keinen SPD-Ministerpräsidenten geben, der mit den Stimmen der PDS gewählt wird.“

„Mit Lafontaine“, frohlockte Ringstorff letzte Woche, „haben wir den Wind im Rücken, der uns vorher ins Gesicht blies.“ Endlich schwänden in seiner Partei die Berührungängste ge-





**SPD-Politiker Lafontaine, Schuchardt, Ringstorff\***  
„Wir haben den Wind im Rücken“

genüber der PDS. Ringstorff: „Wir haben jetzt eine zweite Option.“

Das Techtelmechtel der Mecklenburger mit der PDS währt schon länger: Mehrmals haben die Sozialdemokraten im Landtag mit der PDS gegen den Koalitionspartner gestimmt, wohl nicht zufällig. „Wir denken mit der PDS, die PDS denkt mit uns“, sagt Gottfried Timm, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion.

Ringstorff hat seine Kontakte zur PDS, trotz Abmahnung aus der Bonner SPD-Zentrale, stetig und systematisch ausgebaut. Im Juni trat der Ringstorff-Vertraute Siegfried Friese, vor der Wende Funktionär im DDR-Kulturministerium, sogar beim PDS-Landesparteitag als Gastredner auf.

Wenn die PDS ihre innerparteilichen Gegensätze kläre, so die Botschaft, könne sie „in die politischen Entscheidungen eingreifen“ und mit allen Parteien „gemeinsam

die großen Probleme Mecklenburg-Vorpommerns zu lösen versuchen“. In einem wenig später erarbeiteten Thesenpapier formulierte Friese noch klarer: „Wenn sich in der PDS der Reformflügel durchsetzt, sind wir zur Zusammenarbeit bereit.“

Verbündete hat Harald Ringstorff neuerdings in Thüringen ausgemacht. Dort soll der auf die CDU fixierte Landesvorsitzende Gerd Schuchardt im März von Richard Dewes abgelöst werden, der zur Zeit als Innenminister der vom Christdemokraten Bernhard Vogel geführten Großen Koalition amtiert.

Auch in Thüringen ist die Alternative rechnerisch möglich: Im Erfurter Landtag haben SPD (29) und PDS (17) die absolute Mehrheit der Sitze, die CDU verfügt nur über 42 Mandate.

Wie Ringstorff sieht der Saarländer Dewes, der unter Oskar Lafontaine mehrere Jahre als Staatssekretär im Saarbrücker Gesundheits- und im In-

nenministerium gedient hat, die politische „Zukunft links von der Mitte“. Es müsse „perspektivisch möglich sein, mit den Bündnisgrünen und einer reformierten PDS zusammenzuarbeiten“, sagte er vor drei Wochen (SPIEGEL 45/1995).

Der Thüringer SPD-Landtagsabgeordnete Kurt Weyh hat in einem vertraulichen Strategiepapier bereits verschiedene Ausstiegsszenarien aus der Großen Koalition in Erfurt durchgespielt. Die schärfsten sehen eine „per Vertrag“ von der PDS tolerierte Minderheitsregierung oder gar eine SPD/PDS-Koalition vor.

Unklar ist, wie weit Dewes und Ringstorff bei einem raschen Partner-tausch die eigene Basis hinter sich hätten.

In Mecklenburg-Vorpommern hat der Vize der SPD-Landtagsfraktion, Rainer Beckmann, bereits angekündigt, er werde aus der Partei austreten, falls Ringstorff sich ohne Neuwahlen mit Hilfe der PDS zum Ministerpräsidenten wählen lasse. Ähnlich kompromißlos gibt sich Rosemarie Wilcken, die als SPD-Bürgermeisterin mit absoluter Mehrheit die Hansestadt Wismar regiert.

Ringstorff könnte nur mit einem konstruktiven Mißtrauensvotum zum Ministerpräsidenten gewählt werden. Dazu braucht er die Stimmen der PDS-Fraktion und von mindestens 18 SPD-Abgeordneten. Sechs Dissidenten genügen, seinen Traum platzen zu lassen.

Wie die Mehrheit der Genossen denkt, weiß in beiden Ländern so recht niemand. In Mecklenburg-Vorpommern hatten nach der Landtagswahl zahlreiche Mitglieder des mit nicht einmal 4000 Seelen bundesweit schwächsten SPD-Landesverbandes Austritt und Spaltung angedroht, falls die Parteispitze sich mit der PDS zusammennutze.

Doch Fraktionschef Timm glaubt, daß sich „die Basis seither um Kilometer bewegt“ hat. Auch der Thüringer Weyh ist optimistisch. Er schätzt, höchstens noch zehn Prozent seiner Parteifreunde wären gegen eine Zusammenarbeit mit den Postkommunisten.

Möglicherweise jedoch ein paar mehr Wähler. Der frühere DDR-Bürgerrechtler Konrad Weiß glaubt, die SPD sei durch eine Liaison mit den SED-Erben im Osten „existentiell gefährdet“ (siehe Seite 57).

Ringstorff, Dewes und ihre Entourage dagegen sind sich einig, alles Unheil für die SPD komme allein von rechts. „Die Fortsetzung der Großen Koalition in der Art wie bisher“, orakelt Weyh, sei „der Genickbruch für die SPD“.

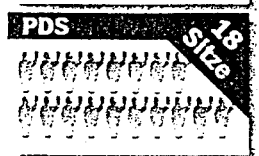
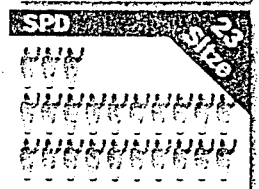
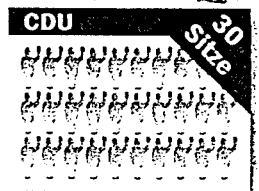
Wie gespannt die Lage bereits ist, schilderte letzte Woche der parteilose Sprecher der Schweriner Staatskanzlei Ralf Jaksch. Die Sitzungen des Kabinetts, so Jaksch, seien in „größter Herzlichkeit“ verlaufen. „Dabei traut jeder dem anderen nur so weit, wie er ein Klavier schmeißen kann.“ □

**Machtbeschaffer PDS?**

Sitzverteilung in den Landtagen

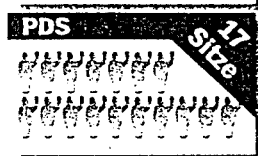
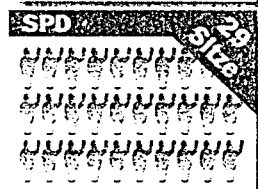
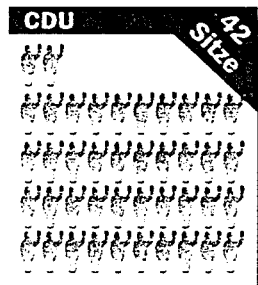
**Mecklenburg-Vorpommern**

Absolute Mehrheit: 36 Stimmen



**Thüringen**

Absolute Mehrheit: 45 Stimmen



\* Am Freitag vergangener Woche in Bonn.

M. DRACHINGER

DER SPIEGEL

## Dokument 55

Wieso ist die PDS ein desperater Verein? Fragen an Friedrich Schorlemmer

In: »Neues Deutschland« vom 28. November 1995

**S**ie haben die PDS als „desperaten Verein“ bezeichnet. Wie kommen Sie, ein Verfechter der Toleranz, zu dem Urteil?

Jede größere Gruppierung oder Institution vereinigt in sich durchaus unterschiedliche Kräfte. Bei der PDS frage ich mich, welche Stimme wird schließlich die stärkste werden. Möglicherweise bindet die Partei gegenwärtig lediglich ihre Oppositionsrolle zusammen. Deshalb finde ich es ganz in Ordnung, wenn PDS-Leute jetzt politische Verantwortung übernehmen; dann wird ihnen manche sozialpopulistische Schwätzerei vergehen, wie anderen auch.

**Entzauberung durch Einbindung in die Verantwortung?**

Ja. Wenn man keine konkreten Entscheidungen zu fällen hat, dann ist man unglaublich schlau. Man braucht nur das zu sagen, was als Problem auf der Straße liegt und dies so benennen, daß alle Leute den Eindruck haben, ja, das wäre die Lösung.

**Nun scheinen ja die Erfahrungen des Magdeburger Modells gegen das Vorurteil einer politikunfähigen PDS zu sprechen.**

## FragWÜRDIG

# Wieso ist die PDS ein desperater Verein?

Fragen an FRIEDRICH SCHORLEMMER



*Der Wittenberger Pfarrer Friedrich Schorlemmer (51) ist Studienleiter an der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt.*

*Schorlemmers Devise: Klar sehen und doch hoffen.*

*Foto:dpa*

Soweit ich das beurteilen kann, zeigt die PDS im Magdeburger Landtag insgesamt eine konstruktive Rolle und freundet sich sogar mit den engen Handlungsspielräumen in einem armen Bundesland an. In-

sofern wird die PDS hier politikfähig, was ja auch heißt, kompromißfähig. Wer nicht Politik machen muß, der kann sich auch Kompromißlosigkeit leisten. Und insofern ist das Magdeburger Modell für den Reifeprozess der PDS in der Demokratie nötig.

**Ihr Verdikt: desperate Partei hat auch mit persönlichen Erfahrungen zu tun?**

Ja, ich kenne in dieser Partei sehr viele, die ich persönlich oder aus politischen Erfahrungen als glaubwürdige Demokraten einschätze. Ich kenne aber andere wie den hiesigen ehemaligen 1. Kreissekretär, die das alte, lautstarke Gebaren an den Tag legen. Ich meine, daß Leute, die früher in führenden Positionen waren, bestimmte Dinge nicht auf ihre Fahnen schreiben sollten. Zum

Beispiel: Veränderung beginnt mit Opposition. Wenn dieselben Personen, die der Opposition einst auf die Finger gehauen haben, das sagen, dann halte ich es einfach für schamlos.

**Also ab auf die Sünderbank?**

Ich möchte niemand auf Dauer auf die Sünderbank setzen. Es ist der Tonfall, die ganze Art, in der man auftritt. Ein bißchen Bescheidenheit, und das gilt für uns alle, täte uns im Umgang miteinander gut. Manchmal hab ich den Eindruck, daß in der PDS eine alte tiefsitzende Macht- und Rechthaberpose steckt. Das ist nicht generell so. Nur wo es so ist, verstärkt oder weckt es alte Ängste. Ich bin gegen Polarisierung und für „Durchmischung“. Dazu gehört auch, dort, wo es sich aus sachlichen und personellen Gründen anbietet, Koalitionen mit PDS-Demokraten anzustreben.

**Wenn Sie die PDS in einer desperaten Lage sehen – wie beschreiben Sie dann den Zustand der Ost-SPD?**

Wir sitzen politisch in verschiedenen Booten; aber in unseren Booten gibt es vergleichbare Probleme.

*Fragen: GERD PROKOT*

## Dokument 56

»Kein Bedarf an Einheitsparteien«. PDS-Vorsitzender Lothar Bisky hofft auf eine Reformalternative, hält aber Unterschiede im linken Spektrum für nötig  
In: »Neues Deutschland« vom 30. November 1995



**L**othar Bisky, erwarten Sie, daß sich mit der Wahl Lafontaines zum neuen SPD-Chef für die PDS mehr als nur das Gesprächsklima ändern wird?

Möglich ist das. Scharping war ja in einer Sackgasse gelandet, während Lafontaine zumindest erklärt, er wolle seine Politik gegen den Kanzler richten. Das ist eine andere Situation. Kernpunkt bleibt aber die inhaltliche Frage. Wohin geht die SPD? In Richtung Große Koalition, CDU-light oder Reformalternative? Das ist das Entscheidende.

**Links von der Mitte hat es in Deutschland noch nie eine Wählermehrheit gegeben. Sie sind zuversichtlich, daß sie im Laufe der nächsten Jahre organisiert werden kann?**

Ja, wenn ich davon ausgehe, etwas unscharf die SPD als linke Partei sehen zu wollen. Wenn die Bundestagswahl 1994 mit einem Konzept rot-

grün geführt worden wäre, mit deutlich erkennbarem Willen, den Kanzler abzulösen und ein inhaltliches Gegengewicht zu schaffen, dann wäre schon letztes Jahr eine solche Mehrheit links von der Mitte möglich gewesen. Im Osten ohnehin. Aber auch in einer Reihe alter Bundesländer, wenn ich nicht zuerst an Bayern denke, gibt es eine solche Mehrheit.

**Sie sind in dieser Frage also optimistischer als z. B. Joschka Fischer, der gerade vorzurechnen versucht hat, daß es keine Mehrheit links von der Mitte gibt?**

Bei Fischer sehe ich das mehr als Begründung seines eigenen Standpunktwechsels. Aber das überzeugt mich nicht. Auch Meinungsumfragen geben zu erkennen, daß es diese linke Mehrheit geben kann. Nur, sie muß Profil gewinnen und das möglichst rasch – so weit sind die nächsten Bundestagswahlen ja nicht entfernt. Man kann das nicht vier Wochen vor einem Wahlkampf

beschließen.

**Was müßte denn alle drei beteiligten Parteien tun, damit solche Mehrheiten auch politisch wirksam werden können?**

Man müßte Eckpunkte eines Reformprojekts inhaltlich debattieren. Weg von dieser merkwürdigen Logik der Standortpolitik. Arbeitsmarktpolitik aktiv betreiben. Sozialstaat nicht ständig in Frage stellen. Ökologischen Umbau nicht als Vokabel für Sonntagsreden, sondern mit realistisch machbaren Schritten angehen. Bildungsreform, keine deutschen Soldaten ins Ausland und eine Reihe weiterer Eckpunkte. Die müßten für die Bevölkerung eindeutig und erkennbar definiert werden. Das bedeutet nicht, daß die Parteien ihr eigenes Profil verlieren, man könnte die Richtung zwingend erforderlicher Reform deutlich machen. Aber das alles passiert bisher leider nicht. **Ökologischer Umbau, Arbeitsmarktpolitik, Bildungs-**

**reform – davon reden etliche führende Leute von PDS, Grünen und SPD.**

Das ist schon richtig. Auf der allgemeinen Sprachebene gibt es viele Ähnlichkeiten. Aber näher betrachtet, sind die Programme doch verschieden. Die PDS etwa will sich ja herantreten an Verteilungsfragen. Wirtschaft muß sein und Wirtschaftsförderung ist klar. Aber auch Verteilung kann man schon mal in Frage stellen angesichts der ständig wachsenden Kluft arm-reich. In ökologischen Fragen in den neuen Bundesländern unterscheiden wir uns ebenfalls deutlich von den anderen Parteien.

**Ist die PDS auf einen knallharten Wettstreit, den die Herren Fischer und Lafontaine angekündigt haben, auf Landes- und auf Bundesebene richtig vorbereitet?**

Wir haben diese Auseinandersetzung lange gewollt, sind aber darauf nicht in allen Fragen ausreichend vorbereitet.

Aber wir haben ja auch bisher Auseinandersetzungen mit anderen führen müssen. Und noch immer haben wir auf Herausforderungen eine Antwort gefunden. Das wird auch hier geschehen.

**Welche Reaktionen hat denn für Sie erkennbar die Lafontaine-Wahl in der PDS selbst ausgelöst?**

Im wesentlichen zwei. Das eine ist skeptische Hoffnung, daß sich etwas verändert. Die Skepsis rührt daher, daß man Erfahrungen hat, was immer an raschen Sprüchen von der SPD kommt und was dann folgt.

Auf der anderen Seite äußern sich auch Befürchtungen nach dem Muster „Laßt euch nicht zu sehr mit denen ein!“ Einige sind fundamental, gegen solche Gespräche. Aber für die große Mehrheit ist skeptische Hoffnung charakteristisch.

**Ist es für Sie vorstellbar, daß irgendwann auf Bundesebene eine Situation eintritt, wo das Verhältnis PDS-SPD sich ein bisschen wie das Verhältnis CSU-CDU realisiert?**

Die Gefahr sehe ich überhaupt nicht. Die PDS hat ihre Existenzberechtigung in dem Moment verspielt, wo sie eine Mini-Sozialdemokratie wird.

**Wir meinen das nicht ideologisch, sondern unter striktem Nützlichkeitsaspekt, der sich zum Beispiel daraus ergibt, daß die SPD im Westen, die PDS im Osten stärker ist.**

Das wäre denkbar. Nehmen wir die Frage, wie geht's weiter mit der inneren Einheit. Wenn man sich dort entschließen könnte, daß - Grüne eingeschlossen - man tatsächlich versucht, die Bevölkerung nicht, wie die CDU das macht, auf Dauer zu täuschen. Daß nicht immer nur Milliarden reingepumpt werden, sondern daß man eine realistische Politik betreibt, die Spaltung abbaut.

**Wir setzen, auch auf die Gefahr des Sakrilegs, einen drauf: Schließen Sie völlig aus, daß es eines Tages und in irgendeiner Form ein Zusammengehen von SPD und PDS geben kann?**

Ich selbst kann mir das überhaupt nicht vorstellen. Es wäre eine völlig falsche Schlußfolgerung, erneut zu einer Einheitspartei zu kommen. Für mein Leben ist der Bedarf an Einheitsparteien gedeckt. Und ich halte es für richtig, daß

auch im linken Spektrum der Politik unterscheidbare Parteien bestehen, damit sie im Wettbewerb gegeneinander Profil entwickeln.

**Zur PDS selbst: Die gibt ja nun nicht das Bild einer Einheitspartei ab.**

Ein Glück.

**Längst formieren sich Gruppen, die den Parteivorstand von links kritisieren. Werden wir im Januar in Magdeburg wieder einen Ideologie-Parteitag erleben, wie vorigen Januar in Berlin?**

Der einzige Souverän, der das verhindern kann, sind die Delegierten des Parteitages. Für die kann ich nicht sprechen. Ich habe aber eine andere Hoffnung. Ich denke, daß wir mit dem schon im September eingereichten Papier über die Schwerpunkte der politischen Arbeit bis 1998 eine breite Diskussion in der PDS hatten. Es war gut, daß das so langfristig vorbereitet wurde. Es war ja auch die Absicht, die inhaltlichen Punkte ausführlich zu diskutieren. Das geht nun, überarbeitet, in die Vorbereitung des Parteitages ein. Es wird auch einen kommunalpolitischen Leittrag geben. Und die PDS wäre ja bescheuert, wenn sie jetzt nicht die Schwerpunkte, an denen sich ihr Profil in den nächsten zwei, drei Jahren bestimmen wird, beschließt, sondern sich zurückbegibt in unfruchtbare Ideologiedebatten.

**Wie schätzen Sie den inneren Gesamtzustand der PDS am Vorabend von Magdeburg ein?**

Die PDS ist ohne jeden Zweifel eine sehr plurale Partei, und ich betrachte Pluralität als produktive Chance.

**Nicht auch als Problem?**

Nein, Pluralität ist für mich nichts Negatives. Es schafft einen unerhörten Vorteil, wenn verschiedene Standpunkte inhaltlich ausdebattiert werden müssen. In diesem Prozeß entwickelt sich Profil.

**Das heißt, Sie vertrauen darauf, bessere Argumente zu haben als jene, die nach Ihrem Verständnis zurück zur Ein-Theorie-Partei wollen?**

Ich bin Marxist, aber ich kann doch nicht von jedem anderen Mitglied der Partei verlangen, daß er sich auch als Marxist fühlt. Wir haben gestritten dafür, daß es Christen in der PDS, daß es andere Auffassungen gibt. Das muß ich doch akzeptieren, sonst bin ich nicht seriös.

Und die vielen Debatten, die ich bisher geführt habe - mit den Kreisvorsitzenden, den Fraktionsvorsitzenden aus allen Kreisen, kreisfreien Städten -, die bestärken mich darin, daß man zu dem, was der Bundesvorstand als Entwurf vorgelegt hat, zwar lebhaft debattiert, aber die Orientierung für gut und richtig hält. Daß wir uns auf konkrete, überschaubare thematische Zusammenhänge konzentrieren und so unser Profil ausprägen. Vielleicht ist die Heftigkeit der Attacken gegen diesen Weg auch deshalb so unüberhörbar, weil die, die gegen diesen Weg sind, ihre Minderheitenposition spüren.

**Der Beschluß, der Parteitag von Magdeburg werde sich vor allem der Kommunalpolitik widmen, war keine Flucht in die Wirklichkeit, um so einer Strategiedebatte zu entgehen?**

Das ist keine Flucht aus der Strategiedebatte. Die findet ohnehin statt. Das ist Teil der Strategiedebatte. Nichts fürchte ich mehr, als ein Abheben in Theorie, Ideologie und Fernstrategie. Wir können uns das ja auch nicht aussuchen. Wer die Wahlergebnisse 1994 oder jetzt in Berlin ansieht, der kann den Wählern nicht sagen, wartet mal ein paar Jahre, wir sind jetzt erstmal dabei, den Weg in eine ferne Zukunft strategisch aufzurollen.

**In 175 der rund 6 000 ostdeutschen Rathäusern gibt es PDS-Bürgermeister. Haben die neue Erkenntnisse für die antikapitalistische Profilschärfe der PDS erbracht? Oder zeigen deren Erfahrungen nicht einfach nur, welche Tippeltappeltur diese Frauen und Männer vor Ort machen müssen? Ist das nicht sogar der einzig normale Weg?**

Wir hatten ja eine Konferenz mit den Bürgermeistern der PDS. Ich ziehe immer den Hut vor ihnen. Die haben eine unheimlich schwere Aufgabe. Das meiste ist durch Verwaltungsvorschriften gesetzlich geregelt, ihr finanzieller Spielraum ist gering. Unter solchen Bedingungen PDS-Politik erkennbar zu halten, ist unerhört schwierig. Und doch haben es viele geschafft.

Zum anderen haben sie in diesem Geschäft Kompetenz erworben. Man kann ja Kommunalpolitik ohne Kompetenz gar nicht mehr betreiben.

**Gut, aber was bedeutet diese Kompetenz für die Entwicklung einer antikapitalisti-**

**schen Reformpolitik?**

Es geht um konkrete Kommunalpolitik im Interesse von Bürgern. Ich wünsche ja auch eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft. Ich darf aber zur Kenntnis nehmen, daß ich sie zur Zeit nicht habe. Und da habe ich doch nur die Wahl zu sagen: Ich kann hier überhaupt keine Politik machen, oder ich mache Politik. Wir haben kommunalpolitische Wahlkämpfe geführt. Wir haben den Bürgern versprochen, mit ihnen zusammen durchschaubare Politik zu machen. Wir haben die und die Schwerpunkte, die wollen wir durchzusetzen versuchen.

Da verstehe ich Visions-Debatten überhaupt nicht. Sie sind nicht begründbar. Erst macht man Wahlkampf und verspricht, wir kümmern uns um Abwässer und alles mögliche, und nachher sagen wir aller Welt, wir machen nur antikapitalistische programmatische Politik und sonst gar nichts. Das wäre eine Täuschung der Wähler. Nicht mit mir.

**Das ist ja nur das eine Extrem. Ein anderes betrachtet die Kommunalpolitik als Einfallstor der Reaktion, etwa, wenn ein PDS-Bürgermeister etwas praktiziert, was mit dem Parteiprogramm der PDS kollidiert, beispielsweise in der Ausländerfrage.**

Das kann man nur konkret diskutieren. Auch die PDS ist nicht gefeit gegen Anpassung oder gar Anbiederung. Für mich ist aber entscheidend, daß wir die demokratischen Korrekturen gegen solche Fehlentwicklung in der Hand haben.

**Wie wird die PDS mit dem 50. Jahrestag der SED-Gründung 1996 umgehen?**

Der Bundesvorstand bzw. die Historische Kommission werden sich in den nächsten Tagen dazu äußern. Ich stelle mit Freuden fest, daß überall in der PDS über dieses Ereignis debattiert wird. Es gibt in den Landesverbänden Pläne für Konferenzen. Eine wissenschaftliche Konferenz der PDS, zu der auch die SPD eingeladen ist, soll im April 1996 an historischem Ort stattfinden. Es ist neues Material von damals aufgetaucht. Wir haben hier ein wichtiges politisches Datum vor uns. Ich hoffe nur, daß es auch ein Datum der Historiker wird, die differenziert die wirklichen Prozesse darstellen. Und daß sie eine größere Rolle spielen mögen als ideologische Geschichtsverdrehler.

**Was steht für die PDS 1996 im Vordergrund?**

Entscheidungsfreude und Politikfähigkeit.

Fragen: WOLFGANG HÜBNER  
REINER OSCHMANN

## Dokument 57

Nach dem Gespräch zwischen Lafontaine und Gysi: Soll die SPD sich mit der PDS verbünden? Pro und Contra von Marion Gräfin Dönhoff und Robert Leicht  
In: »DIE ZEIT« vom 1. Dezember 1995

**D**as kann ja heiter werden: Des Kanzlers Reaktion auf die Wahl Lafontaines war furios. Man bekam den Eindruck, es handele sich für ihn darum, Deutschland vor einer Invasion der Roten zu retten. „Es geht um die Zukunft der Republik“, sagte Helmut Kohl. Wenn die SPD versuche, die PDS bündnisfähig zu machen, dann kündige sie den Konsens der demokratischen Parteien auf. Die PDS sei eine marxistische, linksradikale, zutiefst antiwestliche Partei.

Lafontaine, dem es an Leidenschaft nicht fehlt und der die ganze Skala auf- und abwertender Rhetorik beherrscht, wird sich im Wahlkampf nicht lumpen lassen. Man muß also auf allerhand gefaßt sein und kann nur hoffen, daß dieser Wettstreit nicht schon heute beginnt und bis 1998 andauert. In Scharpings „Dresdner Erklärung“ vom August 1994 hieß es: „Eine Zusammenarbeit der SPD mit der PDS kommt nicht in Frage.“ In Lafontaines Erklärung aus der vorigen Woche, nach einer Besprechung mit den SPD-Länderchefs der ostdeutschen Länder, kommt dieser Satz nicht mehr vor. Hier heißt es: „Wir müssen uns mit Programm und Politik der PDS inhaltlich auseinandersetzen, und dazu gehört auch ein fairer, demokratischer Umgang.“

Die CDU in Bonn dagegen stigmatisiert die PDS weiterhin als „Mauerschützen-Partei“. Ihr Generalsekretär Peter Hintze erklärt, die PDS bleibe eine Bewegung der Ewiggestrigen, die Unruhe schüre, aber keinen konstruktiven Beitrag zur Politik leiste. Seine Forderung: „messerscharfe Trennung“. Hintzes bayerischer Kollege Bernd Protzner, Generalsekretär der CSU, der die PDS mit der NSDAP vergleicht, verlangt: „totale Distanz“.

Beide haben offenbar noch nie darüber nachgedacht, daß eine solche Politik die Kluft zwischen Ost und West weiter vertieft und überdies immer mehr Ostdeutsche dazu bringt, die PDS als ihre Heimat zu empfinden. Kanzleramtsminister Friedrich Bohl steuerte schließlich die Begründung für jene Forderungen bei: Das gesamte Programm der PDS gleiche, so meinte er, einem Anschlag auf die innere und äußere Sicherheit Deutschlands.

Das Anschwellen der Wählerstimmen für die Protestpartei ist wahrscheinlich eine Reaktion auf die Dämonisierung der PDS, die von einst 10 Prozent auf jetzt 20

Prozent der Stimmen gestiegen ist. Bei der Berliner Wahl wurde sie mit 36 Prozent der Stimmen im Ostteil der Stadt drittstärkste Partei.

Wolfgang Schäuble schrieb in seinem 1994 erschienenen Buch: „Die 2,5 Millionen ehemaliger SED-Mitglieder dürfen nicht vom demokratischen Prozeß ausgeschlossen werden – sie müssen ihre Chance haben.“ Aber bei seiner Partei hat diese Haltung offensichtlich keinen Anklang gefunden.

Es ist keine Frage, daß eine gewisse Trotzstimmung beim Anwachsen der PDS eine entscheidende Rolle spielt: Wir werden es den Bonnern schon zeigen! Womit nicht nur die Union gemeint ist, sondern auch die SPD, der vorgeworfen wird, sie kümmere sich nicht genug um den Osten. In Sachsen hatte die SPD bei den letzten Landtagswahlen nur noch 16,6 Prozent – die PDS war mit 16,5 Prozent gleich stark.

Die Frage, wie wir mit der PDS umgehen sollen, muß wohl unter zwei Aspekten behandelt werden. Einmal aus menschlich-staatsbürgerlicher Sicht und zum anderen unter praktisch-parteilpolitischen Gesichtspunkten. Zum ersten ist anzumerken, daß man ein Drittel der Bevölkerung nicht einfach ausgrenzen kann. Mindestens ist dies höchst unzweckmäßig, weil es nur zu immer weiterer antiwestlicher Solidarisierung führt. Auch ist es moralisch nicht zu rechtfertigen.

Wir haben doch erfahren, daß man Politik nicht mit Dogmen – siehe Hallsteindoktrin – betreiben kann. Denn dieser Konzeption liegt die absurde Vorstellung zugrunde, man könnte die Geschichte an einem bestimmten Punkt festnageln. Aber die Geschichte ist, wie wir alle wissen, ein Prozeß.

Der Sachzwang oder, wie de Gaulle zu sagen pflegte, „la nature des choses“ führt dazu, daß sich alles immer wieder wandelt. Natürlich ändern sich nicht nur die Verhältnisse, sondern auch die Menschen. Die Deutschen, die während eines Jahrhunderts erst vom Wilhelminischen Zeitalter und dann vom Nationalsozialismus

geprägt wurden, sind nun schließlich ungeachtet der unzulänglichen Vergangenheitsbewältigung doch verlässliche Demokraten geworden. Ein anderes Beispiel ist uns gerade in der vergangenen Woche vorgeführt worden: Jassir Arafat, der jahrelang als Terrorist gefürchtet und gemieden wurde, ist hoch geehrt durch Deutschland gereist und überall freundschaftlich empfangen worden.

Sicherlich sind die alten kommunistischen Funktionäre zuhauf in der PDS (irgendwo müssen sie ja sein). Aber auch wenn über ein Drittel der Ostberliner für diese Partei gestimmt hat, ist nicht anzunehmen, daß ihr Ehrgeiz darauf gerichtet ist, das alte Regime mit seinen Unterdrückungen, Bespitzelungen und Zuchthäusern wiederzuerrichten. Im Bezirk Berlin-Mitte gewann die PDS zwanzig Sitze, die SPD zehn, die CDU neun. Zu denken gibt auch, daß sich so viel Jugend zu dieser Partei hingezogen fühlt. Sie hat die jüngsten Abgeordneten im Abgeordnetenhaus und auf Bezirksebene. 39 Prozent der 18- bis 24-jährigen votierten für sie.

Ferner haben die Besserverdienenden und nicht die Notleidenden PDS gewählt (laut Infas: bei monatlichem Einkommen bis 1800 Mark waren es 13 Prozent, aber bei 4000 Mark monatlich 25 Prozent). Auch die akademisch Gebildeten sind überproportional vertreten – was kein Wunder ist, denn allein von der Akademie der Wissenschaften haben 1700 Mitglieder nur befristete Verträge bis 1996 erhalten; was danach aus ihnen wird, weiß niemand.

Und wie sieht der parteipolitische Aspekt aus? Zunächst einmal: Die PDS ist die einzige Partei, die den Vorteil hat, über eine funktionierende Organisation zu verfügen und über Leute, die damit umzugehen verstehen. Sie wird wahrscheinlich nicht nur aus Trotz gewählt und weil sie linker ist als die SPD, sondern auch weil sie für viele das östliche Lebensgefühl verkörpert. Der Prenzlauer Berg, wo die „fortschrittlichen“ Intellektuellen sitzen, wählt PDS.

Die SPD, die unter Scharping zur Mitte strebte, ist in den Augen vieler keine Alternative zu den Konservativen. Sie wird sicher in Zukunft in Bonn ein schärfer profiliertes Programm entwickeln und die Rolle der Opposition besser wahrnehmen als bisher. Voraussetzung ist allerdings, daß, wie der Berliner Bausenator Wolf-

Erfahrung lehrt:  
Mit Dogmen kann  
man keine  
Politik betreiben

gang Nagel (SPD) sagte, „jetzt keinesfalls mit irgendwelchen Tricks oder Mätzchen die Wahl von PDS-Bürgermeistern in den Ostbezirken verhindert wird“. Begründung: In Berlin-Mitte müßte die PDS als stärkste Fraktion den Bürgermeister stellen, wenn nicht die CDU 1992 eine Verfassungsänderung durchgesetzt hätte, wonach die Fraktionen sich bei der Bezirkswahl zu „Zählgemeinschaften“ zusammenschließen können. CDU, SPD und Bündnis 90 hatten sich nach der vorhergehenden Wahl zusammengeschlossen und verhindert, daß PDS-Vertreter Bezirkschefs werden konnten.

Vorläufig weiß man noch nicht, ob LaFontaine die Aufbruchstimmung, die er in Mannheim erzeugt hat, bewahren und ob er sie nutzen kann, um die beiden Flügel der SPD wieder zu integrieren. Notwendig dafür ist eine glaubwürdige Zielsetzung und eine Reform der Gesellschaft – ein neues Engagement zeichnet sich bereits ab.

Es gibt schon heute auf kommunaler Ebene Koalitionen zwischen den beiden Linksparteien, aber auch die CDU arbeitet in einigen Gemeinden mit der PDS gut zusammen; in Brandenburg wurden sogar PDS-Landräte mit CDU-Stimmen gewählt. Ringstorff, SPD-Vorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern und zugleich Chef des Bundesparteirats, sagte kürzlich: „In Sachsen-Anhalt verhält sich die PDS staatstragender als zuvor die CDU mit ihren Skandalen.“

Fazit: Wir Demokraten sollten nicht so kleingläubig sein. Wir brauchen den Wettbewerb und auch Koalitionen mit der PDS nicht zu scheuen.

**M**ehrheit ist Mehrheit, so heißt es in der Demokratie. Weshalb also nicht auch „linke Mehrheiten“ dort bilden, wo es rechnerisch möglich ist? Sozialdemokraten, Grüne und PDS – oder gar Rot-Rot, wo man auf Rot-Grün als Grundlage des Geschäfts nicht angewiesen ist: Warum nicht? Weil eben Mehrheiten nicht nur ein mathematisches, sondern ein politisches Problem sind. Es kommt nicht nur auf die Menge, sondern auch auf die Moral von der Geschichte an. Und wo die Moral nicht stimmt, kann schnell auch die Menge schwinden.

Wo steht denn geschrieben, daß es der SPD auch nur mittelfristig nützt, wenn sie sich von der PDS abhängig macht, wenn sie also mit ihr ein Bündnis schließt oder sich von ihr in der Regierungrolle tolerieren läßt? (Um die Frage, ob ein solches Gespann dem Gemeinwesen dient, einmal beiseite zu lassen.) Gewiß, die relativ hohe Zahl von PDS-Wählern im Jahre fünf nach der Wiedervereinigung muß zu denken geben. Doch wäre es viel zu einfach gedacht, wollte man in diesen Bürgern lauter linke Wähler oder verkappte Sozialdemokraten sehen; viele von ihnen denken ganz konservativ, strukturkonser-

vativ in der Erinnerung an die untergegangene DDR. Wer sagt denn, man könne sie der PDS ausgerechnet dadurch abspenstig machen, daß man just mit der PDS zusammenarbeitet und damit die Partei legitimiert, die sich selber in die Rechtsnachfolge der SED gestellt hat?

Es gilt also deutlich zu unterscheiden zwischen den Bürgern, die PDS gewählt haben, und der PDS selber. Im Wahlkampf muß man sich an die Wähler wenden, bei einer Regierungsbildung hat man es ausschließlich mit der Partei zu tun – mit ihrer Vergangenheit und Gegenwart, mit ihrer Politik und ihrem Personal, mit ihrem Programm und ihrer ganz alltäglichen, konkreten Praxis. Die Wähler dürfen sich, wenn es denn sein muß, Illusionen machen über die PDS – die SPD darf dies nicht.

Immerhin 95 Prozent der PDS-Mitglieder waren früher Mitglieder der SED. Wesentliche Zuwächse oder eine personelle Erneuerung nach der Wende hat die Partei also nicht erfahren. Die Mitgliederzahl ist rückläufig, die Altersschichtung problematisch. Die sächsische PDS, der größte Landesverband, hat im vergangenen Jahr über 11 Prozent ihrer Mitglieder verloren. Nur 3,7 Prozent der dortigen Mitglieder sind unter 35 Jahre alt, über 80 Prozent sind älter als 55 Jahre, zwei Drittel älter als 65 Jahre. Eine Organisation, aus der ein neues Gesellschaftsbild entstehen kann – eine Partei mit Zukunft, die zu Bündnissen einlädt?

Die Frage stellt sich noch umgekehrt, wenn man auf die Praxis blickt. Bei weitem nicht alle PDS-Mitglieder sind traditionelle Kommunisten. Aber die Partei kann sich weder zu einer überzeugenden Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit noch zu einer konsequenten Absage an ihre „Kommunistische Plattform“ entschließen. Nach wie vor verherrlicht das Programm die sozialistische Oktoberrevolution. Im Westen der Republik läßt sich die PDS sowohl auf die Reste der DKP als auch auf Kontakte zu den „Autonomen“ und auf „Antifa-Kampagnen“ ein. Ein Partner zur Lösung moderner Herausforderungen der Politik?

Wer als Sozialdemokrat mit der PDS kooperieren will, sollte wenigstens zur Kenntnis nehmen, was wichtige Personen

### Weshalb soll es der SPD nützen, wenn sie sich von der PDS abhängig macht?

in der PDS über das Verhältnis zur SPD sagen. Zum Beispiel der am vorigen Wochenende neugewählte sächsische Landesvorsitzende Reinhard Lauter: Die SPD habe mit ihrem Godesberger Programm aufgehört, die „bestehende Gesellschaft“

in Frage zu stellen; sie sei für ihn „das letzte, worin ich meine Hoffnung setze“. Lieber möchte Lauter mit der Kommunistischen Partei in Tschechien zusammenarbeiten. Und mit der Stasi hätten schließlich viele Mitglieder aus demselben Grunde kooperiert, aus dem sie in die SED eingetreten sind: um eine „humanistische Gesellschaft“ aufzubauen. Wie verträgt sich ein solches Bekenntnis mit der Selbstachtung der Sozialdemokraten?

Über all diese Fakten und Verhaltensweisen sollen die Sozialdemokraten hinwegsehen, nur damit unter dem Strich eine Mehrheit oder eine tolerierte Minderheitsregierung herauschaut? Wer eine solche Partei als Koalitionspartner legitimiert, muß damit rechnen, daß in den eigenen Reihen jene Minderheiten aufgewertet werden, die immer noch oder immer wieder Zweifel an den beiden großen Grundentscheidungen der Sozialdemokratie aus den sechziger Jahren hegen: an der Godesberger Wende und an der Westbindung der Republik. Und er muß wissen, daß die dafür notwendigen Kompromisse es der SPD noch schwieriger machen, sich der eigenen Modernisierung im Zeitalter der Globalisierung zu stellen. Übrigens auch dem Wettbewerb mit den postmodernen Ökologen der Grünen.

Was Wunder, daß als einzige Rechtfertigung einer Kooperation mit der PDS die Hoffnung verbreitet wird, man müsse die PDS in die Regierungsverantwortung holen, um sie zu entzaubern. Das freilich ist eine verwegene Erwartung. Alle bisherigen Erfahrungen lehren, wie schwierig Koalitionen selbst dann sind, wenn die Partner mit dem aktiven Willen antreten, in einem Bündnis auf Zeit gemeinsam die Probleme zu lösen, die sich der Gesellschaft ganz akut stellen. Schon der konstruktive Wettbewerb (das Gemeinwesen soll profitieren, aber jeder Partner auch) verlangt einige politische Virtuosität – jene prekäre Balance zwischen langsam abnehmender Kollegialität und allmählich zunehmender Konkurrenz.

Aber eine von Anfang an destruktive Koalition, das wäre *too clever by half*, zu schlau, um wahr zu sein. Ein Bündnis, in dem ein Partner nur aufs Kreuz gelegt werden soll – das hat die Republik in ihrer Geschichte noch nicht gesehen. An einem solchen rein taktischen Experiment haftet das Risiko der Selbstbeschädigung durch Überanpassung und Wählervertreibung. Und wo Joschka Fischer recht hat, hat er recht: Einem derartigen „Linksbündnis“ kann es nicht gelingen, Wähler in der Mitte zu binden. Entweder glaubt man, illusionsbeladen, an die „linke Mehrheit“ – oder die Sache ist unglaublich unwahrscheinlich von Anfang an.

Die Kooperation mit der PDS ist für die SPD also keine realistische Möglichkeit, die Wähler und (wo immer möglich auch) die Mitglieder der Postkommunisten für sich zu gewinnen. Was die Mitglieder angeht, muß die Chance ohnehin

als gering eingeschätzt werden. Wenn die PDS-Mitglieder wirklich zu 95 Prozent aus der SED stammen und zu vier Fünfteln über 55 Jahre alt sind, ist dort nicht mehr viel zu holen. Das wäre vielleicht anders gewesen, hätte sich die ostdeutsche SPD unmittelbar nach der Wende bereit gefunden, aus diesem Kreis Mitglieder aufzunehmen, die sich zu Programm und Praxis der Sozialdemokratie bekannten.

Davor scheute die SPD damals zurück, aus Mißtrauen und aus Angst vor der Kritik der anderen Parteien. Gewiß, die CDU hatte keine Scheu, die Mitglieder zweier Blockparteien zu vereinnahmen. Aber es bleibt trotz aller Glaubwürdigkeitsprobleme ein Unterschied, ob man die Blockpartei auflöst, ihre Leute in die (West-)CDU aufnimmt und damit ihrem Programm, ihren Gebräuchen und ihren Mehrheitsentscheidungen verpflichtet – oder ob man eine Nachfolgepartei als satisfaktionsfähigen Partner hoffähig macht.

Bleibt also der politische Kampf um die Wähler der PDS. Den aber muß die SPD durch selbstbewußte Überzeugungsarbeit und nicht im Wege der bewußtseinstrübenden Anpassung führen. Überzeugungsarbeit, das heißt keineswegs: die PDS-Wähler mit Totschlagargumenten vor den Kopf zu stoßen oder die PDS aus dem demokratischen Streit von vornherein auszuschließen. Aber der demokratische Streit als solcher muß schon gewagt werden. Im Handelsrecht und im gewerblichen Wettbewerb gibt es die Pflicht zur Firmenwahrheit und zur Firmenklarheit. Warum sollte dies in der politischen Auseinandersetzung anders sein? Ausgrenzung der Wähler: nein, Abgrenzung von der Partei: sehr wohl.

Ob es also in der Kommunalpolitik und im Verhältnis zu bestimmten Personen der PDS Möglichkeiten zur Zusammenarbeit gibt, bleibt zu prüfen. Für pauschale Bündnisse mit der PDS bleibt kein Spielraum.

## Die Demokraten brauchen den Wettbewerb und Koalitionen mit der PDS nicht zu scheuen

*Marion Gräfin Dönhoff*

## Im Umgang mit der PDS muß gelten: Ausgrenzung der Wähler, nein. Abgrenzung von der Partei, sehr wohl

*Robert Leicht*

### „Kein Koalitionsbruch im Osten“

*DIE ZEIT:* Herr Thierse, Sie waren beim Gespräch zwischen Oskar Lafontaine und Gregor Gysi dabei. Wollen SPD und PDS sich einander nähern?

*Wolfgang Thierse:* Der Eindruck ist falsch. Es geht weder um Koalitionen noch um Bündnisse. Gysi hat in unserem Gespräch selbst wiederholt, daß seine Partei weder koalitionsfähig noch koalitionsbereit ist. Es ist absolut unrealistisch, daß in der laufenden Wahlperiode in Ostdeutschland ein Koalitionswechsel ansteht.

*ZEIT:* Hat der Streit mit Gysi gelohnt?

*Thierse:* Es war in der Tat ein Streitiges Gespräch über das Verhältnis der

PDS zur SED und zu den Opfern der Diktatur. Wir haben auch über Realismus und Populismus von PDS-Vorschlägen gesprochen.

*ZEIT:* Wird sich das Verhältnis zwischen beiden Parteien im Bundestag verändern?

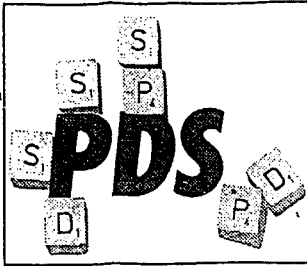
*Thierse:* Es gibt den Wunsch der PDS nach fairem Umgang. Ich habe das immer für richtig gehalten. Das ist man auch den Wählern schuldig. Nicht mehr und nicht weniger.

*Der ostdeutsche Abgeordnete  
Wolfgang Thierse ist  
stellvertretender SPD-Vorsitzender*

## Dokument 58

## Gysi: Druck auf die SPD ausüben. Landesparteitag der Thüringer PDS/»Profil entwickeln«

In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 4. Dezember 1995



cpm. ERFURT, 3. Dezember. Der Vorsitzende der Abgeordnetengruppe der PDS im Bundestag, Gysi, hat seine Partei in Erfurt aufgerufen, ein gesellschaftliches Klima für Veränderungen zu schaffen, das auch vom politischen Gegner akzeptiert werde. Auf dem Landesparteitag der Thüringer PDS erinnerte Gysi an die Entspannungspolitik Brandts. Gysi ermahnte zugleich, nicht von der sozialistischen Programmatik abzuweichen. Auch die PDS-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag, Fischer, verlangte Treue zu den „Prinzipien und Grundwerten“. Die PDS-Vorsitzende von Thüringen, Zimmer, forderte die PDS auf, „ihr Profil als sozialistische Partei zu entwickeln“. Der DGB-Landesvorsitzende von Thüringen, der aus Hessen zugezogene Spieth (SPD), sagte, er hoffe, daß der Parteitag und der „Klärungsprozeß“ dazu beitragen, daß „wir ein Stück weiterkommen“, die Landespolitik zu begleiten. Der Sozialdemokrat sagte, er wähle die Anrede „liebe Genossinnen und Genossen“ nicht im Sinne einer gemeinsamen Partei, sondern im Sinne einer gemeinsamen Sache.

Gysi wandte sich gegen eine rein arithmetische Betrachtung von Mehrheiten. Der PDS biete sich die Chance, von links auf die SPD Druck auszuüben, denn dort gebe es auch Linke. Die Grünen will Gysi für eine „Reformmehrheit“ nutzen. Sein Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden Lafontaine habe er nicht als einmalig empfunden. In PDS und SPD gebe es Klärungsprozesse. Die Wahlerfolge der PDS veränderten heute schon die Politik. Die Themen Altschulden und „Rentenstrafrecht“, die von der PDS besetzt worden seien, seien nun auch Themen anderer Parteien. Die SPD habe nicht plötzlich die Liebe zur PDS entdeckt, sondern wie auch die CDU erkannt, daß die Ausgrenzung der PDS nichts bringe. Der Fraktionssprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, Fischer, habe dagegen schon früher die Strategie erkannt, die PDS zu sozialisieren, zu entzaubern, indem er zum Beispiel vorgeschlagen habe, ihn, Gysi, zum Wohnungsbauminister zu ernennen. Gysi sagte, auch wer es mit Umarmung versuche, werde es nicht schaffen, die PDS „klein- oder totzumachen“, sofern die Programmatik der sozialistischen Partei bleibe. Nach der Ausgrenzung und der Umarmung werde als dritte Stufe die Akzeptanz der PDS folgen. Die anderen Parteien, sagte Gysi voraus, würden akzeptieren, wie man mit der PDS Politik macht. Er teile die Ängste in der Bevölkerung gegenüber der PDS nicht, aber auf dem Weg, die PDS zu einer „normalen Partei“ zu machen, nehme er sie ernst.

Gysi warnte die Partei vor einem neuen „Streit der Ideologien“. Die PDS solle nicht Gesetze brechen, sondern Widerspruch suchen und organisieren. In der Kommunalpolitik solle sie die Bürger gegenüber dem Land und dem Bund vertreten und nicht das Land und den Bund gegenüber den Bürgern. Es werde viel über Armut geredet, aber es müsse mehr über den Reichtum gesprochen werden. Gysi forderte auf, darüber nachzudenken, wie die Reichen von ihrer „hohen Eigentumsverantwortung runterzubringen“ seien. Es gebe „750 Milliarden Mark frei vagabundierendes Kapital“. Man müsse nur zugreifen. „Spekulationsgewinne“ seien zu besteuern. Die wahren Gewinner der Einheit seien die privaten Banken.

Die Landesvorsitzende Zimmer schloß abermals eine Koalition mit der SPD oder die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung wegen der knappen Mehrheitsverhältnisse in Thüringen aus. Die PDS werde aber keinen vernünftigen Antrag der SPD, mit der die PDS rein rechnerisch eine Mehrheit im Landtag hätte, ablehnen. Das Ende der großen Koalition halte sie immer noch für denkbar. „Die Lösung“ werde in diesem Falle nicht in der Duldung einer SPD-Regierung, sondern ausschließlich in Neuwahlen zu finden sein. Diese Konsequenz scheue die SPD. Frau Zimmer warnte vor dem „Beschwören alter Feindbilder“, das sie namentlich dem SPD-Vorsitzenden Schuchardt vorwarf. Frau Zimmer schlug daher vor, „mit der SPD gemeinsam die Debatte um den Vereinigungsprozeß von KPD und SPD zur SED zu führen“. Die offenkundigen Schwierigkeiten in der eigenen Fraktion ansprechend sagte Frau Zimmer: „Einzeln seid ihr prima Leute, jedoch auf einen Haufen seid ihr schwer zu ertragen!“ Die 17 Fraktionsmitglieder sollten sich endlich gegenseitig akzeptieren. Das Verhalten der PDS-Abgeordneten sei nicht abschätzbar. Man wisse nicht, wer wann die Hand hebe. Persönliche Eitelkeiten seien abzulegen. Die Fraktionsvorsitzende Fischer begründete die Unberechenbarkeit und offenkundig schlechte Atmosphäre in der Fraktion mit der offenen Liste, mit der sich die PDS zur Wahl gestellt habe. Die Fraktion bilde keine homogene Gruppe. Die Rolle, einzige Oppositionspartei zu sein, sei komfortabel und kompliziert zugleich. Unter Hinweis auf eine anstehende Klausurtagung der PDS-Fraktion sagte Frau Fischer, die nicht sicher sein kann, eine Mehrheit hinter sich zu haben: „Leicht mache ich es keinem.“ Den Delegierten sagte sie, sie könnten damit rechnen, daß sie „irgendwo in Verantwortung“ bleibe.



## Dokument 59

»Das bekommt uns nicht«. Interview mit dem ostdeutschen Sozialdemokraten Richard Schröder über Lafontaine und die PDS

In: »DER SPIEGEL«, Nr. 49/1995

**SPIEGEL:** Herr Schröder, Ihr neuer Parteivorsitzender Oskar Lafontaine hat jetzt die Losung ausgegeben, die SPD müsse eine linke Mehrheit suchen. Suchen Sie mit?

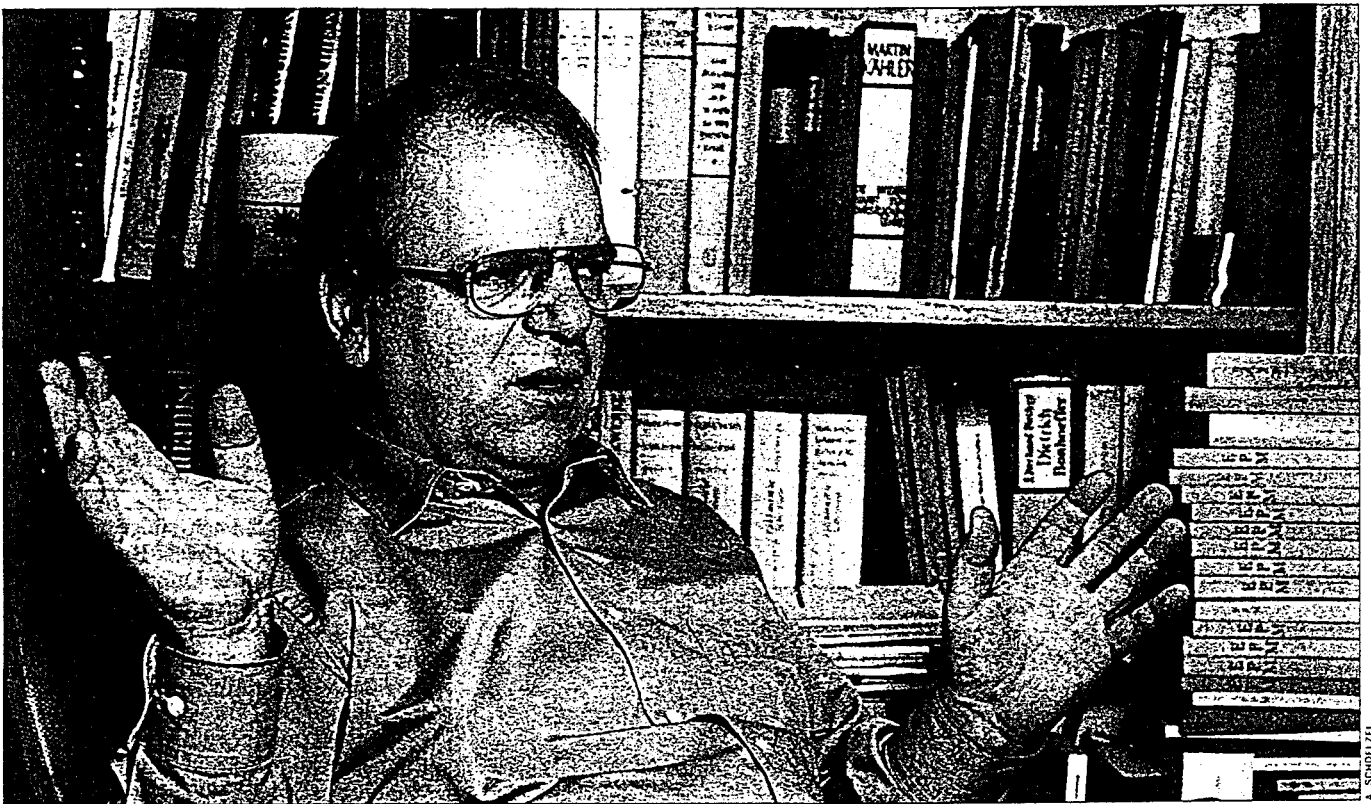
**Schröder:** Es ist offenbar so, daß Stimmen einen Politiker genauso faszinieren können wie eine Marktlücke den Geschäftsmann. Wie wir wissen, kann der Geschäftsmann ziemlich auf die Nase fallen, wenn er in eine Lücke zu

gen: Die PDS muß ganz normal koalitionsfähig sein. Und da kann ich nur antworten: Lieber Oskar, jetzt mach erst mal deine Besuchserie im Osten, und dann laß uns zu den druckreifen Formulierungen kommen.

**SPIEGEL:** Was stört Sie an engerer Zusammenarbeit mit der Truppe Gregor Gysis?

**Schröder:** Ich finde es völlig in Ordnung, daß die PDS dort Stadträte stellt,

wo sie stark ist. Ich finde auch alle Versuche falsch, unter Dehnung und Quetschung einer Kommunalverfassung zu vermeiden, daß es PDS-Bürgermeister gibt. Aber eine Koalition kann die SPD nicht ernsthaft wollen, weil ihr das gar nicht gut bekommen würde. Mir hat nie eingeleuchtet, warum uns PDS-Wähler plötzlich ihre Stimme geben sollten, nur weil wir mit ihrer Partei kooperieren. Die bleiben in ihrer postsozialistischen



Lafontaine-Kritiker Schröder: „Seit wann macht man Koalitionen zu pädagogischen Zwecken?“

drängen versucht, die nicht hält, was sie verspricht. Das sollte der SPD besser nicht passieren. Ich bin fest davon überzeugt, daß meine Partei mehr verliert, als sie gewinnt, wenn sie die PDS zum Partner erklärt.

**SPIEGEL:** Auf eine Zusammenarbeit mit der PDS angesprochen, hat Lafontaine bislang nur erklärt, alle müßten eine „Chance haben, sich an der Demokratie zu beteiligen“. Was spricht dagegen?

**Schröder:** Da die PDS ja nicht verboten ist und die Chance zur demokratischen Mitarbeit seit 1990 erfolgreich nutzt, klingt das so, als wollte er sa-

### Zu den Gründervätern

der Ost-SPD gehört Richard Schröder, 51. Er war nach den ersten freien Wahlen im März 1990 SPD-Fraktionsvorsitzender in der DDR-Volkskammer. Im Gegensatz zu Oskar Lafontaine setzte sich Schröder vehement für eine schnelle Einführung der D-Mark und eine zügige Vereinigung der beiden deutschen Staaten ein. Nach der Bundestagswahl 1990 zog sich der Theologe aus der aktiven Politik zurück und übernahm eine Professur an der Berliner Humboldt-Universität.

Wohnung hocken, wenn wir ihnen sagen: Das Haus, in dem ihr euch eingegigt habt, ist eigentlich ganz in Ordnung.

**SPIEGEL:** Die Befürworter einer engeren Kooperation hoffen auf eine Entzauberung der Linkskonkurrenz durch Mitregieren.

**Schröder:** In der Opposition kann die PDS diffus gegen alles sein und so ihre Vielgestaltigkeit retten, das ist schon richtig. Aber seit wann macht man Koalitionen zu pädagogischen Zwecken? Wobei es in diesem Fall ja sogar darauf hinauslaufen soll, den Partner kaputtzuschmusen. Ich halte es für

reichlich naiv, die PDS als einen Verein zu betrachten, den man vereinnahmen könnte. Die Gysi-Leute würden in einer Regierung eine beachtliche Agilität entwickeln, die kämen mit lauter Ideen und Anträgen. Die PDS hat schließlich eine Reihe machtgewohnter Politiker anzubieten.

**SPIEGEL:** Ein PDS-Minister würde sich sehr schwer damit tun, Kürzungen im Sozialbereich zu rechtfertigen.

**Schröder:** Viele Sozialdemokraten unterschätzen die Gefahr, die von einem Koalitionspartner ausgeht, der im Osten über viermal so viele Mitglieder verfügt wie wir selbst. Unsere Leute haben nicht die Power, wie die PDS an der Basis auch Unpopuläres zu vermitteln und zu verkaufen. Ich fürchte, daß dieses Spiel um Wähler und Stimmen die anderen gewinnen würden.

**SPIEGEL:** Wenn die ostdeutschen Sozialdemokraten die PDS als Mehrheitsbeschaffer ablehnen, wie Sie es fordern, bleibt ihnen auf Dauer nur die CDU als Koalitionspartner.

**Schröder:** Ich sehe das Dilemma genau und weiß keinen Ausweg. Aber wenn wir in unserer Verzweigung auf die PDS zugehen, gefährden wir die Existenz der Ost-SPD. Viele sind ja zu den Sozialdemokraten gekommen aus Ressentiment gegen alles, was sie mit der SED und dem alten System identifizieren. Wir ha-

---

### „Mit einer Art USPD hätte ich weit weniger Probleme“

---

ben hier im Ort auch einige zugereiste SPD-Mitglieder aus West-Berlin, die sehen das, ähnlich wie Lafontaine, viel gelassener. Die sagen: „Das muß man machtpolitisch sehen und nicht so emotional.“

**SPIEGEL:** Was müßte geschehen, um die PDS für Sie und Ihre ostdeutschen Parteifreunde akzeptabel zu machen?

**Schröder:** Die PDS müßte das nachholen, was die Sozialisten in Ungarn vorgemacht haben: Dort wurde die ehemalige Staatspartei nach der Wende in die beiden Bestandteile zerlegt, aus denen sie einmal zusammengebaut worden war, nämlich die Kommunisten und die Sozialdemokraten. Mit einer Art USPD unter Führung von Bisky und Gysi hätte ich weit weniger Probleme.

**SPIEGEL:** Der Magdeburger Ministerpräsident Reinhard Höppner ist da nicht so anspruchsvoll. Ihm würden nach eigener Auskunft schon der Verzicht auf einige Programmpunkte und eine deutliche Distanzierung der PDS von ihrer Vergangenheit genügen, damit sie an seinem Kabinett teilhaben darf.

**Schröder:** Ich glaube, daß die PDS-Mitglieder um des Machtgewinns willen so-

fort bereit sind, ihr Parteiprogramm zu reformieren. Was gestrichen wurde, denken sie einfach weiterhin. Wir können doch nicht nur die kleine Schicht der Mandatsträger sehen und dabei vergessen, was die gesagt bekommen, wenn sie zu Hause auf der Parteiversammlung auftauchen. Ich habe in der Volkskammer erlebt, was da los ist. Die Abgeordneten bringen von jedem Heimatbesuch den Druck der Basis mit.

**SPIEGEL:** Was empfehlen Sie denn als Strategie, um die SPD im Osten attraktiver zu machen?

**Schröder:** Die PDS kann verantwortungslos als Verstärker ostdeutscher Interessen auftreten, weil sie die realen Interessenunterschiede zwischen Ost und West nicht zum Ausgleich bringen muß.

---

### „Lafontaine muß im Osten den richtigen Ton finden“

---

Das ist ihr strategischer Vorteil. Wir bräuchten einen Mann oder eine Frau, die den Ostdeutschen aus der Seele spricht und trotzdem in der Lage ist, ostdeutsche Unzufriedenheit im Westen verständlich zu machen.

**SPIEGEL:** Ist denn Lafontaine, von dem es heißt, ihm liege Paris näher als Leipzig, dafür aus Ihrer Sicht der richtige Mann?

**Schröder:** Dieser Spruch stammt aus dem Jahr 1990. Wir haben uns damals regelmäßig mit den Parteivorständen in irgendwelchen Flughafenhotels getroffen, und so erfreulich war das nicht. Lafontaine war immer sehr maulig, ihm war irgendwie die Ernte verhagelt. Die Enkelgeneration hatte ja mit dem Einigungsprozeß nicht nur ein mentales Problem. Die SPD hatte sich jahrelang darauf vorbereitet, mit einem Reformprogramm der alten Bundesrepublik einen neuen Impuls zu geben. Alle waren in den Startlöchern, und dann kommt die Einigung dazwischen und zerstört die schöne Strategie. Davon haben sie sich so schnell nicht erholt.

**SPIEGEL:** Wie groß sind heute noch die Vorbehalte in Ostdeutschland gegenüber dem neuen SPD-Parteivorsitzenden?

**Schröder:** Ich halte sie für überwindbar, so will ich es einmal formulieren. Lafontaine kann seine Zuhörer begeistern. Jetzt kommt es darauf an, daß er die richtige Tonart findet. Und das setzt voraus, daß er sich ein genaues Bild von der östlichen Seelenlandschaft verschafft. Dem soll ja wohl auch das Reiseprogramm dienen, das nun geplant ist.

**SPIEGEL:** Bei seiner Kanzlerkandidatur 1990 hat Lafontaine offenkundig das Gefühl für die ostdeutsche Seelenlage vermissen lassen.



Gegenspieler Kohl, Lafontaine (1990): „Erfreulich war das nicht“

**Schröder:** Er hat die nationalen Töne nationalistisch gedeutet. Für mich hieß der Satz „Wir sind ein Volk“ immer im Klartext: „Helft uns“, und zwar im Blick auf das Wirtschaftliche, das Soziale, auf Freiheitsrechte. Die Vermutung, daß aus dem Osten ein nationalistisches Element in die Politik hineinkomme, hat sich nicht bestätigt. Rechtsradikale Parteien haben hier eine viel geringere Resonanz als im Westen.

**SPIEGEL:** Lafontaine reklamiert heute für sich, er habe in seinem Wahlkampf ökonomische Wahrheiten ausgesprochen und damit auch recht behalten. Bringen ihm die Warnungen von gestern heute bei den Ostdeutschen nicht auch ein paar Pluspunkte?

**Schröder:** Oskar Lafontaine hat damals auch nicht gesagt, wie es realiter hätte besser gemacht werden können. Daß die Währungsunion, gegen die er polemisiert hat, ökonomisch gesehen unvernünftig war, mag richtig sein. Aber daß die schnelle Einigung und damit auch die Währungsunion politisch richtig waren, darüber wird heute kaum noch gestritten. Ich würde Lafontaine nicht empfehlen, die alten Geschichten wieder aufzuwärmen.

**SPIEGEL:** Was raten Sie ihm statt dessen?

**Schröder:** Der Parteivorsitzende muß jetzt mit Vorschlägen kommen, bei denen die Ostdeutschen ihre Interessen gewahrt und aufgenommen sehen. Der Wahlerfolg von Biedenkopf und Stolpe zeigt, daß im Osten offenbar vor allem die personelle Identifikation

gesucht wird. Deswegen sind am Ende die Zwischentöne, in denen das Problem Ost thematisiert wird, wichtiger als programmatische Punkte.

**SPIEGEL:** Hat Oskar Lafontaine im Osten eine Chance, gegen den Einheitskanzler Kohl die Bundestagswahl zu gewinnen?

**Schröder:** Der eine hat in der Wendezeit gesagt, es wird nicht teuer, und der andere hat gesagt, es ist alles verkehrt. Dabei hätten beide sagen müssen: Das wird nicht einfach, und das wird teuer, aber es lohnt sich. Jetzt kommt es darauf an, über die Beibehaltung der Transferleistungen zu reden. Im Westen muß ein Bewußtsein dafür geschaffen werden, daß die Aufbauphase Ost noch lange nicht zu Ende ist. Wenn Oskar Lafontaine das glaubhaft gelingt, sind alle alten Sprüche sofort vergessen. □



Sozialdemokrat Höppner  
„Ostdeutsche Interessen wahren“

## Dokument 60

Marcel Braumann: Enttäuschendes Ergebnis für »Meißner Modell«

In: »Neues Deutschland« vom 5. Dezember 1995

**Sonntagabend, SPD-Wahlparty in Meißen: Spitzenkandidat Manfred Müntjes heißt den Parlamentarischen Geschäftsführer der PDS-Landtagsfraktion, André Hahn, „herzlich willkommen“. Höflicher Beifall. Zehn Minuten später betritt Karl-Heinz Kunckel, SPD-Landesvorsitzender, den Raum und dankt „dem Manfred“ fürs „respektable Ergebnis“. Mehr nicht, denn dem „Meißner Modell“ blieb der Erfolg versagt. MARCEL BRAUMANN berichtet.**

Den Weg zur SPD-Wahlparty im Keller der „Meißner Arkaden“ säumen CDU-Plakate mit der Aufforderung „Nicht schon wieder!“ und einer Abbildung der verschlungenen Hände, eingerahmt vom Schriftzug „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“. Das „Meißner Modell“, das SPD-Landratskandidat Manfred Müntjes selbstbewußt in der Unterstützung seiner Kandidatur durch die PDS sah, hatte die Christdemokraten zu erhöhten Anstrengungen im Wahlkampf veranlaßt.

Müntjes blieb mit seinen 34,5 Prozent nicht nur um Längen hinter CDU-Landrätin Renate Koch zurück (57,7 Prozent), sondern verfehlte auch sein Wahlziel („40 Prozent plus x“) deutlich. Daß auch die Bündnisgrünen seine Kandidatur begrüßt hatten, half wenig. Schlimmer noch: Der erhoffte Mobilisierungseffekt stellte sich nicht ein: Mit nur 43,0 Prozent lag die Wahlbeteiligung noch unter den Vergleichszahlen in den Kreisen Vogtland und Westlausitz-Dresdner Land, wo am Sonntag ebenfalls gewählt wurde.

Und nur in Meißen-Radebeul gelang es der CDU, ihr Stimmenergebnis noch zu steigern, von 46,4 auf 47,6 Prozent – dagegen verlor sie im Vogtland 7,3 Prozent. Die SPD verbesserte sich in Meißen-Radebeul nur um 0,8 auf 13,7 Prozent, während sie im Vogtland 4,6 und in der Westlausitz 5,9 Prozent zulegte. So konnte der Generalsekretär der sächsischen Union, Steffen Flath, noch in der Wahlnacht seiner Genugtuung freien Lauf lassen: „Die Menschen haben sich trotz al-

ler Tagesprobleme erneut für Sicherheit, Kontinuität und soziale Marktwirtschaft entschieden.“

### Wahlbeteiligung stürzte in den Keller

Sofern sie überhaupt etwas entschieden haben. Die Wahlbeteiligung stürzte im Vergleich zu 1990 dramatisch in den Keller. In der Gemeinde Schönfeld-Weißenberg beispielsweise, die als Nachzügler zum Kreis Sächsische Schweiz gelangt ist, gingen 36,5 statt einst 87,7 Prozent der Leute zu den Wahlurnen.

Der CDU-Vorherrschaft tat dies keinen Abbruch. Im Vogtland erreichte ihr Landratskandidat Tassilo Lenk 51,9 Prozent der Stimmen, und in Westlausitz-Dresdner Land konnte sich CDU-Frau Andrea Fischer über 54,9 Prozent freuen. Renate Koch erzielte ihren Erfolg in Meißen-Radebeul, obwohl DSU-Mann Lutz Orgus 7,8 Prozent schaffte. Zwei Drittel Rechtswähler bei der Landratswahl – das dämpfte die Stimmung bei den Wahlpartys von SPD und PDS.

Frau Koch hat auch im Kreistag wenig zu fürchten, ihre CDU kam auf 31 von 62 Mandaten und wird wohl mit Hilfe der gewählten 3 DSUler für klare Verhältnisse sorgen. Im Vogtlandkreis haben CDU und DSU genau die Hälfte der Sitze errungen. Der PDS hat das Bündnis mit dem Sozialdemokraten Müntjes nicht geschadet, sie verbucht in Meißen-Radebeul mit plus 8,7 Prozent den höchsten Zuwachs aller drei Kreise.

In der Westlausitz und in Meißen-Radebeul ist die PDS

jetzt mit 3,2 bzw. 4,5 Prozent Vorsprung zweitstärkste Partei vor der SPD. Einen persönlichen Erfolg verbuchte der PDS-Bürgermeister von Deutschbaselitz bei Kamenz, Arnold Bock, der als Landratskandidat der Westlausitz beachtliche 20,8 Prozent erzielte. Der 59jährige Fraktionsvorsitzende in spe hat sich „streitbare Opposition“ vorgenommen, zumal CDU und DSU im künftigen Kreistag vier Sitze zur absoluten Mehrheit fehlen.

Bei der Kreistagswahl gelang dem früheren Lehrer an einer Offiziershochschule, der 1981 einen Bauernhof gekauft hat, die Sensation: In der Kreisstadt Kamenz wurde er von weit mehr Menschen gewählt als der Spitzenreiter der CDU. Die PDS landete in Kamenz mit 38,5 Prozent auf Platz eins noch vor der CDU, ebenfalls in der Kleinstadt Bernsdorf, wo ein Bürgermeister mit PDS-Mandat offenbar auch Einfluß auf die Stimmung zur Kreistagswahl hat: Knapp vierzig Prozent PDS-Wähler sorgen für „Ostberliner Verhältnisse“.

„Hoffnungen werden mit Personen verbunden“, versucht Bock gegenüber ND den Erfolg zu erklären. Entscheidend sei für die Bürger die Erfahrung, „daß jemand selber mit anpacken kann“. Der Meißner PDS-Chef Ralf Eißler, der in seinem heimatlichen Wahllokal als Nummer eins ins Ziel gegangen ist, erhofft sich von dem gemeinsamen Landratskandidaten positive Auswirkungen auf die Kreistagsarbeit Müntjes und Eißler bewerber sich um den Fraktionsvorsitz ihrer jeweiligen Partei.

Eißler setzt auf einen „Umdenkungsprozeß“ in der SPD, als dessen Folge sich beide Parteien als „Partner im Parlament“ verstehen sollten. Dort sitzen fortan elf PDSler neben acht SPD-Abgeordneten. Landratskandidat Müntjes, der am späten Abend noch mit seiner Frau auf der PDS-Wahlparty aufkreuzte, erfuhr Zuspruch vom Genossen Eißler: „Es war ein Achtungserfolg.“

### Bündnis mit Wiederholung

PDS-Landesvorsitzender Reinhard Lauter gratulierte Müntjes und sprach in die Mikrofone, er „hoffe“, daß ein solches Bündnis „nicht das letzte Mal gewesen ist“. André Hahn denkt bereits an gemeinsame linke Kandidaten in einigen Wahlkreisen für die Erststimmen bei Landtags- und Bundestagswahlen, damit die CDU nicht wieder alle Direktmandate gewinnt. Dabei müsse die SPD „grundsätzlich bereit sein“, auch mal „einen PDS-Bewerber zu unterstützen“.

Das „Meißner Modell“ hat das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Sozialisten entspannt. Seine Befürworter eint vor allem die Gewißheit, daß es zu diesem Weg keine Alternative gibt. Unangefochten zufrieden waren gestern die Bündnisgrünen, die nun in allen sächsischen Kreistagen vertreten sind. Die Wahlen hätten gezeigt, „daß wir auch im ländlichen Raum mehr als 5 Prozent der Wählerinnen und Wähler erreichen können“, freute sich Sprecher Karl-Heinz Gerstenberg.

Warum aber wählen so viele Sachsen immer noch CDU? PDS-Mann Bock sieht darin „Vergangenheitsbewältigung im negativen Sinne“ und macht sich Mut mit einem Zitat des PDS-Bundesvorsitzenden Lothar Bisky: „Es ist nicht leicht, für die PDS Wahlkampf zu machen, aber es wird immer leichter.“

## Dokument 61

Koalitionsbereit? Die Wähler der PDS wollen Regierungsbeteiligung, die Partei – noch? – nicht. Ein Gespräch mit dem Parteivorsitzenden Lothar Bisky  
In: »Wochenpost«, Nr. 50 vom 7. Dezember 1995

---

 INTERVIEW MECHTHILD  
KÜPPER
 

---

**W** Alle reden über PDS und SPD. Auch der Bundesvorstand. Was ist herausgekommen?

Die SPD möchte offensichtlich normale Gespräche haben. Wir stellen uns dieser Herausforderung. Beschlußlage ist: Wir suchen die Zusammenarbeit mit SPD und Grünen, aber werden uns nicht anbieten.

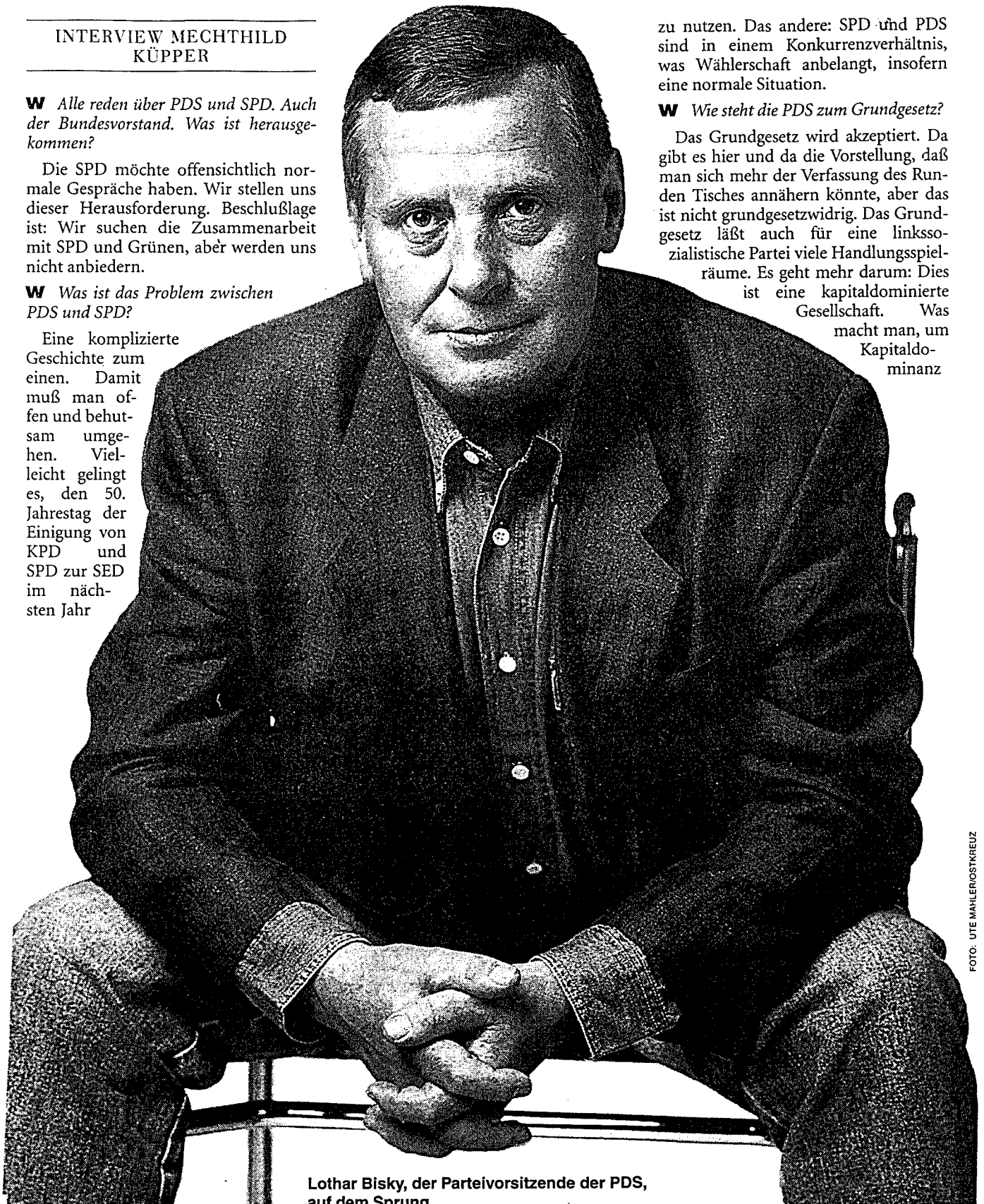
**W** Was ist das Problem zwischen PDS und SPD?

Eine komplizierte Geschichte zum einen. Damit muß man offen und behutsam umgehen. Vielleicht gelingt es, den 50. Jahrestag der Einigung von KPD und SPD zur SED im nächsten Jahr

zu nutzen. Das andere: SPD und PDS sind in einem Konkurrenzverhältnis, was Wählerschaft anbelangt, insofern eine normale Situation.

**W** Wie steht die PDS zum Grundgesetz?

Das Grundgesetz wird akzeptiert. Da gibt es hier und da die Vorstellung, daß man sich mehr der Verfassung des Runden Tisches annähern könnte, aber das ist nicht grundgesetzwidrig. Das Grundgesetz läßt auch für eine linkssozialistische Partei viele Handlungsspielräume. Es geht mehr darum: Dies ist eine kapitaldominierte Gesellschaft. Was macht man, um Kapitaldominanz



Lothar Bisky, der Parteivorsitzende der PDS,  
auf dem Sprung

abzubauen? Dabei gibt es zwei Richtungen. Die eine meint, man dürfe nichts tun, um die Strukturen zu erhalten – also etwa sich in Parlamente begeben. Die andere sagt: Wir wollen die Veränderung, die beginnt mit Opposition, also versuchen wir alle Möglichkeiten, wohl wissend, daß wir die Kapitaldominanz nicht von heute auf morgen beseitigen können.

**W** Die PDS eine linkere SPD?

Ich habe keine Befürchtungen, daß wir die zweite SPD werden. Das wäre überflüssig. Bei allen Unterschieden in der PDS sind sich alle einig: gewaltfreie Veränderung und nur demokratische, andere gibt es nicht.

**W** In den Formulierungen ist immer viel Spielraum, da wird sehr bedacht formuliert. Etwa so: »Das Grundgesetz erlaubt sehr wohl ordnungspolitische Veränderungen des herrschenden Systems, die in emanzipatorischer Hinsicht weiter gehen können, als manche glauben.«

Das Grundgesetz bestimmt nicht einmal, daß es einen Typus von sozialer Marktwirtschaft geben muß, es ist offen. Die mehrheitlichen Vorstellungen in der PDS wollen nicht zurück zum Staatssozialismus und -dirigismus, denn soviel hat jeder begriffen, daß das nicht gelungen ist. Deshalb wird über einen Mix von Eigentumsformen geredet.

**W** Zum Sparen hat man von der PDS noch nie etwas gehört. Wie sähe eine linke Austeritätspolitik à la PDS aus?

In Sachsen-Anhalt wird ein Haushalt mit PDS-Duldung verabschiedet. In Brandenburg gibt es Fraktionsmitglieder, die einen alternativen Haushalt vorlegen wollen, einen, der eine stabile Finanzpolitik betreibt. Andere sagen: Wir dürfen uns nicht immer den Kopf der Regierung zerbrechen, wir sind in der Opposition. Das ist strittig in der PDS.

**W** Es dominiert der Hang zur Wehleidigkeit über den Einfallsreichtum.

Ich finde es gut, daß die PDS sich als Anwalt von Schwachen versteht, auch wenn sie von ihnen nicht gewählt wird.

**W** Ist die PDS längst sozialdemokratischer als ihre öffentlichen Debatten?

Die PDS ist nicht sozialdemokratisch. Aber Jüngere sind in ihren Politikvorstellungen oft wesentlich kritischer als Ältere. Auch die PDS hat einen Generationenkonflikt. Die Kommunalpolitiker haben versprochen, sich um die Interessen der Bürger zu kümmern; dazu gehört auch Abwasser, obwohl das nicht sehr revolutionär ist. Solange demokratische Korrekturen möglich sind, solange aus der Mitgliedschaft Kritik an parlamentarischem Verhalten kommt, ist mir nicht bange.

**W** Berliner Kommunalpolitiker erzäh-

len, daß die PDS-Zentrale sich um sie nie gekümmert habe.

Die Kommunalpolitik wurde bisher im Bundesvorstand nicht ernst genug genommen. Jetzt wird sie ernst genommen, und zwar ganz ernst.

**W** Jetzt werden die Bürgermeister an die Kandare genommen, wenn sie zuviel im Abwasser schwimmen?

An die Kandare kann man in der PDS zum Glück niemanden mehr nehmen.

**W** »Sozialistische Politik ist Oppositionspolitik«, heißt es in einem PDS-Papier. So hieß es auch in den Wahlkämpfen. Ändert sich das?

Einiges hat sich schneller verändert, als ich gedacht hatte. Wir müssen Fragen diskutieren, von denen wir vor zwei Jahren meinten, sie stünden überhaupt nicht auf der Tagesordnung.

**W** Gibt es in der PDS den Willen zum Regieren, zum Machtausüben?

Die Wählerschaft will mehrheitlich, daß wir mitregieren. Das ist ein Auftrag.

**W** Und die Partei?

Mehrheitlich will die PDS in der Opposition bleiben. Vielleicht sind die harten Bänke der Opposition keine schlechte Schule für eine Partei, die sich erneuern und in neuen Verhältnissen sozialistische Politik machen mußte. Es wird vom Modell Sachsen-Anhalt abhängen, welche Lehren man daraus zieht.

**W** Opposition ist herrlich frei von Sachzwängen, man kann abwechselnd Larmoyanz pflegen und an Wahlabend als strahlender Sieger auftreten.

Die Larmoyanz muß verschwinden. Wenn man das durch Beschluß kriegen könnte... Uns wachsen Wählerschaften zu, von denen ich nie gedacht hätte, daß sie PDS wählen würden. Die nicht-ostalgische Ost-Identität wird stärker werden.

**W** Wollen Sie das Programm der PDS eng führen oder weit halten?

## Kommunalpolitik ist nicht revolutionär

Die Kunst wird darin bestehen, das Profil zu schärfen. Niemanden ausgrenzen, niemanden verlieren, aber das Profil schärfen.

**W** So entsteht ein Programm, für das viele Leute Kreide gefressen haben: Vage Formulierungen bleiben vage.

Wir, die wir von einer »einheitlichen Wissenschaft und Weltanschauung« kamen, haben doch zu lernen, daß man theoretisch streiten, aber doch gemeinsam für bezahlbare Mieten eintreten kann. Die PDS-Mitgliedschaft ist laut Statut nicht mehr an eine bestimmte Weltanschauung gebunden.

**W** Sie sprachen vom »mißbräuchlichen Umgang« mit Akten durch die Gauck-Behörde. Warum? Er ist nach Gesetz vorgegangen, das wissen Sie.

Er hätte es mir auch zur Kenntnis geben können. Ich finde es unfair, daß das rausgeht, und der Betroffene es nicht kennt.

**W** So ist das aber bei Stasi-Akten.

Ich hätte mir einen anderen Umgang gewünscht. Da kommt was über die Medien, und es entsteht der Eindruck,

## Die PDS braucht einen Freiheitsbegriff

der will was verbergen, und das möchte ich nicht.

**W** In Ihrem Fall war es geradezu umgekehrt: Man hatte Ihr Dementi früher als die Nachricht. Sie sagen, es wundere Sie nicht, daß Sie erfaßt seien, weil Sie 1949 in die DDR übergesiedelt und ab 1986 Rektor in Babelsberg waren. Die Unterlagen erzählen eine andere Geschichte: Da schließt die HVA Ihre Akte, als Sie 1979/80 Leipzig verlassen und nach Berlin gehen.

Ich kann mir das nicht erklären. Offensichtlich bin ich irgendwie und irgendwo registriert worden. Mit mir haben auch Leute geredet, von denen ich vermutet habe, daß der Bundesverfassungsschutz oder der KGB dahintersteckt. Ich habe UNESCO-Studien koordiniert und internationale Wahlfunktionen gehabt. Es ist mir bewußt, daß da irgendwas registriert wurde, bloß weiß ich nicht, was.

**W** Die PDS geht sehr unterschiedlich mit Stasi-Geschichten ihres Personals um. Warum?

Wir haben einen Beschluß dazu, nach dem Leute ihre politische Biographie offenbaren müssen, und dazu zählen Kontakte zum MfS. Die werden zur Kenntnis genommen, und danach entscheidet ein Wahlgremium, ob jemand gewählt wird oder nicht. Das ist ein differenzierter Umgang damit.

**W** Nach dem Mauerfall haben wir gelernt, wie ähnlich sich Ost- und Westdeutsche in ihrer Liebe zur sozialen Gleichheit sind. Wie stark interessiert die PDS das Thema Freiheit?

Ich habe gestern ein Manuskript beendet zum Thema »Freiheit und/oder Sozialismus«.

**W** Und? Oder oder?

Ich habe viele Stellen, auch in der marxistischen Literatur, mit diesem Gedanken gefunden, der ja nie totzukriegen war. Ich möchte, daß individuelle Freiheiten und deren Verteidigung zum Selbstverständnis der PDS gehören. Die Debatte darüber wird nicht einfach sein, aber die PDS sollte sich einen Freiheitsbegriff aneignen. Ich suche diese Debatte. ●

## Dokument 62

Kein Persilschein. Werner Schulz, parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen, zu Koalitionen mit der PDS

In: »Wochenpost«, Nr. 50 vom 7. Dezember 1995

# Kein Persilschein

**PDS-DEBATTE** Werner Schulz, parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen, zu Koalitionen mit der PDS

**W** Sie haben der SPD von Mecklenburg-Vorpommern vorgeschlagen, mit der PDS zu koalieren. Warum?

Die SPD darf nicht länger um den heißen Brei herumschleichen. Statt die PDS durch dauerndes Gerede interessant zu machen, sollte man sie lieber auf ihren Regierungswillen und ihre Regierungsfähigkeit testen.

**W** Ist das eine demokratische Unbedenklichkeits-Bescheinigung für die PDS, ausgestellt vom ehemaligen DDR-Oppositionellen Werner Schulz?

Nein, das ist kein Persilschein. Die PDS ist demokratisch und moralisch nicht unbedenklich. Sie ist längst noch nicht mit ihrer Vergangenheit im reinen. Aber das würde auch nicht mehr reichen. Die PDS muß für die Vergangenheit, aber auch für die Gegenwart Verantwortung übernehmen.

**W** Sie fordern die SPD also auf, mit einer »demokratisch bedenklichen« Partei zu koalieren?

Ich fordere die SPD auf, Klarheit über den weiteren Weg herzustellen.

Wenn Oskar Lafontaine mit Blick auf Bonn die linken Kräfte bündeln will, dann muß er sagen, ob die PDS dazu gehört oder nicht. Die Wählerinnen und Wähler sind 1998 überfordert, wenn an diesem Punkt keine Klarheit besteht.

**W** Die Sozialdemokraten sollen ihr Verhältnis zur PDS klären. Ist Ihres denn geklärt?

Wir können der PDS den politisch-praktischen Eignungstest vor 1998 nicht abverlangen, weil wir weder in Mecklenburg-Vorpommern noch in Thüringen im Parlament sind. Der Eignungstest muß aber sein, weil die PDS bisher mit der demagogischen Formel antritt, sie wolle nur opponieren. Opposition, die nicht auch Alternative zur Regierung sein will, ist aber ein Betrug am Wähler. Darum halte ich das Magdeburger Modell für falsch. Da entscheidet die PDS mit und kann dennoch nicht zur Verantwortung gezogen werden. In einer regulären Koali-



Werner Schulz, Bündnis 90/Grüne

tion würde sich das Programm der PDS alsbald in Luft auflösen.

**W** Warum sollte die Regierungsbeteiligung auf die PDS eine andere Wirkung haben, als sie es für die Grünen hatte – erst kleine Abspaltungen, dann große Stabilitätsgewinne?

Stabiler würde die PDS. Aber sie würde auch sozialdemokratischer, als sie es ohnehin schon ist. Am Ende könnte die PDS für die SPD das werden, was die CSU für die CDU ist: eine regional begrenzte Schwesterpartei. Das rote Schaf hätte in die Familie zurückgefunden.

Interview: Bernd Ulrich

## Dokument 63

Keine Angst vor der PDS. Magdeburger Verhältnisse, Oskar Lafontaine und die Partner der SPD im Osten: ein ZEIT-Gespräch mit Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reinhard Höppner

In: »Die ZEIT«, Nr. 50 vom 8. Dezember 1995



# Keine Angst vor der PDS

Aufnahme: Jürgen Eis

**DIE ZEIT:** Herr Ministerpräsident, die SPD versucht mit einem Führungswechsel den Neuanfang. Ist Oskar Lafontaine eine Idealbesetzung?

**Reinhard Höppner:** In der Politik gibt es keine idealen Lösungen. Gäbe es sie, hätten wir eine solche Krise nicht gehabt. Aber es ist eine Lösung mit guten Chancen. Ich habe inzwischen auch festgestellt, daß Oskar Lafontaine heute mehr als früher integrieren kann.

**ZEIT:** Der SPD-Abgeordnete Weißgerber hat in einem offenen Brief an Oskar Lafontaine geschrieben: Das Problem der SPD sei, daß sie die Vereinigung noch immer nicht verarbeitet habe.

**Höppner:** Darin unterscheidet sich die SPD nicht von den anderen Parteien. In der Tat haben wir die Vereinigung noch nicht verkräftet.



„Wir fingen doch an zu zittern, sobald die CDU die Keule PDS auspackte“

**ZEIT:** Und ausgerechnet Lafontaine soll das für die SPD nun ändern? In seiner Rede auf dem Parteitag hatte er für Ostdeutschland nur eine Nebenbemerkung übrig.

**Höppner:** Er hat offenbar bei seiner Rede Sorge gehabt, er könne gegenüber dem Osten etwas Falsches sagen. Und er wollte andere Schwerpunkte setzen. Ich glaube zwar, daß er die Lage im Osten realistisch einschätzt. Da ihm aber der emotionale Zugang zu uns Osis fehlt, müssen wir ihm einfach helfen.

**ZEIT:** Als Lafontaine im Wahlkampf 1990 immer nur vor den Kosten der Einheit warnte, haben ihm das viele ostdeutsche Sozialdemokraten übelgenommen. Ist das heute noch ein Problem?

**Höppner:** Die ersten Reaktionen zeigen, daß die alten Vorbehalte inzwischen wesentlich geringer sind. Viele im Osten schätzen heute seinen Realismus von damals.

**ZEIT:** Sein Versuch, mit der PDS ins Gespräch zu kommen – ist das für Sie die entscheidende Annäherung an den Osten?

**Höppner:** Das ist keine Annäherung, keine Veränderung. Denn die Meinung, die er jetzt ver-



tritt, hat er vorher auch schon geäußert. Er war nur zurückhaltend. Denn Rudolf Scharping war da distanzierter.

**ZEIT:** Haben Sie Oskar Lafontaine darin bestärkt, diese Position nun offensiver zu vertreten?

**Höppner:** Ja. Aber wir waren uns darin auch schon früher einig. Oskar Lafontaines Botschaft an die Partei ist: keine Angst mehr zu haben, sobald die CDU das Wort PDS ausspricht. Auch das verstehe ich unter Normalisierung unseres Verhältnisses zur PDS. Wir fingen doch an zu zittern, sobald die CDU die Keule PDS auspackte.

**ZEIT:** Die PDS hat stets den Vorteil des ostdeutschen Stallgeruchs. Vertritt die PDS eigentlich den Osten?

**Höppner:** Es ist eine Legende, daß die PDS die Ostinteressen besonders gut vertritt. In der PDS-Bundestagsfraktion sind von dreißig Leuten neun aus dem Westen. Ich erkenne nicht, wo bei diesem Proporz noch die Vertretung des Ostens liegt. Die PDS ist keine Partei, sondern ein Sammelbecken unterschiedlicher Strömungen und Gruppen, die allesamt Schwierigkeiten mit dem Vereinigungsprozeß haben.

**ZEIT:** Was raten Sie der SPD angesichts Ihrer persönlichen Erfahrungen in Sachsen-Anhalt: Die Zusammenarbeit mit der PDS ist möglich?

**Höppner:** Es gibt zumindest viele PDS-Mitglieder und PDS-Abgeordnete, mit denen eine verlässliche Zusammenarbeit möglich ist. In Sachsen-Anhalt heißt das: so viele, daß die Magdeburger Verhältnisse stabil sind.

**ZEIT:** Sie setzen also auf einzelne Personen in der PDS, nicht auf die Partei?

**Höppner:** Ja. Vertrauen und Verlässlichkeit empfinde ich nicht gegenüber der PDS als Partei, sondern mit Blick auf Personen, die als Fraktion im Landtag unser Projekt mittragen.

**ZEIT:** Sie sind dazu übergegangen, immer direkter mit der PDS die Kompromisse persönlich auszuhandeln. Praktizieren Sie nicht längst eine heimliche Koalition?

**Höppner:** Die PDS muß sich auch aus eigenem Interesse als zuverlässiger Partner beweisen. In der Praxis unserer Zusammenarbeit greife ich selten in das ganze Gefüge ein. In der Regel werden die Gespräche in den Ausschüssen geführt. Was Mehrheitsregierungen normalerweise im Kabinett abstimmen, geschieht bei uns in den Parlamentsgremien. Das heißt, meine Minister sitzen sehr oft in den Ausschüssen und Arbeitsgruppen, um für unsere Politik zu werben.

**ZEIT:** Sie sprechen von der PDS als Partner. Das ist weniger als eine Koalition, aber weit mehr als nur eine schlichte Tolerierung.

**Höppner:** Ja. Aber Partnerschaft ist keine Freundschaft. So weit sind wir ja in Deutschland, daß Partnerschaft schon den Beigeschmack einer widerlichen Kumpanei hat. Nein, Partnerschaft ist eine Zusammenarbeit unterschiedlicher Leute mit dem Ziel, gemeinsam etwas voranzubringen – einen Haushalt zu verabschieden, eine Schulreform durchzusetzen. Das geschieht viel zu selten.

**ZEIT:** Aber warum machen Sie nicht offen und ehrlich einen Ihrer PDS-Partner zum Minister?

**Höppner:** Das wäre dann eine richtige Koalition. Dazu müßte ich einen Vertrag abschließen. Aber mit dieser diffusen Partei geht das nicht!

**ZEIT:** Käme die PDS nicht in enorme Schwierigkeiten, falls Sie ihr eine Koalition anböten?

**Höppner:** Das stimmt. Aber mir geht es in Sachsen-Anhalt darum, nach drei gescheiterten CDU-Regierungen endlich eine weile verlässliche Politik zu machen. Mir geht's nicht darum, die PDS in Schwierigkeiten zu bringen.

**ZEIT:** Wäre aber das nicht geradezu im strategischen Interesse der SPD?



*Höppner:* Wenn ich so etwas wollte, müßte ich denen in der Tat eine Koalition anbieten. Dann fliegen die nämlich auseinander. Aber wir im Osten sind nirgendwo in einer Situation, wo wir große strategische Spiele oder Experimente wagen können. Außerdem dürfen Sie nicht vergessen: Die PDS hat eine wirklich belastete Vergangenheit. Einer Mehrheit in der Bevölkerung kann man das Signal, das Symbol einer Koalition mit der PDS nicht zumuten.

*ZEIT:* Ist eine Koalition mit der PDS auch in Mecklenburg-Vorpommern unzumutbar?

*Höppner:* Ob in Mecklenburg-Vorpommern die Verhältnisse in der Großen Koalition so schlimm sind, daß die SPD das Bündnis mit der CDU nicht weiterführen kann, kann ich nicht einschätzen. Nur das wäre für mich ein Kriterium: Nimmt das Land Schaden bei der Großen Koalition? Die Tolerierung einer SPD-Regierung durch die PDS wie in Magdeburg jedenfalls wäre in Mecklenburg-Vorpommern wohl nicht lange zu machen. Das kann nur eine Notlösung sein. Denn bei uns in Magdeburg liegen die Dinge anders: Wir haben mit Rot-Grün eine Mehrheit gegen die CDU, und unsere Verfassung ist so beschaffen, daß alle PDS-Abgeordneten bei der Wahl zum Ministerpräsidenten gegen mich hätten stimmen können. Diese Verhältnisse haben wir in Schwerin nicht.

*ZEIT:* Warum beklagt die SPD stets die Tabuisierung der PDS – statt klar zu sagen, was sie von der PDS erwartet?

*Höppner:* Lassen Sie mich den Grundfehler der PDS in einem Bild beschreiben: Jeder Segler weiß, er kann den Wind nicht ändern; aber er kann die Segel richtig setzen und dann unter Umständen sogar gegen den Wind segeln. Ich habe

den Eindruck, die PDS ist eine Partei, die – weil das Schiff in die falsche Richtung fährt – den Wind ändern will. Die PDS muß lernen, die Segel anders zu setzen. Damit meine ich zum Beispiel die Anerkennung von Gesetzen, die man nicht ändern kann, aber auch den Kampf um Reformen dort, wo man Gesetze ändern kann. Und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden. An dieser Weisheit fehlt es der PDS einfach.

*ZEIT:* Die PDS hat also das System der Bundesrepublik noch nicht voll akzeptiert, huldigt noch zuviel der Systemkritik?

*Höppner:* Das stimmt. Aber da muß ich auch sagen: Viele im Westen sollten sich noch einmal erinnern, wie sie früher systemkritisch und mit Sympathie für alternative Gesellschaftsmodelle geredet haben. Das war natürlich alles vor 1989. Aber auch heute täte ein Stück Systemkritik allen in Deutschland gut. Das Unbehagen an

den bestehenden Verhältnissen sollten wir nicht allein der PDS überlassen. Ich halte es für einen schweren Fehler, wenn wir die Sehnsucht nach tiefer Veränderung und nach Weiterentwicklung unserer Gesellschaft an die PDS abtreten.

*ZEIT:* Ein wenig mehr Sozialismus darf's für die SPD schon sein?

*Höppner:* Richtig. Ich will das knallhart sagen: Das Thema Sozialismus, im guten Sinne des Wortes verstanden als eine Suche nach einem gerechteren Zusammenleben der Menschen, ist eben nicht mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus erledigt. Das muß doch weitergehen! Das haben wir völlig vergessen über diesem Einigungsprozeß.

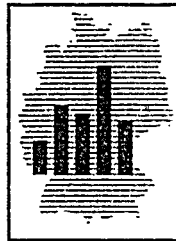
*Das Gespräch führten Klaus Hartung  
und Christian Wernicke*

„Das Thema Sozialismus  
ist eben nicht  
erledigt. Das muß  
doch weitergehen!“

## Dokument 64

# Professor Dr. Elisabeth Noelle-Neumann: Wo sind die Zeugnisse des Umlernens. Nach dem Ende der Ausgrenzung wollen die PDS-Anhänger mitregieren – ein Parteiporträt

In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 13. Dezember 1995



Richard von Weizsäcker mahnte: „Die Prozesse des Umlernens in der PDS muß man ernst nehmen.“ Aber wo sind die Prozesse des Umlernens? Vielleicht, daß aus der militaristischen SED eine pazifistische PDS geworden

ist? Vielleicht, daß statt der Zerstörung der Umwelt zur SED-Zeit die PDS jetzt eine Umweltschutz-Partei geworden ist?

„Glauben Sie, die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform, oder gibt es eine andere Staatsform, die besser ist?“ wurden die Ostdeutschen seit 1990 zehnmal gefragt. 1990 antworteten ganze 10 Prozent der PDS-Anhänger: „Ist die beste Staatsform“, 1995 sagten das nur noch 9 Prozent der PDS-Anhänger. Eine andere Frage: „Ist unsere Gesellschaftsordnung, so wie sie jetzt in der

heit. Die politische Mitte und Rechte setzen obenan den Wert der Entscheidungsfreiheit des Individuums, gebunden an Verantwortung, Wettbewerb und Risiko, Privateigentum.

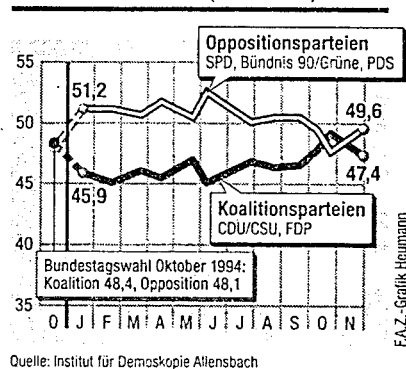
Ebendiese Notwendigkeit, zwischen den zentralen Werten Gleichheit und Freiheit den richtigen politischen Weg zu suchen, wird von der PDS bestritten und als konservative Schimäre betrachtet. Die PDS hält fest an dem Merksatz aus dem DDR-Staatsbürgerkunde-Unterricht: „Die Gleichheit aller ist überhaupt erst die Voraussetzung für wirkliche Freiheit.“ Allerdings zieht die PDS es auch vor, von Freiheit sowenig wie nur möglich zu sprechen, weil sonst über den Satz Max Horkheimers von 1973 diskutiert werden müßte: „Je mehr Freiheit, desto weniger Gleichheit, je mehr Gleichheit, desto weniger Freiheit.“ Schließlich stünden sich in solchen Diskussionen zwei Freiheitsbegriffe gegenüber: der marxistische: die Freiheit von Arbeitslosigkeit, von Wohnungsnot, von Kindergartenplatz-Mangel – also eine Freiheit, die der Staat dem Bürger verschafft. Dem entgegengesetzt ist die Entscheidungsfreiheit des Individuums gegenüber dem Zugriff des Staates: Meinungsfreiheit, Freiheit der Kunst und Wissenschaft, Freiheit zur Gestaltung des eigenen Lebens.

Vielleicht sind nach der dramatischen Öffnung des neuen SPD-Vorsitzenden Lafontaine zur PDS die Umstände für eine inhaltliche Diskussion günstiger geworden. Für die Bevölkerung, im November und Dezember 1995 (24. November bis 8. Dezember) befragt, ist diese Öffnung zur PDS das Hauptereignis beim Sturz von Scharping und beim Übergang des SPD-Vorsitzes auf Lafontaine am 16. November gewesen. Unter 15 genannten Punkten, wofür Lafontaine eintrete, setzten die Befragten mit 53 Prozent an die Spitze: „Er will die Regierung durch eine Mehrheit links von der Mitte ablösen, wenn nötig auch zusammen mit der PDS.“

Mit der Entscheidung vom Mannheimer Parteitag ist die Schmutzkind-Periode der PDS, die Periode der Berührungängste, der Tabuisierung, der politischen Korrektheit, der Ausgrenzung zu Ende. Die PDS ist salonfähig. Alle Schutzmechanismen, die den demokratischen Konsens verteidigen sollen, etwa: „Man koalitiert nicht mit zweifelhaften Demokraten“, sind von der Entwicklung überrundet worden. PDS – die Mauerschützen-Partei? Die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung will keine rückwärtsgewandte Abgrenzungspolitik, keine Abrechnung. Bei der Frage „Wenn jemand sagt: ‚Der PDS darf man nicht die Fehler der DDR vorwerfen – dafür hat die

## „Linke Mehrheit“

Summen aus den Bundestags-Wahlabsichten 1995 (in Prozent)



Bundesrepublik ist, wert, verteidigt zu werden, oder haben Sie da Zweifel?“ 1991 sagten PDS-Anhänger zu lediglich 14 Prozent: „Ist wert, verteidigt zu werden“, 1995 sank selbst diese Zahl auf 12 Prozent. Und andersherum: „Wenn jemand über die DDR-Zeit sagt: ‚Wir waren alle gleich, und wir hatten alle Arbeit. Darum war es eine schöne Zeit.‘ Würden Sie da zustimmen oder nicht zustimmen?“ 1993 sagten 73 Prozent der PDS-Anhänger: „Würde zustimmen“, Ende 1995 immerhin noch 70 Prozent.

Nach der Erlangung der Einheit geht das Ringen in Deutschland um die Bestimmung des politischen Standorts zwischen links und rechts. Das linke Zentrum gruppiert sich um die Werte Gleichheit, Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Geborgen-

PDS keine Verantwortung mehr. Würden Sie dem zustimmen oder nicht zustimmen?“ gibt es unter den Ostdeutschen 53 Prozent Zustimmung und nur 39 Prozent Gegenstimmen.

Die Grundstimmung der Bevölkerung gegenüber der PDS, auch in Westdeutschland, trifft eher die Auffassung, man müsse der PDS die Chance geben, sich an der Demokratie zu beteiligen. Die Frage lautete: „Was ist demokratischer: Wenn jemand sagt: ‚Wir öffnen uns auch für eine Zusammenarbeit mit der PDS‘, oder wenn er sagt: ‚Die PDS, das sind keine überzeugten Demokraten, und deshalb arbeiten wir nicht mit der PDS zusammen?‘“ Weit mehr als die Hälfte in Ostdeutschland und auch 48 Prozent der Westdeutschen antworten: „Demokratischer ist es, sich für die PDS zu öffnen.“

Es ist aber nicht die Sehnsucht nach einer linken Mehrheit, die der PDS die Türen öffnet. Die Aussicht auf eine Bonner Koalition der linken Mehrheit aus SPD und PDS findet keinen Beifall bei der Bevölkerung. Auf die Frage „Wenn es in Bonn zu einer Regierung aus SPD und PDS kommen würde: Fänden Sie das gut, würden Sie das begrüßen, oder fänden Sie das nicht gut, würden Sie das bedauern?“ antworten nur 8 Prozent der Befragten in Westdeutsch-

land und 28 Prozent in Ostdeutschland: „Fände ich gut, würde ich begrüßen.“

Kaum anders ist das Ergebnis, wenn man nach einer Koalition von SPD und PDS in einem der neuen Länder fragt. Lediglich 15 Prozent der Befragten in Westdeutschland, 39 Prozent in Ostdeutschland fänden das gut. Die SPD-Anhänger sind wie so oft bei Fragen nach dem Kontakt mit der PDS gespalten; 33 Prozent wären mit einem Zusammengehen in einer Landesregierung einverstanden, 36 Prozent fänden es nicht gut. Nur die PDS-Anhänger stimmen einer solchen Koalition in einer Landesregierung zu 92 Prozent zu. Es kann also nicht davon die Rede sein, daß PDS-Anhänger eigentlich in der Opposition bleiben möchten. Gerade entgegengesetzt streben sie nach dem Mitregieren.

Es gibt übrigens, auch wenn die PDS mitgezählt wird, keine richtige, einigermaßen tragfähige linke Mehrheit (Graphik). Nur dünn war in den Allensbacher Umfragen seit Beginn dieses Jahres der Vorsprung einer so vereinigten Linken vor der Regierungskoalition. Er hat außerdem noch im Laufe des Jahres abgenommen. Nach dem Wechsel im SPD-Parteivorsitz ist der zusammengerechnete Anteil der linken Parteien im November/Anfang Dezember 1995 zwar um 2 Prozent gestiegen,

### Ablehnung einer rot-roten Koalition

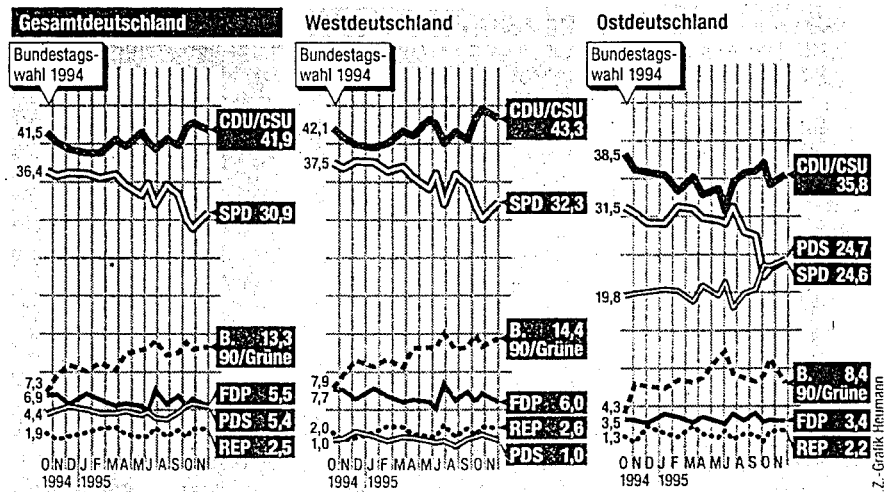
Frage: „Wenn es in Bonn / in einem der neuen Länder zu einer Regierung aus SPD und PDS kommen würde, fänden Sie das gut, würden Sie das begrüßen, oder fänden Sie das nicht gut, würden Sie das bedauern?“ (Angaben in Prozent)

	Bevölkerung gesamt	West	Ost	Anhänger der SPD PDS	
<b>Eine Regierung aus SPD und PDS in Bonn –</b>					
fände ich gut, würde ich begrüßen	12	8	28	12	68
fände ich nicht gut, würde ich bedauern	63	69	36	55	6
wäre mir egal	14	12	25	18	21
Unentschieden, weiß nicht	11	11	11	15	5
<b>Eine Regierung aus SPD und PDS in einem der neuen Länder –</b>					
fände ich gut, würde ich begrüßen	19	15	39	33	92
fände ich nicht gut, würde ich bedauern	55	59	37	36	3
wäre mir egal	14	14	13	15	2
Unentschieden, weiß nicht	12	12	11	16	3

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach;

## Die Stärke der Parteien

„Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen?“ (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)



liegt aber nach wie vor unter 50 Prozent. Die Bevölkerung ist mißtrauisch. „Unterstützt die PDS mit Überzeugung die Demokratie, oder kann man das nicht sagen?“ Auf diese Frage versichern die PDS-Anhänger zu 90 Prozent: „Unterstützt die Demokratie“, aber sie stehen allein damit. Die Bevölkerung insgesamt glaubt das nur zu 15 Prozent, die SPD-Anhänger zu 22 Prozent.

Die parallel gestellte Frage „Unterstützt die PDS die soziale Marktwirtschaft, oder kann man das nicht sagen?“ wird von PDS-Anhängern sehr viel zurückhaltender beantwortet: 56 Prozent sagen, die PDS sei für die soziale Marktwirtschaft. Die Bevölkerung glaubt das zu 17 Prozent.

„Glauben Sie, daß die PDS eine demokratische Partei ist, wie die anderen Parteien auch, oder ist sie die alte Partei geblieben, die nur ihren Namen geändert hat?“ – „Demokratische Partei“, sagen PDS-Anhänger zu 84 Prozent, die Bevölkerung zu 19 Prozent. „Ist die alte geblieben“, bekundet die Bevölkerung zu 54 Prozent.

Seit dem Sommer 1994 hat sich in Ostdeutschland der Anteil von PDS-Zweitstimmen-Wählern von 17 Prozent auf rund 25 Prozent erhöht. Jeder vierte Ostdeutsche würde nach den drei letzten Allensbacher Umfragen bei der nächsten Bundestagswahl PDS wählen. Hinzu kommen knapp 2 Prozent der Westdeutschen. Die 5-Prozent-Hürde wäre kein Hindernis mehr.

Daß die PDS langsam durch Überalterung in sich zusammenfällt, ist ganz unwahrscheinlich geworden. Und ebenso gibt die Interpretation als regionale ostdeutsche Partei – „so ähnlich wie die CSU in Bay-

ern“ – ein völlig unpassendes Bild von ostdeutschem Heimatgefühl, Brauchtum, geschichtlicher Verwurzelung. Die PDS ist das Ergebnis der deutschen Spaltung nach 1945.

Wenn man versucht, nach den Allensbacher Daten ein Porträt der PDS zu zeichnen, dann ist der erste Eindruck: kraftvoll. Jeder dritte ist zwar Rentner, dennoch sind die Altersgruppen über das ganze Spektrum gut verteilt. Keine Männer- oder Frauenpartei, das Verhältnis ist ausgewogen. Gutes Familienleben. Etwa zwei Drittel gehobene Schicht, gehobene Bildungsabschlüsse, Ingenieure, technische Intelligenz, ein Drittel Facharbeiter.

Aktiv in ihrer Umwelt. Ein großer Bekanntenkreis, gesuchte Ratgeber. Übernahme von Führungspositionen in Vereinen, Nachbarschaften. Verantwortungsbereit, hilfsbereit, soziales Gewissen. Kein Luxus, aber gutbürgerliche Wohn- und Besitzverhältnisse. Starkes Interesse für Politik. Viel Fernsehen, aber auch alle anderen weit übertreffend im Lesen, besonders Bücherlesen. Freude am Computer.

Im Selbstbild heißt es: „Ich bin progressiv.“ Weit links in der politischen Selbsteinstufung. Der vermutete „Strukturkonservatismus“ – diszipliniert, pünktlich, ordentlich – hindert nicht, daß es für PDS-Wähler das Vorletzte wäre, CDU/CSU zu wählen. Noch tiefer in ihrer Sympathie liegt nur die FDP.

Es überrascht nicht, daß sich die PDS-Anhänger nicht trennen wollen von ihrem Ruf: „Karl Liebknecht haben wir’s geschworen, der Rosa Luxemburg reichen wir die Hand...“ Dies ist nicht zu Ende.

## Dokument 65

## Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD. Erklärung der Historischen Kommission der PDS

In: »Pressedienst PDS«, Nr. 50 vom 15. Dezember 1995

Im April 1996 jährt sich zum fünfzigsten Male der mit dem Vereinigungsparteitag vollendete Zusammenschluß von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Es war dies eines der herausragenden, die weitere Entwicklung maßgeblich bestimmenden Ereignisse deutscher Nachkriegsgeschichte.

Von jenen Vorgängen trennt uns nunmehr ein halbes Jahrhundert. Die damals begründete Einheitspartei, die in Ostdeutschland eine überragende Machtstellung erlangte und die Hauptverantwortung für Aufstieg und Untergang der Deutschen Demokratischen Republik trägt, existiert nicht mehr. Die Mehrzahl der damaligen historischen Akteure weilt nicht mehr unter den Lebenden. Dennoch wird dieses Ereignis auch heute noch nicht als abgeschlossenes historisches Geschehen betrachtet und bewertet. Vielmehr dominieren in der Beurteilung der inzwischen Jahrzehnte zurückliegenden Geschehnisse heutige Stimmungslagen, Parteilichkeiten und politische Interessen. Das unrühmliche Ende der SED wirft seine Schatten auf ihre Anfänge.

Die Historische Kommission der PDS spricht sich für ein Befassen mit der SED-Gründung aus, das sich am realen historischen Geschehen orientiert und geeignet ist, die in der Zeit des Kalten Krieges entstandenen Vorurteile und Verunglimpfungen abzutragen. Auch bei sachgerechtem Umgang mit dieser Thematik bleibt genügend Raum für kontroverse Standpunkte und hinreichender Anlaß für wissenschaftlichen Meinungsstreit. Jeder, der sich am dringend gebotenen Disput beteiligt, sollte indes, so meint sie,

- die ganze Fülle widersprüchlicher Tatsachen zur Kenntnis nehmen;
- Einzelereignisse nicht aus ihren großen historischen und internationalen Zusammenhängen herauslösen;
- über die Motive aller historisch handelnden Kräfte ernsthaft nachdenken;
- die eigenen geschichtstheoretischen Standpunkte und Überzeugungen immer wieder am empirischen Material überprüfen;
- Wertungen historischer Vorgänge nicht eigenen politischen Vorurteilen oder Parteiinteressen unterwerfen.

Die PDS hat sich von jeglichen Bestrebungen, ein verbindliches Geschichtsbild zu setzen, unmißverständlich verabschiedet. Ist Geschichtsinterpretation im Ganzen produktiv nur pluralistisch denkbar, so gilt dies auch für die Wertung einzelner historischer Prozesse, Ereignisse und Personen. Auch in der Beurteilung des Zusammenschlusses von KPD und SPD kann, darf und soll es ein Spektrum von Meinungen geben. Die Historische Kommission der PDS maßt sich nicht an, der Partei und ihren Sympathisanten eine Sichtweise vorzugeben und will niemandem ihren Standpunkt aufdrängen. Doch braucht sie deshalb nicht auf ein Darlegen ihrer Auffassung zu verzichten.

\* \* \*

**Die Historische Kommission der PDS gibt allen, die sich - von welchen Positionen und mit welchen Absichten auch immer - mit dem Zusammenschluß von KPD und SPD beschäftigen, vor allem folgendes zu bedenken:**

1. Das politische Projekt einer Einheitspartei der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes war keine ostdeutsche Einmaligkeit und keine bloße Drapierung eines Führungs- und Machtanspruches der KPD. Das Verlangen, die mit dem Zusammenbruch der II. Internationale sichtbar gewordene Spaltung der sozialistischen Bewegung wieder zu überwinden, ist von unterschiedlichen politischen Kräften zu verschiedenen Zeiten im nationalen wie im internationalen Maßstab immer wieder zur Geltung gebracht worden.

Doch gab es stets auch starke Gegen Tendenzen. Diese wurden auf der einen Seite genährt durch die Bolschewisierung kommunistischer Parteien, ihre zunehmende Fixierung auf die sowjet-russische Außen- und Großmachtspolitik und die Rechtfertigung stalinistischer Repressalien. Andererseits wirkte der Zusammenbruch der II. Internationale nach, stieß die in einigen Ländern zu verhängnisvoller Anpassungs- und Kapitulationspolitik führende Integration sozialdemokratischer oder sozialistischer Parteien in das kapitalistische System auf heftige Ablehnung.

Im Kampf gegen den Faschismus hatte jedoch die Idee der Sammlung und Bündelung der Kräfte der Arbeiterbewegung bis hin zu organisatorischen Zusammenschlüssen überaus an Anziehungskraft gewonnen. Das äußerte sich in zahlreichen Ländern in Erfolgen der antifaschistischen Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten und in mehr oder weniger weit gediehenen Vorbereitungen ihrer Vereinigung.

Davon zeugte auch das Entstehen internationaler Organisationen der Gewerkschaften, der Jugendverbände, der Frauenbünde, der Studentenvereinigungen, die vor allem von Sozialdemokraten und Kommunisten getragen wurden.

2. Der Zusammenschluß von KPD und SPD ist mithin in diesem gesamt-historischen Zusammenhang zu sehen. Den Akteuren jener Zeit sollte zugestimmt werden, daß sie mit ihrem unverwechselbaren - vor allem in den Jahren 1914 bis 1945 gewonnenen - politischen Erfahrungshorizont handelten. In Deutschland war dieser aus dem Weg der herrschenden Klassen vom Weltkrieg Nr. 1 in den Weltkrieg Nr. 2 erwachsen, aus den Halbheiten der Weimarer Demokratie und schließlich aus den Verbrechen der faschistischen Diktatur. Den Zeitgenossen waren die gravierenden Ereignisse der deutschen Arbeiterbewegung jener Jahre viel unmittelbarer als uns heute gegenwärtig: die Zustimmung der deutschen Sozialdemokratie zu den Kriegskrediten am 4. August und Karl Liebknechts Nein am 2. Dezember 1914, die Abspaltung der USPD und der Weg der Spartakusgruppe zur KPD, die Novemberrevolution mit ihren widersprüchlichen Ergebnissen, die vereinte Niederschlagung der Kapp-Putschisten, die gemeinsame Kampagne gegen die Fürstenabfindung, revolutionäre Umsturzversuche der Kommunisten und Koalitionspolitik der Sozialdemokraten, der Blutmai 1929, das übereinstimmende Stimmverhalten von Kommunisten und Nationalsozialisten im Preußenvolksentscheid des Jahres 1931, das Zurückweichen sozialdemokratischer Minister beim Papenstaatsstreich des 20. Juli 1932. Es hatte Angebote zur Einheitsfront gegeben, mit denen die KPD die Sozialdemokratie aushebeln wollte; und es waren Angebote zurückgewiesen worden, die angesichts der nazistischen Gewaltherrschaft und zur Verhinderung des Krieges gewissenhafte Prüfung verdient hätten. Kommunisten hatten Sozialdemokraten als Sozialfaschisten verunglimpft. Sozialdemokraten hatten Faschismus und Bolschewismus als Brüder bezeichnet, um Kommunisten zu diffamieren. Solche gegenseitigen Bezeichnungen und zahlreiche Zusammenstöße waren noch längst nicht vernalbt. Und dennoch wollte beim Neubeginn im Frühjahr 1945 die Mehrzahl der Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam einen neuen Anfang wagen. Das erwarteten auch viele der Arbeiterbewegung zugehörnde oder zuneigende Parteilose von ihnen.

3. Die Idee und die Praxis eines breiten antifaschistischen Bündnisses und der

Einheit der Arbeiterklasse - repräsentiert in Einheitsgewerkschaften und einer Einheitspartei - besaß beim politischen Neubeginn im Jahre 1945 große Anziehungskraft. Das fand nicht zuletzt in sofortigen lokalen Zusammenschlüssen von Kommunisten und Sozialdemokraten seinen Ausdruck. Das in Berlin am 19. Juni 1945 zwischen dem Zentralkomitee der KPD und dem Zentralausschuß der SPD vereinbarte Aktionsabkommen wurde weithin begrüßt. Die für bestimmte Regionen und Orte - auch in den westlichen Besatzungszonen - in großer Zahl abgeschlossenen Aktionsgemeinschaften erhielten viel Zustimmung. Durch gemeinsames Handeln wurden überlebte Strukturen aufgebrochen und Grundlagen einer antifaschistischen Demokratie geschaffen. Die Argumentation, daß die zur leitenden Kraft des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus berufene Arbeiterklasse eine einheitliche Führung in Gestalt einer marxistischen Einheitspartei brauche, überzeugte viele. Die Erinnerung an den Siegeszug der in der Arbeiterbewegung konkurrenzlosen revolutionären deutschen Sozialdemokratie war noch lebendig. Allen, die der Arbeiterklasse die Mission zutrauten, Schöpfer der neuen, ausbeutungsfreien Gesellschaft zu werden, erschienen Einheitsorganisationen der Werktätigen als eine logische Konsequenz, die in der historischen Rolle dieser Klasse begründet lag.

Gleichwohl sind zeitgenössisch auch prinzipielle Einwände gegen einen auf solche Weise motivierten Zusammenschluß von Sozialdemokraten und Kommunisten vorgetragen worden, weil es sich um zwei unvereinbare politische Strömungen handle oder weil eine mehr gefühlsmäßig bejahte Einheit nicht dauerhaft tragfähig sei. In diesem Zusammenhang sind Warnungen ausgesprochen worden, die in der späteren Entwicklung der Einheitspartei ihre Bestätigung finden sollten, Warnungen vor einem überwiegend taktisch angelegten Bekenntnis der KPD-Führung zur Demokratie, Warnungen vor einer Auslieferung von Arbeiterorganisationen an die Siegermacht UdSSR.

1945/1946 standen alle Politiker stark im Banne der eben erlittenen und überlebten faschistischen Barbarei. Sie wollten die Zukunft grundlegend neu gestalten, wobei sie überwiegend zu einschneidenden Eingriffen in die ökonomischen und politischen Strukturen bereit waren. Doch entwickelten alle Richtungen ihre Politik vorwiegend in Rückgriffen auf Gesellschaftstheorien und Politikererfahrungen der vorfaschistischen Zeit. Sehr früh trat an die Stelle antifaschistischer Gemeinsamkeit neu-

belebter Parteiegoismus. Im Lager der Linken wirkte dies einem unvoreingenommenen Ausloten optimaler Strukturen und Bewegungsformen entgegen. Von den Verfechtern der Einheit und später von der DDR-Historiographie ist niemals ernsthaft erwogen worden, ob die Arbeiterklasse - wie immer sie definiert wird - tatsächlich eine solche Homogenität aufweist, daß die Einheitsorganisation zu allen Zeiten das ihr Naturgemäße ist. So blieb auch der sich in den antifaschistischen Ausschüssen offenbarende basisdemokratische Impuls ungenutzt. Chancen des Handelns in pluralistischen Strukturen bei Bündelung der Kräfte in der Hauptrichtung der Bewegung und durch gemeinsame Aktionen von Fall zu Fall sind von keiner Seite ernsthaft geprüft und erprobt worden. Es bedurfte wohl der Erfahrungen mit den in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre entstandenen Einheitsparteien, um am Ausgang unseres Jahrhunderts die Frage nach Einheit und Vielfalt linker Kräfte auf neue Weise zu stellen.

**4.** Stand 1945/1946 in Deutschland eine Entscheidung über Einheit oder Spaltung der Arbeiterbewegung auf der Tagesordnung, so gab es hingegen kein freies Spiel der Kräfte, um diese Entscheidung uneingeschränkt demokratisch und in gesamtnationalem Maßstabe herbeizuführen. Die Tatsache, daß Deutschland ein besiegtes und besetztes Land war, in dem die oberste Regierungsgewalt bei den Besatzungsmächten lag, hat jegliches politisches Handeln in jeder Region bestimmend beeinflußt. Bei einer das politische Kräfteverhältnis so nachhaltig verändernden Frage wie Einheit oder Spaltung der Arbeiterbewegung war und ist Neutralität der Besatzungsmächte undenkbar.

**4.1.** Die westlichen Militärregierungen hatten - ungeachtet mancher gegenläufiger Tatsachen - nie Zweifel aufkommen lassen, daß eine linke Hegemonie in Nachkriegsdeutschland ihren Interessen widersprach und zu verhindern war. Demgemäß griffen sie in die Formierung der antifaschistischen Bewegung und der Arbeiterorganisationen restriktiv ein. Da die Einheitsbestrebungen in den Westzonen außerhalb der KPD schon Ende 1945 - nicht ohne Zutun der Besatzungsmächte - wieder abebbten, läßt sich nicht ermesen, ob diese Besatzungspolitik eine unüberwindliche Barriere darstellte. Die Militärregierungen gerieten nicht in die Lage, die Gründung einer Einheitspartei auch um den Preis absoluten Verlustes an demokratischem Image mit militärisch-diktatorischen Mitteln zu unterbinden, sondern vermochten mit überwiegend dirigistischen Methoden und durch die Favorisierung ihnen genehmer Politiker

ihre Besatzungsziele durchzusetzen. Ein chancengleiches Agieren der politischen Kräfte hat in den Westzonen keineswegs stattgefunden.

**4.2.** Die sowjetische Besatzungsmacht hatte in der KPD ihre wichtigste Stütze und den deutschen Vollstrecker ihrer Besatzungsziele gesehen und nicht gezögert, diese Partei in eine exponierte Stellung zu bringen. Anhand der Erfahrungen in osteuropäischen Ländern, spätestens nach den Wahlergebnissen in Österreich und Ungarn, aber auch angesichts des Zustroms zur Sozialdemokratie in der sowjetischen Besatzungszone mußte ihr klar geworden sein, daß die Kommunisten über keinen ausreichenden Einfluß verfügten, um die sowjetische Deutschlandpolitik hinreichend abzustützen, daß es dazu der Einbindung des sozialdemokratischen Potentials bedurfte. Über eine auf die Sowjetunion orientierte und unter sowjetischem Einfluß stehende Einheitspartei sollte dies erreicht werden. War das Verhalten der UdSSR und ihrer Besatzungsorgane in Deutschland vorwiegend macht- und sicherheitspolitisch bestimmt, so verstanden sich zahlreiche Mitarbeiter der SMAD zugleich als Vertreter der Arbeiterbewegung. Deshalb standen neben der administrativen, mitunter repressiven, Vorgehensweise der Besatzungsmacht zugleich die historisch-theoretische Argumentation und der politisch-moralische Appell. Dies wurde dadurch begünstigt, daß sich die UdSSR als Sieger über den Faschismus damals auf dem Höhepunkt ihres internationalen Ansehens befand. Auch der Zentralauschuß der SPD, auch Vertreter der noch im Exil weilenden kommunistischen Opposition sahen ungeachtet mancher Vorbehalte in der Sowjetunion die Schutzmacht für eine sozialistische Entwicklung in Europa.

In ihrer Besatzungszone griff die UdSSR mit jener Rigorosität, mit der sie ihre Ziele generell verfolgte, auch in die Auseinandersetzungen um die Vereinigung von KPD und SPD ein, so daß eine Option gegen die Einheitspartei zugleich zum Affront gegen die Besatzungsmacht wurde. Dies schuf ein politisches Klima, in dem schwer auszumachen ist, wo für das Individuum die freie Entscheidung für die Einheitspartei aufhörte, und wo Anpassung oder Gehorsam begonnen haben, wo die Zustimmung zur Einheitspartei trotz, oder wo sie wegen dieser Begleiterscheinungen erfolgt ist, wo sie als Unterwürfigkeit empfunden, oder wo sie als Weg zu Gewinnung von größerer Handlungsfreiheit verstanden wurde. Für die Gesellschaft war die Besatzungspolitik allgegenwärtig, für den einzelnen Kommunisten, Sozialdemokraten oder Parteilosen blieb

durchaus Spielraum, sich als Mitglied in die Einheitspartei einzureihen oder ihr fernzubleiben beziehungsweise sich von ihr wieder zu lösen.

**4.3.** Die KPD hatte sich bei Wiederzulassung der politischen Parteien für die Sammlung der Kräfte in den vertrauten Organisationen und für die Aktions-einheit von KPD und SPD ausgesprochen. Doch bereits im Herbst 1945 ging von ihr die Initiative für einen Zusammenschluß beider Arbeiterparteien aus, wie sie überhaupt als Initiator und Organisator des Neuaufbaus und der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Erscheinung trat. Durch die KPD in erster Linie erfolgten die politischen Mobilisierungen im Vereinigungsprozeß. Ihr Engagement für die Einheitspartei begründete die KPD von der marxistischen Theorie her und aus den Traditionen der Arbeiterbewegung heraus mit der besonderen Verantwortung der Arbeiterklasse für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau und für eine sozialistische Perspektive Deutschlands, mit den Erfolgen von einigen Monaten Aktionseinheit sowie mit Warnungen vor den Gefahren eines Wiederauflebens der Reaktion, die sowohl die antifaschistische Demokratie als auch die nationale Einheit bedrohte. Zugleich reagierte sie auf zunehmenden Einfluß und wachsendes Selbstbewußtsein einer SPD, die nun wiederholt gegenüber den Kommunisten auf Distanz ging. Die öffentlich vorgetragenen Argumente der KPD verdeckten manche taktischen und machtpolitischen Kalküle ihrer Führung. Ihre Wirkung verfehlten sie auf breite Kreise der Werktätigen indes nicht, denn sie waren in vieler Hinsicht aus realen historischen und zeitgenössisch-aktuellen Erfahrungen geschöpft.

Belastungen und Beschädigungen der ursprünglich überwiegend positiv aufgenommenen Idee und Praxis der Einheit erwachsen aus drei Elementen kommunistischer Politik, wenngleich diese oft erst Jahre später in vollem Umfange deutlich wurden. *Erstens* war die KPD aus den Traditionen der Komintern heraus in einem Maße auf die KPdSU(B), auf die UdSSR und mithin auch auf die sowjetische Besatzungspolitik fixiert, daß sie nicht wahrhaben konnte und wollte, wie sehr das Handeln des „ersten sozialistischen Staates der Welt“ von russischen Großmachtinteressen bestimmt war. Für die Führung der KPD erschien es nicht vorstellbar, bei unvermeidlichen Interessenkonflikten originäre Anliegen der deutschen Werktätigen gegenüber der Besatzungsmacht offen und aktionsorientiert zu vertreten. Auch in bezug auf die Einheitspartei versicherte sie sich bei allen



wesentlichen Schritten der Billigung durch die sowjetische Partei- und Staatsführung. *Zweitens* hatte die KPD in ihrer Spitze und in ihrer Mehrheit trotz verheißungsvoller Vorsätze und Anläufe kein durchgreifend und dauerhaft erneuertes Verhältnis zur Demokratie gefunden, zur Demokratie als Grundwert, unabdingbar für den Sozialismus und auch innerhalb der eigenen Organisation. Zwar sind ihr Bemühungen nicht abzuspüren, wie sie in dem Konzept von einem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus kulminierten, doch wurde die Partei schließlich und endlich immer wieder von der eigenen Vergangenheit eingeholt. Darunter litt auch die Konsensfähigkeit in der Bündnispolitik. Viele Kommunisten sahen sich als Vertreter einer historisch legitimierten Vorhut und akzeptierten die Sozialdemokraten nicht als gleichwertige Partner. *Drittens* lasteten auf der Führung der KPD die Stalinischen Repressalien, denen auch zahlreiche deutsche Antifaschisten zum Opfer gefallen waren. Dies war ein wesentlicher - von kommunistischer Seite allerdings nie eingestandener - Grund, weshalb ihre Einheitsfrontangebote auch nach 1933 überwiegend auf Ablehnung gestoßen waren. Selbst wenn die KPD-Führung gewollt hätte, so bestand allerdings gerade 1945/1946 die geringste Chance, dieses trübe Kapitel in der Geschichte der kommunistischen Bewegung zu bereinigen. Denn die Alliierten hatten jegliche Kritik an jedweder Siegermacht verboten, und die Präsenz der Stalin verpflichteten sowjetischen Apparate in Ostdeutschland schloß bereits ein Benennen, geschweige denn eine Anklage stalinistischer Verbrechen absolut aus. Das mußte sich für die Einheitspartei als schwere Hypothek erweisen.

**4.4.** Die SPD hatte ebenfalls allen Grund zu selbstkritischer Aufarbeitung ihres seit 1914 zurückgelegten Weges. Die Burgfriedenspolitik während des Ersten Weltkrieges, die unausgeschöpften Möglichkeiten der Novemberrevolution und die Demokratie-Defizite der Weimarer Republik waren von ihr wesentlich mitzuverantworten. Das waren jedoch für ihre Führungskräfte im ersten Nachkriegsjahr kaum Themen. Zu dem Zeitpunkt, als das Einheitsparteiprojekt praktisch wurde, war die deutsche Sozialdemokratie de facto bereits nach Besatzungszonen aufgespalten, mit zwei Führungszentren: dem Zentralausschuß in Berlin und dem Büro der Westzonen in Hannover. Wesentlicher Dissenspunkt zwischen beiden war die Stellung zu den Kommunisten und zur Einheitspartei der Arbeiterklasse - schroff und unflexibel ablehnend das Büro der Westzonen und die sich vor allem in den Berliner Westsektoren or-

ganisierende Opposition; prinzipiell bejahend, aber Vorbedingungen stellend, zeitweise manövrierend und bremsend die Mehrheit des Berliner Zentralausschusses. Während sich in der Sozialdemokratie der Westzonen der gegen die Einheitsbestrebungen gerichtete Kurs durchsetzte, hielt der Zentralausschuß der SPD als Führung der ostdeutschen Sozialdemokraten trotz mancher Vorbehalte prinzipiell am Kurs auf die Einheitspartei fest. Die Folge war, daß die Entscheidungen über Programm, Politik und Organisation der Einheitspartei, über den Vollzug der Vereinigung nicht im Rahmen des in ganz Deutschland vorhandenen politischen Kräfteverhältnisses fielen, sondern einerseits unter den kommunistisch-dominierten Bedingungen der sowjetischen Besatzungszone und andererseits unter den konfliktgeladenen Verhältnissen und Rivalitäten der Viersektoren-Stadt Berlin. Damit war die Möglichkeit vergeben, mit und innerhalb einer gesamtdeutschen vereinigten Partei der Arbeiterklasse das sozialdemokratische Potential seiner Bedeutung und seinem Einfluß entsprechend zur Geltung zu bringen. Da in der Sozialdemokratie eine selbstkritische Bestandsaufnahme der eigenen Politik zwischen 1914 und 1945 unterblieb, standen nachdenkliche Sozialdemokraten vor der Alternative: Rückkehr in die alten Geleise oder Neubeginn mit einer Einheitspartei, selbst wenn diese kommunistisch dominiert war.

Es fällt auf, daß das Einheitsparteiprojekt in der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin von sozialdemokratischen Gegnern einer Fusion nur selten frontal angegriffenen worden ist. Einer Debatte über die im Entwurf der Grundsätze und Ziele der SED enthaltene Programmatik und die im Entwurf des Parteistatuts niedergelegten Organisationsprinzipien der Einheitspartei haben sie sich kaum gestellt. Vielmehr nahmen sie überwiegend Anstoß am Zeitpunkt, am Tempo, an den Konditionen des Zusammenschlusses. Dies ist ein Indiz dafür, daß die Idee der Einheit auch unter Sozialdemokraten im Grundsätzlichen zahlreiche Anhänger hatte.

**4.5.** Kaum zum Zuge kamen die zwischen KPD und SPD angesiedelten kritischen Potentiale der Arbeiterbewegung, wie sie sich in der KPD(Opposition), in der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), im Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) oder anderen Gruppierungen organisiert hatten. Obwohl Vertreter dieser Richtungen in den Mitte 1945 auf lokaler Ebene entstandenen Einheitsorganisationen oder beim Zustandekommen von Aktionsausschüssen oft eine herausragende Rolle gespielt hatten, wurden sie

bald von den Stammparteien SPD und KPD aufgesogen. Eine durch die Besatzungsmächte gesteuerte Parteilizenzierung trug dazu das ihre bei. Der produktive, ausgleichende Impuls für eine Einheitspartei, wie er gerade von diesen Kräften erhofft werden durfte, kam nicht zum Tragen. Im Gegenteil, schon bald setzte in der SED nicht nur die Ausgrenzung, sondern auch die Verfolgung von tatsächlichen oder vermeintlichen Vertretern dieser Gruppierungen ein. In der SPD blieb diesen Arbeiterfunktionären meist nur die Wahl zwischen Resignation oder Kollision.

**5.** In die Auseinandersetzungen um die Einheitspartei waren Hunderttausende Männer, Frauen und Jugendliche unmittelbar - wenngleich mehr oder weniger intensiv - einbezogen. Natürlich waren in beiden Parteien langgediente Funktionäre tonangebend. Doch schon zur Jahreswende 1945/1946 bestanden in der sowjetischen Besatzungszone KPD wie SPD in der übergroßen Mehrzahl aus Mitgliedern, die sich erst nach 1945 einer politischen Partei angeschlossen hatten. Das gilt allerdings weit mehr für die KPD als für die SPD, die in ihrem Bestand ein höheres Maß an Kontinuität verkörperte. Für die Masse der künftigen Mitglieder der Einheitspartei war mithin eine Option für den Zusammenschluß von KPD und SPD nicht oder nur bedingt mit Erhalt oder Preisgabe einer kommunistischen beziehungsweise einer sozialdemokratischen Identität verbunden.

Deshalb finden wir unter den am Zusammenschluß von KPD und SPD beteiligten Menschen die unterschiedlichsten Verhaltensweisen oder Betroffenheiten: freudig überzeugtes, durch Klassenbewußtsein bestimmtes Engagement für die Einheitspartei; rational abwägendes, politisch-motiviertes Bejahen dieser Vereinigung; Mittläufertum im Vertrauen auf die Entscheidungen der Führungen; Zweifel, aber auch das Verdrängen von Zweifeln, opportunistisches Einschwenken in einen für unvermeidlich gehaltenen Gang der Ereignisse; Widerstand gegen eine für verfrüht oder für verfehlt gehaltene Fusion, aber auch die Aufgabe dieses Widerstandes angesichts massiver ideologischer Umwerbungen oder auch unter politischem Druck; abgetrozzte Teilnahme an der Einheitspartei durch indirekte oder direkte Einschüchterungen wie auch durch korrumpierende Versprechungen; das Ausschalten von Einheitsgegnern, was für manche Betroffene ein schlimmes Schicksal bedeutete. Über zuverlässige Erkenntnisse, in welchen quantitativen Proportionen diese Verhaltensweisen und Betroffenheiten zueinander stehen, verfügen wir indes nicht.

6. Viele Diskussionen um Freiwilligkeit oder Zwang beim Zustandekommen der Einheitspartei wären hinfällig, wenn dem Zusammenschluß von KPD und SPD ein Votum der Gesamtmitgliedschaft vorausgegangen wäre. Eine Urabstimmung war im Frühjahr 1946 nicht nur in Berlin, sondern auch in verschiedenen Städten der sowjetischen Besatzungszone - mitunter auch von Mitgliedern der KPD - gefordert worden. Doch widersprach der eingeschlagene Weg der Entscheidung durch Delegierte auf Konferenzen und Parteitag keineswegs den Traditionen der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland; auch die Parteifusionen Jahres 1990 sind nicht über Urabstimmungen erfolgt.

Das Standardbeispiel Berliner Urabstimmung reicht nicht aus, um die Frage nach Zwang oder Freiwilligkeit beim Zustandekommen der SED überzeugend zu entscheiden. Denn in Berlin bestand eine spezifische, mit anderen Regionen nicht gleichsetzbare politische Situation. Die Daten dieser Abstimmung verlieren an Beweiskraft als überragendes Votum gegen die Einheitspartei, wenn sie nicht lediglich auf die Abstimmungsteilnehmer, sondern auf die Gesamtzahl der Mitglieder der SPD in den Berliner Westsektoren oder gar auf die Gesamtzahl der Berliner Sozialdemokraten bezogen werden. Die Frage „Bist Du für den sofortigen Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien?“ verneinten bei der Urabstimmung vom 31. März 1946 zwar 82,3 Prozent der Abstimmungsteilnehmer, doch repräsentierten diese nur 47,7 Prozent der SPD-Mitglieder der Berliner Westsektoren und 28,6 Prozent der SPD-Mitglieder Groß-Berlins. Demgegenüber wurde die Frage „Bist Du für ein Bündnis beider Arbeiterparteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt?“ nur von 24,8 Prozent der Abstimmungsteilnehmer verneint, die 14,4 Prozent der SPD-Mitglieder der Berliner Westsektoren und 8,6 Prozent der SPD-Mitglieder Groß-Berlins ausmachten. Was die Ergebnisse der Urabstimmung unanfechtbar belegen, ist erstens die Tatsache, daß in Berlin große Teile der Sozialdemokraten dem Zentralausschuß die Gefolgschaft aufgekündigt hatten und den von ihm eingeschlagenen Weg in die Einheitspartei nicht mitgehen wollten. Zweitens weisen sie aus, daß selbst diese Sozialdemokraten mehrheitlich eine Neuauflage des „Bruderkampfes“ zwischen SPD und KPD ablehnten und ein Zusammengehen beider Parteien erwarteten. Das Votum für Gemeinsamkeit trotz vorhandener Differenzen ist von den Initiatoren der Urabstimmung zu keiner Zeit als Richtschnur politischen Handelns respektiert worden.

7. Da die einfachen Mitglieder von KPD und SPD weit weniger als Parteigremien und Funktionäre ihre Spur in Akten, Zeitungen und Büchern gezogen haben, und da niemand in der Lage ist, die individuellen Stimmungen und Entscheidungen der Akteure des Jahres 1946 im nachhinein zuverlässig hochzurechnen, sind über das Verhalten der SED-Mitglieder der ersten Stunde nur annähernde Aussagen möglich.

Es dürfte der Wahrheit am nächsten kommen und dem politischen Klima in Deutschland am dienlichsten sein, wenn aus den vielfältigen und widersprüchlichen Tatsachen, von denen die Gründung der SED begleitet war, gefolgert wird:

Eine Minderheit trat überzeugt und engagiert für die Einheitspartei ein. Eine Minderheit, die sich vor allem aus langjährigen Sozialdemokraten rekrutierte, hatte erhebliche Vorbehalte oder war strikt gegen einen Zusammenschluß mit der KPD. Die Mehrheit war bereit, ihren Führungen zu vertrauen, zumal das Einheitsparteiprojekt auf sie eine solche Anziehungskraft ausübte, daß Bedenken vielfach in den Hintergrund traten. Die Programmatik wie das Parteistatut der SED trugen diesem Gründungskonsens in beachtlichem Maße Rechnung, die Parität bei der Besetzung der Parteifunktionen wirkte vertrauensstiftend, wengleich in der Realität eine kommunistische Dominanz von Anfang an nicht zu übersehen war.

8. Es hat beim Zusammenschluß von KPD und SPD zweifellos Zwänge gegeben. Die Befürworter der Einheit haben den „Irrweg“ der Deutschen in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, die Notwendigkeit einer grundlegenden Wende deutscher Geschichte sowie die organisatorische Zusammenfassung aller linken Kräfte für den demokratischen Neuaufbau und für eine sozialistische Perspektive als gebieterischen objektiven Zwang empfunden. Sie wollten unbedingt die Spaltung der Arbeiterbewegung beenden - und sei es mit einer massiven, in mancher Hinsicht fragwürdigen Kampagne für die Einheitspartei. Der Zusammenschluß von KPD und SPD war mit einer intensiven politischen, organisatorischen und ideologischen Mobilisierung verbunden, vollzog sich in hohem Tempo und bot in der sowjetischen Besatzungszone Befürwortern und Gegnern der Fusion keine Chancengleichheit. Nach allem, was in Deutschland vorher an reaktionären Taten geschaffen worden war, was sie an Krieg und Massenmord, an Not und Elend erlebt hatten, konnten viele Anhänger der Einheitspartei darin nichts Schlimmes erblicken.

Gegner der Vereinigung standen unter Druck. Auch manche Befürworter der Einheitspartei hätten lieber andere Abläufe und Fristen vorgezogen. Die Führung der KPD und auch zahlreiche kommunistische Funktionäre vor Ort hatten keine Bedenken, sich der bevorzugten Stellung zu bedienen, die ihnen von der Besatzungsmacht eingeräumt worden war - bei der Besetzung von Funktionen, in der materiellen Ausstattung der politischen Arbeit, bei der Isolierung oder Diffamierung politischer Gegner. Auch die Mehrheit des Zentralausschusses der SPD ging, nachdem sie sich für die SED entschieden hatte, mit - allerdings wenig wirkungsvollen - Ausschlüssen gegen die Opposition vor.

Durch die sowjetische Besatzungsmacht kam ein breitgefächertes Instrumentarium zum Einsatz: Umwerben von Sozialdemokraten, Appelle an ihr Klassenbewußtsein, Berufungen auf die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, demonstratives Verhalten der Erwartungen der Besatzungsmacht, Versammlungsverbote, Zensur der Presse, Vorladungen bei den Besatzungsbehörden, Ablösung einzelner Funktionäre, Androhung von Gewaltmaßnahmen. Es kam zu Inhaftierungen und Aburteilung durch Militärgerichte. Die schlimmsten Repressionen setzten in den folgenden Jahren ein und hingen nicht monokausal mit der SED-Gründung zusammen. Überwiegend als Maßnahmen im Kalten Krieg begründet, trafen sie in vielen Fällen Arbeiterfunktionäre, häufig Sozialdemokraten, jedoch auch Westemigranten der KPD und Vertreter oppositioneller kommunistischer Gruppierungen, der SAP und anderer Organisationen. Zunehmend waren später auch die Zentrale Parteikontrollkommission der SED sowie Organe der DDR beziehungsweise deren Vorläufer an derartigen Verfolgungen beteiligt.

Zwängen waren auch die Vorkämpfer einer Einheitspartei in den Westzonen ausgesetzt. Die dortige SPD-Führung drohte ihnen mit Ausschluß. Von den Besatzungsmächten wurden sie mit vielfältigen Ausgrenzungen und repressiven Maßnahmen belegt. Hier reichte das Instrumentarium von Benachteiligungen beim Zulassen von Parteien und Gewerkschaften, bei der Lizenzierung und Zensurierung der Presse über die Bevorzugung politisch genehmer Personen für die deutschen Auftragsverwaltungen und Länderregierungen bis hin zu direkten Einmischungen in Angelegenheiten der deutschen Arbeiterbewegung. Organisationskomitees der SED wurden verboten. In den Westzonen ansässige Mitglieder des Parteivorstandes der SED wurden aufgefordert, ihre Funktion

niederzulegen oder ihren Wohnsitz zu wechseln. Es kam zu Verhaftungen vor allem kommunistischer Funktionäre. Bereits im April 1948 wurde ein Verbot der KPD erwochen.

Angesichts der Vielfalt und Widersprüchlichkeit der Vorgänge um den Zusammenschluß von KPD und SPD sind jegliche vereinfachenden, zu parteiisch aufgeladenen Kurzformeln geronnenen Wertungen abzulehnen. Mögen sie „Erfüllung der Sehnsucht aller Werktätigen“ oder „Zwangsvereinigung“ lauten.

**9.** Trotz schwerwiegender negativer Begleitumstände des Zustandekommens der SED trug die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zunächst überwiegend den Charakter einer linken sozialistischen Volkspartei. Sie zählte zum Zeitpunkt ihrer Gründung in Ostdeutschland knapp 1,3 Millionen Mitglieder, die annähernd zu gleichen Teilen über die KPD und über die SPD in die Einheitspartei gelangt waren. Im ersten Jahr ihres Bestehens schlossen sich dieser Partei täglich im Schnitt 1200 Männer, Frauen und Jugendliche an. 1947 gehörte in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone jeder 4. Industriearbeiter, jeder 3. Angestellte, jeder 16. Land- und Forstarbeiter, jeder 10. Bauer, jeder 7. Handwerker und Gewerbetreibende, jeder 7. Ingenieur oder Techniker und jeder 3. Lehrer der SED an. Die zahlenmäßige Stärke und das von der SED 1946 erzielte Wahlergebnis zeugen von einer beträchtlichen Akzeptanz dieser Partei.

Das Gegenwartsprogramm der SED enthielt antifaschistisch-demokratische Forderungen, in denen Kommunisten und Sozialdemokraten von Anfang an in hohem Maße übereingestimmt hatten und die im Osten Deutschlands bereits in beträchtlichem Maße verwirklicht waren. Ihre knappgehaltenen programmatischen Aussagen über den Sozialismus wiesen große Verwandtschaft zum Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie von 1891 auf und orientierten auf einen deutschen Weg zum Sozialismus. Dem Parteistatut nach war die SED eine demokratisch strukturierte Partei, die allen nichtnazistischen Werktätigen offenstand, in der Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse von unten nach oben zumindest statuarisch möglich waren. Die Partei kannte keine Kandidatenzeit, keine Parteiüberprüfungen und -säuberungen, keine Kontrollkommissionen, kein Politbüro und keinen Generalsekretär. Die zugesicherte Parität von Kommunisten und Sozialdemokraten in der Besetzung aller Wahlfunktionen und Parteiämter war weitgehend gewährleistet.

Gleichwohl wurden in der SED auf nahezu allen Ebenen Funktionäre tonangebend, die ihre politische Prägung durch die Komintern erfahren hatten. Deren Dominanz erwuchs vor allem aus ihrer enormen politischen Energie, aus ihrem Umgang mit politischen Apparaten, besonders auf dem Felde der Kaderpolitik, aus ihrer Nähe zur sowjetischen Besatzungsmacht. Zugleich lassen sich in der Geschichte der SED, besonders an Schnittpunkten politischer Auseinandersetzungen, immer auch das Wirken oder der Nachhall einer von sozialdemokratischen Traditionen gespeisten politischen Praxis wie auch von demokratisch-kommunistischen Traditionen ausmachen, wie sie im Lebenswerk Rosa Luxemburgs ihren reifsten Ausdruck gefunden hatten.

Die 1948 im Zeichen des Kalten Krieges forciert einsetzende Ausrichtung der SED nach dem Vorbild der stalinistischen KPdSU(B) war zwar zu einem gewissen Grade durch die Schlüsselpositionen von Kominternfunktionären und Sowjetemigranten in der SED vorbereitet und vorbestimmt, nichtsdestoweniger markierte sie einen unübersehbaren Bruch in der Entwicklung der Einheitspartei. Die SED nahm eine Art Doppelcharakter als Massenpartei und Kaderpartei neuen Typs an. Dieser Widerspruch begleitete die SED in ihrer weiteren Existenz. Ohne ein kritisches Potential gegenüber der Politbürokratie der DDR in der SED selbst wäre deren Sturz im Jahre 1989 auf friedliche Weise nicht möglich gewesen.

**10.** Die im April 1946 vollzogene Gründung der SED hat die bis dahin im wesentlichen übereinstimmende Parteienlandschaft in Deutschland gravierend verändert und polarisiert. Das wurde und wird oft als erster Schritt der Zerreißung Deutschlands hingestellt. Im Bewußtsein der Gründer dieser Partei war er das nicht. Der Sache nach handelte es sich um *eine* jener zahlreichen in West wie in Ost damals geschaffenen Tatsachen gegensätzlicher Entwicklung. Geführt von der SED sollten im Osten Deutschlands gesellschaftliche Veränderungen erreicht werden, die auf ganz Deutschland ausstrahlten. Die Einheitspartei sollte in der sowjetischen Besatzungszone zwar ihren Ausgangspunkt, nicht aber ihren Endpunkt haben, sie wollte auf den deutschen Westen übergreifen.

Ein Friedensvertrag mit Deutschland, eine Aufhebung oder Zurücknahme der Besatzungszonen, Bewegungsfreiheit für alle Parteien in ganz Deutschland hätten die SED nicht nur mit ganz anderen Bedingungen ihres Wirkens konfrontiert und in neue politische Konkur-

renzsituationen gebracht, sondern auch ihre innere Entwicklung nachhaltig beeinflusst. 1947 zeichnete sich im Umfeld der Moskauer Außenministerkonferenz die Möglichkeit der Zulassung gesamtdeutscher Parteien ab, was auch für die SPD neue Betätigungsmöglichkeiten in der sowjetischen Besatzungszone erschlossen hätte. Das Scheitern solcher Bestrebungen kann nicht primär der SED angelastet werden; denn diese war damals für eine gesamtdeutsche Verfassungsdebatte, für gesamtdeutsche Parteien und für eine gesamtdeutsche Repräsentanz gegenüber den Siegermächten. Es war Kurt Schumacher, der eine erforderliche sozialdemokratische Initiative strikt ablehnte.

Die 1946 gegründete SED nahm ihren Weg in einem der Lager des Kalten Krieges. Von den ursprünglichen Intentionen einer sozialistischen Einheitspartei ging in diesem Feld politisch-militärischer Hochspannung das Beste verloren.

\* \* \*

Die Historische Kommission der PDS sieht mit Besorgnis, daß der Anschluß- und Vereinigungsprozeß auf deutschem Boden mit einer Rückkehr zu simplen, emotional aufgeladenen Bildern des Kalten Krieges verbunden ist. Denn vor einem Jahrzehnt waren Historiker in Ost und West bereits einmal soweit aufeinander zugegangen, daß die einen die mit dem Zusammenschluß von KPD und SPD verbundenen Konflikte stärker wahrnahmen, und die anderen den verbreiteten Drang zur Einheit nicht mehr generell in Abrede stellten. Die Umkehr dieses Trends läßt sich nur damit erklären, daß die Bewertung der historischen Ereignisse des Jahres 1946 erneut politisch besetzt worden ist. Sie wird als Karte im tagespolitischen Konkurrenzkampf der Parteien und im Ringen um Wählerstimmen ausgespielt. Letztlich soll selbst der Gedanke an mögliche Alternativen zu dem im deutschen Westen beschrittenen Weg gebrandmarkt werden. Solcher Umgang mit Geschichte aber steht nicht nur der Suche nach historischer Wahrheit entgegen, sondern auch einer Verständigung der Deutschen in Ost und West.

Die Historische Kommission der PDS warnt davor, sich in historischen Fragen - von wem und unter welchem Vorwand auch immer - Ultimaten stellen zu lassen. Tatsachen zu erhellen und zu bewerten, ist Sache historischer Forschung. Sich ein Urteil zu bilden, ist das Recht jedes Parteimitgliedes und jedes Bürgers dieses Landes. Unakzeptabel ist es hingegen, Entscheidungen über politisches Vorgehen, über Bündnisse

oder Koalitionen von Be- oder Verurteilungen historischer Vorgänge abhängig zu machen, die ein halbes Jahrhundert zurückliegen. Dies beschädigt sowohl das politische Profil und die Glaubwürdigkeit derjenigen, die solche Ansinnen stellen, als auch derjenigen, die auf solche Ansinnen eingehen. Dies kann weder im Interesse eines fortwirkenden produktiven Umgangs mit Geschichte liegen noch der politischen Kultur in diesem Lande dienlich sein. Zudem bleibt bei solchen Ansinnen in der Regel unberücksichtigt, daß negative Erscheinungen im Werden und Wachsen der SED auch von zahlreichen früheren Sozialdemokraten mitzuverantworten sind.

Die Historische Kommission der PDS empfiehlt allen Mitgliedern und Sympathisanten der Partei des Demokratischen Sozialismus, allen historisch und politisch

interessierten Bürgern einen verantwortungsbewußt kritischen Umgang mit der Geschichte im allgemeinen und der Geschichte des Zusammenschlusses von KPD und SPD im besonderen. Das ist weder aus der bloßen Erinnerung heraus noch ausschließlich anhand der schriftlichen Überlieferungen möglich. Sollten die Zeitgenossen die in den letzten Jahren erstmals veröffentlichten authentischen Quellen zur Kenntnis nehmen, so die Nachgeborenen die Motivationen und Entscheidungen der damaligen Akteure ernstnehmen. Noch gibt es Möglichkeiten, mit Hilfe von Zeitzeugen so manches Ereignis, so manche Person der Vergessenheit zu entreißen und uns der Vielfalt des Geschehens weiter anzunähern. Nutzen wir sie!

Wir haben alle die erfreulichen wie die unbequemen und beschämenden histo-

rischen Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen. Wir dürfen nichts beschönigen, aber wir brauchen auch einem antikommunistischen und antisozialistischen Zeitgeist keinen Tribut zu zollen. Jeder sollte sich über eigenes Mittun und eigene Verantwortung klar werden. Es gilt offen zu sein für die Sichtweisen aller, denen die Zukunft der Linken am Herzen liegt, aber jene zurückzuweisen, die uns in die ideologischen Schützengräben des Kalten Krieges zurückzerren möchten. Auch in der Auseinandersetzung mit Geschichte richten wir den Blick nach vorn.

*(Diese Erklärung wurde von Prof. Dr. Günter Benser entworfen, in der Historischen Kommission der PDS am 30.9.1995 erörtert, vom Sprecherrat der Historischen Kommission der PDS am 13.11.1995 verabschiedet und der Öffentlichkeit am 11.12.1995 übergeben.)* □

## Dokument 66

Feindbilder sind ausgesprochen klebrig. SPD und PDS – Mitglieder begleiten den Dialogkurs ihrer Parteien kritisch. Das hat auch mit ihrer Geschichte zu tun.

Ein Gespräch mit Rolf Reissig.

In: »Freitag« vom 22. Dezember 1995

**F**REITAG: Sie sind eine »geübte« Dialogfigur, haben 1987 die später so umstrittenen Gespräche zwischen SED und SPD mit geführt und das »Dialogpapier« mit erarbeitet. Nach der Wende wurde dieses Dokument als Versuch einer Anbiederung der SPD an die SED, als Zeichen für politische Naivität interpretiert, das zeigt, wie wenig Gespür für die tatsächliche Entwicklung in der SPD da war.

ROLF REISSIG: Das ist doch Unsinn. Keine Partei hatte damals das, was mit Gespür gemeint ist. Auch die CDU nicht. Es war ganz einfach so, daß nach 70 Jahren Spaltung zum ersten Mal Sozialdemokraten und Sozialisten/Kommunisten ein gemeinsames Papier erarbeitet haben, das in Ost und West Furore machte. Die Parteienkontakte waren übrigens eine Idee von Willy Brandt, nicht etwa von Honecker. Wo es bis dato immer nur Blockierungen gab, wollten wir in der Grundwertekommission das Gespräch führen. Auch als Antwort auf die sich zuspitzende Rüstungsspirale Ost / West, das soll nicht außer Acht gelassen werden. Aber auch als Versuch, der ständigen Produktion von Feindbildern, die als die Folge des Konflikts galten, etwas entgegenzusetzen, zum Beispiel die umgekehrte Sicht: Feindbilder vor allem als Ursache von Konflikten, Abgrenzung.

Ich sage das, ohne die sozio-ökonomische Seite etwa zu negieren. Zweiter Ausgangspunkt: Abbau der Spannungen durch eine neue Entspannungsphase. Dafür schien uns notwendig zu bestimmen, was beide trennt, beide Systeme, aber auch diese beiden Parteien. Ideologisch, weltanschaulich, kulturell, und dies zum Gegenstand von Dialog und Diskussion zu machen. Das war ein anderer Einstieg: Wir redeten über Menschenrechte, über Marxismus auf der einen Seite und die Konzeptionen Bernsteins auf der anderen. Es ging um einen neuen kulturellen Kodex von Ost-West-Beziehungen, um eine neue Streitkultur zwischen den Systemen, aber vor allem in den Gesellschaften. Dieser damals gefundene neue Denkansatz ist ja heute wieder aktuell.

*Der Systemstreit ist inzwischen weggefallen, der innergesellschaftliche setzt sich fort. Zwischen den Nachfolgern der damaligen Parteien aber auch zwischen diesen Parteien und CDU / CSU.*

Damals haben die Konservativen im Westen wie im Osten gegen dieses Papier gewettert. Der SPD wurde Kugelrei vorgeworfen, Preisgabe des demokratischen Konsens, von denen, die gleichzeitig mit Mittag und Schalck verhandelten, mit der SED, und da ging es nicht um eine neue Kultur von Beziehungen. Damals hat sich die SPD dagegen offensiv zur Wehr gesetzt, ist nicht in die Defensive geraten. Eine Lehre für heute. Nur wenn man den Knüppel als Knüppel erkennt, kann man ihn parieren. Überzeugt von der Notwendigkeit einer solchen Politik und im Bewußtsein eigener Identität schafft man politische Handlungsräume. Der Einbruch der SPD in dieser Frage kam erst 89/90, als die CDU diesen Knüppel wieder rausholte und heftig benutzte. Da ist die SPD – natürlich geschockt durch den plötzlichen Zusammenbruch des Realsozialismus – eingeknickt, wurde defensiv, fügte sich in ein von den Konservativen, die die Gunst der Stunde nutzten, vorgegebenes Konzept. Das will Lafontaine jetzt im Interesse der SPD, zum Nutzen der SPD und nicht aus Liebe zur PDS, durchbrechen.

*Ist der Dialog heute überhaupt so etwas wie eine Fortsetzung des damaligen Dialogs?*

Darauf antworten beide Seiten mit Nein. Überhaupt ist dieses Papier parteipolitisch eher blockierend als inspirierend. Weil, wie die SPD sagt, die SED damals Staatspartei in einem anderen System war und mit ihr gesprochen wurde, um Frieden, Sicherheit, Abrüstung, mehr Menschenrechte zu garantieren, darüberhinaus hätte es keine Legitimation gegeben. (Tatsächlich hat die SPD nach innen den Dialog mit Parteien, die links von ihr standen, immer abgelehnt.)

Die PDS, z.B. Gysi hat diesen Dialog eher anders herum benutzt: »Mit der SED haben sie verhandelt«, hieß es »aber jetzt, wo sich die Reformsoziali-

sten durchgesetzt haben, brechen sie den Dialog ab«. Die aktuelle Bedeutung des Papiers liegt, wenn überhaupt, in der anderen Kultur des Streits: Anerkennung der verschiedenen Biographien, Identitäten, Werte, Kulturen und Traditionen. Differenz als Bereicherung.

*Wie ernst ist es Lafontaine mit dem Dialog?*

Mehrere strategische Ansätze der SPD sind seit 89/90 gescheitert. Der erste: Sich ausschließlich auf die Bürgerrechtler zu stützen, die sich im Sommer 89 in Schwante getroffen hatten und die SDP gründeten. Das brachte nur vorübergehend partiellen politischen Einfluß. Die Reformsozialisten, mit denen man den 87-Dialog geführt hatte – (bei diesen Reformsozialisten hatte er seinen Ursprung, aus Nützlichkeits erwägungen wurde er nachträglich, auch schon von DDR-Seite, umfunktioniert), wurden nun als nicht dialogfähig klassifiziert und ausgegrenzt. Man setzte darauf, daß materielle und soziale Angleichung an den Westen sie ohnehin überflüssig machen würden. Auch dieser Ansatz ging nicht auf. Und der dritte, auf ihm basierte unter Scharping die Entscheidung: Wir werden diese Wähler gewinnen müssen, aber nicht mit der PDS, scheiterte auch. Tatsächlich gingen umgekehrt SPD-Wähler zur PDS. Man gewinnt keine Wähler, wenn man sich ihrer Biographien und Interessen nicht ernsthaft annimmt.

Lafontaine will nun die SPD von der Statistenrolle, in die sie unter Scharping geraten ist und die in den östlichen Ländern nur noch die Option Große Koalition zuließ, befreien. Ihm geht es um politische Normalität, auch gegenüber der PDS. Ein gravierend anderer Ansatz...

*... mit Aufsaugeffekt für die jeweils andere Partei in ihrem herkömmlichen Verbreitungsraum?*

Heute kann keine Partei der Linken, auch keine linke Volkspartei, mehr allein die Vielfalt der Milieus repräsentieren, zudem sind die Unterschiede doch gravierend. Die SPD inspiriert den linken Dialog, schon, aber im

Rücken hat sie Wählerschaft und Klientel in den alten Ländern bis in die gesellschaftliche Mitte. Das wird auch so bleiben müssen. Sie ist breiter, heterogener, aber auch integrationsfähiger, sie ist im besten Sinne des Wortes sozialdemokratischer und bürgerlicher...

Die PDS hat in sich mindestens drei Strömungen: die Reformsozialisten, darunter solche, die sozialdemokratisches Denken repräsentieren, Grünalternative, die nicht den Weg zu den Bündnisgrünen finden – auch nicht finden werden in absehbarer Zeit, weil B90/Die Grünen im Osten als Partei, die vor allem nach hinten schaut, wahrgenommen werden, und eine dritte Gruppierung, die man als Traditionalisten verstehen kann mit ihren starken emotionalen Bindungen an die DDR. Strömungen, die die PDS zu einer ganz anderen Partei machen als die SPD. Es ist PDS-Risiko wie -Stärke, diese drei Strömungen in einer Partei zu integrieren, die dann ostdeutsche Interessen dominant wahrnimmt und in das gesamtdeutsche Gefüge produktiv einbringt. Interessenvertretung reicht aber künftig für keine Partei mehr. Sie muß mit überzeugenden Reformvorstellungen und mit Kompetenz einhergehen. Andererseits könnte sie sehr wohl arbeitsteilig im Osten jenes Reservoir an Stimmen holen, das SPD und Grüne nicht holen können, selbst wenn sie ihren politischen Kurs ändern würden, weil die Sozialisation dieser Wähler nicht mehr verändert werden kann. Ob ein Generationswechsel das ändert, ist heute noch offen.

*Orientierung auf die Mitte, sagen sie. Hat Lafontaine dann die falsche Weiche gestellt und wird diese Mitte in Ostdeutschland nicht schon längst von der PDS »bedient«?*

Die SPD muß als traditionell linke Volkspartei das unter Scharping verloren gegangene Linksprofil deutlich machen. Lafontaines Ansatz bedeutet nicht, daß er auf die in Deutschland wichtige Mitte verzichten kann. Durch Polarisierung – demokratische Linksbetonung – verschreckt man die Mitte dann nicht, wenn man klare gesellschaftliche Alternativen aufzeigt. Links ist ja nichts ehernes; sozial gehört die Mehrheit der Arbeitnehmerschaft gar nicht dazu, politisch gesehen aber sehr wohl, diese Mitte wird man am ehesten gewinnen können mit einem klaren Konzept zum Wirtschaftsstandort und einer Reform des Sozialstaats. Nötig sind eigene, moderne Reform-Konzepte in Kenntnis freilich der Tatsache, daß sich keine Partei heute mehr als einfache Verteilungspartei profilieren kann.

Im Osten ist die soziale Differenzierung noch nicht abgeschlossen und

auch die politischen »Lager« sind in Bewegung. Seit 1990 verzeichnen Sozialforscher einen leichten Linkstrend.

Cirka 4,25 Prozent der Bevölkerung ordnen sich »links« ein, und die politische Mitte (etwa 60 Prozent) ist in Ostdeutschland mehrheitlich leicht »linkslastig«. Um diese Mitte ringen fast alle Parteien, PDS eingeschlossen. Gegenwärtig hat im Osten allerdings nur die PDS in allen Schichten feste Wählerpotentiale. Das ist ein Phänomen. Es basiert auf dem gemeinsamen Nenner »keine Diskriminierung ostdeutscher Interessenwahrnehmung!« und sagt nichts darüber aus, wie ernsthaft die PDS das wirklich tut.

Wenn der Bonus inhaltlich nicht untersetzt werden kann, dann wird einiges bröckeln. Wie schwierig das ist, macht die Auseinandersetzung auf dem Parteitag Anfang Dezember in Cottbus um das vom Braunkohletagebau bedrohte Dorf Horno deutlich, wo das legitime Verlangen nach dem historisch gewachsenen Dorf mit dem ebenso legitimen Recht auf Arbeit, das die Braunkohlekumpel einklagten, kollidierte und das einfache »wir sind für Horno«, das die PDS beschließen wollte, zu einer umstrittenen und schließlich verschobenen Entscheidung machte.

*Gibt es in der PDS durch die zu starke Orientierung auf den Osten eine Abgrenzung von westlichen Denkmustern und ist die relevant für Gefühle einer sich neu vertiefenden Spaltung?*

Zunächst: Es ist weniger ein Verdienst der PDS, daß sie als ostdeutsche Interessenvertretungspartei wahrgenommen wird. Es war durch den mit der Vereinigung überfallartigen Akteurswechsel von West nach Ost eine reale, von den Sozialwissenschaften auch belegte, Vertretungslücke Ost entstanden. Das Defizit füllte die PDS dann lediglich aus. In dieser Rolle wurde sie allerdings auch angenommen.

Ostdeutsche Interessenvertretung als Gegensatz zu gesamtdeutscher verstanden und als einziger Programmpunkt, könnte tatsächlich zu neuer Spaltung führen. Es mag Vertreter solch unreflektierter Ost-West-Politik in der PDS geben – aber das scheint mir nicht das langfristige strategische Konzept der führenden Köpfe. Die jüngsten Dokumente (fünf Jahre nach der Vereinigung) gehen eher davon aus, ostdeutsche Interessenvertretung mit der Perspektive einer gesamtdeutschen modernen und innovativen Bundesrepublik zu vereinen. Das ändert nichts daran, daß die PDS von ihrem Gründungsverständnis her keine »westliche« Partei ist. Das Bekenntnis zu Demokratie, zur Gewaltenteilung, zu in-

dividuellen Menschenrechten vor allem anderen, das Bekenntnis zum Parlamentarismus, dazu, daß Veränderung der Gesellschaft nur aus dieser Gesellschaft heraus möglich ist, macht eine Partei zu einer westlichen. Damit muß sich die PDS auseinandersetzen und damit, was am Realsozialismus, an kommunistischen Parteidtypen antimodern zusammengebrochen ist. Da muß sie tatsächlich noch vieles klarer ausarbeiten.

Aber für Veränderung in der Gesellschaft zu sein, ist noch lange nicht antiwestlich. Veränderung der Gesellschaft ist auch ein von Klassikern der Sozialdemokratie entwickeltes, also »westliches« Konzept, Bernstein, Kautsky: die westliche Gesellschaft mit ihren eigenen Potentialen kritisch annehmen und mit diesen Potentialen verändern. Und auch Marx war ein »westlicher« Denker.

Sollte der Dialog scheitern, prophezeie ich, daß wir zu italienischen Verhältnissen kommen. Das heißt, die Konservativen werden immer weiter die Regierung stellen, sind aber in ihrer heutigen Verfassung unzureichend innovativ, um neuen Herausforderungen zu begegnen. Der Juniorpartner SPD verschleißt sich, die Blockaden nehmen zu. Im Interesse der Demokratie und des sozialen Wandels, nicht im parteipolitischen Interesse, muß die demokratische Linke sich neu finden. Plural, autonom, eigenständig, ohne irgendeine Variante Einheitspartei.

*Wie offensiv müssen beide Parteien einen Dialog vorantreiben, um ihn bei der eigenen Klientel durchzusetzen?*

In beiden Parteien gibt es zur Zeit große Widerstände. Bei der SPD liegt das nahe: sie hatte – geschichtliche Erfahrung im Hintergrund – diesen Dialog in ihrer Strategie nicht vorgesehen. Die PDS ebenso wenig. Da gibt es – meiner Kenntnis nach – bei nicht wenigen eine ziemlich abwertende Haltung der SPD gegenüber. Als ich im »Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie« für Gespräche zur Verfügung stand, ist mir eine ziemliche Abwehrfront entgegengeschlagen. Doch auch unter Teilen der SDP-Gründer gab es deswegen mehr als Zoff.

Die ersten Schritte, die Lafontaine jetzt gegangen ist, können die Verkrustung aufbrechen: der Besuch in Sachsen, die Ankündigung, ein Aufbauprogramm Ost zu entwickeln, der Besuch in Rußland, um neue Handlungsspielräume – im Westen ganz wichtig – zu öffnen. Und immerhin: ein gewisses Einschwenken der West-SPD Richtung Dialog gibt es, neueste empirische Zahlen sagen, zwei von drei SPD-Wählern oder Anhängern unterstützen diesen Dialog. Entschieden allerdings ist nichts.

*Das Gespräch führte  
Regina General*

Rolf Reissig ist Leiter des Berliner Instituts für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS) und einer der Beteiligten des 87-Dialogs zwischen SPD und SED, mitverantwortlich für die Erarbeitung des damaligen Dialogpapiers.

## Freitag

*Die Ost-West-Wochenzeitung*

ISSN 0945-2095

Hervorgegangen aus dem »Sonntag«, Ostberlin, gegründet 1946 vom Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, und der »Volkszeitung«, ehemals »Deutsche Volkszeitung«, gegründet 1953 in Düsseldorf von Reichskanzler a. D. Dr. Joseph Wirth, und der »Tat«, gegründet 1950 in Frankfurt/M. von der VVN.

Roland Claus  
Landesvorsitzender der PDS Sachsen-Anhalt  
MdL von Sachsen-Anhalt

## Über SPD, PDS und linke Mehrheiten

Seit der Konstituierung einer von der PDS tolerierten Minderheitsregierung von SPD und Bündnisgrünen in Sachsen-Anhalt ist der als "Magdeburger Modell" bezeichnete politische Vorgang ein gern bemühtes Thema. Einige seriöse Analysen des Hergangs dieses Modells, noch vielmehr aber politische und journalistische Betrachtungen der anderen Art begleiten inzwischen die sachsen-anhaltinische Landespolitik. Dabei geht es den auswärtigen Beobachtern weniger um Landeskonzkreta, als vielmehr um die bundes- und parteipolitische Bewertung. Hinz und Kunz mischen sich ein, was uns recht ist. Pfarrer Hintze allerdings gab die Formel vor, in Sachsen-Anhalt stünde nach 50 Jahren die "Neuaufgabe der Zwangsvereinigung von 1946" vor der Tür. Dem Manne kann geholfen werden. In dem Antrag der CDU Sachsen-Anhalt, vor dem Landesverfassungsgericht die Aberkennung des Oppositionsstatus der PDS im hiesigen Landtag festzustellen, wird akribisch und korrekt recherchiert u. a. mein Beitrag zum Zustandekommen und zum Betreiben des Magdeburger Modells aufgelistet, wobei viele meiner zitierten Äußerungen hinsichtlich ihrer "strategischen Anlage" überbewertet und die Landes-PDS regelrecht mystifiziert werden. Sei es drum, an der Sache ist mir schon viel gelegen. So kam mir die Anregung aus Leipzig zum folgenden Text gelegen.

Ich bitte um Nachsicht für die gewiß anzumerkende Momentsicht und Eile, für vielleicht unzureichende Beweiskraft von empirisch und vorwiegend aus praktiziertem Umgang abgeleitete Schlüsse und Erfahrungen. Die Fußnoten müssen warten. Es reizt mich dennoch, über die Chancen und Risiken, über notwendige und mögliche Kooperation von Sozialdemokratie und demokratischen SozialistInnen zu schreiben. Schließlich kann selbst bei mäßiger Chancenverwertung aus dem Osten etwas Neuartiges für die Wiedergewinnung von Politik in der Bundesrepublik erwachsen.

### 1. Die OST-SPD blüht ohne Wurzeln, aber das ist unser "Verdienst".

Im März und April dieses Jahres sind SPD und PDS zum Thema "50 Jahre nach der SED-Gründung" aneinandergeraten, seltener zusammengekommen. In Magdeburg wurden u. a. Egon Bahr und Günter Gaus für die Veranstaltung der Landes-SPD bemüht. Immerhin hat der Landesvorsitzende der hiesigen SPD, Dr. Rüdiger Fikentscher, den Begriff "Zwangsvereinigung" nicht (wie eigentlich von der "Baracke" vorgeschrieben) übernommen. Dennoch hat die ahistorische Problemverkürzung "Zwangsvereinigung JA oder NEIN?" einen wirklichen Diskurs verhindert. Auf Kreisebene ging es da zum Teil wesentlich konstruktiver zu, aber auch nur in der Ausnahme, um nicht das abgedroschene Bild von der volksverbundenen SPD-Basis und der kapitalergebenen Führung zu bedienen. Das ist nämlich genau nicht das Problem.



Wer die SPD bei größeren Veranstaltungen erlebt, wird unschwer feststellen, daß es in Halle und Hannover wohl zwei verschiedene Parteien mit dem Kürzel SPD geben muß.

Das verhält sich wie bei der PDS, bis zu den Kommunalwahlen 1996 möchte ich einschränkend sagen.

Die SPD-Mitglieder in Halle haben allemal ihre Schwierigkeiten, sich als "Genossen" anzureden und mit dem Sozialismus-Begriff ist das so ähnlich.

Beim SPD-Bundesparteitag im Juni '96 in Halle hab' ich glatt "meine SPD" aus Sachsen-Anhalt geradezu komisch empfunden, als sie die alten sozialdemokratischen Traditionen mitmachte.

In Hannover, wo ich unlängst bei der "Franz-Mehring-Gesellschaft" zur Podiumsdiskussion geladen war, sieht das anders aus. Dort wird der Sozialismusbegriff eben nicht ausschließlich auf den Real Existierenden projiziert und die alten linken Traditionen gelten noch was.

Demgegenüber ist die OST-SPD vorwiegend eine Vereinigungs- und Verwaltungspartei. Aus der '89er SdP haben sich die Kreis- und Landesverbände OST doch hauptsächlich mit dem Motiv formiert, rasch zu den Enkeln von Willy Brandt zu gehören. Das ist auch zutiefst verständlich.

Die vergleichsweise wenigen Mitglieder der SPD mußten viele Posten besetzen und das fiel schwer. Es sollte doch zusammenwachsen, was zusammengehört. Heute wird eher besorgt registriert, daß sehr vieles zusammenbrach, was eigentlich zusammengewachsen gehörte.

Die Radikalabgrenzung der SPD gegenüber ehemaligen SED-Mitgliedern, ob sie der PDS angehörten oder nicht, hat erheblich zur Selbstisolation der SPD in den neuen Ländern beigetragen.

Und so nimmt die PDS die SPD eben heute als eine von den Wurzeln und Traditionen August Bebels weit entfernte Partei wahr.

Dies können wir aus der Sicht der SED-Nachfahren heute doch aber nicht allen Ernstes der SPD vorwerfen. Das ist doch zuerst ein Produkt der Ausgrenzung und Vernichtung sozialdemokratischer Werte durch die SED.

Wenige Jahre nach der Vereinigung von KPD und SPD wurde der Name der Vereinigungspartnerin denunzierend als "Sozialdemokratismus" gedeutet zu einem der schlimmsten Vorwürfe in der SED. Und es blieb bekanntlich nicht bei Vorwürfen ...

Wenn ich mich heute mit dem SPD-Landesvorsitzenden unterhalte, und das kommt trotz "Dresdener Erklärung" vor, dann stelle ich diese Orientierung und Fixierung der SPD auf "deutsche Einheit verwalten" immer wieder fest.

Wenn ich mit Argumenten aus der PDS-Basis komme, merke ich dem SPD-Chef an, wie seine Argumente aus den Hierarchien entstehen.

Ich würde mich aber sehr davor hüten, der SPD Lektionen in Sachen Sozialdemokratie zu erteilen. Wir werden damit leben müssen, und es läßt sich auch damit leben. Es ist ebenso verbreitet wie illegitim, daß sich miteinander konkurrierende und kooperierende politische Kräfte gegenseitig vorhalten, wie die jeweils anderen sich ändern müßten, um besser miteinander zu können.

Die PDS ist nur so zu haben, wie sie ist. Eine Wandlung in Richtung Salonfähigkeit nach dem Schönheitsideal der SPD ist eine unsinnige und unehrliche Forderung. Andererseits macht es keinen Sinn, ständig diese SPD als nicht kooperationsfähig zu kritisieren, als hätten wir noch eine zweite, nach den Wünschen oder gar nach dem Ebenbild der PDS gewendete SPD im Ärmel.

Soviel zur Geschichte der Beziehung, nun zur Gegenwart.

## 2. Regieren, wenn's zum Tolerieren nicht reicht.

Im Februar 1994 habe ich in der Magdeburger Landespressekonferenz erstmals öffentlich von der Option gesprochen, als Alternative zur großen Koalition nach den Landtagswahlen eine PDS-tolerierte Minderheitsregierung in's Auge zu fassen. Damals hat SPD-Spitzenkandidat Reinhard Höppner auf Anfrage wiederholt gesagt, daß er sich dies nicht vorstellen könne. Heute heißt die Vorhersage der Landes-SPD für die nächsten Landtagswahlen, daß "rot-grün" die Mehrheit schaffen werde. Der Zuwachs an Realitätssinn ist so gravierend nicht.

In der PDS hat es Anfang '94 ziemlich heftige Irritationen und Turbulenzen zum Tolerierungsangebot gegeben. Von Anbiederung war die Rede und vom "über den Tisch ziehen".

Interessant finde ich in diesem Zusammenhang die in der PDS anzutreffende Auffassung, wonach die Kooperation verschiedener politischer Kräfte vornehmlich bis ausschließlich darauf aus sei, die anderen "über den Tisch zu ziehen".

Diese akute Unehrliehkeitsvermutung hat viele Ursachen und Gründe, aber sie blockiert Zusammenarbeit. Im Übrigen habe ich dabei den Eindruck, daß die Anhänger dieser Befürchtung sehr wohl etwas dagegen hätten, wenn die anderen uns über den Tisch zögen, nicht aber wenn uns selbiges gelänge. Und genau das ist eines meiner Probleme, die ich mit nicht überwundenem geistigen Avantgardismus habe.

Wir haben das Magdeburger Modell inzwischen in verschiedenen Entwicklungsstapen erlebt.

Von Juli bis Oktober 1994 stand Sachsen-Anhalt im Zeichen der Irrungen und Wirrungen des Bundestagswahlkampfes.

Von November 1994 bis Februar 1995 vollzog sich der Übergang zur kooperativen Zusammenarbeit von Koalition und PDS. Die CDU entschied sich für Totalverweigerung.

Von Februar 1995 bis März 1996 gab es die Phase der relativ ungestörten kritischen Begleitung der Koalition durch die PDS. Die CDU beantragte beim Landesverfassungsgericht, der PDS den Oppositionsstatus im Landtag abzuerkennen. Der Bundesparteitag der PDS im Januar 1996 in Magdeburg war ein Bekenntnis zum Magdeburger Modell als Referenzprojekt OST.

Von April bis Juni 1996 erlebten wir den energischen Versuch einer Anti-Reform-Allianz, dem Magdeburger Projekt eine Kehrtwende zu verordnen. Eine faktische Koalition von SPD und CDU sollte etabliert werden, um aus der Sicht an einer großen Koalition interessierter SPD-Kreise den reformerischen Einfluß der Bündnisgrünen zurückzudrängen und aus der Sicht der CDU schadensbegrenzend zu wirken. Die energische Kritik der PDS gegen gemeinsame Gesetze von CDU und SPD galt dem Inhalt dieser Politik, nicht der Verweigerung wechselnder Mehrheiten schlechthin.

Seit Juni 1996 ist eine Stagnationsphase zu verzeichnen. Durch das Angebot der CDU zur de-facto-Koalition für den Preis der Beseitigung aller Reformgesetze hat die Koalition erstmals in allen wichtigen Entscheidungen zwei Möglichkeiten der Mehrheitsbeschaffung.

Für die PDS wird jede Sachentscheidung schwieriger, weil stets abzuwägen ist, ob der mit der Koalition ausgehandelte Kompromiß wirklich unseren politischen Erwartungen nahe kommt und deshalb einem CDU-Koalitions-Kompromiß vorzuziehen ist. Die SPD wird ihrerseits die CDU-Option als Argument gegen weitgehende PDS-Forderungen einsetzen.

Diese Phase wird voraussichtlich erst mit dem Haushaltskompromiß, das heißt etwa im November/Dezember 1996 abgeschlossen.

Kommt dieser Kompromiß zwischen Koalition und PDS nicht zustande, scheidet das Magdeburger Projekt vor der Zeit.

Bei aller kritischen Sicht auf die Ergebnisse der Magdeburger Tolerierungspolitik steht die Fortsetzung des 1994 eingeschlagenen Weges nicht infrage.

Es bleibt bei der Opposition mit gestaltender Verantwortung.

Die CDU Sachsen-Anhalt hat Ende 1995 eine "Halberstädter Erklärung" als Radikalkritik gegen das Magdeburger Projekt beschlossen. Das Papier endet mit den Worten: "Es geht hier und heute um die Bündelung der Kräfte, die die erkämpfte Freiheit gegen den Rückfall in sozialistische Irrungen verteidigen."

Das Verhältnis von SPD und PDS hat sich in Sachsen-Anhalt unter tatsächlicher und tatkräftiger Mitwirkung von Bündnis 90/Die GRÜNEN erheblich verändert. Zum Besseren sagen die einen, den Niedergang befürchten die anderen. So anzutreffen in der PDS, so anzutreffen in der SPD.

Jeder auch noch so kleine Reformschritt stößt auf den Widerstand der Konservativen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Angesichts der ungebrochenen konservativen Hegemonie in der politischen Praxis und deren geistiger Vorbereitung ist schon ein "Umsteuern", ein gegen den Strom schwimmen, ein kompliziertes Unterfangen.

Mit einer Novelle zum Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt hat die PDS-Fraktion u. a. die Abschaffung des 3-geteilten Schulsystems gefordert. Die Sache ist inzwischen mit den bekannten Magdeburger Mehrheiten beschlossen.

Hier wurden von den Koalitionsfraktionen und der PDS die konzeptionellen Übereinstimmungen auch in praktische Politik umgesetzt. Mit den Gesetzesregelungen, die wir erreicht haben, werden neben schulstrukturellen Veränderungen auch andere, neue Bildungsinhalte möglich. Wir werden jetzt darauf achten, daß daraus auch etwas wird.

Auf diesem Gebiet bestehen Reformalternativen nicht nur aus Visionen, sondern bereits aus gesellschaftsverändernder Praxis. Auch deshalb der lautstarke Protest der Konservativen. Über den Wolken fürchten sie uns weniger als bei irdischen Umgestaltungen, aber sie wissen, daß wir uns gern über den Wolken aufhalten.

Auch innerhalb der PDS gab es Skepsis. Da war dann auch die Frage "Muß denn jetzt schon wieder etwas in Unruhe versetzt werden, was doch gerade erst eingeführt wurde?"

Linke Politik, haben wir dagegegehalten, kann doch nicht von Beharrung und Ruhigstellen ausgehen. Wenn wir wirklich etwas verändern wollen in der Gesellschaft, dann müssen wir auch bereit sein, für linke Mehrheiten zu streiten und mit Widerspruch umzugehen.

Anderenfalls würden wir uns darauf verlegen, uns auf Parteitag für ein Wochenende eine Wunsch-Republik zusammenzuschließen, die am Montag danach an den Realitäten der bösen Welt zerschellt.

Konferenzen und Presseerklärungen sind leider oft genug unsere "schärfste Waffe" im Kampf gegen den konservativen Zeitgeist.

Wir müssen bei allen Reformbestrebungen auch davon ausgehen, daß der gesellschaftliche Reformbedarf sich in Grenzen hält. Selbst wenn die Reformangebote besser wären, die Nachfrage ist nicht in dem Maße vorhanden, wie wir uns dies wünschen.

Auf der anderen Seite der Entwicklung stehen eine Reihe positiver Bedingungen für linke Reformpolitik.

Wir stellen eine enorm gewachsene Kooperationsbereitschaft gegenüber der PDS bei Gewerkschaften, Initiativen und Verbänden fest. Der DGB-Chef von Sachsen-Anhalt, Dr. Jürgen Weißbach, war Gastredner des Magdeburger Bundesparteitages und des jüngsten Landesparteitages.

Noch vor drei Jahren hat er sich der verordneten Distanz zur PDS gebeugt und jegliche Zusammenarbeit ausgeschlagen. Die Zeiten haben sich gründlich verändert.

In seiner Rede auf dem Landesparteitag der PDS hat Weißbach die Landesregierung harsch kritisiert und eine baldige Regierungsumbildung mit PDS-Beteiligung vorgeschlagen.

Nun weiß auch der DGB-Chef, daß die PDS eine Regierungsbeteiligung vor den nächsten Landtagswahlen ausdrücklich ausschließt, aber Wirbel hat er doch erzeugt.

Der gewachsenen Kooperationsbereitschaft anderer veränderungsbereiter Kräfte muß die PDS durch zunehmende Kooperationsfähigkeit entsprechen. Die zu uns kommen, erwarten zurecht, daß wir etwas mit ihren Informationen, Vorschlägen und Erwartungen anfangen können. Wenn es konkret wird, zum Beispiel bei neuen Teilzeitarbeitsmodellen, sind wir nicht selten unvorbereitet.

Hinter vielen linken Diskursen hinken wir hinterher. Das ist kein Wunder, schließlich war die SED keine OST-Linker und viele Themen müssen wir heute nachholend behandeln.

Ich plädiere seit langem dafür, daß wir die äußeren und inneren Schwierigkeiten bei der Suche nach Reformansätzen deutlich benennen und genauer analysieren. Die PDS wäre schlecht beraten, wenn sie angesichts gewachsener Akzeptanz zum vermehrten Selbstschutz überginge und die innerparteiliche Kritik zurückstellen würde. Manche Anzeichen gibt es leider dafür.

Nimmt man die Bedingungen für Mehrheiten links von der CDU zusammen, ergibt sich in der Summe kein allzu freundliches Bild. Es sieht eher danach aus, daß die relativ geringen Chancen für wirklich systemverändernde Politik wieder einmal nicht genutzt werden. In der PDS gibt es widerstreitende Positionen, wie mit diesem Zukunftspessimismus umzugehen ist.

Da ist zum einen der Ruf nach mehr Opposition pur, etwa nach dem Motto "Diesem System keinen Mann und keinen Groschen."

Da ist zum anderen der Weg der kleinen Schritte, vorausgesetzt sie führen in die "richtige Richtung".

Ich stehe bekanntlich für die zweite Option und auch für deren Folgen ein. Die Chancen linker Reformpolitik sind nicht ohne die Risiken zu haben. Wer das Risiko kleinhalten will, wird auch nur die kleinen Chancen bekommen. Mich treibt die

Frage, was muß PDS tun, damit ihr Wille geschehe?, was ist zu tun, damit unsere Visionen einen Bodenanker in der Gegenwart bekommen?

Die BürgerInnen haben ein Recht darauf, von der PDS zu erfahren, wie "unser" demokratischer Sozialismus in Gestalt aussehen soll.

Wir brauchen mehr positive Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft.

Von diesem Ansatz ausgehend, versuchen wir in Sachsen-Anhalt die politischen Potenzen dieses Projektes auszuloten und auszuschöpfen.

Diese Potenzen sind längst nicht erschlossen. Dabei ist unsere Arbeit weder besser noch grundlegend anders als die anderer PDS-Gremien, nur stehen wir eben auf diesem "vorgeschobenen Posten".

Von der Bundespartei und aus den anderen Landesverbänden erhalten wir durchaus Zuspruch und Rückendeckung.

Auch die kritische Begleitung unseres Weges ist vonnöten. Der Unterschied zu anderen PDS-Gliederungen besteht vor allem darin, daß unsere Entscheidungen dann oft auch zu politischen Realitäten führen und nicht vor dem Hintergrund der Folgenlosigkeit gefaßt werden können.

Viele Dinge, die selbst bei Bundesparteitagen noch offen diskutiert oder vertagt werden, können wir genau nicht verschieben.

Über das Lebens-Arbeitszeitkontenmodell der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wird in der PDS sicher noch länger geredet, wir stehen aber jetzt vor dem Problem, dieses Modell für LehrerInnen praktisch einzuführen, um eine Reihe von Reformgesetzen, u. a. das LehrerInnen-Gleichstellungsgesetz, nicht durch Finanzmangel zu gefährden.

Ein entscheidender Mangel linker Reformpolitik besteht gegenwärtig darin, daß es den Konservativen gelungen ist, ihre Politik des Sozial- und Demokratieabbaus als alternativlos darzustellen.

Das ist zwar nicht wahr, wird aber öffentlich so wahrgenommen und weitgehend auch hingenommen.

Das "Gürtel-enger-Schnallen"-Syndrom fängt im Kopf an. Den Linken werden die Begriffe scheinbar widerspruchlos abgenommen. Den Reformbegriff haben Schäuble & Co inzwischen fest für sich vereinnahmt. Zwischen Schäubles und Scharpings Verkündungen besteht doch vor allem der Unterschied, daß von Schäubles Ankündigungen zu erwarten ist, daß sie binnen Jahresfrist verwirklicht werden, während bei Scharpings oder auch Gysis Vorschlägen deren Folgenlosigkeit schon einkalkuliert wird. Das paßt uns natürlich nicht, aber es ist so.

Linke Politik braucht daher heute vor allem die Wiederaneignung der Definitionsmacht von politischen Alternativen. Die Leute sollen glauben können, daß es auch anders gehen kann. Sozialraub und Einschränkung von Freiheitsrechten sind nicht unvermeidlich, sondern politisch gewollt. Alternativen sind möglich, wenn sie denn auch politisch gewollt werden.

Die Auseinandersetzung um Gestaltungspolitik wird in der PDS noch länger andauern.

Wenn wir mit unserer Politik auf die SPD wirklich linken Druck ausüben und nicht nur roten Nebel verbreiten wollen, können wir uns nicht an den Rand der Gesellschaft zurückziehen. Und wenn der Preis dafür Anpassung oder Etablierung genannt

wird, dann müssen wir diese Etablierung bewußt annehmen, was überhaupt nicht bedeuten muß, sich von Radikalkritik zu verabschieden.

Innerhalb der SPD vollzieht sich ein interessanter Polarisierungsprozeß. Die in der SPD geführte PDS-Diskussion ist alles andere als ein Sommerlochfüller. Wir erleben in Sachsen-Anhalts Sozialdemokratie diese Auseinandersetzung hautnah mit. Das ist ein wesentliches Ergebnis von PDS-Politik, das wir nicht geringschätzen sollten.

Mit der anstehenden Haushaltsentscheidung für 1997 geht es m. E. auch darum, welche Politik in Sachsen-Anhalt nach dem Sommer '98 möglich sein wird.

Da ist zum einen die Möglichkeit, daß der Haushalt '97 dazu beiträgt, schlecht und recht eine Landesverwaltung aufrechtzuerhalten, die auf eine künftige große Koalition zusteuert. Rücknahme von Reformvorhaben, Sanierung der Landesfinanzen auf Kosten der Kommunen, Abkehr von den ökologischen Ansätzen der Koalitionsvereinbarung wären die markanten Linien für diese Variante.

Da ist zum anderen die Chance, daß die Befürworter einer rot/grünen Reformpolitik sich durchsetzen und mit Hilfe der PDS die gegenwärtige Stagnationsphase überwinden, um schließlich neue, weitergehende reformpolitische Vorhaben auf den Weg zu bringen. Dies wäre auch ein Schritt zu mehr Kooperation von SPD, Bündnisgrünen und PDS. Es wäre ausdrücklich nicht die gegenseitige Garantiebescheinigung zur gemeinsamen Regierungsbildung, auch nicht noch nicht.

In der leidlich strapazierten Regierungsdebatte habe ich mich für die Option entschieden "Regieren, wenn's zum Tolerieren nicht reicht."

Dabei haben mich vor allem zwei sich ergänzende Motive getrieben.

Zum einen halte ich es bei aller Kritik durchaus für möglich, daß SPD, Bündnisgrüne und PDS zusammen etwas Gescheites auf den Weg bringen. Zum anderen bedeutet die generelle Verweigerung von Mitregieren, daß die PDS dann durchaus einen Anteil hätte an der Installierung großer Koalitionen in den neuen Ländern.

Da bin ich dann doch lieber dafür, aus dem "Osten was Neues" in die Politik der BRD einzubringen.

Auch in Sachsen-Anhalts PDS soll die Regierungsdiskussion weiter ergebnisoffen bleiben und vor allem mit politischen Inhalten unterlegt werden.

Angesichts mancher fataler Vorgänge in der Landesregierung von Sachsen-Anhalt bleibt anzumerken: Wir Linken sind zwar dafür, daß weniger regiert wird, es wäre aber schon geholfen, wenn besser regiert würde.

### **3. Es ist nicht überall Kapitalismus-Kritik drin, wo Kapitalismus-Kritik draufsteht.**

Für die PDS ist die stärkere Zuwendung zu aktiver Gesellschaftspolitik nach wie vor eine ernste Herausforderung. Mir ist zuvieles noch unentschieden bzw. wieder offen. Den gesellschaftlichen Transformationsbegriff ernstgemeint zu verinnerlichen und sich damit von der Leninschen Revolutionstheorie zu verabschieden, fällt der PDS schwer, 1996 vielleicht schwerer als 1993 bei der Annahme des Parteiprogramms.

Den nächsten Sozialismusversuch wollen wir nur mit Menschen wagen, die das auch wollen.

Wir sind zur Zeit eine "20-Prozent-plus-Partei" und neigen dazu, diese 20 Prozent auf 51 Prozent zu veredeln. Wir ertappen uns doch alle mehr oder weniger dabei, wie wir im Streit mit anderen politischen Leuten noch immer den Hang zur Rechthaberei verspüren. Die toten Götter regieren weiter, steht dazu bei Christa Wolf. Ver-

innerlichung des Demokratie-Ansatzes anstelle des Anspruchs "Die Partei hat immer Recht ..." ist mit einem Bruch nicht zu machen, das ist ein langer Prozeß. Es war eben leichter, 1989 die Waffen abzugeben, als die geistigen Arsenale aufzuräumen.

Es ärgert mich, wenn das Wort Kapitalismuskritik zwar lautstark aber inhaltsleer verwendet wird und das kommt m. E. zu oft vor in der PDS.

Manche Äußerungen aus der Partei sind für linke SozialdemokratInnen alles andere als hilfreich.

Wer für sich zwischen CDU und SPD ein Gleichheitszeichen setzt und sonst nichts, hat meine Probleme natürlich nicht.

Ich will auch nicht der Verabschiedung von Radikalkritik das Wort reden. Wir haben bei aller Tolerierung in Sachsen-Anhalt auf radikaldemokratische Forderungen weder verzichtet, noch die Beteiligung an dementsprechenden politischen Aktionen eingestellt. Und wenigstens haben wir bisher erreicht, daß die TeilnehmerInnen antifaschistischer und antirassistischer Demonstrationen in Sachsen-Anhalt nicht von der Polizei verprügelt werden.

Radikalkritik verdient für mich den Namen nur, wenn sie auch auf tatsächliche Veränderung gesellschaftlicher Zustände zielt.

Wir brauchen daher noch viel mehr politische Konzepte zwischen "Himmel und Erde", will sagen, zwischen der Programmatik der PDS und ihrer zweifellos anerkannten Tages- und vor-Ort-Politik.

Wenn es uns beispielsweise gelingt, die Finanzausstattung der Kommunen zulasten der Landesfinanzen zu verbessern, dann ist dies durchaus eine Umverteilung von Macht von oben nach unten. Wer allerdings im Machtabbau des Staates keinen linken Wert sieht und nur auf die "Umpolung" staatlicher Macht (vgl. der "Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus") aus ist, wird den Streit um die Kommunalfinanzen nicht als Transformationsprozeß akzeptieren.

Im Streit um den gesellschaftlichen Einfluß der PDS bremsen wir uns m. E. zu sehr selbst. Längst nicht alles, was nötig und möglich ist an PDS-Politik, nehmen wir auch in Angriff. Aus Furcht vor Anpassung passen wir lieber gleich.

Innerhalb der PDS müssen wir mit einer neuartigen Situation umgehen.

Innere Veränderungen der Partei werden künftig nicht mehr dominant durch äußeren Druck beeinflußt. Die Periode der Ausgrenzung der PDS war für uns wichtig, aber wir sollten ihr nicht nachtrauern. Im Grunde geht es für die PDS um die Entscheidung: Will sie eine gesellschaftliche Kraft in der BRD sein oder will sie die DDR innerhalb der BRD konservieren?

Den nächsten Modernisierungsschub müssen wir selbst in Gang setzen.

Es wird schwierig werden, den inneren Aufbruch zu neuen Strukturen und Umgangsformen wirklich zu wollen und zu bewerkstelligen. Das ist natürlich kein "Tag X"-Vorhaben, sondern ein mühsamer Prozeß. Der ist ja auch im Gange.

Und wenn mir dann wieder der uralte Satz vorgehalten wird, nur der Arzt am Krankenbett des Kapitalismus sein zu wollen, dann halte ich dagegen:

1. Dieser Kapitalismus schaut in seinem Siechtum ganz schön munter und frech drein.
2. Den notleidend Betroffenen dieses Kapitalismus ist wenig oder nicht geholfen, wenn wir uns Heilungs- und Linderungsversuchen entziehen. Es wäre schrecklich

ignorant und arrogant, wenn sich die PDS für vermeintliche geringe Nach- und Ausbesserung der gesellschaftlichen Defekte und Defizite zu schade wäre.

3. Am wenigsten kratzt es die Mächtigen dieser Welt, wenn ihnen die verbalradikalen AntikapitalistInnen den unversöhnlichen Kampf ansagen.

Und

4. Ich will transformierende Veränderung des Kapitalismus-Systems nicht irgendwann, sprich nirgendwann beginnen, sondern heute und hier. Und seien die Anfänge noch zu bescheiden.

Bei allen Schwierigkeiten, ich halte linke Mehrheiten von SPD, PDS und Bündnisgrünen weiterhin für möglich und im Interesse einer anderen Politik auch für bitter nötig.